

DORTMUNDER SCHRIFTEN ZUR SOZIALFORSCHUNG

27

DIETRICH STORBECK

Berlin - Bestand und Möglichkeiten



SPRINGER FACHMEDIEN WIESBADEN GMBH

DIETRICH STORBECK

BERLIN –
BESTAND UND MÖGLICHKEITEN

DORTMUNDER SCHRIFTEN ZUR SOZIALFORSCHUNG

Herausgegeben von der Sozialforschungsstelle an der Universität Münster – Sitz Dortmund

Band 27

Dietrich Storbeck

Berlin - Bestand und Möglichkeiten

Die strukturelle Beharrung und Gemeinsamkeit unter der politischen Spaltung



SPRINGER FACHMEDIEN WIESBADEN GMBH

1964

ISBN 978-3-663-03335-6 ISBN 978-3-663-04524-3 (eBook)
DOI 10.1007/978-3-663-04524-3

Verlags-Nr. 043927

Ursprünglich erschienen bei Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1964
Gesamtherstellung: J. D. Küster Nachf.

VORWORT

Die vorliegende Studie faßt Ergebnisse einer „Untersuchung über die regionalwirtschaftliche Entwicklung und Bedeutung Berlins“ zusammen, die der Verfasser 1958 geplant hatte und schließlich ein Jahr später im Rahmen eines Forschungsauftrages beginnen konnte. Von vornherein umfaßte der Forschungsansatz beide Teile Berlins, und in der Ermittlung und im Vergleich der beiden Datenreihen lag zunächst der besondere Reiz; war doch bis dahin fast nur über das gegenwärtige Westberlin, sehr selten aber über Ostberlin oder gar über die ganze Stadt berichtet worden. Schon vor der Chruschtschow-Erklärung forderte die eigentümliche politische Situation dieser Stadt zu einer vergleichenden Analyse auf, die nicht nur die Teilstädte, sondern in ihnen zugleich die strukturellen Auswirkungen so gegenteiliger Wirtschaftssysteme und Maßnahmen, wie sie in Berlin zusammentreffen, erfaßt.

Die Analyse der unvergleichlichen Situation Berlins mußte entweder zu einer weiteren Präzisierung der Divergenzen zwischen den hier sich gegenüberstehenden Systemen oder zu besonderen Aussagen über das Wesen städtischer Strukturen führen. Letzteres ist der Fall: Berlin als Ganzes hat den einwirkenden politischen Mächten bisher eine Beharrungskraft entgegengesetzt, die in ihrer mehrfachen Ausprägung und Bestätigung keine zufällige Erscheinung sein kann. Wenn solche Kräfte sich sogar gegen derartige Einwirkungen sichtbar durchsetzen können, sind sie für die unter schwächeren Einflüssen ablaufenden Vorgänge der Städte im allgemeinen sicherlich noch stärker wirksam. Berlin wird so zum Feld der Stadtforschung, die sich bisher um diesen Sonderfall noch kaum gekümmert hat.

Diese allgemeinen Resultate geben neben dem speziellen Informationsgehalt der Untersuchungsabschnitte Veranlassung zu dieser Veröffentlichung, die überdies in einem Ausblick auf die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt auch einen Beitrag zu den aktuellen Problemen bieten will. Die hier aufgezeigten Möglichkeiten ergeben sich aus den dargelegten Analysen und beziehen sich auf die darin gefundenen Sachzusammenhänge; sie sind keine politischen Lösungsvorschläge, sondern der sachliche Rahmen, auf den solche Vorschläge bezogen sein sollten.

Dortmund, im Januar 1964

Dietrich Storbeck

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG

Die Uneinigkeit der Alliierten des zweiten Weltkrieges hat zu unklaren Vereinbarungen untereinander über die Zukunft Deutschlands und seiner Hauptstadt Berlin geführt. Trotz des Wunsches nach einer Zerstückelung des Reiches sah die Vorstellung der westlichen Alliierten immerhin Berlin als Zentrum der Koordinierung zwischen den Alliierten vor; auf der russischen Seite herrschte dagegen die Vorstellung von einem leicht in den sowjetischen Block einzugliedernden Gesamtdeutschland vor, in dem Berlin die zentrale Hauptstadt sein sollte. In den Auseinandersetzungen zwischen den Siegermächten konnte sich keine der beiden Konzeptionen durchsetzen, vielmehr wurde das Geschick der ehemaligen Hauptstadt im Verlauf der Ereignisse immer mehr von dem der übrigen Teile Deutschlands losgelöst. So entstand schließlich das Problem „Berlin", das im Status und in seiner besonderen politischen Entwicklung heute der Brennpunkt der „Deutschlandfrage" ist[1], ohne den die Auseinandersetzungen sich womöglich schon längst in einer Verhärtung der west-östlichen Zonengrenze beruhigt hätten.

Zunächst unter eine Viermächteverwaltung gestellt, hatte Berlin noch als ungeteilte Stadt und gleichzeitig als Hauptstadt des nach dem Kriege gebildeten Vierzonen-Deutschlands[2] Geltung. Die Teilung in vier Sektoren wurde überdeckt durch die Zusammenarbeit der Alliierten Kommandantur und des Kontrollrats, der als Gesetzgeber für alle vier Besatzungszonen Deutschlands fungierte. Nachdem der Kontrollrat am 30. Juli 1945 seine erste Sitzung abgehalten hatte, zeigten sich sehr bald die unterschiedlichen Auffassungen der beteiligten Mächte über die Entwicklung Deutschlands und seiner Hauptstadt. Meinungsverschiedenheiten bestanden nicht nur bei der Abfassung der zu erlassenden Bestimmungen und bei der Festlegung der gesetzlichen Regelungen, sondern auch später bei ihrer Anwendung und Auslegung. Schließlich brach die Tätigkeit des Kontrollrates Ende März 1948 durch Protest des sowjetischen Vertreters ab. Seitdem hat es trotz der Außenminister- und Gipfeltreffen keine gemeinsamen Beschlüsse der Alliierten zur

[1] Vgl. zu den folgenden Ausführungen: *Hillgruber, A.*, Berlin-Dokumente 1944—1961. Darmstadt 1961.

[2] Soweit bei der politischen Selbständigkeit der Besatzungszonen überhaupt an eine Hauptstadt gedacht werden konnte.

Deutschlandpolitik mehr gegeben. Die Teilung Deutschlands war – *beabsichtigt oder nicht* – politische Realität geworden.

Danach war die entsprechende Teilung Berlins in drei westliche Sektoren und einen östlichen Sektor nur noch eine Frage der Zeit und der Mittel, die zu diesem Ziel eingesetzt werden konnten. Die Grundlage hierzu bot die Teilung der Stadt in vier Sektoren, in denen die vier Besatzungsmächte getrennt voneinander ihre Hoheitsrechte ausübten. Wohl bestand im Magistrat von Berlin eine einheitliche Stadtverwaltung, die jedoch in der Durchführung ihrer Beschlüsse von der Billigung und Unterstützung durch die jeweilige Besatzungsmacht abhängig war. Für die spätere Entwicklung war dann vor allem die Lage Berlins entscheidend: Völlig eingeschlossen von der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands (SBZ) bildeten die drei Westsektoren der Stadt, d. h. die drei Sektoren der westlichen Alliierten, im Verhältnis zu den ihnen zugehörigen Besatzungszonen Exklaven. Damit war einerseits eine geographisch bedingte *Abhängigkeit der Westsektoren von der sowjetischen Besatzungsmacht* gegeben, andererseits aber auch die Möglichkeit zur verwaltungsmäßigen und politischen Vereinigung des sowjetisch besetzten Sektors der Stadt mit der sowjetischen Besatzungszone. Die Bestrebungen zu dieser Vereinigung hatten sich schon in der gleichgerichteten Politik der sowjetischen Besatzungsmacht in Sektor und Zone, die ihr unterstellt waren, deutlich gezeigt.

Ein erster offensichtlicher Anschlag auf die politische Zuordnung der Stadt erfolgte dann mit der Blockade Berlins, deren Anfänge bis April 1948 zurückreichen. Sie behinderte in zunehmendem Maße den Land- und Schiffsverkehr zwischen Westberlin und den westlichen Zonen Deutschlands, von denen sich damals bereits zwei zur Bizonen-Verwaltung zusammengeschlossen hatten. Mit der am 18. Juni 1948 verkündeten Währungsreform in Westdeutschland setzte dann die Blockade vollends ein[3]. Die drohende Aushungerung der Bevölkerung wurde durch die Errichtung der „Luftbrücke" vermieden[4]. Während der Blockade erfolgte dann in Verbindung mit den fälligen Wahlen zur Stadtverordneten-Versammlung, die von der sowjetischen Besatzungsmacht in ihrem Sektor nicht zugelassen wurden, die Spaltung der Stadt in West- und Ostberlin. Seit Ende November 1948 ist Berlin endgültig eine *geteilte Stadt*, deren östlicher Teil in das umgebende Gebiet politisch integriert ist, deren westlicher Teil aber als Enklave in diesem

[3] Der Verkehrsstopp wurde am 24. Juni 1948 von der Sowjetischen Militäradministration verfügt.

[4] Vgl. hierzu: Berlins Wirtschaft in der Blockade (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Sonderhefte N. F., Heft 3). Berlin 1949.

Gebiet von ständigen Angriffen auf seine politische Zugehörigkeit und Selbstbestimmung bedroht ist.

Westberlin, das nach dem Kriege bevölkerungsmäßig etwa zwei Drittel der Stadt ausmacht, wurde so zu einer Enklave inmitten eines Gebietes, das völlig anderen politischen Einflüssen unterworfen ist. Diese Einflüsse zielten auf eine grundlegende Umgestaltung der Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse in der SBZ und damit in der Umgebung Berlins hin, so daß Westberlin sehr bald für viele Flüchtlinge aus der näheren und weiteren Umgebung zu einer rettenden Insel wurde. Gleichzeitig bot Berlin eine Reihe von Kontaktmöglichkeiten zwischen der mitteldeutschen und der westdeutschen Bevölkerung, so daß es bald in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen um Deutschland zwischen Ost und West trat. Westberlin wurde in dieser Situation zum *„Schaufenster des Westens“* und mit den Kontaktmöglichkeiten, die es bot, zu einem Prüfstein für das der mitteldeutschen Bevölkerung aufgezwungene politische und wirtschaftliche System. Die Schwäche dieses Systems, die in der ständigen hohen Abwanderung aus Mitteldeutschland ihren sichtbaren Ausdruck fand, hat schließlich am 13. August 1961 zum Bau der „Mauer“ geführt, mit der Westberlin endgültig von Ostberlin getrennt wurde. Bis dahin waren nur die äußeren Grenzen Westberlins, d. h. die Grenzen zwischen dem Stadtgebiet und der angrenzenden sowjetischen Besatzungszone stark kontrolliert und bis auf wenige Übergänge, die zum Teil dem Interzonenverkehr dienen, geschlossen. Nun wurden mit der Errichtung der Mauer zwischen West- und Ostberlin auch *die beiden Stadtteile endgültig getrennt.* Diese Trennung brachte gleichzeitig auch die Reste des Verkehrs zwischen Westberlin und seiner Umgebung völlig zum Erliegen.

Die Abriegelung Westberlins von seinen östlichen Stadtteilen und seiner Umgebung ist der vorläufige Endpunkt einer Entwicklung, die mit der Bildung der Viersektorenstadt begann. Westberlin ist heute auf die Versorgung über die wenigen Zufahrtswege und durch den Luftverkehr angewiesen. Für seine ökonomische Entwicklung entstand damit neben den früheren Störungsmaßnahmen ein neues Hindernis, so daß es trotz aller Anstrengungen bis jetzt *nicht gelungen ist, den wirtschaftlichen Stand der Vorkriegszeit* wieder zu erreichen.

Mit diesen politischen Vorgängen sind wichtige Strukturveränderungen in der Wirtschaft einhergegangen, ohne deren Kenntnis die wirtschaftliche Situation Westberlins kaum beurteilt werden kann. Aber auch in Ostberlin sind als direkte Folge der Sowjetisierung Mitteldeutschlands[5] Strukturver-

[5] *Thalheim, K. C.,* Die Rezeption des Sowjetmodells in Mitteldeutschland, in: Die Wirtschaftssysteme der Staaten Osteuropas und der Volksrepublik China (Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 23/I), S. 329 ff.

änderungen eingetreten. In beiden Teilstädten haben die Trennung und der Verlust bzw. der Abbau früherer Funktionen zu spürbaren Umstellungen und Einschränkungen in der Wirtschaft geführt. Die Untersuchung und Darstellung dieser Veränderungen in beiden Teilstädten und ein Vergleich zwischen ihren Entwicklungen nach dem Kriege lassen die Bedeutung Berlins beurteilen und zugleich auch erkennen, welche *Beharrungskraft der früheren Struktur* diesen Einflüssen entgegengewirkt hat. Diese Beharrungskraft zeigen die sozialen Strukturen ebenso wie die Produktionsstruktur der Industrie oder das regionale Gefüge der Stadt selbst. Gehalten durch den Jahrzehnte überdauernden baulichen Bestand der Stadt und geprägt durch die Aktivität und Anpassungsfähigkeit seiner Bevölkerung, bietet Berlin heute ein – gerade wegen seiner Spaltung – besonders deutliches Beispiel der *strukturellen Beharrungskraft der Großstadt,* die hier selbst die entgegenstehenden politischen Einflüsse in der strukturellen Wirksamkeit übertroffen hat: Beide Teilstädte unterscheiden sich in dieser Hinsicht heute kaum mehr voneinander als in den Zeiten gemeinsamer Entwicklungseinflüsse.

BERLIN VOR DEM KRIEGE

1. Lage und Entwicklung Berlins

Berlin verdankt seine starke Entwicklung in den letzten Jahrhunderten nicht zuletzt seiner günstigen topographischen Lage, die noch durch gute klimatische Bedingungen ergänzt wird[6]. Der alte Kern der Stadt liegt in dem von der Spree durchflossenen Urstromtal, das im Süden vom Teltow und im Norden vom Barnim eingegrenzt wird. Beide Erhebungen rücken an dieser Stelle dicht zusammen, so daß hier der günstigste Ort für die früheren Verkehrsverbindungen über das Flußtal und die zum Teil sumpfigen Niederungen war. So entstand die Stadt inmitten einer wald- und sumpfreichen Gegend mit den beiden sich an den Spreeufern gegenüberliegenden Siedlungen Berlin und Cölln. Das heutige Stadtgebiet ist im Osten von einer Seenkette begrenzt, deren Zentrum im Müggelsee liegt; im Westen reicht Berlin bis an die Havel und die Havelseen. Mit dieser weitläufigen Begrenzung und der günstigen Lage ungefähr zwischen Elbe und Oder konnte Berlin allmählich zum Zentrum des mitteldeutschen Wasserstraßennetzes heranwachsen[7]. Schon früh hatten diese Lagebeziehungen Berlin zu einem Kreuzungspunkt der Handelswege in Mitteldeutschland werden lassen, so daß beide Orte, aus denen Berlin erwachsen ist, bereits bei ihrer ersten Erwähnung in den Jahren 1237 und 1245 Stadtrechte besaßen. Mit der Vereinigung beider Städte im Jahr 1307 erhielt Berlin dann weiteren wirtschaftlichen Auftrieb; schon bald wurden der Stadt das Münz- und Zollrecht, das Stapelrecht und die Oberste Gerichtsbarkeit verliehen, und schließlich gehörte Berlin in der Mitte des 14. Jahrhunderts dem Hansebund an.

Dieser Aufstieg der Handelsstadt Berlin, die schon 1411 rund 6000 Einwohner hatte, wurde unterbrochen, als im Anfang des 15. Jahrhunderts die Burggrafen von Nürnberg mit der Mark Brandenburg belehnt wurden und daraufhin auch in Berlin ihre Herrschaft errichteten. In den folgenden 250 Jahren stagnierte die Bevölkerungsentwicklung, und die Stadt verharrte etwa in ihrer damaligen Größe. Erst 1650 zählte sie rund 10 000 Einwohner. Mit dem Wirken des Großen Kurfürsten in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts begann dann für die Stadt eine neue Entwicklungsphase, die sich

[6] Vgl. *Behrmann, W.*, Die Lage Berlins im Wandel der Zeiten, in: Die unzerstörbare Stadt (Institut für Raumforschung). Köln-Berlin 1953, S. 49 f.

[7] *Pfannschmidt, M.*, Probleme der Weltstadt Berlin, in: Zum Problem der Weltstadt. Berlin 1959, S. 2.

deutlich in der schnell ansteigenden Einwohnerzahl abzeichnet (1710 bereits rund 60000 Personen). Dabei wurde das Stadtgebiet Berlins erheblich erweitert, nachdem es bis dahin auf die beiden ursprünglichen Siedlungen Berlin und Cölln mit einer Fläche von etwa 73 Hektar Größe beschränkt geblieben war; die damaligen Vororte Friedrichswerder und Neu-Cölln wurden bei dem Bau einer neuen Befestigungsanlage einbezogen. Vor den Toren der Stadt entstand die Dorotheenstadt, eine Gründung des Großen Kurfürsten, unter dessen Regierung auch das Stadtgebiet erweitert wurde, so daß Berlin 1681 eine Fläche von rund 217 Hektar umfaßte.

Zu Beginn des 18. Jahrhunderts war dann schon der größte Teil des heutigen Verwaltungsbezirkes Mitte in das Stadtgebiet einbezogen. In dieser Zeit entstandt mit dem neuen Mauerring die Reihe der zum Teil heute – wenigstens im Namen – noch erhaltenen Tore Berlins; 1709 zählte die Stadtfläche bereits 626 Hektar[8] mit einer Einwohnerzahl von rund 57000.

Die dann bis um die Mitte des 18. Jahrhunderts erfolgten Eingemeindungen griffen über die Grenze des jetzigen Verwaltungsbezirks Mitte hinaus und bezogen schon Teile der heutigen Bezirke Kreuzberg und Friedrichshain in das Stadtgebiet ein. So erreichte Berlin 1737 eine Fäche von rund 1330 Hektar; danach unterblieb zunächst eine weitere Ausdehnung, bis dann um 1841 das Stadtgebiet mit der Durchführung der „Städteordnung“ wieder wesentlich vergrößert wurde. Nun wurden nach der jetzigen Bezirksgliederung fast der gesamte Bezirk Prenzlauer Berg, der größte Teil des Bezirkes Friedrichshain und weitere Teile der Bezirke Kreuzberg, Mitte und auch Teile des Bezirkes Wedding einbezogen[9]. In den nächsten zwanzig Jahren erfolgte dann die Eingemeindung der restlichen Kernbezirke Wedding, Kreuzberg und Tiergarten, so daß 1881 schon *alle Kernbezirke zum Stadtgebiet* gehörten, und zwar die Verwaltungsbezirke Mitte, Prenzlauer Berg, Friedrichshain, Kreuzberg, Tiergarten und Wedding. Obwohl die an Berlin angrenzenden Siedlungen, die meist um die Jahrhundertwende Stadtrechte erhielten[10], inzwischen stark angewachsen waren, unterblieb zunächst eine weitere Ausdehnung des Stadtgebietes. Die wachsende Stadt und die in der Umgebung immer größer gewordenen Siedlungen wurden schließlich im Rahmen einer völligen Neugliederung im Jahr 1920 zum *Stadtgebiet „Großberlin“* zusammengefaßt. Damals wurden 8 Stadtgemeinden, 59 Landgemeinden der an-

[8] Vgl. *Gerth,* Entwicklung der Flächennutzung im Berliner Stadtgebiet, in: Berliner Statistik, 11. Jg. (1957), Heft 3, S. 99 ff.

[9] Vgl.: Berlin, Planungsgrundlagen für den städtischen Ideenwettbewerb „Hauptstadt Berlin“ (hrsg. vom Bundesminister für Wohnungsbau und vom Senator für Bau- und Wohnungswesen). Berlin 1957, Karte 20 (kommunale Entwicklung).

[10] Z. B. Schöneberg (1898), Neukölln (1899), Lichtenberg (1907) und Wilmersdorf (1906); Charlottenburg erhielt bereits 1705 und Spandau schon 1232 das Stadtrecht.

grenzenden Landkreise Niederbarnim, Osthavelland und Teltow und weiterhin 27 Gutsbezirke zum Stadtgebiet vereinigt[11], das etwa der heutigen Größe entsprach. Die vorher selbständigen Gemeinden blieben im allgemeinen als Ortsteile der neuen Verwaltungsbezirke Berlins erhalten[12].

Die innere Verwaltungsgliederung Berlins wurde verschiedentlich verändert, meist hinsichtlich der Ortsteilgrenzen; letztmalig erfolgte im Jahre 1938 eine Verschiebung der Bezirksgrenzen. Erst nach 1945 wurde mit der Abgrenzung der vier Sektoren Berlins eine verwaltungsmäßige Neugliederung vorgenommen. Diese *Sektorengliederung* war aus dem Gedanken entstanden, daß jede der vier Besatzungsmächte in der Stadt Berlin auch bestimmte territoriale Rechte haben sollte. Der größte der vier Sektoren war der sowjetische Sektor mit den Bezirken Mitte, Prenzlauer Berg, Friedrichshain, Treptow, Köpenick, Lichtenberg, Weißensee und Pankow; beinahe die Hälfte des Stadtgebietes entfällt auf diesen Sektor. Außerdem kam es zu kleinen Veränderungen der Stadtgrenze im Westen auf Grund einer Vereinbarung zwischen den Alliierten; dabei wurden das Dorf Staaken und ein Teil des Ortsteils Gatow mit Gebieten des angrenzenden Landkreises Potsdam ausgetauscht[13]. Die Größe des Stadtgebietes ist durch diesen Gebietsaustausch jedoch nicht erheblich verändert worden[14].

Die Sektorengliederung Berlins und seine politische Trennung von der Umgebung haben es zu einer *Stadt der Grenzen* werden lassen. Westberlin hat bei einer Fläche von rund 481 qkm eine etwa 111 km lange Grenze zur SBZ[15] und eine 43 km lange Sektorengrenze[16]. Dagegen hat Ostberlin bei einer Fläche von rund 403 qkm eine Grenze von 121 km zur SBZ und die gleiche Sektorengrenze. Seitdem diese Grenzen für die Teilstädte nicht nur Verwaltungsgrenzen, sondern auch praktisch geschlossene, politische Grenzen geworden sind, ist die Bewegungsmöglichkeit der Bevölkerung Westberlins stark eingeengt. Der Zugang zur SBZ war den Westberlinern schon 1952 gesperrt worden, mit der Errichtung der Sperrmauer wurde im August 1961 auch noch der Verkehr nach Ostberlin unterbunden.

Um eine Vorstellung von der Größe Berlins zu geben, ist verschiedentlich

[11] Aufzählung nach *Gerth*, Entwicklung der Flächennutzung im Berliner Stadtgebiet, a. a. O.

[12] Vgl. Karte 1 im Anhang.

[13] *Dehmel, A. R.*, Die territorialen Veränderungen im politisch-geographischen Gesicht der Erde seit 1945, in: Geographische Rundschau, 11. Jg. (1959), Heft 1, S. 21 ff., besonders S. 28.

[14] Soweit in dieser Untersuchung Einwohnerzahlen Berlins für die Vorkriegszeit angegeben werden, sind diese Veränderungen darin nicht berücksichtigt.

[15] Sowjetische Besatzungszone.

[16] Nach *Katsch, K. H.*, Berlin zu Beginn des Jahres 1959, in: Geographische Rundschau, 11. Jg. (1959), Heft 3, S. 125 f.

der Umriß der Stadt auf andere Gebiete Deutschlands übertragen worden. Am interessantesten ist hierbei die Übertragung der Stadtgrenze Berlins auf das Ruhrgebiet[17]. Bei diesem Vergleich umfassen die Grenzen Berlins fast ganz Düsseldorf, vollkommen die Stadtkreise Essen, Mülheim, Oberhausen, Duisburg und zum Teil die Stadtkreise Bottrop, Wattenscheid, Bochum. Bezieht man allerdings den Stadtrand und die Einpendlerzone in diesen Vergleich noch ein, so wird das gesamte Ruhrgebiet von dieser Grenze eingeschlossen. Ebenfalls interessant ist die Darstellung[18], bei der die Stadtgrenze auf den mitteldeutschen Raum Leipzig/Halle übertragen wird. Dabei werden im Süden der Stadtkreis Halle einbezogen, ebenso die Stadt Schkeuditz und der gesamte Stadtkreis Leipzig. Nach Norden hin dehnt sich das Gebiet über Delitzsch hin bis nach Bitterfeld, das im Norden die Begrenzung bildet. Im Nordwesten wird der Ort Zörbig gerade noch eingeschlossen. Beide Darstellungen sind geeignet, eine Vorstellung von den Entfernungen innerhalb Berlins zu geben. Das ist besonders wichtig für die Beurteilung der Verkehrsverhältnisse innerhalb der Stadt, bei denen die Pendlerbeziehungen im Vordergrund stehen. – Das Gewicht Berlins kann wohl am besten mit dem Hinweis gekennzeichnet werden, daß seine Einwohnerzahl nach dem Vorkriegsstand von den damals fünf größten Städten Westdeutschlands[19] zusammen erreicht wurde.

2. *Berlin und sein Hinterland*

Wie bei allen Großstädten bieten sich auch bei Berlin gewisse Schwierigkeiten, den Stadtrand bzw. den Umkreis und die weitere Einflußzone der Stadt genau abzugrenzen. Verschiedene Untersuchungen haben sich mit dieser Frage beschäftigt, wobei sie zum Teil von sehr verschiedenen Maßstäben ausgegangen sind. Für eine Untersuchung, die darauf angewiesen ist, statistische Daten im zeitlichen und räumlichen Vergleich zu verarbeiten, empfiehlt sich im allgemeinen keine Abgrenzung nach Gemeinden, da auf dieser Ebene im großen und ganzen nur wenige Daten mitgeteilt werden. Zweckmäßig ist eine Abgrenzung nach Kreisen, obwohl damit gewisse Ungenauigkeiten verbunden sind. Grundlage einer solchen Abgrenzung sind die vielfältigen Be-

[17] Vgl.: Berlin, Planungsgrundlagen für den städtischen Ideenwettbewerb „Hauptstadt Berlin“, a. a. O., Karte 15.

[18] Vgl.: Berlin, Planungsgrundlagen für den städtischen Ideenwettbewerb „Hauptstadt Berlin“, a. a. O., Karte 15.

[19] Hamburg, München, Köln, Essen und Frankfurt/Main.

ziehungen, die eine Großstadt mit ihrer Umgebung unterhält. So war auch Berlin vor dem Kriege keineswegs von seinen Nachbargebieten isoliert, sondern hier fand im Gegenteil ein reger Austausch von Waren, Leistungen und Arbeitskräften statt. Zu einer Darstellung dieser vielfältigen Beziehungen (Stadt/Umland) ist ein grober Umriß der Struktur Berlins zweckmäßig.

Bereits bei der Darstellung der Entwicklung des Stadtgebietes ist darauf hingewiesen worden, daß gleichzeitig mit der Ausdehnung Berlins auch die benachbarten Städte und Landgemeinden, die inzwischen eingemeindet worden sind, starken Auftrieb erhielten. Diese Ausstrahlung des Wachstums Berlins ging aber noch über die heutigen Grenzen der Stadt hinaus und betraf auch die Randgemeinden, die inzwischen zu Vororten herangewachsen sind. So ist es erklärlich, daß die direkt an Berlin angrenzenden Landkreise[20] eine höhere Bevölkerungsdichte aufweisen als die weiter entfernt liegenden Landkreise und das übrige Gebiet der Mark Brandenburg.

Man hat deshalb von einer *Verstädterungszone*, die sich um Berlin gebildet hat, gesprochen [21]. Diese Zone umfaßt ungefähr innerhalb des Berliner Autobahn-Ringes im wesentlichen die Wohnsiedlungsgebiete, die von städtischer Bevölkerung bewohnt sind und deren Bebauung der städtischen Siedlung und Wohnversorgung entspricht. Ihr bevölkerungsmäßiges Gewicht erhält diese Randzone Berlins durch die zahlreichen größeren Gemeinden, die in der direkten Umgebung Berlins liegen[22]. Diese Gemeinden waren nicht nur Wohnplätze der städtischen Bevölkerung; teilweise waren sie zugleich auch Standorte für Industriebetriebe, die aus Berlin verlagert wurden oder sich im Zusammenhang mit dem industriellen Ausbau Berlins dort angesiedelt hatten. Die Verstädterungszone Berlins erstreckt sich vor allem entlang der zahlreichen von Berlin ausgehenden Bahnlinien, die schon früh gute Verkehrsmöglichkeiten zwischen der Stadt und ihren Randgemeinden herstellten. Mit der weitgehenden Elektrifizierung des Vorortverkehrs (S-Bahn) wurden schnelle Bahnverbindungen geschaffen, die das tägliche Ein- und Auspendeln der Arbeitskräfte der Stadt ebenso ermöglichten wie die Einkäufe der Bevölkerung aus der näheren Umgebung in Berlin. – Nach Berechnungen von *Bollert*[23] umfaßt die Verstädterungszone Berlins einschließlich des Stadt-

[20] Vor dem Kriege die Landkreise Osthavelland, Niederbarnim, Teltow und zu einem geringen Teil der Landkreis Beeskow-Storkow.

[21] Z. B. *Bollert*, Die Bevölkerung in den Randzonen von Großberlin 1939—1955, in: Berliner Statistik, 11. Jg. (1957), Heft 12, S. 426 ff.

[22] Bereits in einem Umkreis um die Stadtmitte Berlins mit einem Radius von 30 km liegen acht Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern und weitere 15 Gemeinden mit über 5000 Einwohnern. Die Bevölkerungszahl der ersten Gruppe belief sich Ende 1956 auf rund 220 000 und die der zweiten Gruppe auf rund 110 0000 Einwohner.

[23] *Bollert*, Die Bevölkerung in den Randzonen von Großberlin 1939—1955, a. a. O.

kreises Potsdam eine Fläche von 1 264 qkm, auf der 1939 rund 522 000 Menschen bei einer durchschnittlichen Einwohnerdichte von 413 Einwohnern je qkm wohnten. Trotz der zum Teil auch in diesem Gebiet eingetretenen Kriegszerstörungen stieg die Einwohnerzahl der Verstädterungszone bis 1946 bei gleichzeitigem Rückgang der Berliner Bevölkerung auf 582 000 Einwohner, also um 60 000 Personen, an.

Die *Einpendlerzone* Berlins umfaßt ein noch erheblich größeres Gebiet als die direkte Randzone. Vor allem kommt hierbei eine weitere Ausdehnung entlang den in die Stadt führenden Verkehrswegen hinzu. So werden über die Verstädterungszone hinaus noch die Orte Nauen, Kremmen, Brieselang, Werneuchen, Strausberg, Fürstenwalde, Ketschendorf, Königswusterhausen, Zossen, Ludwigsfelde, Trebbin, Beilitz, Glindow und Werder zum Haupteinzugsgebiet des Pendlerverkehrs gezählt[24]. Aufschluß über den Umfang und die Struktur des Pendlerverkehrs zwischen Berlin und einigen Orten in der Umgebung Berlins gibt eine Untersuchung für 1941[25]. Ihre Ergebnisse zeigen, daß der Arbeiter-Berufsverkehr zwischen Berlin und seinen Randstädten keineswegs einseitig in die Stadt gerichtet war; vielmehr pendelten auch Arbeitskräfte aus der Stadt in die Randzone. Eine besonders starke Anziehungskraft übte in dieser Hinsicht die Stadt Oranienburg aus, zu der mehr Arbeitskräfte von Berlin ein- als nach Berlin auspendelten. Dieses Beispiel zeigt deutlich, daß einige Randstädte Berlins nicht nur Wohnstädte, sondern zugleich auch Arbeitsstandorte waren. Damals wohnten in den sieben untersuchten Randstädten[26] zusammen rund 11 000 Auspendler nach Berlin.

Die Gesamtzahl der aus den Randstädten und dem Pendlereinzugsgebiet nach Berlin einpendelnden Arbeitskräfte ist für die Vorkriegszeit nicht bekannt. Eine Berechnung nach der Differenz zwischen der Anzahl der in Berlin wohnenden Erwerbspersonen und der Beschäftigtenzahl in den Arbeitsstätten Berlins ergibt keine Anhaltspunkte, da beide Zählungen zwar zeitmäßig, nicht aber hinsichtlich des Erfassungsbereichs vergleichbar sind[27]. Die Bedeutung des *Berufspendlerverkehrs* innerhalb Berlins und zwischen Berlin und seiner Umgebung wird jedoch aus der Verkehrsdichte der Nahverkehrs-

[24] Aufzählung nach *Bollert,* Die Bevölkerung in den Randzonen von Großberlin 1939—1955, a. a. O., S. 429. Vgl. hierzu auch *Schlier,* O., Berlins Verflechtungen mit der Umwelt früher und heute, in: Geographische Rundschau, 11. Jg. (1959), Nr. 3, S. 134 ff.

[25] *Wiebel, E.,* Die Städte am Rande Berlins (Forschungen zur deutschen Landeskunde, Bd. 65). Remagen 1954, S. 14 ff., besonders Abbildung 1.

[26] Potsdam, Oranienburg, Bernau, Teltow, Strausberg, Werder und Altlandsberg.

[27] Die Erwerbspersonen werden in der Berufszählung nach dem Wohnplatz, die Beschäftigten dagegen in der Arbeitsstättenzählung nach dem Standort des Arbeitsplatzes erfaßt; allerdings blieben in der Arbeitsstättenzählung 1939 die Betriebe der Landwirtschaft, die häuslichen Dienste und die Personen im Militär- und Sicherheitswesen unberücksichtigt.

mittel und der Vorortverbindungen ersichtlich[28]. Nach der Darstellung von *Bollert*[29] umfaßte die Einpendlerzone als zweiter Ring um Berlin rund 1 476 qkm, auf denen nach der Volkszählung von 1939 über 195 000 Personen wohnten. Die durchschnittliche Wohndichte in diesem Gebiet betrug also immerhin noch rund 130 Einwohner je qkm. Das Stadtgebiet von Berlin umfaßt zusammen mit der Randzone und der eben beschriebenen Einpendlerzone eine Fläche von rund 3 630 qkm, auf denen 1939 rund 5 056 Mio. Einwohner lebten; die durchschnittliche Einwohnerdichte in Großberlin und seinem Haupteinzugsgebiet (Randzone und Einpendlerzone) belief sich demnach 1939 auf 1 393 Einwohner je qkm.

Noch stärker und weitreichender sind die *Handelsbeziehungen* Berlins zu seinem Hinterland gewesen. Schon die große Zahl der Einpendler hatte vor dem Kriege dafür gesorgt, daß große Teile der Bevölkerung, die in der Umgebung lebten, Einkäufe höherer Ordnung[30] in Berlin tätigten; die Pendler kauften sogar einen Teil des täglichen Bedarfs in der Stadt ein. Im allgemeinen handelte es sich aber um größere Einkäufe, für die vor allem die zahlreichen und großen Kaufhäuser Berlins Anziehungspunkte waren. Bei Fahrtentfernungen von durchschnittlich einer Stunde und weniger war es den Bewohnern der Vororte eine Selbstverständlichkeit, zu einem Einkauf in die Hauptstadt zu fahren. Anreiz hierzu boten einmal die große Auswahl, zum anderen die Preiswürdigkeit des Angebots, die eine Folge der starken Konkurrenz innerhalb der Großstadt waren. Schließlich hatten die Bewohner der Vorstädte so viel Kontakt mit dem Leben in der Hauptstadt, daß sie nicht hinter der städtischen Versorgung zurückstehen wollten, was besonders für den Bedarf an Modeartikeln galt. Derartige Einkaufswünsche führten die Bewohner der Vororte zwangsläufig in die Berliner City.

Solche Beziehungen reichten aber oft noch erheblich über das beschriebene Haupteinzugsgebiet hinaus; allerdings wurden die Besuche der Hauptstadt mit zunehmender Entfernung des jeweiligen Wohnorts von Berlin seltener. Die häufigsten Besucher aus der weiteren Umgebung kamen aus den Städten, die durch gute und schnelle Eisenbahnverbindungen mit der Hauptstadt verbunden waren. Für die Stärke dieser Kontakte war das engmaschige Verkehrsnetz ausschlaggebend, das mit zahlreichen Eisenbahnlinien und Straßen von Berlin in die Umgebung hinausgeht. Es ist schwer zu sagen, wie weit derartige Beziehungen gegangen sind, zumal hier auch die persönlichen Wünsche des einzelnen sehr stark mitspielen. Immerhin läßt ein Vergleich der Be-

[28] Vgl. z. B.: *Gerlach, E.*, Berlin im deutschen und europäischen Verkehr, in: Die unzerstörbare Stadt (Institut für Raumforschung). Köln-Berlin 1953, S. 96 f.

[29] *Bollert*, Die Bevölkerung in den Randzonen von Großberlin 1939—1955, a.a.O.

[30] Außerhalb des täglichen Bedarfs.

schäftigtenquoten des Einzelhandels der Städte in der Umgebung Berlins mit der Durchschnittsquote des Deutschen Reiches erkennen, daß die Eigenversorgung dieser Städte in den meisten Fällen ungenügend war. Eine Untersuchung über den Einzelhandel mit Bekleidungsgegenständen und den Einzelhandel mit Maschinen und Fahrzeugen für die Städte in der Umgebung Berlins [31] kam zu dem Ergebnis, daß in beiden Einzelhandelsbranchen eine ungenügende Eigenversorgung in Oranienburg, Hennigsdorf, Falkensee, Werder, Stahnsdorf, Teltow, Neuenhagen, Strausberg und Bernau bestand. Nur in einer der beiden Branchen genügte die Versorgung in Jüterbog, Luckenwalde, Bad Freienwalde, Zehdenick und Nauen; erst die Städte Brandenburg, Fürstenwalde und Neuruppin hatten in beiden Branchen eine genügende, d. h. dem Reichsdurchschnitt entsprechende Eigenversorgung. Daraus läßt sich ungefähr erkennen, wie weit etwa der Nahabsatz des Berliner Einzelhandels reichte. Man wird daher das direkte Einflußgebiet Berlins, d. h. den *Stadtbereich Berlins* annähernd mit den an die Stadt angrenzenden Landkreisen in ihrer heutigen Abgrenzung bestimmen können [32]. Sicherlich waren darüber hinaus auch noch die wichtigsten Städte der Mark Brandenburg, in deren Zentrum Berlin liegt, von den weitreichenden Einflüssen des Berliner Einzelhandels berührt. Bei einigen Spezialbranchen reichten diese Beziehungen vermutlich noch erheblich weiter.

Neben den Einkäufen in der Stadt galten die Besuche der Bevölkerung aus der Umgebung oft auch den kulturellen Leistungen und dem Vergnügungsleben der Hauptstadt. Daher war der *Dienstleistungsbereich* in Berlin weit überdurchschnittlich entwickelt. Für die starke Entwicklung der privaten Dienstleistungen in Berlin gab es vor allem zwei Gründe. Einmal hatte der industrielle und allgemeine wirtschaftliche Aufschwung der Stadt zu einer Steigerung der Kaufkraft und auch der persönlichen Einkommen im Stadtgebiet geführt, so daß die Nachfrage nach qualifizierten Diensten immer mehr angestiegen war. Daneben waren die Dienstleistungen aber gleichzeitig auch auf die Nachfrage aus der Umgebung Berlins ausgerichtet. In besonderem Maße gilt das für die gehobenen Dienstleistungen, wie z. B. Rechtsberatung, Wirtschaftsberatung, Vermittlung, Werbung und Gesundheitsdienst. Vor dem Kriege lagen die Beschäftigtenquoten dieser Dienstleistungsbranchen in Berlin weit über dem Reichsdurchschnitt [33].

Damit sind die Funktionen der Stadt als „Zentraler Ort“ angesprochen, nämlich jene *zentralen Funktionen,* die Berlin für ein weites Gebiet seiner

[31] Vgl. *Wiebel, E.,* Die Städte am Rande Berlins, a. a. O., S. 32 ff. und Karte 3.

[32] Dies sind der Stadtkreis Potsdam und die Kreise Potsdam, Nauen, Oranienburg, Bernau, Strausberg, Fürstenwalde, Königswusterhausen und Zossen.

[33] Vgl.: Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstättenzählung vom 17. Mai 1939, Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 568, Heft 3.

Umgebung ausübte, soweit sie in den benachbarten Städten nicht vertreten waren. Abgesehen von seinen Hauptstadtfunktionen, auf die später noch eingegangen wird, war Berlin vor dem Kriege Sitz der preußischen Landesregierung und zahlreicher Landes- und Provinzialbehörden. Die von diesen weitreichenden Verwaltungsfunktionen her gegebenen Einflüsse finden sich auch in den überlokalen Funktionen der Stadt, wie z. B. Großhandel, Banken- und Versicherungswesen, Kunst und Bildung, wieder. Das Einflußgebiet dieser zentralen Funktionen Berlins ist ebenfalls mit der Zusammenfassung der an Berlin angrenzenden Kreise[34] annähernd richtig bestimmt. Außerhalb dieses Gebietes liegen Brandenburg, Eberswalde und Frankfurt/Oder; d. h. (mit Ausnahme Potsdams) die größeren Städte der Mark Brandenburg, die sich bei einigem Abstand von Berlin in begrenztem Umfange als selbständige zentrale Orte entwickeln konnten[35]. Diese weitläufige Abgrenzung des Einflußgebietes Berlins ist vor allem dadurch zu erklären, daß die unmittelbar benachbarten Städte im Schatten des schnellen Wachstums der ehemaligen Hauptstadt in der Entwicklung ihrer zentralen Funktionen zurückblieben; trotz ihrer relativ hohen Einwohnerzahlen hatten sie keine eigene zentrale Wirkung.

Schließlich sind noch die *Versorgungs-* und *Absatzbeziehungen* der Berliner Wirtschaft zu berücksichtigen, die sich über noch weitere Räume erstreckten. Vor dem Kriege hatte Berlin nicht nur wirtschaftlichen Kontakt mit seiner unmittelbaren Umgebung, sondern mit dem ganzen Reichsgebiet, wobei der Umfang der Warenlieferungen und der Leistungen allerdings mit zunehmender Entfernung geringer wurde. An Hand der Ergebnisse der Verkehrsstatistik ist verschiedentlich nachgewiesen worden, wie weit und in welchem Umfang Berlin Bezüge aus dem Reichsgebiet erhielt und in welchem Umfang die Leistungen der Berliner Wirtschaft in das Reichsgebiet hinausgingen[36]. Danach erhielt Berlin z. B. seine Milchlieferungen zu 94 % aus der Mark Brandenburg[37]. Die Viehversorgung kam dagegen vorwiegend aus

[34] In ihren heutigen Grenzen; vgl. S. 18 dieser Darstellung.

[35] Vgl. hierzu die ebenso vorgeschlagene Abgrenzung bei *Bollert,* Die Bevölkerung in den Randzonen von Großberlin 1939—1955, a. a. O., S. 431; Bollert weist darauf hin, daß nach der Neuorganisation der Kreise in der SBZ die Grenzen des Einflußgebietes Berlin leichter gleichlaufend mit den Kreisgrenzen abgesteckt werden können als bei der vor dem Kriege gültigen Verwaltungsgliederung.

[36] Z. B. *Schlier, O.,* Berlins Verflechtungen mit der Umwelt früher und heute, a. a. O., S. 134 ff., und *Bülow, F.,* Raumpolitischer Strukturwandel der Wirtschaft und Versorgung Berlins, in: Die unzerstörbare Stadt, S. 63 ff., und *Thalheim, K. C.,* Berlin — Herausforderung und Antwort einer Hauptstadt, in: Die unzerstörbare Stadt, S. 11 ff. (Institut für Raumforschung). Köln-Berlin 1953.

[37] An diesen Zusammenhang knüpfte das vor einigen Jahren in der SBZ durchgeführte Versorgungsprojekt „Milch-Ader Berlin“ an.

Mecklenburg, Pommern, Ostpreußen und der Provinz Sachsen. Die Stadt deckte ihren ernährungswirtschaftlichen Bedarf aus dem nordöstlichen Flachland[38] zu folgenden Anteilen: Milch 100 %, Kartoffeln 92 %, Kälber 89 %, Roggen 82 %, Spiritus 80 %, Schafe und Ziegen 70 %, Rinder 69 %; dagegen Gemüse, Mehl und Weizen nur zu 30 % – 40 %.

Für die Versorgung der gewerblichen Wirtschaft Berlins kamen aus diesem Gebiet als wichtigste Rohstoffe (1938): Braunkohlenbriketts 99 %, Kies und Sand 98 %, Kunststeine 87 % und Brennholz 85 %; dagegen Schnittholz und Natursteine nur 35 % bzw. 36 % des Gesamtbezugs. Sehr wichtige und für die Berliner Wirtschaft unentbehrliche Rohstoffe konnten allerdings nicht aus diesem Raum bezogen werden. So kam die Steinkohle vornehmlich aus dem oberschlesischen Revier (1938 = 3,36 Mio. Tonnen) und nur zu etwas mehr als einem Drittel aus den westdeutschen Revieren (1,92 Mio. Tonnen). Weitaus stärker war allerdings das Ruhrgebiet an der Belieferung Berlins mit Produkten der Eisen- und Stahlindustrie beteiligt; ebenso wie bei Nichteisen-Metallen war hier die Versorgung vornehmlich auf den Bezug aus Westdeutschland eingestellt. Westdeutschland war also der entscheidende Rohstofflieferant für den größten Industriezweig Berlins, nämlich für die metallverarbeitende Industrie, die schon vor dem Kriege starke Bindungen zur Wirtschaft Westdeutschlands hatte. Dagegen war die Versorgung der Berliner Wirtschaft mit Naturrohstoffen, wie Steine und Erden sowie Holz, im wesentlichen auf das Gebiet östlich der Elbe, darunter besonders auf die Mark Brandenburg, eingestellt.

An den Rohstofflieferungen nach Berlin konnten entsprechend der Standortstruktur der deutschen Wirtschaft und der Rohstoffvorkommen in Deutschland nur die von ihrer Produktion her dazu befähigten Gebiete beteiligt sein. Weniger beschränkt war dagegen die regionale Streuung im *Absatz der Berliner Erzeugnisse*, d. h. vornehmlich der Industrieprodukte. Nach der Verkehrsstatistik von 1938 erreichte hierbei die Mark Brandenburg nur sehr niedrige Werte, ebenso auch das für die Ernährungswirtschaft der Stadt so wichtige nordöstliche Flachland. Die stärkere Beteiligung anderer, besonders der westdeutschen Bezirke ist also offensichtlich. Berechnungen über den Gesamtabsatz der Berliner Industrie für die Jahre 1936 und 1938[39] ermittelten folgende Anteile des Absatzes im Gebiet der heutigen Bundesrepublik am Gesamtabsatz der Berliner Industrie:

[38] Nach *Schlier, O.*, Berlins Verflechtungen mit der Umwelt früher und heute, a. a. O., S. 135: nordöstliches Flachland als verkehrsstatistische Region umfaßt etwa die Gebiete Mecklenburg und Pommern ohne die Küstenstädte, Mark Brandenburg, Niederschlesien (ohne Breslau) und Sachsen-Anhalt.

[39] *Thalheim, K. C.*, Berlin — Herausforderung und Antwort einer Hauptstadt, a. a. O., S. 20.

Maschinenbau	31 %
Elektroindustrie	45 %
Feinmechanik, Optik	44 %
Bekleidungsindustrie	50 %
Chemische Industrie	31 %.

Der Anteil des Absatzes nach Mittel- und Ostdeutschland war bei diesen Zweigen nur etwas höher als der gleichzeitige Exportanteil; ein Sechstel bis ein Fünftel des Gesamtabsatzes der Berliner Industrie entfiel in diesen Jahren auf den Berliner Platzabsatz. Hiermit sind die weiträumigen Verflechtungen des industriellen Großstandortes Berlin mit dem deutschen Wirtschaftsgebiet gekennzeichnet. Der Rahmen des oben dargestellten Einflußbereiches und des Stadtbereiches Berlin ist damit bereits weit überschritten. Die Rohstoff- und Absatzbeziehungen der Berliner Industrie bieten demnach keine Ansatzpunkte zu einer Bestimmung des Stadtbereiches Berlin und seines Einflußbereiches, sie zeigen vielmehr die *weitreichende Bedeutung Berlins für die deutsche Wirtschaft.*

Die vorangegangenen Ausführungen haben gezeigt, daß der *Stadtbereich Berlin* am ehesten mit der Zurechnung der an Berlin angrenzenden Kreise in ihrer heutigen Abgrenzung bestimmt werden kann. Er umfaßt außer dem Stadtgebiet den Stadtkreis Potsdam und die Kreise Potsdam, Nauen, Oranienburg, Bernau, Strausberg, Fürstenwalde, Königswusterhausen und Zossen und damit ein Gebiet von 7 168 qkm, in dem vor dem Kriege rund 5 188 Mio. Menschen wohnten; die durchschnittliche Bevölkerungsdichte im Stadtbereich erreichte 723 Einwohner je qkm. Mit diesem Gebiet sind im wesentlichen die Räume erfaßt, die sich durch besondere Entwicklungen und Beziehungen zu Berlin von der weiteren Umgebung abheben. So ist die Verstädterungszone am Rande Berlins ebenso einbegriffen wie das Haupteinzugsgebiet der Pendler. In den genannten Kreisen liegt die Bevölkerungsanteil der Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnern unter 9 %, im Kreis Zossen bei 12 %. Außerdem ist hiermit der durch die zentralen Funktionen Berlins direkt versorgte Einflußbereich gekennzeichnet. Im wesentlichen sind auch die Standorte einbezogen, auf die sich die seit Anfang dieses Jahrhunderts aus Berlin verlagerte Industrie zurückgezogen hat[40]. Schließlich ist bei dieser Abgrenzung das Gebiet des starken Bevölkerungswachstums in den letzten 50 Jahren eingeschlossen. Überdies hat die Bestimmung des Stadt-

[40] Vgl. *Pries, K.*, Entwicklung und Organisation der Landesplanung im Raum Berlin, in: Die unzerstörbare Stadt (Institut für Raumforschung), Köln-Berlin 1953, S. 160. Nach der Darstellung sind als wichtigste Verlagerungsstandorte zu nennen: Oranienburg, Velten, Hennigsdorf, Falkensee, Potsdam, Babelsberg, Teltow, Mittenwalde, Ludwigsfelde, Königswusterhausen, Erkner, Fürstenwalde, Strausberg und Bernau.

bereiches nach den Kreisgrenzen den großen Vorteil, daß sie statistische Vergleiche (Fläche, Einwohnerzahl, Einwohnerdichte usw.) ohne weiteres ermöglicht. Das so abgegrenzte Gebiet soll in der folgenden Darstellung als *„Stadtbereich Berlin“* bezeichnet werden [41].

3. *Funktion und Bedeutung Berlins im Deutschen Reich*

Berlin hatte sich im 18. und 19. Jahrhundert als Landeshauptstadt Preußens immer mehr ausgedehnt und zählte bereits rund 823 000 Einwohner; damit war Berlin die größte Stadt Deutschlands, als es im Jahr 1871 Hauptstadt des Deutschen Reiches wurde. Nach der Übernahme der Hauptstadtfunktion stieg die Bevölkerungszahl schnell an [42]. Der Zuwachs betraf zunächst die Kernbezirke, deren Bevölkerungszahl sich von rund 827 000 im Jahr 1871 [43] auf rund 2 076 000 bis 1910 erhöhte. Daneben stiegen aber gleichzeitig die Einwohnerzahlen der heute zu Berlin gehörenden Städte und Landgemeinden sehr stark an (z. B. Charlottenburg von knapp 20 000 im Jahr 1871 auf über 132 000 bis 1895 und Neukölln von über 8 000 auf fast 60 000).

Diese sehr *starke Bevölkerungszunahme* Berlins und seiner Nachbargemeinden ist nicht allein durch die mit der Hauptstadtfunktion erhöhte politische Zentralität zu erklären. Vielmehr hat hierbei auch die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt eine wesentliche Rolle gespielt. Beide Entwicklungsmomente haben in der Zeit von der Reichsgründung bis zum ersten Weltkrieg eine überaus starke Bevölkerungszuwanderung nach Berlin veranlaßt. Die politische Zentralität der Stadt und ihre günstige Verkehrslage hatten den Ausbau der übrigen zentralen Funktionen stark gefördert. Vor 1914 war Berlin der wichtigste Handelsplatz Deutschlands. Daneben hatten aber in der „Gründerzeit“ zahlreiche Unternehmer mit dem Aufbau einer umfangreichen Industrie begonnen, die noch heute den wesentlichen Teil der wirtschaftlichen Stärke der Stadt ausmacht. Schon damals war Berlin der *bedeutendste Industriestandort in Deutschland.* Die Zeit des ersten Weltkrieges und die nachfolgenden Jahre der Inflation und der Wirtschaftskrise haben die Entwicklung der Wirtschaft in Berlin ebenso wie in anderen Teilen Deutschlands gehemmt. Trotzdem hat Berlin seine wirtschaftliche Vorrangstellung innerhalb Deutschlands auch in diesen Jahren nicht verloren.

[41] Vgl. hierzu Karte 2 im Anhang.

[42] *Leyden, F.*, Groß-Berlin, Geographie der Weltstadt. Breslau 1933, S. 206.

[43] Die Kernbezirke wurden nach den gegenwärtigen Verwaltungsgrenzen berechnet; sie sind daher etwas größer als das Stadtgebiet von 1871.

So war Berlin denn vor dem zweiten Weltkrieg nicht nur die Hauptstadt Deutschlands, sondern auch das wichtigste Zentrum des kulturellen und wirtschaftlichen Lebens. Die starke Bedeutung Berlins vor dem Kriege beruhte vor allem auf der Vielseitigkeit seiner Wirtschaft und seiner Funktionen. Keine andere Stadt in Deutschland hatte zur gleichen Zeit eine derartige Massierung zentraler Funktionen aufzuweisen. Im Gegensatz zu anderen wichtigen deutschen Städten beruhte die überregionale Bedeutung Berlins nicht nur auf einer einzelnen Funktion, etwa der Hauptstadtfunktion, sondern auf der *Vielschichtigkeit seiner zentralen Struktur* und zugleich auf der Tatsache, daß hier fast alle zentralen Funktionen [44] vereinigt waren.

Eine Auswertung der Arbeitsstättenzählung von 1939 [45] läßt den deutlichen Vorsprung Berlins vor den übrigen Städten Deutschlands in allen zentralen Funktionen erkennen [46]. Bei der Berechnung sind zum Teil Abzüge bei den Beschäftigtenzahlen vorgenommen worden, mit denen die lokale Versorgung berücksichtigt wurde. Insgesamt werden bei dem Vergleich vier Bereiche der zentralen Schicht [47] unterschieden: Politischer Bereich, kultureller Bereich, Wirtschaftsbereich und Verkehrsbereich. In allen vier Bereichen hatte Berlin vor dem Kriege die erste Position in Deutschland. Die zentrale Schicht im politischen Bereich wurde mit rund 79 000 Personen für 1939 ermittelt; mit weitem Abstand folgen dann München mit 16 500 und Hamburg mit 16 400 Personen als nächstwichtige Zentren im politischen Bereich. Erst die nächsten neun Großstädte Deutschlands zusammen [48] erreichten das Gewicht Berlins in diesem Bereich der zentralen Funktionen.

In dem starken Umfang der zentralen Schicht drückt sich sehr deutlich die Bedeutung der *Hauptstadtfunktionen* aus. In keiner anderen zentralen Funktion ist der Abstand Berlins vor den übrigen Großstädten so stark.

Im kulturellen Bereich ist die zentrale Schicht in Berlin mit fast 81 000 Personen absolut sogar noch etwas stärker. Trotzdem ist hierbei das relative Gewicht der Stadt im Vergleich zu den übrigen Zentren Deutschlands etwas geringer. Die Stärke der zentralen Schicht Berlins im kulturellen Bereich wird

[44] Mit Ausnahme der zentralen Bedeutung im Seeverkehr, die Berlin auf Grund seiner Lage nicht einnehmen konnte.

[45] *Schlier,* O., Die Stellung Berlins unter den Zentren Deutschlands, in: Berliner Statistik, 9. Jg. (1955), Heft 12, S. 359 ff.

[46] Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Arbeitsstättenzählung von 1939 einen Teil der Beschäftigten in den Dienstleistungsbereichen (Personen im Militär- und Sicherheitsdienst und Beschäftigte in häuslichen Diensten) nicht erfaßt hat; diese Bereiche spielen aber zum Teil für die zentralen Funktionen eine Rolle.

[47] Die zentrale Schicht wird nach den Beschäftigtenzahlen der zu den zentralen Funktionen gezählten Bereiche bestimmt.

[48] Das sind die Städte: München, Hamburg, Breslau, Dresden, Stuttgart, Königsberg, Hannover, Karlsruhe und Düsseldorf.

bereits von den nächsten fünf großen Städten Deutschlands erreicht[49]. Darin zeigt sich, daß das Gewicht der *kulturellen Funktionen* nicht unbedingt mit der Konzentration der politischen Funktionen zusammenfiel.

Ähnlich liegen die Größenverhältnisse zwischen Berlin und den folgenden Großstädten Deutschlands im *zentralen Wirtschaftsbereich*. Hierunter wurden mit gewissen Abschlägen der Einzelhandel, der Groß- und Außenhandel, das Verlagswesen, das Versicherungs-, Bank- und Börsenwesen und das Verbandswesen erfaßt. Unter den zentralen Funktionen Berlins hatte dieser Wirtschaftsbereich mit über 323 000 Personen vor dem Kriege das stärkste Gewicht. Vor allem im Verbandswesen, im Bank- und Börsenwesen und im Versicherungswesen war die zentrale Schicht Berlins im Vergleich zu den übrigen Großstädten besonders umfangreich. In der Hauptstadt hatten sich im Laufe der Entwicklung die Dachorganisationen der Wirtschaft und die Spitzen des Banken- und Versicherungswesens konzentriert. Damit erhalten diese Zahlen und der Abstand Berlins vor den übrigen deutschen Großstädten eine noch stärkere Bedeutung. Allein im Verlagswesen waren vor dem Kriege in Berlin fast 78 000, im Banken- und Versicherungswesen über 82 000 und in den wirtschaftlichen Verbänden und Organisationen über 26 000 Personen beschäftigt; gleichzeitig hatte der Einzelhandel 248 000 und der Groß- und Ausfuhrhandel rund 95 000 Beschäftigte.

Die Vorrangstellung Berlins im zentralen Wirtschaftsbereich beruhte nicht nur auf den Handelsfunktionen der Stadt, so bedeutend diese auch waren. Selbst ohne den Einzelhandel waren im zentralen Wirtschaftsbereich schon über 281 000 Personen beschäftigt. Diese hohe Beschäftigtenzahl kennzeichnet die führende Position Berlins als Zentrum der deutschen Wirtschaft vor dem Kriege. Erst die nächsten fünf Städte[50] zusammen übertreffen die Beschäftigtenzahl Berlins im zentralen Wirtschaftsbereich. Rechnet man den Einzelhandel voll hinzu, so waren in Deutschland vor dem Kriege über 12 % aller Beschäftigten dieses Bereiches auf Berlin konzentriert. Das ist angesichts des hohen Industrialisierungsgrades der Stadt ein sehr beachtlicher Anteil.

Schließlich war Berlin auch im *Verkehrsbereich* mit rund 100 000 Beschäftigten[51] führend unter den deutschen Großstädten. Allerdings folgte hierbei Hamburg dichtauf mit fast 83 000 Beschäftigten und danach Bremen mit über 29 000 Beschäftigten; beide Städte zusammen übertrafen also bereits die Beschäftigtenzahl Berlins. Damit wird zumindest deutlich, daß Berlin beschäftigungsmäßig keineswegs von seinen Verkehrsfunktionen abhängig war. Die Verkehrsfunktionen Berlins waren eine wesentliche Voraussetzung und auch

[49] Hier die Städte: Hamburg, München, Dresden, Leipzig, Breslau.
[50] Hier die Städte: Hamburg, München, Leipzig, Köln und Dresden.
[51] Nach einigen Abzügen entsprechend dem lokalen Versorgungsbedarf.

Folge des industriellen und des allgemeinen wirtschaftlichen Aufbaus der Stadt. Trotzdem ist sie beschäftigungsmäßig von diesen Funktionen niemals so abhängig gewesen wie etwa die Hafenstädte Hamburg und Bremen, deren zentrales Gewicht vor dem Kriege allein durch die Beschäftigung im Verkehrsbereich und im Handel bestimmt wurde.

Die Mischung der verschiedenen zentralen Funktionen ist von grundlegender Bedeutung für die Stabilität der aus ihnen folgenden Beschäftigung und für die strukturelle Ausgewogenheit einer Stadt. Im Gegensatz zu den meisten anderen deutschen Großstädten waren in Berlin alle zentralen Funktionen sehr stark ausgebildet, so daß die Beschäftigung der Arbeitskräfte Berlins nicht nur von ein oder zwei Bereichen abhängig war. Diese *ausgewogene Struktur der zentralen Schicht* Berlins ist nicht allein eine Folge der Hauptstadtfunktionen, wenn diese auch einen wesentlichen Teil dazu beigetragen haben. Als Residenz der Kurfürsten und damit als Landeshauptstadt erfuhr die Stadt im Zuge der merkantilistischen Wirtschaftspolitik einen spürbaren Ausbau ihrer Handelsfunktionen, während zur gleichen Zeit die Gewerbetätigkeit stark erweitert wurde. Die günstige Lage der Stadt hatte ihr außerdem schon früh bedeutende Verkehrsfunktionen zugewiesen, so daß auch dieser Bereich mit dem Ausbau der Binnenschiffahrts- und Landwege gefördert wurde. Diese Entwicklung begünstigte wiederum die Handelsfunktionen der Stadt, die mit den Aufgaben der Landeshauptstadt schnell zum bevorzugten Handelsplatz in weitem Umkreis wurde. Neben der stetigen Ausdehnung der gewerblichen Wirtschaft und später der industriellen Produktion hat schließlich die Erweiterung der Hauptstadtfunktionen den Ausbau aller zentralen Bereiche entschieden gefördert. So war Berlin vor dem Kriege nicht nur die erkorene Hauptstadt, sondern auch die tatsächliche Metropole Deutschlands; diese Vorzugsstellung wurde in allen Funktionen erreicht, für die Berlin von seiner Lage her geeignet war [52].

Insgesamt hatte Berlin vor dem Kriege rund 583 000 Beschäftigte in den zentralen Bereichen [53]. Der nächstwichtige zentrale Ort in Deutschland war

[52] Auf Grund seiner Binnenlage konnte Berlin allerdings das der Bedeutung der Stadt entsprechende Gewicht im Schiffahrtsverkehr und in den vor allem mit dem Seeverkehr verbundenen Außenhandelsfunktionen nicht erreichen.

[53] Zur Berechnung dieser Zahl, die nach *Schlier*, O., Die Stellung Berlins unter den Zentren Deutschlands, a. a. O., S. 359, angegeben wurde, sei hier nur kurz folgendes mitgeteilt: Die Berechnung schließt nicht alle Arten der Gruppen 24 ff. der Arbeitsstättenzählung 1939 ein. Ausgelassen wurden u. a. die Dienstleistungen, soweit sie vornehmlich lokalem Bedarf dienten. Außerdem wurden dem lokalen Bedarf annähernd entsprechende Abzüge vorgenommen bei der Gruppe 30: öffentliche Verwaltung, bei der Gruppe 34, besonders bei der Gruppe 24 (Einzelhandel), sowie im Verkehrsbereich bei der Gruppe 29: Gaststättenwesen, und den Arten 2801 und 2802 (Post und Bahn). Daher entspricht die zentrale Schicht Berlins bei weitem nicht der Beschäftigtenzahl der Gruppen 24 ff. nach der Arbeitsstättenzählung 1939.

nach dieser Berechnung die Stadt Hamburg mit rund 255 000 Beschäftigten in den zentralen Bereichen. Allerdings ist diese hohe Beschäftigtenzahl vornehmlich auf das Gewicht Hamburgs in Handel und Verkehr, für die es auf Grund seiner Lage prädestiniert ist, zurückzuführen. Immerhin erreichte Hamburg im politischen und kulturellen Bereich nur etwa ein Viertel der Beschäftigung Berlins[54]. Nach Hamburg folgte dann München mit rund 125 000 Beschäftigten in den zentralen Funktionen. Obwohl damit nur die Hälfte der Stärke Hamburgs erreicht wurde, entsprach dieses Gewicht Münchens – verglichen mit Berlin – annähernd seiner Bevölkerungszahl. Im politischen und kulturellen Zentralbereich war München fast so stark wie Hamburg; dieser Vergleich zeigt deutlich das Übergewicht der Handels- und Verkehrsfunktionen innerhalb der zentralen Struktur der Stadt Hamburg. Nach diesen Städten folgten Leipzig mit über 93 000 Beschäftigten und Dresden mit rund 87 000 Beschäftigten. Selbst die Beschäftigtenzahlen dieser vier zentralen Städte Deutschlands zusammen erreichen mit rund 560 000 Beschäftigten noch nicht die Stärke Berlins in der zentralen Schicht. Erst zusammen mit Köln als fünfter Stadt (rund 84 000 Beschäftigte) wird die Beschäftigtenzahl Berlins in den zentralen Bereichen übertroffen.

Zur Interpretation der hohen Beschäftigtenzahl Berlins in den zentralen Bereichen sei hier noch einmal darauf hingewiesen, daß Berlin nicht nur die Hauptstadt des Deutschen Reiches und damit Sitz der Reichsregierung, der Reichministerien und der angeschlossenen Ämter und Organisationen war, sondern zugleich auch Landeshauptstadt von Preußen, dessen Spitzenbehörden ihren Sitz ebenfalls in Berlin hatten. Gleichzeitig waren auch die Zentralen der politischen Organisationen auf Berlin konzentriert, wie ebenso die ausländischen Vertretungen in Deutschland ihren ersten Sitz in Berlin unterhielten. – Im kulturellen Bereich wurde das Gewicht Berlins vor allem durch die zwei großen Universitäten[55] und die anderen Hoch- und Fachschulen ebenso bestimmt wie durch das hochentwickelte allgemeine Schul- und Bildungswesen. Daneben hatte Berlin seinen Ruf als Stadt der Theater, des Films und des Rundfunks sowie der bildenden Kunst. – Im zentralen Wirtschaftsbereich ist neben den Handelsfunktionen vor allem auf die führende Stellung Berlins im Banken- und Versicherungswesen sowie im Verlags- und Verbandswesen hinzuweisen. Schließlich ist für den Verkehrsbereich zu sagen, daß Berlin vor dem Kriege Mittelpunkt und Umschlagplatz des deutschen Binnenverkehrs war, was sich z. B. aus der Zahl der Flugverbin-

[54] Zur gleichen Zeit (1939) erreichte Hamburg rund 40 % der Einwohnerzahl Berlins.

[55] Die Technische Hochschule in Charlottenburg wurde nach dem Kriege in eine Technische Universität umgewandelt.

dungen Berlins[56] und aus der Höhe des Güterumschlages in den Berliner Binnenhäfen ersehen läßt[57].

Insgesamt waren vor dem Kriege in Berlin mit 583 000 Personen rund 27 % aller Beschäftigten der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten für die zentralen Funktionen tätig. Etwa ein weiteres Viertel war in den lokalen Funktionen, d. h. in Tätigkeiten eingesetzt, die dem lokalen Bedarf dienen; dazu rechnen vor allem große Teile des Einzelhandels und des Handwerks, Teile der öffentlichen Verwaltung, der Gesundheitsfürsorge, die Energie- und Wasserversorgung und Teile des Verkehrswesens.

Knapp die Hälfte der Arbeitnehmer war demnach in der gewerblichen Wirtschaft, d. h. in Industrie, Handwerk und Bauwesen beschäftigt. Damit war Berlin vor dem Kriege trotz seiner Bedeutung als Hauptstadt und Metropole zugleich auch unbestritten der *wichtigste Industriestandort Deutschlands*. Berlin führte die Reihe der wichtigsten Standorte in Deutschland mit weitem Abstand an. Mit über 790 000 Beschäftigten war die Zahl der industriellen Arbeitsplätze in Berlin fast viermal so hoch wie zur gleichen Zeit in Hamburg, das nur rund 208 000 Beschäftigte in der Industrie hatte[58]. Die größenmäßig folgenden Standorte waren Leipzig (147 000) und Essen (126 000), danach Stuttgart, München, Köln, Dortmund, Düsseldorf und Dresden mit je rund 100 000 oder nur wenig mehr Beschäftigten. Erst die industriellen Großstandorte Hamburg, Leipzig, Essen, Stuttgart, München und Köln zusammen erreichten die damalige Beschäftigtenzahl der Berliner Industrie. Trotz seiner hohen Beschäftigtenzahl in den zentralen Bereichen und seiner Entwicklung zur Metropole hat Berlin nie aufgehört, wichtige Industriestadt zu sein. Dabei war die Industriestruktur Berlins im allgemeinen nicht so einseitig ausgerichtet wie bei den meisten großen Industriestandorten Deutschlands. Berlins industrielle Bedeutung beruhte nicht allein auf einem einzigen Industriezweig, wenn auch die Elektroindustrie innerhalb der Produktionsstruktur der Stadt die bedeutendste Position innehatte und Berlin zugleich in diesem Industriezweig der beherrschende Standort in Deutschland war[59].

Die gründliche Analyse von *Schlier*[60] hat das Gewicht, das Berlin vor dem

[56] *Katsch, K. H.*, Berlin zu Beginn des Jahres 1959, a. a. O., S. 127 ff.

[57] Vgl. hierzu Tabelle 16 im Anhang. Danach lag der Güterumschlag der Berliner Binnenhäfen 1939 weit über dem der Binnenhäfen Bremen und Ludwigshafen und erreichte fast den Umschlag des Binnenhafens Hamburg.

[58] Nach der Arbeitsstättenzählung von 1939 ohne die Beschäftigten im Handwerk.

[59] Tabelle 12 im Anhang.

[60] *Schlier, O.*, Das gesamtdeutsche Standortsbild einiger für Berlin wichtiger Industriezweige, in: Berliner Statistik, 10. Jg. (1956), Heft 9, S. 279 ff., Heft 10, S. 315 ff., Heft 11, S. 351 ff., 11. Jg. (1957), Heft 2, S. 68 ff., Heft 3, S. 105 ff., Heft 5, S. 181 ff. und Heft 9, S. 328 ff.

Kriege in seinen wichtigsten Industrieproduktionen innerhalb Gesamtdeutschlands hatte, auf Grund der Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung von 1939 ermittelt. Der größte Industriezweig in Berlin war die *Elektroindustrie* mit 235 000 Beschäftigten; in diesem Zweig folgten nach Berlin in Westdeutschland Stuttgart mit 28 000, Nürnberg mit 24 000 und Frankfurt/Main mit 17 000 Beschäftigten. Die Elektroindustrie hat sich vornehmlich auf die großen Arbeitsmärkte und zugleich Absatzmärkte konzentriert. Damit wurden die Großstädte bevorzugte Standorte der Elektroindustrie. Unter ihnen war Berlin der bedeutendste Standort, in dem (ohne die wichtigen Standorte in der näheren Umgebung) rund 50 % aller Beschäftigten der deutschen Elektroindustrie konzentriert waren. Den größten Anteil an dieser Konzentration hatten die Großbetriebe bekannter Firmen der deutschen Elektroindustrie, darunter besonders der Siemens-Werke und der AEG. Bei der Gewichtung des Standorts Berlin innerhalb der gesamtdeutschen Elektroindustrie sind noch die Verlagerungen in die Stadtrandzone und zu den Standorten in der näheren Umgebung Berlins zu berücksichtigen, die bereits vor dem Kriege in größerem Umfang erfolgt waren[61].

Eine ähnliche Bedeutung innerhalb der deutschen Standortstruktur hatte Berlin in der *Bekleidungsindustrie,* deren Standortorientierung die Großstadt noch mehr bevorzugt als die Elektroindustrie. Die Bekleidungsindustrie ist besonders stark arbeits- und konsumorientiert. Daher treten auch hier wieder die größten Städte Deutschlands als wichtigste Standorte hervor. Vor dem Kriege hatte Berlin in diesem Industriezweig eine Beschäftigtenzahl von über 138 000. Danach folgte als nächster Standort München mit knapp 22 000 und schließlich Breslau mit über 20 000; dann kamen Hamburg (knapp 18 000), Dresden (14 000), Leipzig (13 000) Köln (13 000) und Bielefeld, Wuppertal, Frankfurt, Stettin und Stuttgart mit je 10 000 bis 11 000 Beschäftigten[62]. Ein großer Teil der gesamten Standorte der Bekleidungsindustrie war auf Einzelzweige dieser Industrie spezialisiert, so etwa auf Rauchwarenzurichtung (Leipzig), Hutfabrikation (München und Köln) oder Wäscheindustrie (Bielefeld); Berlin war hauptsächlich auf die Herstellung von Oberbekleidung spezialisiert. Besonders hervorzuheben ist die starke räumliche Konzentration dieser Industrie innerhalb Berlins auf die Innenstadt. Eine Eigenart der Berliner Bekleidungsindustrie ist das sogenannte „Zwischenmeistersystem". Die Zwischenmeister führen kleinere Handwerksbetriebe, die auf Anweisung und Bestellung der großen Bekleidungsfirmen

[61] Allein in Hennigsdorf waren 1939 rund 9 600 Personen in der Elektroindustrie beschäftigt.

[62] *Schlier,* O., Das gesamtdeutsche Standortsbild einiger für Berlin wichtiger Industriezweige, a. a. O., S. 280.

arbeiten. Sie beschäftigen ständige Arbeiter, vornehmlich weibliche Arbeitskräfte, daneben aber auch Heimarbeiter, die wiederum in ihrem Auftrag Terminarbeiten ausführen. Dieses verzweigte System der Berliner Bekleidungsindustrie hatte den großen Vorteil, sehr anpassungsfähig an Bedarfsschwankungen zu sein. Angesichts der Modeabhängigkeit dieses Produktionszweiges ist die Anpassungsfähigkeit für den Wirtschaftserfolg besonders wichtig, so daß sich das Berliner Zwischenmeistersystem bis heute erhalten hat.

Bedeutendes Gewicht innerhalb der deutschen Standortstruktur hatte Berlin außerdem in der *Druckindustrie.* Nach den vorliegenden Berechnungen war vor dem Kriege fast ein Fünftel der deutschen Druckindustrie in Berlin konzentriert. Mit über 53 000 Beschäftigten war die Stadt mit weitem Abstand der wichtigste Standort dieses Industriezweiges. Danach folgten Leipzig mit rund 15 000 und schließlich München mit 9 000 und Hamburg mit 8 000 Beschäftigten. Wie *Schlier* feststellt[63], kann die Größe der Druckindustrie mit gewissen Ausnahmen auch als Ausdruck der Zentralität einer Stadt gewertet werden. In diesem Sinne entsprach der Umfang der Druckindustrie in Berlin durchaus dem zentralen Gewicht der Stadt.

Von den drei für Berlin besonders wichtigen Industriezweigen zeigten zwei eine überwiegende Arbeits- und Absatzorientierung, der die Standortbedingungen weitgehend entsprachen. Der dritte wichtige Zweig (Druckindustrie) erwies sich als stark im Anschluß an die zentralen Funktionen der Stadt orientiert. Neben diesen Grundbedingungen wirkten sich auch die in der Agglomeration gegebenen Fühlungsvorteile anziehend aus.

Neben diesen drei Produktionszweigen hatten innerhalb der Produktionsstruktur der Stadt noch andere Industriezweige Bedeutung; z. B. war die *Nahrungs- und Genußmittelindustrie* mit fast allen ihren speziellen Produktionsarten vertreten. Nur einige, vornehmlich rohstofforientierte Zweige (z. B. die Zuckerindustrie) fehlten. Innerhalb Deutschlands war Berlin auch in diesem Industriezweig bei solchen Produktionen vorherrschend, die mehr arbeits- oder absatzorientiert sind, so z. B. in der Backwarenindustrie, Fleischwarenindustrie und in der Süßwarenherstellung, ebenfalls bei Molkereien, Brauereien und in der Spirituosenfabrikation. Obwohl sehr spezielle Standortfaktoren die Verteilung der Nahrungs- und Genußmittelindustrie bedingen, waren vor dem Kriege immerhin über 5 % aller Beschäftigten dieses Industriezweiges im Deutschen Reich auf Berlin konzentriert. Außerdem hatten noch zahlreiche Betriebe dieser Branche ihren Standort in der unmittelbaren Umgebung Berlins. In der Süßwarenindustrie übertraf Berlin beschäf-

[63] *Schlier, O.,* Das gesamtdeutsche Standortsbild einiger für Berlin wichtiger Industriezweige, a. a. O., S. 282.

tigungsmäßig alle anderen wichtigen deutschen Standorte, darunter Dresden und Hamburg, und ebenfalls in der Brauerei-Industrie selbst München, Dortmund, Bremen und Hamburg. Weniger stark war der Vorsprung Berlins allerdings im Mühlen- und Molkereigewerbe; in der Tabakwarenherstellung wurde es schließlich von anderen Standorten übertroffen. Hier waren Standorte wie Dresden, Hamburg, Bremen und die Konzentrationen im westthüringischen Raum, im Raum Herford–Bielefeld–Minden, im Raum Mannheim–Ludwigshafen und im Raum Freiburg–Lahr weitaus bedeutender als die Produktion in Berlin[64].

Schließlich sind in diesem Zusammenhang die Zweige der *metallverarbeitenden Industrie* zu erwähnen, denn sie waren für die Entwicklung des Industriestandortes Berlin von größter Bedeutung. Die frühe Industrialisierung Berlins hat sich – soweit sie nicht an die alten Manufakturen anknüpfte – überwiegend auf die Zweige der metallverarbeitenden Industrie beschränkt. Sie bestimmen das Standortgefüge Berlins noch heute. Dabei ist die Stadt wegen ihrer Rohstoffarmut von der Rohstoffversorgung aus anderen, meist weit entfernten Gebieten abhängig. Infolgedessen waren einige Produktionszweige der Metallindustrie in Berlin nicht vertreten; dazu gehörte vor allem die Eisen- und Stahlerzeugung, die in Deutschland auf das Ruhrgebiet, das Saargebiet und auf Oberschlesien konzentriert war. Berlin lag fast in der Mitte zwischen diesen Revieren, so daß alle technischen Möglichkeiten zum Aufbau einer eigenen Rohstoffbasis ausgenutzt wurden. Hierauf ist die zwischen den beiden letzten Kriegen erfolgte Gründung der „Mitteldeutschen Stahlwerke“, die ihre Standorte in der nahen und in der weiteren Umgebung Berlins hatten, zurückzuführen[65]. Die durch diese Werke ermöglichte Rohstoffversorgung ist aber für die metallverarbeitende Industrie in Berlin nie ausschlaggebend gewesen.

Trotz seiner Rohstoff-Ferne hat sich Berlin zum bedeutendsten Standort des Maschinenbaus innerhalb der deutschen Wirtschaft entwickelt. Auch in diesem Zweig ist wieder auf die Vielfalt der Berliner Produktionsstruktur im Vergleich zu anderen Standorten hinzuweisen. Ebenso stark war Berlins Bedeutung in der Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren, die in Berlin mit einer vielfältigen Produktionsstruktur vertreten war. Wichtigster Standort war die Stadt außerdem für den Kraftfahrzeugbau und für die feinmechanische und optische Industrie.

[64] Diese Standortstruktur ist gerade für die jüngere Entwicklung der Tabakwarenherstellung in Berlin, die vornehmlich auf Steuervorteilen basiert, besonders interessant; vgl. die Ausführungen in Teil IV dieser Darstellung.

[65] Diese Werke fanden ihre Rohstoffbasis in dem Schrottanfall der wichtigsten Standorte der metallverarbeitenden Industrie in Mitteldeutschland.

Nach den vorliegenden Berechnungen[66] hatte Berlin 1939 im gesamten Maschinen- und Apparatebau über 72 000 Beschäftigte. Als nächstwichtige Standorte folgten Leipzig mit knapp 25 000 und Chemnitz mit knapp 23 000 Beschäftigten. Erst die nächsten vier Standorte zusammen (Leipzig, Chemnitz, München und Hamburg) übertrafen die Beschäftigtenzahl Berlins in diesem Industriezweig. Auch hierbei – wie bei vielen Teilen der metallverarbeitenden Industrie – war offenbar die Arbeits- und Absatzorientierung wichtiger als die Rohstofforientierung. – Führend war Berlin auch im Stahl-, Waggon- und Kesselbau mit über 15 000 Beschäftigten, gefolgt von den Standorten Dortmund, Hamburg, Düsseldorf, Breslau und Köln. Im Schiffbau spielte Berlin entsprechend seiner Binnenlage allerdings nur eine untergeordnete Rolle; hierin waren vor dem Kriege vor allem die wichtigen Hafenstädte der Nord- und Ostsee von Bedeutung. Im Kraftfahrzeugbau wie im Flugzeugbau stand Berlin unter den deutschen Hauptstandorten aber wieder an erster Stelle. So hatte die Stadt im Kraftfahrzeugbau mit 20 000 Beschäftigten die Spitze vor Nürnberg und Stuttgart (15 000 bzw. 12 000 Beschäftigte) und im Flugzeugbau mit fast 23 000 Beschäftigten den ersten Platz vor Bremen, Rostock und Dessau (zwischen 13 000 und 15 000 Beschäftigte).

Ohne die Elektroindustrie gerechnet, hatte Berlin vor dem Kriege in allen Produktionszweigen der metallverarbeitenden Industrie zusammen rund 162 000 Beschäftigte. Damit war diese Industriegruppe innerhalb der Berliner Industriestruktur der wichtigste Produktionszweig nach der Elektroindustrie. Seine gesamtwirtschaftliche Bedeutung lag vor allem in der Vielseitigkeit der Produktion, innerhalb derer einige Spezialisierungen besonderes Gewicht hatten.

Die Darstellung der Bedeutung des Industriestandortes Berlin innerhalb der deutschen Standortstruktur könnte noch durch die Betrachtung der übrigen Produktionszweige vervollkommnet werden, wobei vor allem auf die chemische Industrie – darunter die Pharmazie – und schließlich auf spezielle Produktionen der übrigen Branchen hinzuweisen wäre. Allerdings hatte Berlin hier bei weitem nicht so bedeutende Positionen wie in den oben dargestellten Industriezweigen. Im Vergleich zu den übrigen Standorten in Deutschland war Berlin vor allem wichtig als Standort der Papierindustrie, der Lederverarbeitung und der Holzverarbeitung.

Die Bedeutung des Industriestandortes Berlin beruhte also nicht nur auf einem oder auf zwei Industriezweigen, sondern gerade die *Verteilung der industriellen Stärke Berlins auf mehrere Produktionszweige* machte das gesamtwirtschaftliche Gewicht dieses überragenden Industriestandortes aus.

[66] *Schlier*, O., Das gesamtdeutsche Standortsbild einiger für Berlin wichtiger Industriezweige, a. a. O., S. 353 ff.

Zwar weist auch die Industriestruktur Berlins gewisse Einseitigkeiten durch die Konzentration auf die metallverarbeitenden Industriezweige auf, doch hat Berlin auch noch in anderen Produktionszweigen eine führende Position, so daß die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Berliner Industrie nicht nur auf diesen Zweigen beruht. Eine derartige Einseitigkeit zeigt die starke Ausdehnung der Elektroindustrie, die etwa ein Drittel aller Beschäftigten der Industrie Berlins vor dem Kriege auf sich zog und damit das Gewicht der metallverarbeitenden Industrie erheblich verstärkte.

Abschließend ist noch folgender Hinweis wichtig: Verschiedene Untersuchungen haben ergeben, daß im Durchschnitt nicht mehr als 20 % der Produktion der Berliner Industrie für den lokalen Bedarf erzeugt wurden. Entsprechend diesem Anteil waren vor dem Kriege rund 635 000 Personen in der Berliner Industrie für den überregionalen Bedarf beschäftigt. Zusammen mit den zentralen Funktionen ergibt das eine Gesamtbeschäftigtenzahl für die überregionalen Funktionen Berlins von rund 1 220 000 Personen, das sind über 50 % aller Beschäftigten Berlins vor dem Kriege. Grob gesehen kann man also sagen, daß vor dem Kriege etwa die Hälfte der in Berlin arbeitenden Menschen ihren Erwerb in den überregionalen Leistungen fanden. Diese Feststellung, die sich aus einem einfachen Vergleich der Beschäftigungsverhältnisse Berlins mit der Absatzsituation seiner Wirtschaft ergibt, läuft parallel mit den Berechnungen zu einer Berliner Leistungsbilanz, die für die Vorkriegszeit aufgestellt wurde[67]. Nur durch diesen hohen Außenabsatz der Produktionen und Leistungen der Wirtschaft konnte sich die starke Bevölkerungsagglomeration Berlins innerhalb Deutschlands überhaupt entwickeln und halten.

[67] *Grünig, F., Krengel, R.*, Berliner Leistungsbilanz, in: Die unzerstörbare Stadt (Institut für Raumforschung). Köln—Berlin 1953, S. 80 ff.

II. STRUKTUR UND ENTWICKLUNG DER BEVÖLKERUNG

1. Bevölkerungsstruktur und -entwicklung in Berlin

Zu Beginn dieses Jahrhunderts hatte Berlin in seinen heutigen Grenzen erst rund 2,7 Mio. Einwohner. Die Bevölkerungszahl stieg in den folgenden Jahren schnell an, so daß die *Viermillionen-Grenze* schon 1913 fast erreicht war[68]. Der erste Weltkrieg brachte dann einen Rückgang, so daß für 1919 eine mittlere Bevölkerung von 3,8 Mio. Einwohnern ermittelt wurde. Anfang 1920, also vor der Neugliederung des Stadtgebietes, wurden 3,858 Mio. Einwohner gezählt; nach der Bildung von Groß-Berlin belief sich die Einwohnerzahl der Stadt auf 3,86 Mio. Einwohner. Die folgenden Jahre brachten eine weitere Aufwärtsentwicklung, die allerdings mehrmals unterbrochen wurde. So erfolgte ein schwacher Bevölkerungsrückgang (um etwa 1 %) im Jahr 1923, so daß die Viermillionen-Grenze erst Anfang 1926 überschritten war (4 082 778 Einwohner). Nach einem weiteren schwachen Rückgang der Einwohnerzahl (um 0,5 %) im Jahre 1931 brachten dann die Jahre 1931 bis 1934 einen nochmaligen bemerkenswerten Bevölkerungsrückgang, darunter besonders die Jahre 1932 und 1933. Insgesamt nahm die Einwohnerzahl Berlins von Anfang 1931 bis Ende 1934 um rund 114 000 oder 2,5 % des Bestandes von 1931 ab. Diese Rückgänge und die Stagnation in der Bevölkerungsentwicklung nach dem ersten Weltkrieg sind Auswirkungen der wirtschaftlichen Sonderlagen einzelner Jahre sowie der politischen Veränderungen der dreißiger Jahre.

Danach stieg die Einwohnerzahl Berlins ständig an und erreichte Anfang 1943 mit 4 478 102 ihren bisherigen Höchststand. Die verschiedenen Kriegseinflüsse (Bevölkerungsverluste, Evakuierungen, Wehrdienstverpflichtungen und Gefangenschaft) ließen aber die Einwohnerzahl Berlins bis zum Ende des Krieges wieder stark zurückfallen. So wird für Juni 1945 eine Einwohnerzahl von 2 641 000 angegeben[69]. Gegenüber dem Höchststand Anfang 1943 bedeutete das einen Rückgang um 41 %. Durch Rückkehr aus Evakuierung und Gefangenschaft rundete sich die Einwohnerzahl Berlins in den folgenden Monaten schnell wieder auf, so daß schon zum Zeitpunkt der Volkszählung 1946[70] wieder eine Einwohnerzahl von 3,187 Mio. erreicht

[68] Mittlere Bevölkerung 1913: 3,972 Mio. Einwohner; nach: Zahlen zeigen Zeitgeschehen — Berlin 1945—1947 (Berliner Statistik, 3. Sonderheft, 1. Jg., 1947), S. 12.

[69] Nach: Zahlen zeigen Zeitgeschehen — Berlin 1945—1947, a. a. O., S. 14.

[70] Volkszählung vom 29. Oktober 1946; vgl. Tabelle 1 im Anhang.

wurde. Gegenüber dem Stand von 1939 bedeutete das aber immer noch einen erheblichen Verlust, nämlich um 1,152 Mio. Einwohner oder 26,5 % des Vorkriegsstandes.

In seinen Bevölkerungsbewegungen zwischen 1939 und 1946 zeigt Berlin den *typischen Entwicklungsunterschied* der deutschen Großstädte gegenüber den ländlichen Wohnbezirken in diesem Zeitraum. Während die Großstädte durch umfangreiche Zerstörungen und durch Bevölkerungsverluste in den Kriegsjahren fast durchweg Bevölkerungsabnahmen hatten, erhöhte sich gleichzeitig die Einwohnerzahl der ländlichen Wohnbezirke durch die Zuwanderung der Vertriebenen aus den deutschen Ostgebieten und durch die aus den Großstädten evakuierten Bevölkerungsteile. Vielfach hatten die Kriegshandlungen dazu geführt, daß die Bevölkerung der Großstädte aus den städtischen Siedlungsgebieten in die Randgebiete und in den Umkreis der Großstädte oder in andere Gebiete abgewandert war. Diese zeitweilige Abwanderung in die nähere Umgebung läßt sich bei Berlin nicht in dem Umfang feststellen wie bei einigen westdeutschen Großstädten. Vielmehr hatten auch die meisten an Berlin angrenzenden Landkreise von 1939 bis 1946 Bevölkerungsabnahmen oder nur schwache Bevölkerungszunahmen. Das ist vor allem auf die Evakuierung zurückzuführen, durch die die Berliner Bevölkerung zum Teil an weitentfernte Plätze gebracht worden war; der Anteil der Abwanderung in den Umkreis der Stadt war daher geringer als in anderen Fällen.

Diese Tatsache war auch ein wichtiger Grund dafür, daß große Teile der ehemaligen Bevölkerung in den folgenden Jahren nicht wieder nach Berlin zurückgekehrt sind. Daneben ist aber zu beachten, daß für beide Teilstädte eine Zuzugssperre bestand, die für Westberlin – zumindest formal – bis 1961 Gültigkeit hatte, für Ostberlin aber noch heute gilt[71]. So nahm die Bevölkerung Berlins bis zum Herbst 1950 nur um knapp 150 000 Personen zu, womit der Verlust gegenüber dem Vorkriegsstand um 3,4 % auf rund 23 % abgebaut wurde. Auch die folgenden Jahre brachten noch schwache Bevölkerungszugänge, deren Umfang jedoch keineswegs den in den Kriegsjahren eingetretenen Bevölkerungsverlusten und Abwanderungen entsprach. Insgesamt belief sich die Bevölkerungszunahme für Berlin von 1950 bis Ende 1956 auf knapp 10 000 Personen oder 0,3 % des Vorkriegsstandes. Bei diesen schwachen Bevölkerungszunahmen ist zu berücksichtigen, daß Berlin auf Grund seiner ungünstigen Altersstruktur und der im Vergleich zum

[71] Nach neuesten Feststellungen hat die Zuwanderung aus der SBZ nach Ostberlin seit August 1961 zugenommen. Vgl. *Steinberg, H.-G.,* Die regionale Bevölkerungsentwicklung im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands vor und nach Sperrmaßnahmen am 13. August 1961, in: Informationen des Instituts für Raumforschung, 14. Jg. (1964), Nr. 6, S. 180.

übrigen Deutschland nur unterdurchschnittlichen Geburtenquote ständig einen starken *natürlichen Bevölkerungsverlust* hatte, der in diesen Jahren noch durch ausreichende Wanderungsgewinne ausgeglichen werden konnte [72]. Seit 1957 reichten die Wanderungsgewinne zur Deckung der natürlichen Bevölkerungsabnahme aber nicht mehr aus, so daß seitdem die Bevölkerungszahl Berlins wieder zurückging. Außerdem verstärkte seit 1958 ein schwacher, aber ständiger *Wanderungsverlust* die natürliche Abnahmebewegung. So ging die Einwohnerzahl Berlins bis Ende 1960 wieder auf 3,274 Mio. Einwohner zurück, was gegenüber dem Vorkriegsstand einen Verlust um 1,056 Mio. Einwohner oder 24,5 % bedeutet. Die Einwohnerzahl der Stadt hat also gegenüber der Vorkriegszeit um ein Viertel abgenommen. Damit weist Berlin einen deutlichen *Entwicklungsunterschied zu den westdeutschen Großstädten* auf und ist in dieser Hinsicht nur mit einigen Großstädten Mitteldeutschlands, wie Dresden und Magdeburg [73], vergleichbar.

Diese geschilderte Bevölkerungsabnahme trifft für beide Teile Berlins gleichermaßen zu; allerdings zeigen sich zeitliche und graduelle Entwicklungsunterschiede. In Westberlin nahm die Bevölkerung von 1939 bis 1946 um rund 738 000 Einwohner oder fast 27 % des Vorkriegsstandes [74] ab. Die Bevölkerungsabnahme Westberlins in diesem Zeitraum war also etwas stärker als in Ostberlin. Dafür waren aber andererseits auch die nachfolgenden Bevölkerungszugänge in Westberlin höher als in Ostberlin. Von 1946 bis 1950 stieg die Einwohnerzahl Berlins um fast 135 000 Einwohner oder knapp 5 % des Vorkriegsstandes an. Fast 90 % des Zuganges dieser Jahre entfielen auf Westberlin. Bevölkerungszunahmen beherrschten auch weiterhin die Entwicklung in Westberlin bis Ende 1957; danach setzten hier ebenfalls Bevölkerungsabnahmen ein. Da der Sterbefallüberschuß gemessen an der Einwohnerzahl in Westberlin erheblich höher lag als in Ostberlin [75], ist die *anfangs noch positive Bevölkerungsentwicklung Westberlins* in der Nachkriegszeit *ausschließlich auf starke Zuwanderungen* zurückzuführen [76]. Allein in den Jahren 1954 bis 1958 belief sich diese Zuwanderung auf rund 100 000 Personen. Insgesamt hatte Westberlin von 1946 bis 1959 eine Bevölkerungszunahme um fast 200 000 Personen, so daß die Bevölkerungsabnahme von 1939 bis 1946 zu mehr als einem Viertel ausgeglichen werden konnte. Insge-

[72] Vgl. Tabelle 2 im Anhang.

[73] Vgl. *Storbeck, D.*, Die Bevölkerungsentwicklung der großen Städte in der SBZ, in: Informationen des Instituts für Raumforschung, 7. Jg. (1957), Nr. 11, S. 267 ff.

[74] Vorkriegsstand (17. Mai 1939) für Westberlin 2,750 und für Ostberlin 1,588 Mio. Einwohner.

[75] Die älteren Jahrgänge waren in Westberlin stärker vertreten als in Ostberlin.

[76] Vgl. Tabelle 2 im Anhang.

samt nahm die Bevölkerung in Westberlin von 1939 bis 1959 um rund 540 000 Personen oder knapp 20 % der Bevölkerung vor dem Kriege ab.

Die Bevölkerungsentwicklung nach dem Kriege ist in *Westberlin demnach günstiger* verlaufen als in Ostberlin. Hier war zwar der Bevölkerungsverlust von 1939 bis 1946 nicht ganz so hoch wie in Westberlin, doch konnte er mit einem Anteil von 26 % der Vorkriegsbevölkerung von der Nachkriegsentwicklung der Bevölkerung in Ostberlin nicht ausgeglichen werden. Obwohl Ostberlin infolge höherer Geburtenquoten nur einen geringeren Sterbefallüberschuß hatte, hat sich im Gegensatz zu Westberlin die Einwohnerzahl von 1946 bis 1950 nur noch schwach erhöht. Die Zunahme belief sich auf knapp 15 000 Personen oder 1 % des Vorkriegsstandes. Schon nach 1950 setzte dann in Ostberlin die Bevölkerungsabnahme ein, die so erheblich war, daß für Ende 1959 eine Gesamtabnahme gegenüber dem Vorkriegsstand um über 500 000 Personen oder fast 32 % der Vorkriegsbevölkerung zu errechnen ist. In Ostberlin hat die Bevölkerung in den Nachkriegsjahren also weiter abgenommen. Für diese Entwicklung waren neben dem Sterbefallüberschuß vor allem die *Wanderungsverluste Ostberlins* ausschlaggebend. Allein von 1954 bis Ende 1959 wanderten rund 64 000 Personen[77], d. h. im Jahresdurchschnitt fast 1 % der Bevölkerung ab[78]. Diese Bewegungen verursachten in Ostberlin einen steigenden Bevölkerungsverlust gegenüber dem Vorkriegsstand, der Ende 1959 höher als in Westberlin war. Von dem Bevölkerungsverlust Berlins zwischen 1939 und 1959 entfallen daher rund 48 % auf Ostberlin, dessen Bevölkerungsanteil vor dem Kriege bei 36,6 % lag. Der Anteil Ostberlins an der Gesamtbevölkerung der Stadt hat sich damit bis 1959 um 3,7 % auf 32 % verringert.

Wie auch in der SBZ ist die Bevölkerungsentwicklung Ostberlins in den letzten Jahren von der ständigen Abwanderung gekennzeichnet, die trotz einer starken Binnenwanderung zwischen Ostberlin und der SBZ nur zum Teil wieder ausgeglichen werden konnte und sich in der Gesamtentwicklung der Ostberliner Bevölkerung sehr stark bemerkbar macht. Dagegen hatte Westberlin, jedenfalls bis Ende 1958, nur Zuwanderungsgewinne, die zu einem großen Teil aus den Wanderungsverlusten Ostberlins und der SBZ herrührten. Erst seit 1959 sind im Zusammenhang mit der politischen Bedrohung Westberlins schwache Abwanderungen auch von hier festzustellen, die in Verbindung mit dem ständigen Sterbefallüberschuß den Bevölkerungsbestand mindern.

[77] Diese Zahl bestimmt nur den Wanderungssaldo; tatsächlich war die Abwanderung erheblich höher, doch wurden die Lücken durch ein Nachrücken der SBZ-Bevölkerung teilweise geschlossen.

[78] Vgl. Tabelle 2 im Anhang.

Die Bevölkerungsabwanderung wirkte sich aber nicht nur als Bestandsminderung, sondern zugleich auch in einer *Veränderung der Bevölkerungsstruktur* Berlins aus. Das gilt vor allem für die Abwanderung aus Ostberlin, die nach den Berechnungen über die Alterszusammensetzung der SBZ-Flüchtlinge vornehmlich die jüngeren und mittleren Jahrgänge betrifft. Damit erfolgte ein ständiger Abbau bei den für das Bevölkerungswachstum wichtigen Jahrgängen und eine gleichzeitige Erhöhung des Anteils der älteren Bevölkerungsteile. Das ist besonders schwerwiegend, weil die Bevölkerungsstruktur Berlins durch die Veränderungen während der Kriegsjahre ohnehin schon in derselben Richtung nachteilig beeinflußt worden ist. Die Verluste waren bei den Männern höher als bei den Frauen und für beide Teile der Stadt bei den mittleren Jahrgängen besonders hoch. Schließlich wirken sich auch die niedrigen Geburtenquoten für die Altersstruktur der Bevölkerung Berlins auf lange Sicht ungünstig aus. Drei Faktoren haben also bisher die Bevölkerungsstruktur Berlins negativ beeinflußt: Die *Kriegsverluste*, die *Abwanderung* und die *niedrigen Geburtenziffern*. Nur aus ihrem Zusammenwirken lassen sich die starken Unterschiede in der Bevölkerungsstruktur erklären, die Berlin gegenwärtig im Vergleich zu Mittel- und Westdeutschland aufweist.

Am deutlichsten werden diese Unterschiede, wenn man die Bevölkerungsanteile einiger großer Altersgruppen von Berlin und von Mittel- und Westdeutschland miteinander vergleicht[79]. Die Altersgruppe 0 bis 25 Jahre hatte Ende 1959 in Berlin einen Anteil von 28,6 % der Gesamtbevölkerung, dagegen in der SBZ von 37 % und in Westdeutschland sogar von 37,7 %. Der Rückstand Berlins ist dabei in erster Linie auf die schwache Geburtenentwicklung nach dem Kriege zurückzuführen[80]. Ein deutlicher Rückstand ergab sich auch bei der Altersgruppe 25 bis 40 Jahre, für die der Anteil 16 % in Berlin, 18 % in der SBZ und 20,6 % in Westdeutschland beträgt. In dieser Altersgruppe machen sich vor allem die Kriegsverluste und daneben die Abwanderungen bemerkbar. Die niedrigen Bevölkerungsanteile dieser beiden Altersgruppen in Berlin wirken sich dahin aus, daß der Anteil, den beide Altersgruppen zusammen in Westdeutschland (58,3 %) bzw. in Mitteldeutschland (55 %) haben, in Berlin erst erreicht wird, wenn man auch die

[79] Vgl. hierzu Tabelle 6 im Anhang. Die Vergleichszahlen für das Bundesgebiet wurden berechnet nach: Statistisches Jahrbuch BRD 1961, S. 46, und die Vergleichszahlen für die SBZ nach: Statistisches Jahrbuch der DDR 1959, S. 31; für beide Gebiete wurden Westberlin bzw. Ostberlin nicht eingerechnet.

[80] Dabei ist darauf hinzuweisen, daß Großstädte im allgemeinen niedrigere Geburtenquoten aufweisen als die übrigen Gebiete; ein wichtiger Grund hierfür ist der meist höhere Bevölkerungsanteil älterer Personen, was besonders für Berlin in der Nachkriegszeit zutrifft.

Gruppe der 40- bis 50jährigen dazuzählt (56,8 %). In Berlin ist also der Anteil der 0- bis 50jährigen annähernd so groß wie in Westdeutschland bzw. Mitteldeutschland für die 0- bis 40jährigen. Das ist bereits ein deutlicher Hinweis auf die starke *Überalterung der Bevölkerung* Berlins[81]. So belief sich 1959 der Anteil aller Altersgruppen über 50 Jahre in Berlin auf 43,2 %, dagegen in Mitteldeutschland nur auf 34,6 % und in Westdeutschland sogar nur auf 29,9 % der Gesamtbevölkerung. Für die weitere Entwicklung der Bevölkerungsstruktur folgt aus dieser Überalterung aber auch künftig eine niedrigere Geburtenzahl, die nicht ausreichen wird, die hohe Zahl der Sterbefälle auszugleichen. Die Stadt wird also, wenn keine starken Zuwanderungen erfolgen, auch in den nächsten Jahren weiterhin Bevölkerungsabnahmen hinnehmen müssen.

Ebenfalls ungünstig ist die Bevölkerungsstruktur Berlins hinsichtlich ihrer *Sexualproportion.* Selbst wenn man die höheren Kriegsverluste bei der männlichen Bevölkerung in Rechnung stellt und weiterhin die bekannte Tatsache, daß im höheren Alter die weiblichen Personen im allgemeinen zahlenmäßig überwiegen, ist der Anteil der weiblichen Bevölkerung in Berlin zweifellos überhöht. Ende 1959 belief er sich auf über 57 %, während er in Westdeutschland bei 53 % und in Mitteldeutschland bei 54,5 % lag; der Anteil der weiblichen Bevölkerung ist in Berlin also durchschnittlich um 7 % höher als in den übrigen deutschen Gebieten. Ende 1959 kamen auf 100 Personen der männlichen Bevölkerung in Berlin 135 der weiblichen Bevölkerung; vergleichsweise lag diese Proportion in Westdeutschland bei 100 : 112 und in Mitteldeutschland bei 100 : 120.

Allerdings bestehen diese Verhältnisse keineswegs in allen Altersgruppen[82]. Der Anteil der weiblichen Bevölkerung steigt, wie es dem normalen Bevölkerungsaufbau entspricht, zunächst mit zunehmendem Alter an. Nach einigen Unregelmäßigkeiten in diesem Anstieg erfolgt der erste Sprung zwischen den Altersgruppen 25 bis 30 Jahre (Anteil: 50,7 %) und der Gruppe 30 bis 35 Jahre (Anteil: 55,4 %). Ein noch stärkerer Sprung erfolgt dann in der nächsten Altersgruppe, so daß der Anteil der weiblichen Bevölkerung schließlich bei den Altersgruppen 35 bis 50 Jahre zwischen 62 % und 63 % liegt. Danach geht er nochmals zurück und nähert sich bei den 55- bis 60jährigen mit knapp 58 % allmählich wieder dem Normalbild; allerdings

[81] Diese starke Überalterung der Bevölkerung ist ein wesentlicher Grund für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die besonders Westberlin bei dem Abbau der Arbeitslosigkeit hatte; jedenfalls sind unter den Arbeitslosen Westberlins zahlreiche ältere Personen, deren wirtschaftliche Eingliederung sehr schwierig ist. Großenteils handelt es sich um frühere Angestellte von zentralen Einrichtungen (Verwaltungen usw.).

[82] Tabelle 6 im Anhang.

ist er auch in dieser Altersgruppe in Westdeutschland mit 53 % noch erheblich niedriger und bleibt es auch bei den höheren Altersgruppen mit einem stetigen Abstand von 5 %. Obwohl die Bevölkerungsstruktur Mitteldeutschlands durch die ständigen Abwanderungen ebenfalls ungünstig beeinflußt wurde, ist der Anteil der weiblichen Bevölkerung in Berlin selbst im Vergleich dazu noch erheblich überhöht.

Ein Vergleich der jetzigen Bevölkerungsstruktur Berlins mit dem Vorkriegsstand zeigt sehr deutlich, daß diese ungünstigen Tatbestände in erster Linie das Ergebnis der Kriegseinwirkungen und der Entwicklung nach dem Kriege sind und weniger eine aus der Vorkriegszeit übernommene Hypothek. So belief sich 1939 der Anteil der Altersgruppen 21 bis 50 Jahre auf 50 %, 1959 dagegen nur noch auf 34,3 %. – Der Anteil der Altersgruppe 0 bis 6 Jahre ist von 1939 bis 1959 um fast 2 % zurückgegangen, während er für die Altersgruppe 6 bis 21 Jahre um rund 3 % gegenüber 1939 angestiegen ist. Besonders auffallend ist die Steigerung bei den Altersgruppen 50 Jahre und älter, mit fast 15 % gegenüber 1939[83]. Ähnlich verhält es sich mit der Quote der weiblichen Bevölkerung in den einzelnen Altersgruppen. Eine Abnahme gegenüber der Vorkriegszeit ist bei den Altersgruppen bis zu 30 Jahren festzustellen[84]. Dagegen ist die Quote der weiblichen Bevölkerung in allen höheren Altersgruppen gegenüber 1939 angestiegen. So erhöhte sie sich bei den 30- bis 40jährigen um 7,4 %, bei den 40- bis 45jährigen um 5,6 %, besonders stark aber bei den 60- bis 70jährigen mit 9 % gegenüber 1939. Für die Gesamtbevölkerung stieg der Anteil der weiblichen Personen von 54,5 % im Jahr 1939 auf 57,5 % im Jahr 1959 an.

Hinter diesen Durchschnittswerten verbergen sich einige Unterschiede zwischen West- und Ostberlin, die aus den besonderen Bedingungen beider Teilstädte entstanden sind. In Westberlin ist der Anteil der Altersgruppen 0 bis 10 Jahre infolge der geringeren Geburtenzahlen mit 8,1 % erheblich niedriger als in Ostberlin (11,2 %), andererseits ist er bei den über 50jährigen in Westberlin mit 43,8 % etwas höher als in Ostberlin (42,1 %). Die mittleren Jahrgänge sind in Westberlin ebenfalls etwas stärker als in Ostberlin. Ein weiterer Unterschied zwischen West- und Ostberlin besteht sodann noch hinsichtlich der Geschlechterproportion. Die Quote der weiblichen Bevölkerung belief sich Ende 1959 in Westberlin auf 57,6 %, dagegen in Ostberlin auf 57,3 %. Demnach kamen in Westberlin auf 100 Personen der männlichen Bevölkerung 136 der weiblichen Bevölkerung, in Ostberlin dagegen 134. Abgesehen von dem einen Unterschied des höheren Kinderanteils in Ostberlin

[83] Zahlenangaben nach: Berlin in Zahlen 1947, S. 79, Statistisches Jahrbuch Berlin 1961, S. 27, und Statistisches Jahrbuch der DDR 1959, S. 32.

[84] Berlin in Zahlen 1947, S. 56, und Statistisches Jahrbuch Berlin 1961, S. 27.

sind die beiden Teilstädte weniger voneinander unterschieden als Berlin von West- bzw. Mitteldeutschland. Zwischen den Teilstädten besteht eine *starke strukturelle Übereinstimmung*, gegenüber den Teilgebieten Deutschlands aber ein struktureller Abstand.

Diese wichtige Feststellung gilt überhaupt für die Entwicklung und die Struktur der Berliner Bevölkerung. Auch die Entwicklungsunterschiede zwischen West- und Ostberlin sind bei weitem nicht so erheblich wie die Unterschiede Berlins zum übrigen Deutschland. In diesem Zusammenhang gesehen haben beide Teilstädte mehr *Gemeinsamkeiten der Entwicklung* als Eigenheiten. In diese Richtung hat vor allem das gemeinsame Ereignis des starken Bevölkerungsverlustes während der Kriegsjahre gewirkt, von dem die gesamte Bevölkerungsentwicklung seit 1939 bestimmt ist. Außerdem haben verschiedene Vorgänge der ersten Nachkriegsjahre für beide Teile Berlins dazu geführt, daß eine Rückwanderung der evakuierten Bevölkerung oder eine den Kriegsverlusten entsprechende Zuwanderung unterblieb. Daher konnten die durch die Kriegseinwirkungen entstandenen Lücken im Bevölkerungsaufbau in beiden Teilen der Stadt nicht wieder geschlossen werden, weshalb Umfang und Struktur der Vorkriegsbevölkerung weder in Westberlin noch in Ostberlin inzwischen wieder erreicht wurden. Von der Entwicklung und der Struktur der Bevölkerung her gesehen ist *zwischen beiden Teilen Berlins trotz der sehr verschiedenen politischen Einflüsse eine weitgehende Übereinstimmung* festzustellen[85].

2. *Regionale Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsverteilung in Berlin*

Die Bevölkerungsentwicklung ist innerhalb der Stadt keineswegs gleichmäßig verlaufen. Schon gegen Ende des 19. Jahrhunderts zeigen sich deutliche Entwicklungsunterschiede zwischen den Kernbezirken[86] und dem übrigen Stadtgebiet Berlins. So hatten die sechs Kernbezirke von 1890 bis

[85] Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt ein Vergleich der wirtschaftlichen Grobstrukturen beider Teile *Deutschlands*.

Vgl. *Storbeck, D.*, Entwicklung und Struktur der Berliner Wirtschaft, in: Moderne Welt (Zeitschrift für vergleichende geistesgeschichtliche und sozialwissenschaftliche Forschung) 1960/61, Heft 4, S. 387 ff.

[86] Als Kernbezirke werden die Bezirke Mitte, Prenzlauer Berg, Friedrichshain in Ostberlin und die Bezirke Tiergarten, Wedding und Kreuzberg in Westberlin bezeichnet, deren Gebiet schon vor der Neugliederung (1920) größtenteils zum Stadtgebiet gehörte.

1910 bereits erheblich schwächere Zuwachsraten als die übrigen Bezirke[87]. Auch die absolute Bevölkerungszunahme der Kernbezirke war in diesem Zeitraum mit knapp 500 000 Personen niedriger als im übrigen Stadtgebiet, dessen Einwohnerzahl um fast 1 280 000 Personen anstieg. Diese unterschiedliche Entwicklung läßt deutlich erkennen, wie das Wachstum der Bevölkerung schon früh auf die benachbarten Gemeinden, die damals noch nicht zum Stadtgebiet Berlins gehörten, übergegriffen hatte. Mit dem Jahr 1910 war dann die Bevölkerungszunahme der Kernbezirke im wesentlichen abgeschlossen, und ihre Entwicklung schlug in das Gegenteil um. Bei steigender Bedeutung der Berliner City setzte eine allmähliche *Entleerung der Kernbezirke* ein, die sich bereits in schwachen Bevölkerungsabnahmen in dem Zeitraum von 1910 bis 1919 ausdrückt. Gleichzeitig stieg die Bevölkerungszahl in den übrigen Bezirken des Stadtgebietes und in den Randbezirken weiter an. Besonders starke Zuwachsraten hatten in dieser Zeit die südwestlichen Bezirke Wilmersdorf, Zehlendorf und Steglitz und der Bezirk Tempelhof.

Die nachfolgenden Jahre brachten für die Kernbezirke nochmals einen schwachen Bevölkerungsanstieg, der jedoch im allgemeinen die vorangegangenen Abnahmen nicht ausglich; lediglich in den beiden Bezirken Wedding und Prenzlauer Berg hatte die Bevölkerung von 1910 bis 1925 eine geringe Zunahme[88]. Bei den übrigen Kernbezirken überwog in diesem Zeitraum die Bevölkerungsabnahme, so daß sich die Bevölkerung des Stadtkerns von 1910 bis 1925 um über 100 000 Einwohner verminderte. Die Jahre von 1925 bis 1939 brachten schließlich für alle Kernbezirke[89] weitere Rückgänge; diese Abnahmetendenz griff auch schon auf die benachbarten Bezirke Charlottenburg und Schöneberg über. *Starke Bevölkerungszunahmen* hatten in diesem Zeitraum vor allem die *Außenbezirke*, während die Bevölkerungszunahmen in den zur Innenstadt rechnenden Zwischenbezirken[90] schwächer waren. Im Laufe der Entwicklung sind die *Schwerpunkte der Bevölkerungszunahme immer mehr an den Außenrand der Stadt gerückt*, wobei auch die Umgebung Berlins zunehmend von dieser Bewegung betroffen wurde.

Diese Entwicklungstendenz ist durch die Veränderungen während des Krieges weiter verstärkt worden, obwohl hierbei weniger die eben dargestellten Zusammenhänge der städtischen Bevölkerungsentwicklung als vielmehr die *Verteilung der Zerstörungen* im Stadtgebiet Berlins eine Rolle ge-

[87] Vgl. *Pries, K.*, Entwicklung und Organisation der Landesplanung im Raum Berlin, a. a. O., S. 157 ff.

[88] Zahlen zeigen Zeitgeschehen — Berlin 1945—1947, a. a. O., S. 11 f.

[89] Die Bevölkerungsabnahme in den Kernbezirken belief sich allein in den Jahren 1925 bis 1933 auf über 150 000 Einwohner.

[90] Vgl. S. 42 dieser Darstellung.

spielt haben. Dementsprechend ist in einer Darstellung der Bevölkerungsentwicklung in den Berliner Bezirken zwischen vier Gruppen unterschieden worden[91]:
1. Innenbezirke stark zerstört,
2. Zwischenbezirke mäßig zerstört,
3. Westbezirke stark zerstört,
4. Außenbezirke wenig zerstört.

In der ersten Gruppe trat mit der starken Zerstörung der *Kernstadt* ein sehr hoher Bevölkerungsverlust ein, der infolge des nur zögernden Wiederaufbaus in diesen Bezirken zu einer *langfristigen Verminderung* der Bevölkerung geführt hat. In der zweiten Gruppe war nach vorausgegangenen Bevölkerungszunahmen durch die Kriegseinwirkungen ein Bevölkerungsverlust eingetreten, der jedoch unter dem durchschnittlichen Gesamtverlust Berlins blieb. Nach dem Kriege setzte in dieser Gruppe – vor allem in den westlichen Bezirken – infolge des kräftigen Wiederaufbaus wieder ein deutlicher Anstieg der Bevölkerungszahlen ein. Die Bezirke der dritten Gruppe hatten bis in die zwanziger Jahre hinein einen Bevölkerungsanstieg, danach jedoch bereits einen schwachen Rückgang. Die starken Kriegsschäden haben auch hier zu sehr hohen Bevölkerungsverlusten geführt, die bisher bei weitem noch nicht wieder ausgeglichen werden konnten. Die in der vierten Gruppe zusammengefaßten Außenbezirke hatten im allgemeinen bis Kriegsausbruch Bevölkerungszunahmen und wegen der geringeren Kriegsschäden auch während des Krieges nur schwächere Bevölkerungsabnahmen. Da sie im Wohnungsbau überdurchschnittlich berücksichtigt wurden, nahm ihre Bevölkerung nach dem Kriege zu; in den östlichen Außenbezirken allerdings ist diese Zunahme durch die allgemeine Bevölkerungsabnahme Ostberlins überschattet.

Betrachtet man jedoch nur die Bevölkerungsentwicklung seit 1939, so ergibt sich teilweise eine andere Gruppierung der Bezirke. Zu einer ersten Gruppe können dann fünf Bezirke zusammengefaßt werden, die von 1939 bis 1946 und auch weiterhin Bevölkerungsabnahmen hatten, deren Umfang für den Gesamtzeitraum 1939 bis 1960 mehr als 30 % gegenüber dem Vorkriegsstand ausmacht. Es sind dies die Bezirke Mitte (– 64 %), Friedrichshain (– 53,9 %), Tiergarten (– 47,6 %), Kreuzberg (– 42,2 %) und Wedding (– 31,3 %). Alle fünf Bezirke gehören zu den Kernbezirken und hatten infolge der starken Kriegsschäden hohe Bevölkerungsverluste während der Kriegsjahre. Besonders hervorzuheben sind ihre zum Teil noch sehr starken Bevölkerungsrückgänge in der Zeit von 1950 bis 1960[92].

Eine zweite Gruppe bilden vier weitere Bezirke, die ebenfalls sehr starke

[91] *Behrmann, W.*, Die Bevölkerungsverschiebung innerhalb Berlins, in: Geographisches Taschenbuch 1954/55, S. 340 ff.

[92] Vgl. hierzu Tabelle 3 im Anhang.

Rückgänge in den Kriegsjahren hatten, die aber durch nachfolgende Bevölkerungszunahmen zu einem Teil wieder ausgeglichen wurden. Trotzdem ist die Bevölkerungsabnahme von 1939 bis 1960 auch in diesen Bezirken noch erheblich; es handelt sich um die Bezirke Schöneberg (– 30,0 %), Charlottenburg (– 24,1 %), Wilmersdorf (– 21,7 %) und Steglitz (– 13,5 %). Diese vier Westberliner Bezirke gehören ganz oder zum wesentlichen Teil zur *Innenstadt*, deren *bevölkerungsmäßiges Gewicht* damit erheblich *vermindert* wurde.

In einer dritten Gruppe lassen sich sechs *Außenbezirke* erfassen, in denen die Rückgänge während der Kriegszeit unter der durchschnittlichen Bevölkerungsabnahme Berlins lagen und zum Teil sehr gering waren. Weiterhin zeichnen sich diese Bezirke dadurch aus, daß sie in der späteren Entwicklung – wenn auch teilweise nur sehr schwache – *Bevölkerungszunahmen* gegenüber dem Vorkriegsstand hatten. Zu dieser Gruppe gehören die vier Westberliner Bezirke Zehlendorf (17,9 %), Tempelhof (15,5 %), Reinickendorf (7,0 %) und Spandau (1,5 %). Außerdem sind zu dieser Gruppe die beiden Ostberliner Bezirke Köpenick (– 3,4 %) und Treptow (– 4,1 %) zu rechnen, bei denen die nur schwachen Bevölkerungszunahmen nach 1946 allerdings nicht zum Ausgleich der vorher eingetretenen Bevölkerungsrückgänge ausreichten.

In der letzten Gruppe verbleiben fünf Bezirke mit unterschiedlicher Entwicklung: Prenzlauer Berg (– 28,4 %), Lichtenberg (– 17,8 %), Weißensee (– 15,9 %), Pankow (– 11,6 %) in Ostberlin und in Westberlin Neukölln (– 8,4 %). In allen fünf Bezirken ist der Vorkriegsstand nach dem Kriege nicht wieder erreicht worden. Teils waren die zwischen 1946 und 1950 einsetzenden Bevölkerungszunahmen zu gering (so bei Lichtenberg, Weißensee und Neukölln), teils wurde ihre Wirkung aber durch nach 1950 eingetretene Bevölkerungsrückgänge wieder aufgehoben (Prenzlauer Berg und Pankow). Eine Sonderentwicklung innerhalb dieser Gruppe zeigt der Bezirk Prenzlauer Berg, dessen Abnahme von 1939 bis 1946 mit knapp 16 % relativ gering war, sich aber noch über 1946 fortgesetzt hat. Diese Entwicklungstendenz des Bezirks Prenzlauer Berg entspricht durchaus seiner Eigenschaft als Kernbezirk[93].

Als Gesamtergebnis dieser Analyse ist vor allem eine *weitere Entleerung der Kernbezirke* hervorzuheben, die begleitet ist von einem – allerdings etwas schwächeren – Bevölkerungsrückgang in den übrigen Bezirken der Innenstadt. Dagegen hat die Einwohnerzahl in den Westberliner Außen-

[93] Trotzdem wurde er nicht zur ersten Gruppe gerechnet, weil der während des Krieges eingetretene Bevölkerungsrückgang dieses Bezirks erheblich unter dem der ersten Gruppe lag.

bezirken gegenüber der Vorkriegszeit zugenommen und in den Ostberliner Außenbezirken nur schwach abgenommen im Vergleich zur Gesamtabnahme der Bevölkerung in Ostberlin. Das Ergebnis dieser Bewegung ist ein *begrenzter Bevölkerungsausgleich innerhalb Berlins* bei insgesamt rückläufiger Entwicklung der Einwohnerzahl. Besonders interessant ist die Bevölkerungsentwicklung Berlins in den letzten Jahren (1950–1959), die für die kleineren Ortsteile festgestellt werden konnte[94]. Deutlich tritt dabei der Bevölkerungsrückgang in den Kernbezirken Berlins hervor. Er war in den Kernbezirken Ostberlins mit 14 % besonders stark. Dagegen nahm die Bevölkerung in den Kernbezirken Westberlins im gleichen Zeitraum nur um 6,7 % ab. Die übrigen Bezirke und Ortsteile Ostberlins hatten in diesem Zeitraum ebenfalls meist Bevölkerungsabnahmen, die erstaunlicherweise auch in einigen Außenbezirken relativ hoch sind. Bevölkerungszunahmen hatten in Ostberlin nur einige Ortsteile in den Außenbezirken: Karlshorst, Biesdorf, Grünau, Falkenberg, Treptow, Baumschulenweg, Friedrichshagen und Johannisthal; dabei war die Zunahme in den ersten fünf genannten Ortsteilen höher als 12 %.

Dagegen hatten von 1950 bis 1959 in Westberlin die Ortsteile der Außenbezirke fast durchweg Bevölkerungszunahmen; sie waren besonders hoch im Süden der Stadt (Ortsteile: Lankwitz, Mariendorf, Britz, Marienfelde und Buckow). Bevölkerungsabnahmen hatten nur einige Ortsteile im Norden der Stadt sowie Gatow im Westen und Nikolassee im Südwesten. Weiterhin hatte in Westberlin auch die Innenstadt, ausgenommen die Kernbezirke, Bevölkerungszunahmen, so daß der Rückgang in den Kernbezirken fast ausgeglichen wurde[95].

Insgesamt zeigt sich bei der Analyse der regionalen Bevölkerungsentwicklung von 1950 bis 1959 ein *Entwicklungsunterschied zwischen West- und Ostberlin.* In Ostberlin hatten alle drei Stadtbereiche[96] Bevölkerungsabnahmen, am stärksten die Kernbezirke. Sie hatten einen Bevölkerungsrückgang um 14 %, die gesamte Innenstadt einen Rückgang um 12,7 % und die Außenbezirke Ostberlins einen Rückgang um knapp 5 %. Insgesamt nahm die Bevölkerung Ostberlins in diesem Zeitraum um knapp 9 % ab. – Dagegen war in Westberlin der Bevölkerungsrückgang in den Kernbezirken mit nur 6,7 % erheblich niedriger als in Ostberlin. Noch stärker zeigt sich der Entwicklungsunterschied bei der sehr geringen Bevölkerungsabnahme der Innenstadt Westberlins mit nur 1,1 %. Die Außenbezirke Westberlins hatten aber eine Bevölkerungszunahme von 11 %, so daß die Gesamtbevölkerung West-

[94] Tabellen 4a-d im Anhang.
[95] Tabelle 4d im Anhang.
[96] Als Stadtbereiche wurden unterschieden: Kernbezirke, Innenstadt (einschließlich der Kernbezirke) und Außenbezirke.

berlins von 1950 bis 1959 einen Zugang um 3 % hatte. Die damit bewirkte Strukturverschiebung hatte in beiden Teilstädten die gleiche Tendenz, nämlich die relative Abnahme der Kernbezirke gegenüber der relativen Zunahme der Außenbezirke. Trotz der im einzelnen unterschiedlichen Wanderungen zeigt sich also in der strukturellen Entwicklung wiederum die Übereinstimmung beider Teilstädte.

Seit 1939 hat die Bevölkerungsentwicklung in Berlin zu einer weiteren *Stärkung der Außenbezirke* bei einer gleichzeitigen *Schwächung der Kernbezirke* geführt. Da die Besiedlungsdichte vor dem Kriege in den Außenbezirken weit unterdurchschnittlich war, bedeutet deren relativ hohe prozentuale Zunahme allerdings nur einen begrenzten Ausgleich der Bevölkerungsverteilung innerhalb Berlins. So bestehen zwischen den einzelnen Ortsteilen und Bezirken auch heute noch sehr *starke Unterschiede in der Besiedlungsdichte.* Nach den durch die Kriegsschäden bedingten Rückgängen hat die City Berlins heute nicht mehr die höchste Bevölkerungsdichte innerhalb Berlins[97]. Mit durchschnittlichen Dichtewerten von 9 200[98] (Mitte) und 8 400 (Tiergarten) erreichen diese Bezirke nur etwa die Hälfte der Dichtewerte der angrenzenden Bezirke der Innenstadt. Das gilt auch noch für den Bezirk Charlottenburg (7 500), dessen östlicher Teil noch zur City Berlins zu rechnen ist.

Um diese Bezirke herum gruppiert sich ein Ring von Kern- und Innenstadtbezirken mit weitaus höheren und zugleich den höchsten Dichtewerten: die Bezirke Wedding, Prenzlauer Berg, Friedrichshain, Kreuzberg und Schöneberg, und die Ortsteile Neukölln, Steglitz und Wilmersdorf. Lediglich nach Westen hin ist dieser Ring geöffnet, da hier in dem verhältnismäßig großflächigen Bezirk Charlottenburg hohe und sehr niedrige Dichtewerte in einem relativ niedrigen Durchschnittswert zusammengerechnet sind. Die genannten Bezirke bzw. Ortsteile haben eine Dichte von mehr als 12 000, in den meisten Fällen sogar von mehr als 15 000 Einwohner je qkm. Mit Ausnahme der Ortsteile Pankow und Schmargendorf, die sich mit noch recht hohen Dichtewerten (11 900 und 6 500) an diesen Ring anschließen, ist die Bevölkerungsdichte in den benachbarten Ortsteilen erheblich niedriger, in vielen Fällen unter 5 000 und sogar unter 4 000 Einwohner je qkm. Im allgemeinen wird dabei also eine Stufe übersprungen, so daß eine *deutliche Abgrenzung der Innenstadt* von der durchschnittlichen Bevölkerungsdichte der Ortsteile her möglich ist. Daher wurden zur Innenstadt die Ortsteile und Bezirke gerechnet, in denen die durchschnittliche Bevölkerungsdichte die höchste oder

[97] Vgl. hierzu Karte 4 und Tabellen 4a—d im Anhang.
[98] Einwohner je qkm.

die zweithöchste Stufe der gewählten Skala[99] erreicht. In allen Fällen ist der Wert der benachbarten Ortsteile niedriger als 40 % der Dichte des jeweiligen Innenstadtbezirks.

Um die so abgegrenzte Innenstadt herum gruppiert sich ebenfalls ein fast geschlossener Ring von Ortsteilen, deren Bevölkerungsdichte zwischen 3 000 und 6 000 je qkm liegt. Auch dieser Ring wird wieder im Westen von Ortsteilen mit geringeren Dichten unterbrochen; dabei handelt es sich um den ohnehin dünn besiedelten Südwesten Berlins und um den großflächigen Bezirk Spandau. Von diesem Ring aus nimmt dann die Bevölkerungsdichte zum Stadtrand hin in verschiedener Abstufung weiter ab. Dementsprechend haben zahlreiche Ortsteile an der Stadtgrenze nur sehr niedrige Dichtewerte (200 bis 400). Auffallend sind drei Stellen in Westberlin, an denen relativ hohe Bevölkerungsdichten bis an die Stadtgrenze reichen. Dies sind im Norden Berlins die Ortsteile Frohnau und Hermsdorf, im Westen der Bezirk Spandau und im Süden die Ortsteile Zehlendorf und Lichterfelde. Das deutet auf eine starke Verbindung mit der Umgebung hin; in allen drei Fällen liegen auch dicht benachbart größere Gemeinden[100], zu denen durch den Vorortsverkehr gute Verbindungen bestanden.

Insgesamt stellt sich das Bild der regionalen Bevölkerungsverteilung in Berlin folgendermaßen dar: In der Mitte liegt die weniger dicht besiedelte City (Kernbezirke), die von einem Kranz erheblich stärker besiedelter Bezirke (Zwischenbezirke) umgeben ist. Von diesen Bezirken (Innenstadt) aus nimmt die Bevölkerungsdichte zum Stadtrand hin allmählich ab, wobei die Dichte in dem zweiten Ring bereits stark gegen die Innenstadtbezirke abfällt. Besonders eindrucksvoll zeigt die kartographische Darstellung[101] der Dichtewerte die *starke Zusammengehörigkeit beider Teilstädte* Berlins. Sie kommt durch die gleichmäßigen Dichten der City-Bezirke ebenso zum Ausdruck wie durch die *ringförmigen Abstufungen der Bevölkerungsdichten um die Berliner City.* Kriegszerstörungen und politische Nachkriegseinflüsse haben dieses von der Geschichte der letzten dreihundert Jahre geprägte Bild der Siedlungsverteilung in Berlin nicht aufgelöst. Die Beharrungskraft des

[99] Karte 4 im Anhang.
Um die großen Abstände zwischen den verschiedenen Dichtewerten darstellen zu können, ohne bei der Verwendung nur weniger Stufen die Unterschiede im unteren Bereich zu sehr zu verwischen, wurde eine Skala gewählt, deren Intervalle nach oben hin jeweils doppelt so groß sind:

0 bis 750	3 001 bis 6 000
751 bis 1 500	6 001 bis 12 000
1 501 bis 3 000	über 12 000.

[100] So etwa Hohen-Neuendorf und Hennigsdorf im Norden, Falkensee im Westen und Kleinmachnow und Teltow im Süden.

[101] Karte 4 im Anhang.

Siedlungsgefüges hat sich gegenüber den auflösenden Tendenzen der politischen Beeinflussung sichtbar durchgesetzt.

3. Regionale Bevölkerungsentwicklung im Raum Berlin

Die Bevölkerungsentwicklung Berlins zeigt – wie schon früher – auch in der Phase 1939 bis 1946 Ausstrahlungen auf die angrenzenden Landkreise. Während die Bevölkerung in der übrigen SBZ mit Ausnahme einiger größerer Städte in diesem Zeitraum zugenommen hat, zeigen mehrere Landkreise in der Umgebung Berlins Bevölkerungsabnahmen und damit auffallend die gleiche Tendenz wie Berlin. Diese Abnahmen sind in den meisten Fällen offenbar vorwiegend auf die Kampfhandlungen in den letzten Kriegswochen und die damit verbundenen Zerstörungen zurückzuführen. Sonst spielte aber im allgemeinen die Verlagerung und Evakuierung eine wichtige Rolle. In der Umgebung Berlins hatten bereits vor dem Kriege einige große Industriebetriebe ihren Standort, von denen einzelne später – ebenso wie Berliner Betriebe – teilweise verlagert wurden. Das hatte zur Folge, daß auch Teile der Bevölkerung – wenigstens aber die Beschäftigten dieser Betriebe – zeitweise aus diesem Gebiet abwanderten. Außerdem waren die größeren Gemeinden in der Nähe Berlins ebenso durch den Luftkrieg gefährdet wie die Hauptstadt selbst, so daß auch dort in gewissem Umfang Evakuierungen erfolgt sind.

Der *Entwicklungszusammenhang* zwischen Berlin und seiner Umgebung zeigt sich auch bei den übrigen Nachbarkreisen der Stadt. Sie hatten von 1939 bis 1946 nur sehr schwache Bevölkerungszunahmen und blieben damit auch noch erheblich unter der durchschnittlichen Veränderung der SBZ[102]. Insgesamt hatte der Umkreis Berlins[103] von 1939 bis 1946 eine *schwache Bevölkerungsabnahme* (– 1,7 %) und hebt sich damit deutlich von der übrigen SBZ ab. Auch die weitere Einflußzone Berlins[104] bleibt mit ihrer relativ ge-

[102] Bevölkerungsabnahmen in den übrigen Landkreisen der SBZ gab es von 1939 bis 1946 nur noch in der Lausitz (Spremberg und Weißwasser) und in Sachsen (Zschopau und Schwarzenberg); im übrigen sind schwache Bevölkerungszunahmen in dieser Entwicklungsphase nur in den Randgebieten, vor allem in Sachsen, Südwestthüringen und am Ostrand der SBZ festzustellen.

[103] Die angrenzenden Landkreise und die Stadt Potsdam, also der Stadtbereich ohne die Stadt selbst.
Vgl. S. 18 dieser Darstellung und Tabelle 5 im Anhang.

[104] Unter Einrechnung des Stadtkreises Brandenburg und der Landkreise Brandenburg, Rathenow, Neuruppin, Gransee, Templin, Eberswalde, Bad Freienwalde und Belzig.
Vgl. Tabelle 5 im Anhang.

ringen Bevölkerungszunahme (10,5 %) von 1939 bis 1946 unter der durchschnittlichen Zunahme der sowjetzonalen Bevölkerung.

Noch stärker zeigt sich der Zusammenhang zwischen Berlin und seiner Umgebung in den ersten Nachkriegsjahren. Von 1946 bis 1950 nahm die Bevölkerung in allen angrenzenden Landkreisen zu, in den weiter entfernten Landkreisen dagegen ab. Offenbar sind in dieser Zeit Teile der während des Krieges evakuierten Bevölkerung an ihre Wohnplätze in den Randgebieten ebenso wie in Berlin zurückgekehrt. Daneben hat in diesen Jahren die Sogkraft der Großstadt zweifellos zahlreiche Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten in die Umgebung Berlins gezogen. Zahlenmäßig ist der Entwicklungszusammenhang zwischen Berlin und seinem Umkreis durch dessen Unterschied zur übrigen Einflußzone deutlich zu belegen. Während die Bevölkerung im Umkreis von 1946 bis 1950 um knapp 30 000 Einwohner oder über 3 % zunahm, hatte die übrige Einflußzone eine schwache Bevölkerungsabnahme (– 1,4 %); in Berlin selbst stieg die Einwohnerzahl um fast 5 % an.

Die Bevölkerungszunahmen in der Umgebung Berlins hielten auch noch weiterhin an, obwohl im Durchschnitt die Bevölkerung der SBZ nach 1950 ständig abnahm[105]. Im Gegensatz zu den angrenzenden Landkreisen zeigte Ostberlin aber in diesem Zeitraum bereits eine schwache Bevölkerungsabnahme, ebenso wie der angrenzende Stadtkreis Potsdam und der zum Umkreis Berlins gezählte Kreis Nauen; allerdings war die Bevölkerungsabnahme in diesen Fällen geringer als im Durchschnitt der SBZ, so daß der Zusammenhang mit Berlin noch sichtbar ist. Insgesamt hatte der Umkreis Berlins von 1950 bis Ende 1956 eine Bevölkerungszunahme um rund 45 000 oder über 5 %, die übrige Einflußzone Berlins aber eine Bevölkerungsabnahme um rund 25 000 Einwohner oder rund 4 % gegenüber 1950. Diese im Vergleich zur Gesamtentwicklung der Bevölkerung in der SBZ erstaunliche Zunahme im Umkreis erklärt sich jedoch nicht nur aus dem Siedlungszusammenhang mit Berlin, sondern auch aus politischen Vorgängen. In diesen Jahren der starken Fluchtbewegung war Westberlin ein wichtiger Orientierungspunkt für die mitteldeutsche Bevölkerung[106], so daß zahlreiche Einwohner aus der übrigen SBZ Wohnplätze in der Nähe Berlins suchten.

Nach einer Analyse der Wanderungsbewegungen der mitteldeutschen Be-

[105] Die Bevölkerung der SBZ hatte Anfang 1948 ihren Höchststand erreicht; vgl. *Storbeck, D.*, Arbeitskraft und Beschäftigung in Mitteldeutschland (Dortmunder Schriften zur Sozialforschung Bd. 18). Köln—Opladen 1961, S. 89.

[106] Aus dem Durchzug zahlreicher Abwanderer aus der SBZ erklärt sich auch die hohe Mobilität der Westberliner Bevölkerung, auf die Pritzkoleit hingewiesen hat. *Pritzkoleit, K.*, Berlin — ein Kampf ums Leben. Düsseldorf 1962, S. 20 f. und S. 83 ff.

völkerung für die Jahre 1953 bis 1956[107] hatten die beiden sowjetzonalen Bezirke Potsdam und Frankfurt/Oder, die Berlin einschließen, stark überhöhte Fluchtquoten, aber gleichzeitig auch überdurchschnittliche Zuwanderungsüberschüsse in der Binnenwanderung. Diese beiden Bewegungen bestätigen die Vermutung über *politisch induzierte Zuwanderungen* in den Umkreis Berlins. Trotz der hohen Binnenwanderungsgewinne hat in diesen Jahren die verstärkte Abwanderung eine Bevölkerungsabnahme im gesamten Umkreis Berlins bewirkt. Diese Abnahme war allerdings relativ gering und belief sich auf rund 25 000 Einwohner oder 2,7 % gegenüber 1956. In der übrigen Einflußzone nahm die Bevölkerung stärker als im Umkreis Berlins ab; mit einem Rückgang auf 516 000 Einwohner belief sich die Abnahme auf 3,6 % gegenüber 1956.

Obwohl die Bevölkerung im Umkreis Berlins von 1939 bis 1946 und in den letzten Jahren wieder abgenommen hat, reichten die Zugänge zwischen 1946 und 1960 doch meist aus, um den Vorkriegsstand zu übertreffen. Ende 1960 hatte der Umkreis Berlins rund 35 000 oder 4,2 % mehr Einwohner als vor dem Kriege. Im Gegensatz hierzu wurde der in der übrigen Einflußzone von 1939 bis 1946 erreichte Bevölkerungszugang (10,5 %) in den danach folgenden Jahren fast vollkommen abgebaut. Ende 1960 lag ihre Einwohnerzahl nur noch um 0,5 % über dem Vorkriegsstand. Trotz des anfänglichen Rückstandes ist also die Bevölkerungsentwicklung im Umkreis Berlins bisher günstiger verlaufen als in den weiter entfernten Kreisen der Einflußzone. Neben den dargestellten, politisch induzierten Wanderungen sind für diesen Unterschied vor allem auch die Wanderungen zu den Arbeitsplätzen in der Stadt und in ihrer Umgebung maßgebend gewesen. Auch in den letzten Jahren hatten die Arbeitsplätze in Berlin, besonders in Ostberlin, starke Anziehungskraft für die mitteldeutsche Bevölkerung, so daß im Umkreis Berlins zahlreiche Auspendler (nach Berlin) wohnten.

Für den Gesamtzeitraum von 1939 bis 1960[108] zeigen sich innerhalb des Umkreises einige Unterschiede in der Bevölkerungsveränderung. Stärkere Bevölkerungszunahmen hatten die Kreise Potsdam/Land, Nauen, Königswusterhausen, Strausberg und Bernau, schwächere dagegen die Kreise Oranienburg, Zossen und Fürstenwalde. Der Stadtkreis Potsdam hatte ebenso wie Berlin über den Gesamtzeitraum hin eine Bevölkerungsabnahme. Die Abstände bei den Landkreisen sind vorwiegend durch die Unterschiede in der ersten Phase (1939 bis 1946) zu erklären. Alle Kreise mit schwächeren

[107] *Storbeck, D.*, Wanderungen der Bevölkerung Mitteldeutschlands von 1953—1956, in: Informationen des Instituts für Raumforschung, 8. Jg. (1958), Nr. 14, S. 365 ff.
Vgl. auch Tabelle 5 im Anhang.
[108] Tabelle 5 im Anhang.

Bevölkerungszunahmen zwischen 1939 und 1960 hatten in der ersten Entwicklungsphase – wenn auch nur schwache – Bevölkerungsabnahmen. Der dadurch bedingte Rückstand gegenüber dem weiteren Umkreis ist bis Ende 1960 noch nicht eingeholt worden, obwohl der Vorkriegsstand inzwischen wieder überschritten wurde. Damit bestätigt sich auch hier der für die sowjetzonalen Landkreise typische Zusammenhang zwischen der Veränderung von 1939 bis 1946 und der Gesamtveränderung. Der gegenwärtige Entwicklungsstand ist weitgehend von dem Ergebnis der Kriegseinflüsse bestimmt. Nur einige Städte weichen von dieser Tendenz ab.

Als wichtigstes Ergebnis der Bevölkerungsentwicklung in der Umgebung Berlins ist auch hier eine *Übereinstimmung zwischen Berlin und seinem Umkreis* in den einzelnen Phasen der Bevölkerungsentwicklung seit 1939 hervorzuheben. Zum Teil ist diese Übereinstimmung die Folge des siedlungsmäßigen Zusammenhangs der Großstadt mit ihrem Umkreis, zum Teil ist sie auch das Ergebnis der politischen Umstände, die heute die Beziehungen zwischen Berlin und seinem Umkreis beeinflussen. In beiden Übereinstimmungen zeigt sich, wie stark eine Großstadt von dem Gewicht Berlins mit ihrer Umgebung entwicklungsmäßig verbunden ist. Erst mit einer völligen und willkürlichen Trennung konnte diese räumliche Interdependenz zerstört werden. Sie wird aber in dem Maße noch langfristig wirksam bleiben, wie sie im Siedlungs- und Standortgefüge des Raumes ihren Niederschlag gefunden hat.

Ein deutlicher Niederschlag dieser Integration ist die Verteilung der Gemeindegrößen in den angrenzenden und den übrigen Landkreisen im Raum Berlin. Mit Ausnahme des Kreises Zossen liegt der Bevölkerungsanteil der kleinen Gemeinden (weniger als 500 Einwohner) im Umkreis unter 9 % der Gesamtzahl des jeweiligen Kreises; nur im Kreis Zossen war er Ende 1956 mit 12 % etwas höher. Gleichzeitig erreicht der Bevölkerungsanteil der größeren Gemeinden (über 2 000 Einwohner) in diesen Kreisen fast zwei Drittel der Einwohnerzahl der Kreise oder mehr. Gegenüber diesen Quoten des Umkreises Berlins haben die übrigen Kreise der Bezirke Potsdam und Frankfurt/Oder erheblich höhere Bevölkerungsanteile bei den kleineren Gemeinden (20 % bis 40 %) und erwartungsgemäß weitaus geringere Bevölkerungsanteile in den größeren Gemeinden (35 % bis 60 %) [109]. Diese Abstände lassen deutlich erkennen, in welchem Umfange die städtische Siedlungsstruktur Berlins auch die Umgebung ergriffen und in welchem Maße die Entwicklung der Stadt die Bevölkerungsbewegungen in ihrem Raum beeinflußt hat. Trotz der gegenwärtigen Isolierung Westberlins werden diese *von der bisherigen Ent-*

[109] Höhere Anteile der Gemeindegrößenklassen mit mehr als 2 000 Einwohnern sind nur bei den Kreisen festzustellen, bei denen heute die nach der früheren Verwaltungsgliederung selbständigen Stadtkreise eingerechnet sind, z. B. Rathenow und Eberswalde.

wicklung geprägten Strukturen auch für die künftigen Bewegungen im Raum Berlin ein wichtiger Wirkungsfaktor sein.

Allerdings zeigt der Ballungsraum Berlin infolge der besonderen Bedingungen wesentlich andere Entwicklungstendenzen als die Ballungen Westdeutschlands [110]. Einmal konnte die Stadt sich bevölkerungsmäßig nicht wieder auffüllen, so daß der Ballungskern erheblich an Gewicht verloren hat. Andererseits blieb auch die Bevölkerungszunahme im Ballungsrand (Umkreis) vergleichsweise schwach und war kaum stärker als in den übrigen Gebieten der SBZ; keinesfalls erreichte sie die für die westdeutschen Ballungsgebiete typischen Werte. Trotzdem zeichnet sich der Umkreis Berlin in dem dünn besiedelten nördlichen Teil der SBZ immer noch durch relativ hohe Dichtewerte aus [111]. Obwohl der Umkreis gegenüber dem Vorkriegsstand nur einen geringen Bevölkerungszuwachs erreichte und etwa seit 1956 sogar einen Bevölkerungsrückgang aufwies [112], hatte der gesamte Stadtbereich (rund 7 200 qkm) Ende 1962 noch 4,11 Mio. Einwohner und eine Dichte von 570 Personen je qkm. Freilich wohnten im Umkreis etwa 21 % dieser verminderten Einwohnerzahl des Stadtbereiches, die vor dem Kriege schon auf die Stadt allein kam (4,34 Mio.). Neben diesem Entwicklungsabstand kennzeichnet auch die relativ niedrige Industriequote von 120 Industriebeschäftigten je 1 000 Einwohner (1956) den strukturellen Unterschied der Ballung Berlins zu den westdeutschen Ballungen.

[110] *Isenberg, G.*, Die Ballungsgebiete in der Bundesrepublik (Institut für Raumforschung, Vorträge Nr. 6). Bad Godesberg 1957, und
Ipsen, G., Großkreise, in: Ballungsräume und Großkreise. Tübingen 1959, S. 11 ff.
[111] Karte 3 im Anhang.
[112] Tabelle 5 im Anhang.

III. DAS LEISTUNGSGEFÜGE BERLINS

1. *Leistungsgefüge und Erwerbsstruktur vor dem Kriege*

Vor dem Kriege hatte Berlin trotz der damals schon spürbaren Überalterung ein großes und qualifiziertes *Arbeitskräftepotential*, dessen Umfang und Fähigkeiten bei vielen Betrieben die Standortwahl für Berlin bestimmt hatten. Im Jahr 1939 waren rund 71 % der Gesamtbevölkerung der Stadt im Alter zwischen 14 und 60 Jahren. Dieser Anteil verminderte sich infolge der schon dargestellten Verschiebungen im Altersaufbau bis Ende 1959 auf nur noch 62 %, während der Anteil der älteren Personen erheblich anstieg. Damit hat sich auch das Arbeitskräftepotential Berlins vermindert; der Anteil der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter fiel von 76 % im Mai 1939 auf knapp 70 % im Oktober 1946 zurück und stieg dann bis Mitte 1947 noch einmal auf über 72 % an[113], bis er Ende 1959 auf 69 % abgesunken war. – 1939 standen 3,286 Mio. Berliner im arbeitsfähigen Alter; etwas mehr als die Hälfte davon (1,812 Mio.) waren Frauen. Dieses bedeutende Arbeitskräftepotential, das noch durch Einpendler aus der Umgebung verstärkt wurde, war für die Entwicklung und den Bestand der Berliner Wirtschaft von größter Bedeutung.

Das Arbeitskräftepotential Berlins war sehr unterschiedlich in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen eingesetzt. Den geringsten Anteil an den Beschäftigten und Erwerbspersonen hatte die *Landwirtschaft*, die mit zunehmender Ausdehnung der städtischen Siedlung aus Berlin verdrängt worden war. Die wenigen im Stadtgebiet für die landwirtschaftliche Nutzung noch verbliebenen Flächen erforderten zu ihrer Bewirtschaftung vor dem Kriege nicht einmal 20 000 Arbeitskräfte und damit nur einen sehr geringen Teil des Arbeitskräftepotentials[114]. Insgesamt gab es im Mai 1939 in Berlin rund 18 500 Erwerbspersonen in der Landwirtschaft einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen. Für die Wirtschaftsstruktur Berlins und für sein Leistungsgefüge war demnach die *Landwirtschaft völlig unbedeutend*. Damit fallen für die Betrachtung des Leistungsgefüges der Stadt Berlin auch die Schwierigkeiten fort, die sonst meist aus den unvergleichbaren Beschäftigungsverhältnissen der Landwirtschaft (z. B. Nebenerwerbsbetriebe und mit-

[113] Zahlen zeigen Zeitgeschehen — Berlin 1945—1947, a.a.O., S. 14 f.

[114] Es handelt sich vornehmlich um Intensivkulturen, die im Vergleich zur gesamten deutschen Landwirtschaft einen überdurchschnittlichen Arbeitskräftebedarf haben.

helfende Familienangehörige) für eine Analyse des Leistungsgefüges entstehen.

Der größte Teil der Erwerbspersonen der Stadt war vor dem Kriege in den produzierenden Wirtschaftszweigen, also in *Industrie und Handwerk* eingesetzt. Insgesamt entfielen auf diesen Bereich im Mai 1939 fast 1 115 000 Erwerbspersonen. Das sind für Berlin je 1000 Einwohner 258 Erwerbspersonen im Wirtschaftsbereich Industrie und Handwerk bei einer Durchschnittsquote von nur 214 für das Deutsche Reich[115]. In der gewerblichen Produktion Berlins war vor dem Kriege *die Erwerbstätigkeit* um über 20 % *höher als im Reichsdurchschnitt*[116]. Noch stärker als der Anteil der Erwerbspersonen dieses Wirtschaftsbereiches war aber sein Beschäftigtenanteil[117]. Die Beschäftigungsquote dieses Bereiches (Beschäftigte je 1000 Einwohner) lag im Mai 1939 bei 267, also um 9 je 1000 Einwohner über der Erwerbsquote. Der Wirtschaftsbereich Industrie und Handwerk deckte demnach vor dem Kriege seinen Arbeitskräftebedarf nicht allein aus dem Arbeitskräftepotential der Stadt, sondern zog außerdem noch Einpendler heran. Daß die Stadt auch gleichzeitig Auspendler zu den Industriestandorten im Umkreis der Stadt hatte, erhöhte für diesen Bereich noch das Gewicht der Einpendler nach Berlin. Vor dem Kriege hatte die gewerbliche Wirtschaft innerhalb des Leistungsgefüges der Stadt ein überdurchschnittliches Gewicht. Berlin erweist sich damit unbestritten als *industrielle Großstadt,* deren hoher Industrialisierungsgrad für die gegenwärtigen Entwicklungsmöglichkeiten von großer Bedeutung ist.

Da die Gesamterwerbsquote überdurchschnittlich, aber die Landwirtschaft kaum vertreten war, konnte neben der starken Industrialisierung der Vorsprung gegenüber dem Reichsdurchschnitt im Handels- und Dienstleistungsbereich noch größer sein. Allein im Bereich *Handel und Verkehr* wurden 1939 rund 679 000 in Berlin ansässige Erwerbspersonen gezählt, also 157 je 1000 Einwohner[118]; bei einer Durchschnittsquote im Deutschen Reich von nur 89 war die Erwerbsquote Berlins im Bereich Handel und Verkehr um 76 % höher. In diesem Quotenüberschuß drückt sich das *Gewicht der zentralen Funktionen* innerhalb der Berliner Wirtschaft deutlich aus. Legt man

[115] Nur in den Großstädten Bochum (272), Stuttgart (269), Ludwigshafen (265) und Essen (263) war diese Quote höher als in Berlin.

[116] Tabelle 7 im Anhang.

[117] Die Zahl der Beschäftigten wird durch Erhebungen am Arbeitsort, die Zahl der Erwerbspersonen durch Erhebungen am Wohnort ermittelt; daher sind in den Beschäftigtenzahlen auch die Einpendler, in der Zahl der Erwerbspersonen auch die Auspendler eines Raumes enthalten.

[118] Unter den westdeutschen Großstädten hatten nur Hamburg (194), München (172) und Bremen (169) in diesem Bereich eine hohe Quote, also Städte, deren Industriequote erheblich niedriger als die Berlins war.

den Reichsdurchschnitt als Maßstab für die lokale Versorgung zugrunde[119], so waren in Berlin fast 300000 Erwerbspersonen in Handel und Verkehr für überlokale, d. h. zentrale Funktionen tätig. Diese Zahl kennzeichnet gleichzeitig das Gewicht, das die zentralen Handelsfunktionen innerhalb der Berliner Wirtschaftsstruktur vor dem Kriege hatten; sie gibt aber damit auch eine Andeutung von der strukturellen Wirkung des Abbaus dieser Funktionen nach dem Kriege. – Die Zahl der Beschäftigten der Arbeitsstätten dieses Bereiches war mit rund 680000 nicht erheblich höher als die Zahl seiner in Berlin ansässigen Erwerbspersonen. Handel und Verkehr deckten ihren Arbeitskräftebedarf vor dem Kriege also im wesentlichen aus dem Arbeitskräftepotential Berlins.

Auch der *Dienstleistungsbereich* hatte große Bedeutung innerhalb des Leistungsgefüges der Stadt. In Berlin wurden vor dem Kriege rund 491000 ansässige Erwerbspersonen gezählt[120], so daß die Erwerbsquote dieses Bereiches bei 114 Erwerbspersonen je 1000 Einwohner lag. Keine der westdeutschen Großstädte erreichte damals diese Quote; von ihnen folgte weit vor den anderen München mit 104. Im Reichsdurchschnitt war sie mit nur 73 Erwerbspersonen je 1000 Einwohner erheblich geringer, so daß die Erwerbsquote Berlins um 56% über dem Reichsdurchschnitt lag. Auch diese Überhöhung ist in erster Linie durch den Umfang der damaligen zentralen Funktionen Berlins zu erklären; denn die *zentralen Verwaltungs- und Wirtschaftsdienste* (Verbände usw.) hatten hierbei ein besonders starkes Gewicht. Die nach der Arbeitsstättenzählung von 1939 ermittelte Beschäftigtenzahl dieses Bereiches ist allerdings erheblich niedriger als die Zahl der Erwerbspersonen; sie beträgt rund 313000 gegenüber 491000 Erwerbspersonen [121]. Könnte man die Beschäftigten voll erfassen, so wäre ihre Zahl für den Dienstleistungsbereich – ähnlich wie im Bereich Industrie und Handwerk — zweifellos höher als die Zahl der Erwerbspersonen; auch das weist auf ein starkes Einpendeln von Arbeitskräften nach Berlin hin. Für die Bewertung dieser Differenzen ist es nicht uninteressant, daß die Beschäftigungsquote trotz der beschriebenen Auslassungen mit rund 73 Beschäftigten je 1000 Ein-

[119] D. h. die Beschäftigtenzahl Berlins in diesem Bereich wird um den Reichsdurchschnitt gekürzt.

[120] Tabelle 7 im Anhang.

[121] Diese Differenz ist allein aus den zwar gleichzeitigen, aber in ihrem Umfang doch erheblich verschiedenen Erhebungen zu erklären. In der Arbeitsstättenzählung wurden die Beschäftigten nach dem Standort der Arbeitsstätten, jedoch ohne die privaten Haushalte und die Dienststellen des Militärs und des Sicherheitswesens erfaßt; der Umfang dieser Gruppen ist nicht genau zu bestimmen. Dagegen sind in der Berufszählung die Erwerbstätigen aller Wirtschaftsbereiche (nach ihrem Wohnort) ausgewiesen. Im Dienstleistungsbereich ist daher der Vergleich beider Zählungen unvollkommen.

wohner die Erwerbsquote im Reichsdurchschnitt bereits erreicht, obwohl hierbei noch die aufgezählten Gruppen fehlen. Auch dieses Zahlenverhältnis weist deutlich auf das Gewicht der zentralen Funktionen innerhalb der Wirtschaftsstruktur Berlins hin.

Die dargestellten Abweichungen zwischen den beiden Erhebungen machen auch einen Vergleich zwischen der Gesamterwerbsquote und Gesamtbeschäftigungsquote Berlins unmöglich, ebenso wie eine Aufrechnung von Beschäftigten und Erwerbspersonen, aus der sich etwa die Zahl der Einpendler nach Berlin bestimmen ließe. Eine Berechnung nach dem Gewerbesteuerausgleich konnte im Rahmen dieser Untersuchung nicht durchgeführt werden, so daß auf eine genaue Bestimmung der Zahl der Einpendler nach Berlin verzichtet werden mußte. Immerhin ist für diese Frage aufschlußreich, daß schon eine Einpendlerzahl von rund 116 000 erreicht wird, wenn nur die Differenz zwischen der Gesamtzahl der Erwerbstätigen und der Beschäftigten ohne Zurechnung der privaten Haushalte und des Militärs berücksichtigt wird. Schon auf Grund der Feststellung der Zahl der Einpendler nach Berlin während der Nachkriegszeit läßt sich sagen, daß die tatsächliche Zahl der Einpendler vor dem Kriege wahrscheinlich erheblich höher gewesen ist. Außerdem pendelte ein Teil der Erwerbspersonen Berlins zu Arbeitsplätzen, die außerhalb Berlins gelegen waren, so daß die Zahl der Einpendler für die Vorkriegszeit mindestens 200 000 Personen, d. h. knapp ein Zehntel der Beschäftigten, sicherlich aber noch mehr betragen hat.

Bemerkenswert für die Charakterisierung der Erwerbsstruktur Berlins vor dem Kriege ist die erheblich *über dem Reichsdurchschnitt liegende Gesamterwerbsquote*, d. h. die Quote der in der Stadt wohnenden Erwerbstätigen je 1000 Einwohner. Mit 533 Erwerbspersonen je 1000 Einwohner wird dabei der Reichsdurchschnitt (507) um über 5 % überschritten. Offenbar wurden dem Arbeitskräftepotential in Berlin trotz des hohen Industrialisierungsgrades der Stadt auf Grund ihrer vielseitigen Wirtschaftsstruktur ausreichende Beschäftigungsmöglichkeiten geboten. Das damalige Berlin ist damit ein typisches Beispiel für die positiven Eigenschaften eines Ballungsgebietes, die sich in diesem Falle allerdings nicht nur auf die Vielfältigkeit der Arbeitsplätze beschränkten. Während die Erwerbsquote in anderen bedeutenden Industriestandorten Deutschlands infolge des Mangels an Arbeitsplätzen für weibliche Arbeitskräfte oft erheblich unter dem Reichsdurchschnitt lag (z. B. im Ruhrgebiet), war die *Beschäftigungslage* des Arbeitskräftepotentials in Berlin weitgehend *ausgeglichen*. Das ist in erster Linie auf die hohe Bedeutung des Bereiches Handel und Verkehr und des Dienstleistungsbereiches zurückzuführen; denn beide Wirtschaftsbereiche bieten in großem Umfang Arbeitsplätze für weibliche Beschäftigte. Schon aus diesem knappen Vergleich

geht hervor, daß die für viele bedeutende Industriestandorte beklagte Einseitigkeit der Produktions- und Beschäftigungsstruktur für Berlin in keiner Weise zutraf [122].

Zur vollständigen Darstellung der Erwerbsstruktur Berlins vor dem Kriege sei noch darauf hingewiesen, daß auch der Anteil der selbständigen Berufslosen [123] in Berlin mit 119 je 1000 Einwohner erheblich über dem Reichsdurchschnitt (94) lag. Der Bevölkerungsanteil dieser Personengruppe übertraf den Reichsdurchschnitt um fast 27 %. In Berlin war demnach vor dem Kriege eine größere Zahl von Rentnern, Pensionären und sonstigen selbständigen Berufslosen ansässig, als nach dem Reichsdurchschnitt zu erwarten war. Damit zeigt auch Berlin die Tendenz zur Überhöhung des Bevölkerungsanteils dieser Personengruppe und entspricht damit durchaus der Tendenz der übrigen Großstädte Deutschlands. Rechnet man die selbständigen Berufslosen und die Erwerbspersonen zusammen, so waren in Berlin vor dem Kriege fast zwei Drittel aller Einwohner Einkommensbezieher; ihre Quote lag vor dem Kriege in Berlin bei 652, im Reichsdurchschnitt bei 601 Einkommensbeziehern je 1000 Einwohner [124]. So war die Zahl der Einkommensbezieher in Berlin vor dem Kriege um rund 8 % höher als im Reichsdurchschnitt. Daraus folgte ein überdurchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen, so daß die Kaufkraft Berlins vor dem Kriege höher anzusetzen ist, als sie sich aus der Bevölkerungszahl nach dem Reichsdurchschnitt errechnen läßt. Daraus ergab sich wiederum eine erhöhte Nachfrage nach gehobenen Dienstleistungen. Infolge dieser besonderen Nachfragestruktur trug die Bevölkerung Berlins selbst einen erheblichen Teil der Nachfrage nach Dienstleistungen und veranlaßte so neben den zentralen Funktionen die Beschäftigungsausweitung in diesem Wirtschaftsbereich.

Zusammenfassend läßt sich das Leistungsgefüge Berlins folgendermaßen charakterisieren: Fast die Hälfte aller Erwerbspersonen und Beschäftigten entfiel auf den Bereich Industrie und Handwerk, womit Berlin als Industriestadt gekennzeichnet ist. Erwerbstätigkeit und Beschäftigung waren in den Bereichen Handel und Verkehr und Dienstleistungen weit höher als im Reichsdurchschnitt, was auf den höheren Eigenbedarf der Stadt und ihre bedeutenden zentralen Funktionen in diesen Bereichen zurückzuführen ist. Ins-

[122] Diese Feststellung hat für die Bewertung der jetzigen Beschäftigungs- und Wirtschaftslage Berlins besondere Bedeutung, da durch die Nachkriegseinwirkungen gerade die Bereiche dezimiert wurden, in denen vor dem Kriege vornehmlich weibliche Arbeitskräfte beschäftigt werden konnten.

[123] Das sind vor allem die Rentner.

[124] Zur Bewertung dieses Unterschiedes sei darauf hingewiesen, daß der Anteil der Kinder und Jugendlichen in Berlin entsprechend der geringeren Geburtenquote der Großstädte unterdurchschnittlich war.

gesamt übertraf die Erwerbsquote Berlins den Reichsdurchschnitt erheblich, was kaufkraftmäßig noch durch die überhöhte Quote der selbständigen Berufslosen verstärkt wurde. Da die Beschäftigtenzahl Berlins höher als die Zahl der Erwerbspersonen war, pendelte eine große Zahl der Arbeitskräfte aus der Umgebung nach Berlin ein. Berlin hatte also vor dem Kriege eine besondere Anziehungskraft als *Beschäftigungsschwerpunkt* und als *Kaufkraftzentrum.*

Allerdings war die *Beschäftigung* vor dem Kriege innerhalb Berlins regional sehr *unterschiedlich verteilt.* Das zeigt sich sehr deutlich an den starken Differenzen zwischen den Beschäftigungsquoten der einzelnen Bezirke [125]. Läßt man die wenig differenzierte und unwesentliche Beschäftigung in der Landwirtschaft außer Betracht, so stand als wichtigster Beschäftigungsschwerpunkt der Bezirk Mitte mit einer Beschäftigungsquote von 1516 Beschäftigten je 1000 Einwohner an der Spitze. In dieser stark überhöhten Beschäftigungsquote des Bezirks Mitte zeigt sich deutlich seine City-Eigenschaft. In diesem Bezirk hatte die Einwohnerzahl im Laufe der Entwicklung immer mehr abgenommen, wobei die Wohnplätze in steigendem Maße zu Arbeitsplätzen umgewandelt wurden. Die Wohnhäuser wichen den Wirtschaftsbauten, die Entleerung der City vollzog sich wie in anderen Metropolen. So war der Bezirk Mitte vor dem Kriege überwiegend darauf angewiesen, daß Arbeitskräfte aus anderen Teilen Berlins oder aus der Umgebung hier ihre Beschäftigung aufnahmen. Grob gesehen, konnte der Bezirk aus sich seinen Arbeitskräftebedarf nur zu einem Drittel decken. Den Ausgleich brachten die Erwerbspersonen aus anderen Bezirken und aus dem Umkreis (Einpendler).

Ebenfalls überdurchschnittlich war die Beschäftigungsquote in den Bezirken Spandau (830), Kreuzberg (784), Tempelhof (703), Tiergarten (660) und Charlottenburg (504) [126]. Vermutlich hatten auch sie eine große Zahl von Einpendlern. In allen anderen Bezirken lag die Beschäftigungsquote unter dem Durchschnitt des Stadtgebietes (500), in einigen Bezirken sogar erheblich darunter. Den geringsten Wert erreichte hierbei der Bezirk Zehlendorf, der als bevorzugter Wohnbezirk Berlins kaum gewerbliche Arbeitsplätze bietet; die Beschäftigungsquote lag hier bei 242. Ähnliche Erklärungen gelten für den Bezirk Pankow, dessen Beschäftigungsquote mit 245 immer noch weniger als 50 % des Berliner Durchschnitts ausmachte. Auch für die Bezirke Steglitz (309) und Lichtenberg (287) dürften die gleichen Momente entscheidend sein.

[125] Vgl. hierzu Tabelle 8 im Anhang.

[126] Tabelle 8 im Anhang; bei dieser Gegenüberstellung wurde die Beschäftigung in der Landwirtschaft nicht eingerechnet.

Anders sind dagegen die niedrigen Beschäftigungsquoten in den Bezirken Wedding (319), Neukölln (256), Prenzlauer Berg (249) und Friedrichshain (305) zu erklären. Bis auf den Bezirk Neukölln handelt es sich hierbei um Kernbezirke, die den beschäftigungsintensiven Bezirken Mitte und Tiergarten direkt benachbart sind. Es ist daher anzunehmen, daß ein großer Teil der Bevölkerung dieser Bezirke seinen Arbeitsplatz in der City Berlins hatte; jedenfalls handelt es sich überwiegend um Arbeiterwohnbezirke. Die niedrige Beschäftigungsquote des Bezirks Neukölln fand ihre Entsprechung in der Nachbarschaft zwischen den beiden beschäftigungsintensiven Bezirken Kreuzberg (784) und Tempelhof (703), die einen Beschäftigungsausgleich der Bevölkerung im Bezirk Neukölln mit den zahlreichen Arbeitsplätzen in den benachbarten Bezirken ermöglichte. Die Beschäftigungsquote der übrigen Bezirke lag ziemlich regelmäßig um etwa 10 % bis 20 % unter dem Durchschnitt der Stadt; hier kann unter Berücksichtigung der Auspendler ein Gleichgewicht zwischen Erwerbspersonen und Arbeitsplätzen angenommen werden.

Die aus der Beschäftigtenstatistik ermittelten Unterschiede der Beschäftigungsquoten lassen zwar keine Berechnung über die Pendlerströme innerhalb Berlins zu; jedoch kann man die Schwerpunkte dieses Verkehrs in den Bezirken mit stark überhöhten Beschäftigungsquoten (Bezirke Mitte, Tiergarten, Kreuzberg, Spandau, Tempelhof und Charlottenburg) unschwer erkennen. Einen gewissen Hinweis auf die jeweilige Richtung des Pendlerstroms gibt zumeist die Nachbarschaft sehr hoher und sehr niedriger Beschäftigungsquoten. Besonders deutlich tritt dabei der beschäftigungsmäßige Zusammenhang der Kernbezirke und der Innenstadt hervor.

Infolge der verschiedenen Beschäftigungsquoten der Bezirke findet sich auch ein Abstand zwischen den heutigen Teilstädten. Vor dem Kriege war die Beschäftigungsquote Westberlins (489) um über 5 % niedriger als die Ostberlins (518). Darin wirkt sich vor allem die hohe Quote des Bezirks Mitte in Ostberlin aus. Damals waren die Einwohner Westberlins also teilweise auf die Arbeitsplätze im Osten der Stadt angewiesen. Die *einseitige Verteilung der Arbeitsplätze* innerhalb Berlins auf wenige Bezirke erklärt sich vornehmlich daraus, daß die Konzentration der gewerblichen Wirtschaft verschiedentlich mit den Schwerpunkten der übrigen Wirtschaftsbereiche zusammentraf. Ein besonders deutliches Beispiel hierfür ist der Bezirk *Mitte*, der 1939 mit einer Beschäftigtenzahl von fast 400 000 seine Einwohnerzahl um über 50 % übertraf. Neben einem Zehntel der gewerblichen Arbeitsplätze Berlins waren in diesem Bezirk vor allem die zentralen Funktionen ausschlaggebend. So waren hier vor dem Kriege etwa ein Viertel des Groß- und Außenhandels und des Verlags- und Verkehrswesens, ein Fünftel des

gesamten Einzelhandels, der zentralen Wirtschaftsfunktionen und der Rechtsberatung und schließlich über die Hälfte des Geld-, Banken- und Versicherungswesens und fast die Hälfte der in Berlin ansässigen Verwaltungen konzentriert. Auch in den anderen Wirtschaftsgruppen lag der Beschäftigtenanteil des Bezirks Mitte über seinem Bevölkerungsanteil.

Nach dem Bezirk Mitte zeichnet sich auch der Bezirk *Kreuzberg* durch eine derartig starke Konzentration vor den übrigen Bezirken Berlins besonders aus. Auch hier waren neben den gewerblichen Arbeitsplätzen ebenfalls zentrale Funktionen – so das Verlagswesen, das Verkehrswesen, die Verwaltungen und der Einzelhandel – konzentriert. Schließlich sind außerdem als besondere Beschäftigungsschwerpunkte in Berlin auch die Bezirke Tiergarten, Charlottenburg, Schöneberg und Friedrichshain zu nennen, in denen neben der Beschäftigung in der Industrie auch verschiedene zentrale Funktionen den Ausschlag gaben; vorwiegend aus der Konzentration der industriellen Arbeitsplätze (Siemensstadt), aber auch aus der engen Nachbarschaft mit dem Umkreis ist der hohe Beschäftigtenanteil Spandaus zu erklären. In den übrigen Bezirken lag die Beschäftigtenquote vor dem Kriege unter dem Durchschnitt, was im wesentlichen auch für die Quoten der Wirtschaftsbereiche gilt.

Diese Gegenüberstellung der Beschäftigungsverhältnisse in den Bezirken zeigt als wichtigstes Ergebnis die *Konzentration* der Versorgungs- und der zentralen Funktionen *in den Kernbezirken* Berlins, von denen die Bezirke Prenzlauer Berg, Friedrichshain und Wedding offenbar mehr Wohncharakter hatten, dagegen die Bezirke Mitte, Kreuzberg und Tiergarten überwiegend Schwerpunkte der Beschäftigung waren. Ebenfalls besonderes Gewicht innerhalb der regionalen Beschäftigungsverteilung hatten die überwiegend zur Innenstadt zu zählenden Bezirke Charlottenburg und Schöneberg und die durch industrielle Konzentrationen besonders einseitig ausgebildeten Bezirke Spandau und Tempelhof. Überwiegenden Wohncharakter hatten dagegen außerhalb des Stadtkerns die Bezirke Zehlendorf, Neukölln, Lichtenberg und Steglitz, in denen die Beschäftigungsquote um 40 % bis 50 % unter dem Durchschnitt der Stadt lag. Zwar wesentlich höher, aber immer noch unter diesem Durchschnitt lag die Beschäftigungsquote in den nicht besonders gekennzeichneten, aber offenbar ausgeglichenen Bezirken Reinickendorf, Köpenick, Treptow und Weißensee.

Die Beschäftigungsstruktur der einzelnen Bezirke entsprach demnach keineswegs dem Leistungsgefüge Berlins. Vielmehr zeigten sich verschiedentlich starke Konzentrationen bestimmter Wirtschaftsgruppen, unter denen die Schwerpunktbildung der zentralen Funktionen in den Bezirken der City und die einseitige Ausrichtung in einigen Industriebezirken besonders augenfällig

sind. Vor dem Kriege bestand also nicht nur zwischen den Nachbarbezirken eine Ergänzung im Beschäftigungsausgleich, sondern die ganze Stadt bildete ein großes Leistungsgefüge. Die vorliegenden Statistiken können dieses Gefüge zwar nicht direkt widerspiegeln, doch können zahlreiche Einzelheiten den – übrigens selbstverständlichen – Verbund innerhalb der Großstadt belegen [127].

2. *Das veränderte Leistungsgefüge nach dem Kriege*

Die direkten Kriegseinwirkungen haben das Leistungsgefüge Berlins nur vorübergehend verändern können; jedenfalls hätten die durch den Krieg entstandenen Lücken in der Beschäftigung bei einem Entwicklungsverlauf wie in den anderen deutschen Großstädten durch den Wiederaufbau relativ schnell wieder geschlossen werden können. Vielmehr sind die eingetretenen *Veränderungen eine Auswirkung der politischen Folgen des Krieges,* die schließlich in der *totalen Spaltung der Stadt* ihren sichtbaren Niederschlag gefunden haben [128]. Für die Wirtschaft war das wichtigste Ergebnis dieser Entwicklung ein Rückgang in der Beschäftigung um rund 720 000 Personen von 1939 bis 1959 [129]; sie hatte Ende 1959 erst etwa zwei Drittel ihres Beschäftigtenstandes der Vorkriegszeit wieder erreicht. Besonders hoch waren die Beschäftigungsrückgänge in den Bereichen Industrie/Handwerk und Handel, während die Beschäftigung im Dienstleistungsbereich mit einer Zunahme um rund 33 000 Personen um fast 10% anstieg. Allein in Industrie/Handwerk nahm die Beschäftigtenzahl um über 450 000 oder fast 40 % gegenüber dem Vorkriegsstand ab. Noch höher war der prozentuale Rückgang im Handel bei einer Abnahme um rund 240 000 Beschäftigte oder rund 49 % gegenüber 1939. Insgesamt hatte Berlin Ende 1959 nur noch 1,47 Mio. gegenüber 2,19 Mio. Beschäftigte vor dem Kriege.

Der Rückgang der Beschäftigung war demnach noch erheblich stärker als die gleichzeitige Bevölkerungsabnahme Berlins. Dementsprechend sank auch die Beschäftigungsquote Berlins gegenüber 1939 um über 10 % auf nur noch 446 Beschäftigte je 1000 Einwohner im Jahr 1959 [130]. Die stärkste Abnahme der Beschäftigungsquote zeigt sich im Handel und im Bereich Industrie/Handwerk. Beide Bereiche zusammen hatten vor dem Kriege 380, Ende 1959

[127] Z. B. in den einzelnen Darstellungen in: Heimatchronik Berlin (Bd. 25 der „Heimatchroniken der Städte und Kreise des Bundesgebietes") Köln 1962.

[128] Vgl. die Ausführungen im Teil IV.

[129] Tabellen 9 und 10 im Anhang.

[130] Tabelle 11 im Anhang.

dagegen nur noch 292 Beschäftigte je 1000 Einwohner; gegenwärtig sind also von 1000 Einwohnern Berlins 88 Personen weniger als vor dem Kriege in Industrie und Handwerk und im Handel beschäftigt.

Im Gegensatz hierzu ist die Beschäftigungsquote des Dienstleistungsbereiches gegenüber der Vorkriegszeit angestiegen. Die höhere Beschäftigtenzahl dieses Bereiches hat bei gleichzeitig verminderter Einwohnerzahl die Beschäftigungsquote um 36 je 1000 Einwohner ansteigen lassen. – Einen nur schwachen Rückgang zeigt der Bereich Verkehr und Post, dessen Beschäftigungsquote Ende 1959 bei 36 (1939: 40) Beschäftigten je 1000 Einwohner lag. Der Beschäftigungsrückgang im produzierenden Gewerbe und im Handel wurde also zu einem Teil durch den Beschäftigungsanstieg im Dienstleistungsbereich aufgefangen.

Ein genaueres Bild und einige Erklärungen für diese Veränderungen erhält man jedoch erst aus einer getrennten Berechnung dieser Zahlen für Westberlin und Ostberlin[131]. Danach war die Abnahme der Beschäftigtenzahl insgesamt in Westberlin erheblich höher als in Ostberlin. Dieser Entwicklungsunterschied zeigt deutlich die Schwierigkeiten, denen die Westberliner Wirtschaft nach dem Kriege durch die politische Situation und verschiedene Behinderungsmaßnahmen ausgesetzt war. Insgesamt nahm die Beschäftigtenzahl *Westberlins* um rund 484 000 oder fast 36 % gegenüber dem Vorkriegsstand ab; Ende 1959 waren nur noch rund 870 000 Personen beschäftigt (1939: 1 354 000). Dieser Rückgang betraf zum größten Teil den Bereich Industrie/Handwerk, dessen Beschäftigtenzahl allein um rund 320 000 in diesem Zeitraum abnahm. Das ist ein Verlust von über 42 % des Beschäftigtenstandes der Vorkriegszeit. Er erklärt sich zwar teilweise aus den starken Kriegszerstörungen der Berliner Wirtschaft, außerdem aber auch aus den überaus starken Demontagen, die in Westberlin besonders konsequent durchgeführt wurden[132]. Schließlich behinderte noch die Blockade[133] den Wiederaufbau der Berliner Industrie in einer wichtigen Phase derart, daß Westberlin in einen erheblichen Rückstand gegenüber Westdeutschland kam, den es bis heute nicht wieder aufholen konnte.

Der prozentuale Rückgang der Beschäftigung war aber im Verkehrsbereich Westberlins noch stärker. Von rund 102 000 im Jahr 1939 fiel die Beschäftigtenzahl auf nur noch 53 000 Ende 1959; die Abnahme betrug also rund 48 % des Vorkriegsstandes. Dieser starke Rückgang im Verkehrsbereich ist vor allem auf den Verlust wichtiger Verkehrsfunktionen für Berlin und besonders Westberlin zurückzuführen. Westberlin ist heute für den Verkehr

[131] Tabellen 9—11 im Anhang.
[132] Am Abend der Demontage (Harmssen-Bericht). Bremen 1951.
[133] Berlins Wirtschaft in der Blockade, a.a.O., S. 32 ff.

mit Westdeutschland und dem westlichen Europa nicht mehr Mittel-, sondern Endpunkt. Das sieht man z. B. deutlich an dem starken Rückgang des Güterumschlags der Binnenhäfen Berlins[134] und an der weitaus schwächeren Rolle, die Westberlin gegenüber der Vorkriegszeit heute im Eisenbahn- und Luftverkehr spielt[135]. Weiterhin wirkt sich in dieser Abnahme aus, daß die Berliner Schnellbahn (S-Bahn) als „Reichsbahn"-Betrieb der Direktion in Ostberlin unterstellt ist, so daß alle Beschäftigten dieses bisher für Berlin wichtigsten Verkehrsmittels Ostberlin zugerechnet werden müssen. Dementsprechend schwach ist daher auch der Beschäftigungsrückgang dieses Bereiches in Ostberlin.

Im Handel hatte Westberlin vor dem Kriege fast 270 000, Ende 1959 dagegen nur noch knapp 164 000 Beschäftigte. Die Abnahme belief sich also auf rund 106 000 Personen oder über 39 % gegenüber dem Vorkriegsstand. Dieser starke Rückgang ist vor allem eine Folge des Verlustes der zentralen Handelsfunktionen Westberlins. Wie schon dargestellt wurde, hatten neben der City auch die Westberliner Innenbezirke beschäftigungsmäßig einen beachtlichen Anteil an den Handelsfunktionen der Stadt; so war Westberlin vor dem Kriege am Groß- und Außenhandel immerhin mit 50 %, am Verlags- und Vermittlungswesen sogar mit 70 % und in gleicher Höhe auch am Versicherungswesen beteiligt. Der Verlust dieser ehemals für Berlin sehr wichtigen Funktionen mußte sich daher für Westberlin besonders stark in einem Beschäftigungsrückgang auswirken.

Anders entwickelte sich demgegenüber der Dienstleistungsbereich, dessen Beschäftigtenzahl im Vergleich zur Vorkriegszeit fast gleichgeblieben ist. Die Abnahme war hier mit nur rund 4000 Personen oder knapp 2 % gegenüber dem Vorkriegsstand äußerst gering. Das zeigt, daß Westberlin den Verlust der hauptstädtischen Verwaltungsfunktionen wenigstens beschäftigungsmäßig einigermaßen ausgleichen konnte[136]. Allerdings haben hierbei die in den letzten 20 Jahren erfolgte Steigerung der Nachfrage nach Dienstleistungen und die damit verbundene Beschäftigungserweiterung im privaten Dienstleistungsbereich eine besondere Rolle gespielt. Das relativ günstige Ergebnis der Entwicklung von 1939 bis 1959 für den Dienstleistungsbereich ist daneben allerdings u. a. auch ein Erfolg der Errichtung von Bundesbehörden in Westberlin[137], die mit ihren Beschäftigungsmöglichkeiten aber

[134] Tabelle 16 im Anhang.

[135] Vgl. Zum Luftverkehr Westberlins: *Katsch, K. H.*, Berlin zu Beginn des Jahres 1959, a.a.O.

[136] Vgl. hierzu: *Storbeck, D.*, Entwicklung und Struktur der Berliner Wirtschaft, a.a.O., S. 395.

[137] Eine Aufstellung über die wichtigsten Bundesbehörden in Westberlin bringt die Tabelle 17 im Anhang.

nur zum Teil ein Ersatz für die durch die Auflösung der ehemaligen Reichs- und Landesbehörden verlorengegangenen Arbeitsplätze sind. Da die zur Zeit in Westberlin ansässigen Bundesbehörden im allgemeinen keine größere Ausstrahlungskraft haben, können sie auch strukturell keineswegs einen Ersatz für die ehemaligen zentralen Reichsbehörden bilden; jedenfalls sind ihnen bisher entsprechende zentrale Organisationen der privaten Wirtschaft nicht gefolgt. Für den Arbeitsmarkt Westberlins sind jedoch selbst diese Behörden sehr wichtig, da sie einen großen Teil der noch in Berlin ansässigen Angestellten der aufgelösten Reichsbehörden aufnehmen konnten[138].

Insgesamt zeigen sich in der Beschäftigungsentwicklung der Wirtschaftsbereiche sehr deutlich die verschiedenen Schwierigkeiten, die bisher die Entwicklung der Westberliner Wirtschaft gebremst haben. Vor allem ist die besondere *politische und geographische Lage* Westberlins für den Beschäftigungsrückgang der Wirtschaftsbereiche mit Ausnahme des Dienstleistungsbereiches entscheidend gewesen.

Wesentlich andere Momente haben demgegenüber die Beschäftigungsentwicklung in *Ostberlin* bestimmt. Auch hier hat die Zahl der Beschäftigten in Industrie und Handwerk mit rund 132 000 erheblich – und am stärksten – abgenommen. Gegenüber einer Beschäftigtenzahl im Jahr 1939 von rund 400 000 Personen belief sich die Abnahme in diesem Bereich auf rund ein Drittel und war also erheblich schwächer als in Westberlin. Da auch die Industrie Ostberlins während des Krieges sehr starke Kapazitätsverluste durch Kriegszerstörungen erlitten hat und hier ein noch stärkerer Abbau durch die Demontagen der Besatzungsmacht erfolgte, können diese Kapazitätsverluste allein offenbar nicht der ausschlaggebende Grund für die unterschiedliche Entwicklung beider Teilstädte im Bereich Industrie und Handwerk gewesen sein. Obwohl der Ausbau der Industrie in Ostberlin im Vergleich zu anderen Standorten Mitteldeutschlands – zumindest in den letzten Jahren – nicht wesentlich gefördert worden ist, waren die Möglichkeiten des Wiederaufbaus hier doch günstiger als in Westberlin. Die Schwerpunktbildung der sowjetzonalen Volkswirtschaftspläne hat den Wiederaufbau der meisten Großbetriebe in Ostberlin stark begünstigt, da ihre Produktionen (Elektroindustrie, Maschinenbau usw.) zu den Schwerpunktprogrammen zählten. Dabei blieb jedoch die Masse der kleinen Betriebe zurück.

Auffällig stärker als in Westberlin war aber in Ostberlin der Rückgang der Beschäftigtenzahl im Handel; sie nahm um fast 134 000 Personen oder rund 60 % gegenüber dem Vorkriegsstand (222 000) ab. Dieser Rückgang ist erheblich stärker als der Verlust an Handelsfunktionen, der Ostberlin

[138] Vgl.: *Storbeck, D.*, Die Entwicklung der Industrie Westberlins nach dem Kriege, in: Raumforschung und Raumordnung, 16. Jg. (1958), Heft 4, S. 210.

in diesem Maße gar nicht betroffen hat; schließlich ist Ostberlin heute als Verwaltungszentrum des sowjetisch besetzten Gebietes auch die Zentrale des Handelsverkehrs mit den übrigen Ostblockstaaten und anderen Ländern. Überdies ist die Versorgung der Bevölkerung in Ostberlin bisher stets besser als in der SBZ gewesen. Der wichtigste Grund für den dennoch eingetretenen Rückgang im Handel liegt vielmehr darin, daß diesem Bereich infolge der „Sozialisierung“ zahlreiche Aufgaben zugunsten staatlicher Behörden oder öffentlicher Institutionen entzogen wurden. Das gilt vor allem für den in Berlin früher wichtigen Groß- und Außenhandel und das Banken- und Versicherungswesen. Gerade die Funktionen des Handels, die vor dem Kriege in Berlin besonders stark entwickelt waren, hat die private Wirtschaft dadurch verloren und damit auch einen großen Teil ihrer früheren Bedeutung. Das Ergebnis war die Umwandlung zahlreicher Handelsbetriebe in öffentliche Dienststellen, deren Beschäftigte heute zum großen Teil im Dienstleistungsbereich mitgezählt werden [139]. Berücksichtigt man diese Umwandlung, so verringert sich der Beschäftigungsverlust des Handels in Ostberlin sicherlich auf die Verlustgröße Westberlins.

Umgekehrt erklärt dieser Vorgang, der auch für andere Teile der Wirtschaft zutrifft, den Anstieg der Beschäftigung im Dienstleistungsbereich, der in Ostberlin in erster Linie die Ausdehnung im öffentlichen Dienst und weniger einen Zuwachs bei den privaten Dienstleistungen betrifft. Insgesamt nahm die Beschäftigtenzahl dieses Bereiches in Ostberlin um fast 37 000 gegenüber 132 000 vor dem Kriege zu; das bedeutet eine Beschäftigungssteigerung um fast 28 %. Da vor dem Kriege im heutigen Ostberlin – besonders im Bezirk Mitte – zahlreiche Reichsbehörden und zentrale Verwaltungsstellen ihren Sitz hatten, kann diese Zunahme der Beschäftigtenzahl nicht aus der Errichtung zentraler Verwaltungsstellen des sowjetisch besetzten Gebietes in Ostberlin erklärt werden. Da außerdem – nach der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung in Mitteldeutschland zu urteilen – bis Ende 1959 nicht mit so erheblichen Ausweitungen bei den Dienstleistungen gegenüber der Vorkriegszeit zu rechnen ist, muß der Anstieg des gesamten Dienstleistungsbereiches vor allem durch eine Ausdehnung des öffentlichen Dienstes im Zusammenhang mit dem Aufbau der zentralen Wirtschaftsverwaltung in Ostberlin verursacht worden sein.

Bekanntlich sind in Mitteldeutschland heute zahlreiche Wirtschaftsfunktionen, die vor dem Kriege privaten Institutionen zustanden, vom Staat übernommen worden. Die Verstaatlichung des größten Teiles der Wirtschaft, darunter auch der Industrie, sowie die Kollektivierung der noch nicht ver-

[139] Hierin wirkt sich die Eigenart der Zentralverwaltungswirtschaft strukturell besonders deutlich aus.

staatlichten Bereiche Landwirtschaft und Handwerk[140] hat die Errichtung zahlreicher, bisher für die deutsche Wirtschaft unbekannter Behörden zur Folge gehabt. Allein die Schaffung von Sonderministerien für einzelne Industriegruppen ist ein deutlicher Beleg für diesen Vorgang. Daneben bestehen heute in Ostberlin noch zahlreiche andere staatliche Wirtschaftsverwaltungen, Kontore, Zentralstellen und Ämter[141] für die Durchführung der Wirtschaftsplanung. Jede Zentralverwaltungswirtschaft erfordert einen umfangreichen Organisations- und Verwaltungsapparat, der für Mitteldeutschland heute zum größten Teil in Ostberlin konzentriert ist. Deshalb ist die Beschäftigung im öffentlichen Dienst gegenüber der Vorkriegszeit in Ostberlin auch sehr stark angestiegen, so daß die Rückgänge im privaten Dienstleistungsbereich völlig überdeckt werden.

Die Beschäftigungszunahme im öffentlichen Dienst reichte allerdings nicht aus, um die Beschäftigungsrückgänge in den übrigen Wirtschaftsbereichen auszugleichen. Es ist also nicht nur zu einer *Verlagerung der früher privaten Wirtschaftsfunktionen* auf den Staat, sondern gleichzeitig zu einem *Abbau der gesamten Wirtschaftsfunktionen* auch in Ostberlin gekommen. In Ostberlin ist demnach der Verlust der früheren Hauptstadtfunktionen ebenfalls nicht ausgeglichen worden. Selbst der Aufbau der neuen und für das sowjetisch besetzte Gebiet sicher erheblich umfangreicheren Verwaltung konnte diese Verluste nicht wettmachen. Noch heute liegt die Gesamtbeschäftigtenzahl Ostberlins um rund 236 000 Beschäftigte oder rund 28 % unter der der Vorkriegszeit[142].

Obwohl sehr *unterschiedliche politische Bedingungen* die wirtschaftliche Entwicklung in den beiden Teilstädten Berlins bestimmten, zeigen die Veränderungen ihrer Leistungsgefüge doch *mehr Übereinstimmungen als Abweichungen.* Die wichtigste Übereinstimmung zeigt sich bei der Veränderung der Gesamtbeschäftigtenzahl, die allerdings in Ostberlin schwächer als in Westberlin war[143]. Eine noch größere Übereinstimmung besteht hinsichtlich der Veränderungen im Bereich Industrie und Handwerk, der in beiden Teilstädten bemerkenswerte Beschäftigungsrückgänge hatte. Im Handel war der Rückgang in Ostberlin infolge der besonderen Bedingungen sogar noch erheblich stärker als in Westberlin.

Keine Übereinstimmung zeigt sich dagegen im Verkehrs- und Dienstleistungsbereich. Im Verkehrsbereich wurde der starke Rückgang in West-

[140] Für diese Bereiche wurden sogenannte „sozialistische Produktionsgenossenschaften“ als wichtigste Betriebsform geschaffen und durchgesetzt.

[141] Tabelle 18 im Anhang; dort werden die wichtigsten zentralen Verwaltungsstellen des sowjetisch besetzten Gebietes in Ostberlin nach dem Stand von 1957 aufgezählt.

[142] Nach dem Stand von 1959 war Westberlin um 36 % im Rückstand. Vgl. S. 61.

[143] Tabelle 10 im Anhang.

berlin durch den weitgehenden Verlust der früheren Funktionen bereits erklärt. Der gleichzeitige – wenn auch erheblich schwächere – Beschäftigungsrückgang in Ostberlin ist daher zunächst erstaunlich. Hierin zeigt sich aber sehr deutlich, daß Ostberlin seinen Anteil an den früheren Hauptstadtfunktionen nicht halten konnte, obwohl es gegenwärtig das Verwaltungszentrum des sowjetisch besetzten Gebietes ist[144]. – Der stärkste *Entwicklungsunterschied* zwischen den beiden Teilstädten Berlins besteht aber beim Dienstleistungsbereich. Hier hat sich die schon dargestellte Umwandlung von privaten Wirtschaftsfunktionen zu Aufgaben des Staates und seiner Verwaltung in Ostberlin besonders stark ausgewirkt. Rechnet man allerdings den Handels- und den Dienstleistungsbereich für jede Teilstadt zusammen, so zeigt sich in Westberlin ein Beschäftigungsrückgang um rund 23 %, für Ostberlin dagegen ein Rückgang um rund 48 %. In beiden Bereichen zusammen ist die Beschäftigung also in Ostberlin doppelt so stark zurückgegangen wie in Westberlin. Die gegenwärtige Zentralität Ostberlins hat seine früheren Hauptstadtfunktionen offenbar nicht ersetzen können[145].

Da die Veränderungen der Beschäftigungszahlen der Wirtschaftsbereiche in West- und Ostberlin keine sehr großen Unterschiede aufweisen, hat sich auch die Beschäftigungsstruktur in den beiden Teilstädten kaum weiter voneinander entfernt[146]. Die Industrie hat mit rund 50 % in Westberlin und mit rund 45 % in Ostberlin in beiden Teilstädten den größten Anteil an der Beschäftigtenzahl. Danach folgt der Dienstleistungsbereich, auf den Ende 1959 in Westberlin rund 24 % und in Ostberlin über 28 % aller Beschäftigten entfielen. Schließlich kamen auf den Handel rund 19 % bzw. 15 % und auf den Verkehrsbereich 6 % bzw. 11 % der jeweiligen Gesamtbeschäftigtenzahl. In keinem Bereich ist der Unterschied zwischen den Beschäftigtenanteilen der beiden Teilstädte größer als 5 %. Bei diesem Vergleich der Beschäftigungsstruktur zwischen Westberlin und Ostberlin sind aber auch die Unterschiede zu berücksichtigen, die schon vor dem Kriege zwischen den beiden heutigen Teilstädten bestanden, so etwa der geringere Industrieanteil und der höhere Verkehrsanteil in Ostberlin. Grob gesehen haben sich die Unterschiede zwischen den Beschäftigungsstrukturen beider Teilstädte trotz der verschiedenartigen politischen und wirtschaftlichen Einflüsse seit 1939 nicht vergrößert. Auch in dieser Hinsicht sind also die *Gemeinsamkeiten der Strukturen stärker als die strukturellen Eigenheiten der beiden Teilstädte.*

[144] Dabei wirkt sich u. a. auch die Tatsache aus, daß sich die Verkehrsströme in Mitteldeutschland verlagert haben.

[145] Wie schon dargestellt wurde, hatte Ostberlin vor dem Kriege beschäftigungsmäßig an diesen Funktionen einen besonders hohen Anteil.

[146] Tabelle 9 im Anhang (Spalten 7—9).

Die Beschäftigungsverschiebungen haben bei gleichzeitiger Bevölkerungsabnahme in den beiden Teilstädten zu entsprechenden *Veränderungen der Beschäftigungsquoten* geführt. In diesem Punkte zeigen sich zwischen Westberlin und Ostberlin allerdings *erhebliche Unterschiede.* Insgesamt hatte Westberlin Ende 1959 eine Beschäftigungsquote von nur 394, Ostberlin aber eine überhöhte Quote von 552 Beschäftigten je 1 000 Einwohner[147]. Bei diesem großen Abstand muß allerdings berücksichtigt werden, daß die Beschäftigungsquote Westberlins auch schon vor dem Kriege um rund 6 % niedriger als die Ostberlins war. Westberlin hatte mehrere Bezirke mit ausgesprochenem Wohncharakter, so daß sein Bevölkerungsanteil schon damals höher als sein Beschäftigtenanteil war.

Infolge der ungleichen Bedingungen haben sich die Wirtschaftsbereiche in den Teilstädten verschieden entwickelt, so daß sich auch die Beschäftigungsquoten unterschiedlich verschoben haben. In Industrie und Handwerk kam die Quote in Ostberlin wieder fast an den Vorkriegsstand heran, in Westberlin blieb sie jedoch weit darunter. Demgegenüber sind die Unterschiede bei den Veränderungen im Handelsbereich nicht so stark, wenn man für Ostberlin die Umwandlung zahlreicher Handelsfunktionen in Verwaltungsaufgaben in Rechnung stellt. Vor dem Kriege hatte der Handel in Westberlin 98 und in Ostberlin 140, nach dem Kriege dagegen nur noch 74 bzw. 81 Beschäftigte je 1000 Einwohner. Im Hinblick auf die Höhe der Gesamtbeschäftigungsquote Westberlins ist der Rückgang im Verkehrsbereich nicht so erheblich; jedoch ist die Quote dieses Bereiches in Ostberlin gleichzeitig angestiegen, so daß sie dort heute mehr als doppelt so hoch ist wie in Westberlin. Bei den Dienstleistungen hat sich die Beschäftigungsquote in beiden Teilstädten erhöht; sie stieg in Westberlin von 77 auf 94 Beschäftigte je 1000 Einwohner und folgte so der allgemeinen Ausdehnung dieses Bereiches. In Ostberlin erhöhte sich die Quote allerdings stärker, nämlich von 83 auf 156 Beschäftigte je 1000 Einwohner. Diese starke Zunahme ist angesichts des Zurückbleibens der privaten Dienstleistungen in der sowjetzonalen Planwirtschaft nur dadurch zu erklären, daß zahlreiche private Wirtschaftsfunktionen in staatliche Aufgaben und Verwaltungstätigkeiten umgewandelt worden sind.

Die nähere Betrachtung der Wirtschaftsbereiche zeigt jedoch einige Unterschiede zwischen den beiden Teilstädten, die Ausdruck der *verschiedenen Wirtschaftsbedingungen* sind. Westberlin hat eine marktwirtschaftlich organisierte Wirtschaft, die infolge der Insellage von ihrem Bezugs- und Absatz-

[147] Diese Beschäftigungsquote wirkt besonders dann überhöht, wenn man die in der sowjetzonalen Beschäftigungsstatistik nicht ausgewiesenen Teile (Militärpersonen, Sicherheitswesen, Parteibetriebe usw.) mit einrechnet.

gebiet getrennt ist. Ostberlin hat dagegen eine planwirtschaftlich organisierte Wirtschaft im Sinne einer Zentralverwaltungswirtschaft, die mit dem umgebenden Gebiet integriert ist[148]. Von allen bisher untersuchten Entwicklungen zeigen daher die Veränderungen des Leistungsgefüges die stärksten Unterschiede zwischen West- und Ostberlin. Diese Unterschiede sind aber die direkten Folgen der gegenwärtigen Wirtschaftsbedingungen, die durch die politische Situation erzwungen worden sind und sich allgemein – besonders aber für Westberlin – hemmend ausgewirkt haben.

3. Die Ergänzung durch das Umland

Bei der Darstellung des Leistungsgefüges ist schon verschiedentlich auf die Bedeutung des Pendlerverkehrs hingewiesen worden, der das Arbeitskräftepotential der Stadt erheblich vergrößerte. Die Zahl der aus Berlin zu den Standorten in der Umgebung auspendelnden Kräfte war demgegenüber sehr niedrig und zu gering, um den Strom der hereinkommenden Arbeitskräfte auszugleichen. Berlin war also *mehr Arbeitsstandort als Wohnort.* Schon ein einfacher Vergleich zwischen Erwerbsstatistik und Arbeitsstättenzählung zeigt, daß besonders die Industrie und das Handwerk, daneben noch die Dienstleistungen, auf den Zustrom auswärtiger Arbeitskräfte angewiesen waren. Die Reichweite dieses Pendlerverkehrs wurde schon beschrieben[149].

Der erhebliche Zustrom von Arbeitskräften aus der Umgebung kann allein die hohe Beschäftigungsquote Berlins vor dem Kriege erklären. Wie stark dieser Verbund war, hat sich nach dem Kriege gezeigt, als trotz der wachsenden politischen Schwierigkeiten die Zahl der aus der SBZ und aus Ostberlin nach Westberlin einpendelnden „Grenzgänger" immer höher stieg. Von rund 37 000 (Ende 1955) wuchs sie bis zum Frühjahr 1961 auf fast 57 000 an[150]. Darin sind aber die zahlreichen nicht-registrierten Grenzgänger nicht enthalten. Da die Erhebung der Grenzgänger an den Währungsausgleich der Löhne anknüpft, fehlen in der genannten Summe vor allem Hausarbeitskräfte und andere, die steuerlich nicht erfaßt wurden. Die tatsächliche Zahl der Grenzgänger wird also noch erheblich höher gelegen haben. Seit der völligen Abriegelung der Zonen- und Sektorengrenze ist das Einpendeln nach Westberlin unterbunden, so daß die Wirtschaft Westberlins nunmehr

[148] Vgl. hierzu: *Storbeck, D.,* Entwicklung und Struktur der Berliner Wirtschaft, a.a.O., S. 394 ff.
[149] Vgl. S. 16 f. dieser Darstellung.
[150] *Götz, J.,* Jagd auf Grenzgänger, in: SBZ-Archiv, 12. Jg. (1961), Heft 15, S. 234 ff.

auf die ansässigen Arbeitskräfte angewiesen ist. Diese Trennung und die damit verbundenen Verschiebungen im Leistungsgefüge haben zu neuerlichen Schwierigkeiten für die Westberliner Wirtschaft geführt.

Auch Ostberlin deckte seinen Arbeitskräftebedarf zum Teil aus dem Potential der Randgebiete. Nach einer sowjetzonalen Veröffentlichung [151] läßt sich die Zahl der Einpendler aus den angrenzenden Bezirken Potsdam und Frankfurt/Oder für Ende 1958 auf 92 000 berechnen. Rechnet man sie dem Arbeitskräftepotential Ostberlins zu, so bleibt dort die Nutzung des Potentials unter dem Durchschnitt des sowjetisch besetzten Gebietes. Eine Kartierung der Nutzungsgrade des Arbeitskräftepotentials in den Kreisen der SBZ läßt *Ostberlin* deutlich als den *wichtigsten Einpendlerort* in Mitteldeutschland hervortreten [152]. Man muß hierbei alle an Berlin angrenzenden Landkreise und den Stadtkreis Potsdam mit Ostberlin zusammenrechnen, um für dieses Gebiet auf einen für das SBG durchschnittlichen Nutzungsgrad des Arbeitskräftepotentials zu kommen [153]. Da die Isolierung gegenüber der Umgebung nur Westberlin betroffen hat, konnten sich die Pendlerbeziehungen zu Ostberlin auch in der Nachkriegszeit weitgehend erhalten, z. T. sogar noch verstärken, so daß die Zahl der Einpendler nach Berlin trotz der gegenüber früher stark abgesunkenen Beschäftigung noch Ende 1958 die 90 000-Grenze überschritt.

Von dem Umkreis Berlins hatte der Kreis Strausberg den niedrigsten Nutzungsgrad seines Arbeitskräftepotentials; dort waren Ende 1956 nur 42 % der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter beschäftigt. Dagegen war der Nutzungsgrad in Ostberlin und in den Stadtkreisen Potsdam und Brandenburg damals mehr als doppelt so hoch. Die relativ hohe Zahl der im öffentlichen Dienst Beschäftigten [154] ist im Kreis Strausberg allerdings nur teilweise erfaßt, so daß eine geringe Korrektur des niedrigen Nutzungsgrades erforderlich ist. Anhaltspunkte hierfür bieten vier weitere Kreise (Bernau, Königswusterhausen, Nauen und Zossen), in denen ebenfalls weniger als die Hälfte des Arbeitskräftepotentials beschäftigt war [155]. In den übrigen an Berlin angrenzenden Kreisen (Fürstenwalde, Potsdam und Oranienburg) lag der Nutzungsgrad zwischen 53 % und 56 %, also etwas höher, weil dort die Industriestandorte (z. B. Oranienburg, Hennigsdorf, Potsdam und Rüdersdorf) eine höhere Beschäftigungsquote bedingen. Auch hier blieb aber der Nut-

[151] *Ziemer, W.*, Statistische Ermittlung der Kaufkraft der Bevölkerung, in: Statistische Praxis, 13. Jg. (1958), Heft 3, S. 54 ff.

[152] *Storbeck, D.*, Arbeitskraft und Beschäftigung in Mitteldeutschland, a.a.O., S. 59 ff.

[153] *Storbeck, D.*, a.a.O., Karte 3.

[154] Die Beschäftigten im Ministerium für Verteidigung (Strausberg) und ähnlicher Einrichtungen werden nicht offiziell in der Statistik ausgewiesen.

[155] Karte 7 im Anhang.

zungsgrad des Arbeitskräftepotentials immer noch weit unter dem Durchschnitt des SBG, der Ende 1956 bei 74 % lag. Bis auf den Stadtkreis Potsdam ist das Arbeitskräftepotential im ganzen Umkreis Berlins um mindestens 25 % weniger genutzt als im SBG-Durchschnitt. Nur der Beschäftigungsausgleich mit Berlin kann diesen Rückstand erklären[156].

Die einpendelnden Arbeitskräfte sind also auch in der Nachkriegswirtschaft noch ein wesentlicher Faktor in der Arbeitskräftebilanz Berlins. Teilt man diese Bilanz auf West- und Ostberlin auf, was innerhalb geringer Fehler-

ARBEITSKRÄFTEBILANZ[1]

(Gerundete Zahlen in Tausend, Stand: Ende 1958)

Personengruppe	Westberlin	Ostberlin	Berlin
Beschäftigte insgesamt	883	597	1.480
Grenzgänger aus Westberlin	+ 14	— 14	—
Grenzgänger aus Ostberlin	— 20 [2]	+ 20	—
Grenzgänger aus der SBZ	— 20 [2]	—	— 20
Einpendlerüberschuß (SBZ)	—	— 92 [3]	— 92
ortsansässige Beschäftigte	857	511	1.368
ortsansässige Personen im arbeitsfähigen Alter [4]	1.564	742	2.306
davon beschäftigt in v. H.	54,8	69,0	59,4

[1] Mit geringen Änderungen bei der Zahl der Grenzgänger übernommen aus: *Storbeck, D.*, Entwicklung und Struktur der Berliner Wirtschaft, a.a.O., S. 392.

[2] Die nach Westberlin kommenden Grenzgänger sind nicht nach Herkunftsgebieten aufgeteilt; die Aufteilung wurde geschätzt.
Quelle: Statistisches Jahrbuch Berlin 1960, S. 123.

[3] Die Zahl der Ein- und Auspendler Ostberlins ist in der Statistik nicht ausgewiesen. Die Zahl wurde berechnet nach einer Angabe über die Geldströme, die durch Arbeitspendler entstehen. Dabei wurde angenommen, daß in dieser Zahl auch die nach Westberlin einpendelnden Grenzgänger enthalten sind.
Quelle: *Ziemer, W.*, Statistische Ermittlung der Kaufkraft der Bevölkerung, a.a.O.

[4] Zum Arbeitskräftepotential wurden alle Personen im Alter zwischen 15 und 65 Jahren gerechnet.
Quelle: Statistisches Jahrbuch Berlin 1960, S. 27.

grenzen möglich ist, so werden gleichzeitig die Unterschiede zwischen den beiden Teilstädten deutlich. Das ortsansässige Arbeitskräftepotential war

[156] Bei der Berechnung der Nutzungsgrade des Arbeitskräftepotentials der Kreise wurde die Zahl der jeweils in den Arbeitsstätten der Kreise Beschäftigten als Quote des ansässigen Arbeitskräftepotentials bestimmt. Insoweit können niedrige Nutzungsgrade auf Auspendler hinweisen.

Ende 1958 in Westberlin nur zu knapp 55 %, in Ostberlin dagegen zu 69 % beschäftigt. Die Nutzung lag in Ostberlin etwa 20 % über dem Durchschnitt Berlins und in Westberlin etwa 10 % darunter. Ohne die Zurechnung der Einpendler lagen die Beschäftigungsquoten beider Teilstädte noch weiter auseinander. Das zeigt aber wiederum, daß trotz der politischen Gegenwirkungen ein *enger Zusammenhang zwischen Berlin und seiner Umgebung* bestand und – für Ostberlin – noch immer besteht.

In dem hohen Nutzungsgrad des Arbeitskräftepotentials in Ostberlin wird der akute *Arbeitskräftemangel* erkennbar, der gegenwärtig die sowjetzonale Wirtschaft beherrscht und zur Ausnutzung der letzten Arbeitskräftereserven führt[157]. Auch die große Zahl der Einpendler weist nachdrücklich auf diesen Umstand hin. Andererseits ist der sehr niedrige Nutzungsgrad in Westberlin ein Zeichen für die wirtschaftlichen Auswirkungen der politischen Schwierigkeiten der westlichen Teilstadt. Von den knapp 920 000 unselbständigen Erwerbspersonen Westberlins waren Ende 1959 immerhin noch rund 7,5 % erwerbslos; zur gleichen Zeit lag die durchschnittliche Arbeitslosenquote im Bundesgebiet bei 2,2 % und im SBG bei nur 0,1 %. Besondere Beachtung verdient bei der Beurteilung der Arbeitslosenquote Westberlins die Tatsache, daß es sich hierbei zum größten Teil um Arbeitskräfte handelt, die aus Gründen des Alters und der Ausbildung zur Zeit nur schwer eingegliedert werden können[158].

[157] Der effektive Nutzungsgrad des Arbeitskräftepotentials in der gesamten Wirtschaft des sowjetisch besetzten Gebietes lag Ende 1958 bei 78,2 %. Vgl. hierzu: *Storbeck, D.*, Arbeitskraft und Beschäftigung in Mitteldeutschland, a.a.O., S. 30 ff.

[158] Vorwiegend ältere Büro- und kaufmännische Angestellte.

IV. BESCHÄFTIGUNGSVERÄNDERUNGEN UND STRUKTURVERSCHIEBUNGEN IN DER BERLINER INDUSTRIE

1. *Die Entwicklungsbedingungen in West- und Ostberlin*

Unter den 20 wichtigsten Industriestandorten Gesamtdeutschlands sind nur wenige, die bis Ende 1956 den Beschäftigtenstand der Vorkriegszeit noch nicht wieder erreicht hatten; die meisten unter ihnen wiesen zu diesem Zeitpunkt sogar schon einen starken Zuwachs auf. Unter dem Vorkriegsstand blieben nur Berlin, Leipzig, Essen und Chemnitz; Dresden hatte den Vorkriegsstand gerade erreicht. Keine dieser Städte hatte aber einen so starken Beschäftigungsrückgang wie Berlin, dessen Industriebeschäftigung von rund 792 000 im Jahr 1939 auf rund 431 000 bis Ende 1956 abgenommen hat; der Rückgang belief sich also auf rund 361 000 Beschäftigte oder fast 46 % gegenüber dem Vorkriegsstand[159]. Keine Stadt in Deutschland hatte derartige Einbußen, so daß es gerechtfertigt ist, die *besonderen Ursachen dieser Verluste* im folgenden darzustellen.

Bereits während des Krieges erlitt die Stadt durch Kriegszerstörungen, Betriebsverlagerungen und Evakuierungen erhebliche Kapazitätsverluste, von denen besonders die Industrie stark betroffen wurde. Nach dem Verteilungsbild der Kriegszerstörungen innerhalb Berlins[160] ist besonders im Stadtkern und in der Innenstadt mit zahlreichen Zerstörungen oder Beschädigungen bei Industriebetrieben zu rechnen. Auch die übrigen industriellen Schwerpunkte Berlins (z. B. Siemensstadt und Oberschöneweide) haben *starke Kriegsverluste* erlitten. So betrafen die Kriegsschäden die gesamte Berliner Industrie, wobei die Kapazitätsminderungen offenbar in Ostberlin etwas stärker als in Westberlin waren. Gleich nach dem Kriegsende wurde der größte Teil der noch verbliebenen Industrieanlagen durch die sowjetische Besatzungsmacht demontiert. Eine sehr gründliche Analyse[161] hat ergeben, daß bei Beendigung der Kriegshandlungen in Berlin noch etwa 75 % der für 1936 ermittelten industriellen Kapazität vorhanden war[162]. Berücksichtigt man hierbei die von 1936 bis 1939 eingetretene industrielle Entwicklung[163], so läßt sich das

[159] Vgl. hierzu Tabelle 12 im Anhang.

[160] Vgl. Schadenskarte (Stand 1945) in: Die unzerstörbare Stadt, a.a.O., Beilage.

[161] Am Abend der Demontage, a.a.O., S. 59 ff.

[162] Bei der Festlegung der Demontage in Deutschland gingen die Alliierten von dem Produktionsstand der deutschen Industrie im Jahr 1936 aus. Für dieses Jahr war erstmalig eine umfassende Produktionsstatistik aufgestellt worden.
Vgl.: Die deutsche Industrie. Gesamtergebnisse der amtlichen Produktionsstatistik. Schriftenreihe des Reichsamts für wehrwirtschaftliche Planung, Heft 1. Berlin 1939.

[163] Vgl. hierzu Tabelle 12 im Anhang.

Ausmaß der Kriegsschäden in der Berliner Industrie auf über 50 % des Standes von 1939 ansetzen. In Westberlin wurden etwa zwei Drittel, dagegen in Ostberlin nur ein Drittel *der Restkapazität demontiert.* Schon in den ersten Monaten nach dem Kriege zeigt sich damit der erste Unterschied in der wirtschaftlichen und politischen Behandlung der beiden Teilstädte. Offenbar wollte die sowjetische Besatzungsmacht, nachdem die Beteiligung der westlichen Alliierten an der „Viersektorenstadt" beschlossen war, die noch verbliebene Industriekapazität Westberlins möglichst dezimieren und nicht den westlichen Alliierten oder dem unter westlicher Kontrolle stehenden Westberlin überlassen. Außerdem mag dabei auch ausschlaggebend gewesen sein, daß die neueren Industrieanlagen in Westberlin lagen, während zahlreiche Industriebetriebe Ostberlins schon lange dort ansässig und teilweise in ihren Anlagen veraltet waren. Jedenfalls sind die stärkeren Demontagen in Westberlin bei der anfangs auf das ganze Deutschland gerichteten Sowjetpolitik kaum anders zu erklären.

Infolge der geringeren Demontagen hatte die Ostberliner Industrie nach dem Kriege zweifellos bessere Startbedingungen als die Industrie in Westberlin, deren Aufbau schon in den ersten Jahren durch verschiedene zusätzliche Schwierigkeiten behindert wurde. Nach einer Berechnung für 1947[164] entfielen immerhin rund 54 % der Berliner Industrieproduktion des Jahres 1947 auf Ostberlin! Der Vorkriegsanteil Ostberlins an der Gesamtbeschäftigtenzahl der Berliner Industrie (1939) belief sich dagegen auf nur 36 %. Ohne besondere Wiederaufbaumaßnahmen in *Ostberlin,* von denen damals noch gar nicht die Rede war, hatte die dortige Industrie also bereits in den ersten Nachkriegsjahren einen *erheblichen Vorsprung* gegenüber Westberlin erreicht.

Eine Verzögerung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in Berlin und wohl auch die Abwanderung einzelner Betriebe veranlaßte ein im Herbst 1947 beschlossenes Sozialisierungsgesetz[165]. In diesem Gesetz sahen verschiedene Kreise ihre Befürchtung bestätigt, auch Berlin könnte trotz der teilweisen Besetzung durch die westlichen Alliierten von den „Sozialisierungstendenzen" der sowjetzonalen Politik erfaßt werden. Diese Befürchtung und die immer deutlicher hervortretende Ungewißheit der weiteren wirtschaftlichen und politischen Stellung Berlins haben bereits damals wichtige und vielleicht entscheidende Investitionen von Berlin abgehalten. Die private Wirtschaft zog es vor, ihre Investitionen an Standorte zu verlegen, deren Bedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten leichter überschaubar waren, als es in Berlin

[164] Am Abend der Demontage, a.a.O., S. 71.

[165] Allerdings wurde dieser Beschluß infolge des Einspruchs der westlichen Alliierten nicht verwirklicht.

möglich war. Bereits vor der Spaltung der Stadt wirkte sich das „politische Risiko“ hemmend für den Wiederaufbau der Wirtschaft aus. Dieser Vorgang hatte nachhaltige Wirkungen, weil dadurch die Errichtung oder Erneuerung wirtschaftlicher Zentralen in Berlin häufig verhindert wurde. In diesem Sinne ist die wirtschaftliche Erweiterung mancher westdeutschen Großstadt auf Kosten Berlins erfolgt.

Ebenfalls noch vor der Spaltung der Stadt war ein entscheidender Strukturunterschied zwischen Ost- und Westberlin durch die *Enteignung* einer großen Zahl *von Industriebetrieben in Ostberlin,* darunter besonders der Großbetriebe, geschaffen worden. Mit diesem Vorgang, dem eine völlige Umwandlung des Wirtschaftssystems folgte, wurde die Teilung Berlins wirtschaftlich eingeleitet. Von nun an ging die Entwicklung in den Teilstädten eigene Wege. In Ostberlin waren schon im Jahr 1947 rund 310 Industriebetriebe de facto enteignet und unter Treuhandverwaltung gestellt worden. Auf diese Betriebe entfielen damals ungefähr 50 % des Umsatzes der Ostberliner Industrie[166]. Zunächst wurde ein Teil dieser Betriebe, wie auch in der SBZ, zu sogenannten „SAG-Betrieben“ [167] umgewandelt. Sie arbeiteten bis etwa 1952 ausschließlich für den Bedarf der sowjetischen Besatzungsmacht und wurden deshalb vorrangig mit Rohstoffen, Energie und Arbeitskräften versorgt; später wurden sie zu „volkseigenen“ Betrieben umgewandelt. Die folgenden Jahre haben diesen strukturellen Eingriff noch verstärkt: Im Jahr 1960 kamen fast 91 % der industriellen Bruttoproduktion Ostberlins aus „volkseigenen“ Betrieben, weitere 5 % aus genossenschaftlichen und halbstaatlichen Betrieben. Nur noch rund 4 % der industriellen Bruttoproduktion Ostberlins kamen 1960 aus privaten Industriebetrieben[168]. Ein Vergleich der Anteile der „volkseigenen“ Industrie in den einzelnen Bezirken der SBZ mit dem Anteil Ostberlins zeigt deutlich, daß die Enteignung und Verstaatlichung der Industriebetriebe in Ostberlin in größerem Umfange durchgeführt worden sind als in den übrigen Teilen des SBG.

Die besondere Eigentumsentwicklung in Ostberlin hat gegenüber Westberlin zu folgenden Entwicklungsunterschieden geführt: Einmal wurde durch diese Vorgänge die für den Wiederaufbau entscheidende Privatinitiative gehemmt, zum anderen aber hatte die sowjetzonale Wirtschaftsplanung sehr bald die Möglichkeit, die Investitionen direkt auf solche Schwerpunkte zu

[166] Vgl. hierzu die genaue Darstellung des Enteignungsverfahrens bei
Brunn, W., Die rechtliche, politische und wirtschaftliche Lage des Berliner Sowjetsektors. Berlin o. J., S. 41 ff.

[167] SAG = Sowjetische Aktiengesellschaft.

[168] Im Durchschnitt für das gesamte sowjetisch besetzte Gebiet war der Anteil der Privatbetriebe an der Bruttoproduktion des Jahres 1959 fast 16 %.
Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1960/61, S. 8 und S. 266 f.

konzentrieren, die nach den Volkswirtschaftsplänen zentrale Bedeutung hatten. Allerdings standen dabei die Industriebetriebe Ostberlins nicht im Vordergrund. In den ersten Jahren zeigte sich eigentlich noch kein entscheidender Entwicklungsunterschied zwischen der Industrie Ostberlins und der SBZ. Bis etwa 1950 hatte der Wiederaufbau das alleinige Ziel, die verlorenen Produktionskapazitäten möglichst schnell zu ersetzen. Da Investitionsgüter damals innerhalb der sowjetzonalen Wirtschaft nur unzureichend verfügbar waren, mußten die von Kriegszerstörungen und Demontagen betroffenen Betriebe zum Teil auf alte und schon ausrangierte Maschinen zurückgreifen oder versuchen, Ersatzanlagen von anderen Betrieben zu beschaffen. Der Wiederaufbau konzentrierte sich auf solche Anlagen, die mit relativ geringem Aufwand schnell wieder produktionsfähig gemacht werden konnten; das war aber bei den starken Zerstörungen in Berlin seltener der Fall.

Erst mit dem Beginn des „ersten Fünfjahrplanes“ kann eigentlich von einem zielstrebigen industriellen Wiederaufbau auch für Ostberlin gesprochen werden. Dabei kommt es in diesen Jahren (1951—1955) im allgemeinen nicht zur Errichtung neuer Industriebetriebe in Ostberlin. Neugründungen erfolgten höchstens auf privates Betreiben und beschränkten sich deshalb auf industrielle Kleinbetriebe, die innerhalb der Gesamtstruktur der Industrie Ostberlins keine Bedeutung hatten. Mit zunehmender Verschärfung der Enteignungsmaßnahmen wurden auch diese Neugründungen unterbunden. Dagegen erfolgten in den „volkseigenen“ Betrieben Ostberlins Produktionsausdehnungen und Betriebserweiterungen im Rahmen des Wiederaufbaus zerstörter oder demontierter Werkanlagen. Dabei spielte innerhalb der Produktionsstruktur das Gewicht einiger Zweige eine entscheidende Rolle, denen im Rahmen der Volkswirtschaftspläne zentrale Bedeutung zukam. So war die Entwicklung der Elektroindustrie bisher fast in allen Jahren ein ausgesprochenes Schwerpunktprogramm der einzelnen Volkswirtschaftspläne. Gegenüber dem Stand von 1950 steigerte sich der Produktionswert dieses Industriezweiges bis 1959 im SBG etwa auf das Viereinhalbfache. Das ist die stärkste Produktionssteigerung, die seit 1950 überhaupt ein Industriezweig im sowjetisch besetzten Gebiet erreicht hat. Danach folgen die Metallurgie und dichtauf der Maschinenbau, der für Ostberlin ebenfalls eine hohe Bedeutung hat. Diese starke Ausdehnung der Elektroindustrie und des Maschinenbaus seit 1950 ist vor allem darauf zurückzuführen, daß beide Zweige in erster Linie die für den Wiederaufbau der Industrie dringend benötigten Investitionsgüter herstellen. Der Aufschwung der Grundstoffindustrie hat sich für Ostberlin wegen ihres geringen Gewichtes kaum ausgewirkt.

Infolge der einseitigen Bevorzugung der Investitionsgüterindustrie innerhalb der sowjetzonalen Wirtschaftsplanung war der Produktionsanstieg in

der Konsumgüterindustrie Ostberlins erheblich niedriger. Hier hatte vor allem die Bekleidungsindustrie bemerkenswerte Verluste, die überwiegend durch die Abwanderung von Betrieben nach Westberlin entstanden waren. Grund für diese Abwanderung waren die allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse, besonders die Materialschwierigkeiten und Absatzveränderungen, unter denen die Bekleidungsindustrie an ihren alten Standorten zu leiden hatte. Unter den Zweigen der Leichtindustrie hatte in Ostberlin außerdem noch die Druckindustrie eine relativ starke Bedeutung. Obwohl der Wiederaufbau dieses Zweiges nicht besonders beschleunigt wurde, war Ende 1959 fast ein Fünftel aller Beschäftigten der Druckindustrie des SBG in Ostberlin konzentriert.

Der industrielle Wiederaufbau in Ostberlin ist also weniger das Ergebnis einer zielbewußten Strukturpolitik, sondern vielmehr eine Wirkung des Ausbaus der in den Volkswirtschaftsplänen festgelegten industriellen Schwerpunkte. Soweit sie Ostberlin betrafen, erfolgten auch dort entsprechende Erweiterungen. Neue Betriebe zur Abrundung der Produktionsstruktur und zur besseren Nutzung des Arbeitskräftepotentials wurden dagegen in Ostberlin nicht oder nur in Ausnahmefällen angesetzt. Das bewirkt den Eindruck, die SBZ-Regierung habe es bisher möglichst vermieden, in Ostberlin neue Betriebe anzusetzen. Eine derartige Einstellung wäre angesichts der heute immer noch ungewissen politischen Situation Berlins durchaus verständlich. Für Ostberlin waren wesentliche Neuinvestitionen so lange nicht zu erwarten, wie deren Planer damit rechnen mußten, diesen Standort womöglich an eine andere politische und wirtschaftliche Kontrolle zu verlieren. Andererseits war die Ostberliner Industrie nicht in dem Maße auf Erweiterungen und neue Betriebe angewiesen, wie es die Westberliner Industrie angesichts ihrer größeren Kapazitätsverluste zur Abrundung der Produktionsstruktur und zur Beseitigung der herrschenden Unterbeschäftigung nötig hatte. Schließlich konnte Ostberlin in dieser Hinsicht jederzeit den Ausgleich mit den umgebenden Landkreisen der SBZ herstellen. Allerdings unterblieben auch im Randgebiet von Berlin wesentliche Neuinvestitionen, denn die dortigen Erweiterungen waren ebenfalls eine Folge der Schwerpunktbestimmung durch die Volkswirtschaftspläne.

Für die Entwicklung der Ostberliner Industrie war vor allem ihre Bedeutung innerhalb des gesamten sowjetisch besetzten Gebietes entscheidend. Ostberlin hatte 1959 mit einem Beschäftigtenanteil von 6,3 % gleichzeitig einen Produktionsanteil von 6,9 %. Demnach war der Pro-Kopf-Produktionswert in Ostberlin überdurchschnittlich im Maßstab der sowjetzonalen Wirtschaft. Einen besonders deutlichen Vorsprung hat Ostberlin in den folgenden Industriezweigen: Gießerei-Industrie, Metallverarbeitung (ohne

Maschinenbau), Elektroindustrie und schließlich mit einigem Abstand in der Bekleidungs- und Druckindustrie. Vorwiegend handelt es sich hierbei um Industriezweige, die auch schon vor dem Kriege für die Berliner Wirtschaft besondere Bedeutung hatten. Auch wenn diese Zweige ihren Vorkriegsstand zum Teil noch nicht wieder erreicht haben, konnten sie offenbar doch ihre höhere Arbeitsproduktivität und ihren technischen Vorsprung vor den übrigen sowjetzonalen Betrieben bis heute bewahren. Auch sonst beruht das Gewicht der Ostberliner Industrie immer noch auf ihrem hohen Entwicklungsstand und der Qualität ihrer Erzeugnisse.

Abschließend soll die Bedeutung Ostberlins noch durch einen Hinweis auf die vorliegenden Volkswirtschaftspläne dargestellt werden. Nach einem sowjetzonalen Bericht[169] soll die jährliche Zuwachsrate der Ostberliner Industrie in den folgenden Jahren über 11 % betragen, wobei der weitere Ausbau der Investitionsgüterindustrie den Vorrang hat. Wie schon in den vergangenen Jahren wird die Elektroindustrie neben dem Werkzeugmaschinenbau besonders gefördert. In den nächsten fünf Jahren (1961–1965) soll etwa das Doppelte des Produktionswertes von 1960 erreicht werden. Für die erforderlichen Erweiterungen der Elektroindustrie sind neue Betriebe vorgesehen. So wird im Bezirk Weißensee die Produktion von Rundfunk- und Fernsehgeräten konzentriert werden, während in Friedrichsfelde ein neuer Betrieb für die Herstellung von Transformatoren errichtet werden soll. – Daneben sind Produktionserweiterungen (z. B. in Wilhelmsruh) und Produktionsumstellungen durch Automation (z. B. in Oberschöneweide) vorgesehen.

Diese wenigen Hinweise auf die künftige Entwicklung der Ostberliner Industrie bestätigen die Aussagen über den bisherigen Wiederaufbau:

1. *Neugründungen* und erhebliche Betriebserweiterungen erfolgten in *Ostberlin* erst in den späteren Jahren und nur dann, wenn Schwerpunkte der Produktionsstruktur Ostberlins von den Volkswirtschaftsplänen besonders hervorgehoben wurden.
2. Die *Schwerpunktprogramme* wurden in Berlin vorwiegend durch Betriebserweiterungen und durch den Wiederaufbau zerstörter Betriebe durchgeführt.
3. Im Zuge des Wiederaufbaus nach dem Kriege sind vor allem die *Außenbezirke* Ostberlins *stärker berücksichtigt* worden, während die Innenbezirke ihren Vorkriegsstand noch nicht wieder erreicht haben.

Im Gegensatz zum zentral gelenkten Wirtschaftsaufbau Ostberlins war die *Industrieentwicklung in Westberlin* in erster Linie von der Investitions-

[169] *Wolf, E.*, 10 Jahre wirtschaftlicher Aufstieg, in: Stadt und Gemeinde, 2. Jg. (1958), Heft 11/12, S. 19 f.

bereitschaft der privaten Wirtschaft abhängig, die aber vor allem in den ersten Jahren sehr niedrig war. Hatten schon die *politischen Unsicherheiten* in den ersten Nachkriegsjahren zu einer gewissen Zurückhaltung bei den Investitionsentscheidungen geführt, so brachte schließlich die *Blockade* 1948/49 eindeutig negative Wirkungen[170]. Gegenüber den bis dahin bereits erzielten Fortschritten im industriellen Wiederaufbau Westberlins trat durch die Blockade ein empfindlicher Rückschlag ein, der sich vielfach in einer direkten Abwanderung von Industriebetrieben oder ihren Zentralen bzw. Betriebsteilen auswirkte. Vor dem Beginn der Blockade hatte die Industrie Westberlins einen Produktionsindex von 38 (1936 = 100) erreicht; im Verlauf der Blockade sank dieser Index bis zum Mai 1949 auf 19 zurück, während er in Westdeutschland gleichzeitig auf 86 anstieg. Seitdem hat sich der Rückstand der Westberliner Industrie gegenüber Westdeutschland nicht verringert; er ist im Gegenteil sogar noch größer geworden[171], obwohl seit 1950 dann wieder ein Anstieg der industriellen Produktion in Westberlin zu verzeichnen war, der auch in den folgenden Jahren angehalten hat; den Stand von 1936 (100) erreichte Westberlin aber erst 1956, d. h. sechs Jahre später als Westdeutschland.

Die Blockade hatte die *Insellage Westberlins* und damit die besonderen und neuartigen Standortbedingungen seiner Industrie nachdrücklich spürbar werden lassen. Die Spaltung Berlins und der gleichzeitige Anschluß Westberlins an das westdeutsche Wirtschaftsgebiet schufen die Sonderlage der Westberliner Wirtschaft. Die Bedingungen und Beziehungen, die entscheidend zum Werden und Wachsen der Großstadt Berlin beigetragen hatten, waren so mit den Vorgängen der Nachkriegszeit völlig aufgelöst worden. Zahlreiche Produktionszweige der Westberliner Industrie waren bis dahin auf umfangreiche Zulieferungen aus dem Gebiet der heutigen SBZ angewiesen; allerdings hatte Berlin schon vor dem Kriege enge Bezugs- und Lieferverbindungen mit Westdeutschland[172]. Häufig mußten aber neue Bezugs- und Absatzgebiete in Westdeutschland und im westlichen Ausland erschlossen werden, was den weiteren Aufbau der Industrie in Westberlin zunächst stark erschwerte. So hatte sich die Industrie an die veränderten Standortbedingungen Westberlins anzupassen und Produktionsumstellungen und -ergänzungen vorzunehmen. Diese Anpassung vollzog sich im wesentlichen in den ersten Aufbaujahren nach der Blockade.

[170] Berlins Wirtschaft in der Blockade, a.a.O.
[171] Westdeutschland lag 1950 um 77, 1961 aber um 131 Punkte voraus.
Storbeck, D., Die Entwicklung der Industrie Westberlins nach dem Kriege, a.a.O., S. 204.
[172] Berlins Wirtschaft in der Blockade, a.a.O., S. 40 f., und *Thalheim, K. C.*, Berlin — Herausforderung und Antwort einer Hauptstadt, a.a.O., S. 11 ff.

Obwohl alle Produktionen von den veränderten Standortbedingungen betroffen wurden, waren die Auswirkungen in den einzelnen Produktionszweigen doch sehr unterschiedlich. Bereits eine kurze Darstellung der Standortbedingungen der Westberliner Industrie gibt Anhaltspunkte für die Beurteilung der Entwicklung[173]. Hinsichtlich der veränderten *Rohstoffbeziehungen* sind die größten Schwierigkeiten heute zweifellos überwunden. Da ein wichtiger Teil der Rohstoffe für Westberlin auch schon vor dem Kriege aus Westdeutschland oder aus dem Ausland kam, betraf diese Umstellung vor allem solche Industriezweige, die früher auf die Belieferung aus der näheren Umgebung angewiesen waren (z. B. die Nahrungsmittelindustrie). Für die übrigen Industriezweige ist weniger das Problem des Rohstoffbezuges, sondern mehr das Problem des Transports ausschlaggebend. Hier haben inzwischen staatliche Maßnahmen durch den Einsatz von Frachthilfen Erleichterung schaffen können. Eine wesentliche Schwierigkeit konnte allerdings bisher noch nicht beseitigt werden: die *Unsicherheit des Berlinverkehrs.* Sie spielt vor allem für den Absatz, besonders bei Terminlieferungen, eine große Rolle und ist oft ein Hindernis für die Auftragserteilung nach Westberlin.

Weiterhin haben sich die Bedingungen der *Arbeitskräfteversorgung* der Berliner Wirtschaft entscheidend geändert. Die unausgeglichene Zusammensetzung des Arbeitskräftepotentials ist hierbei ebenso wichtig wie die Hindernisse, die dem Einpendeln von Arbeitskräften aus Ostberlin und den Stadtrandgebieten entgegenstehen; seit der völligen Abriegelung der Sektoren- und Zonengrenze ist der Arbeitskräfteaustausch vollkommen unterbunden. Besondere Aktionen haben in letzter Zeit einen Zuzug von Arbeitskräften aus Westdeutschland veranlaßt, der jedoch diese Probleme nur abschwächen, nicht aber beseitigen kann.

Zum Ausgleich der durch die politischen Verhältnisse geschaffenen Ungunst der Wirtschaftsbedingungen sind verschiedene *Förderungsmaßnahmen* für die Berliner Wirtschaft eingesetzt worden[174]. Die erste Initiative hierzu ließ den „Long-Term-Plan" entstehen[175], der sich auf den Wiederaufbau der verlorenen industriellen Arbeitsplätze konzentrierte. Gleichzeitig bildete das aus Mitteln des GARIOA-Fonds finanzierte „Notstandsprogramm" Ansätze zur wirtschaftlichen Belebung. Seit 1950 sind in großem Umfang ERP-Mittel nach Berlin vergeben worden, die besonders den industriellen Aufbau för-

[173] Vgl. die ausführliche Darstellung des Verfassers in: Die Entwicklung der Industrie Westberlins nach dem Kriege, a.a.O., S. 207 ff.

[174] *Thalheim, K. C.*, Berlins wirtschaftliche Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Heimatchronik Berlin, a.a.O., S. 783 ff.

[175] Bedingungen und Möglichkeiten für den Ausbau der Wirtschaft Westberlins in den kommenden Jahren. Berlin 1951.

derten[176]. Weitere Hilfe erhielt die Westberliner Wirtschaft durch die Vergabe öffentlicher Aufträge aus Westdeutschland, durch die einige Industriezweige (z. B. Elektroindustrie) gestützt werden konnten. Hervorragende Bedeutung haben unter diesen Maßnahmen aber die *Steuervorteile*, die Westberlin eingeräumt wurden. Schon 1950 wurde – als vorübergehende Erleichterung gedacht – die Umsatzsteuerrückvergütung für die auswärtigen Bezieher Westberliner Erzeugnisse eingeführt, die bis heute beibehalten wurde. Ihr folgten später die Einkommensteuerpräferenz und die Gewährung erhöhter Abschreibung; die Maßnahmen sollen die Abwanderung in eine Zuwanderung verwandeln oder erstere wenigstens bremsen und Investitionsanreize setzen.

Die Ergebnisse dieser verschiedenen Maßnahmen sind im einzelnen meist nicht bestimmbar, da sich die Auswirkungen überlagern. Jedenfalls war der bisher erfolgte Wiederaufbau und Ausbau der Westberliner Wirtschaft nur im Zusammenhang mit dem allgemeinen Aufschwung und der anhaltenden Konjunktur in Westdeutschland möglich. Der Nachteil der globalen Förderung ist vor allem in dem indirekten Ansatz ihrer Maßnahmen (Umsatzsteuerrückvergütung) zu sehen. Sicher hätten gezielte Maßnahmen verschiedentlich stärkere Wirkungen gehabt und nicht beabsichtigte Nebenwirkungen ausschließen können. Unter seinen besonderen Bedingungen, die auch zur Anerkennung der Notwendigkeit solcher Maßnahmen geführt haben, ist Westberlin in mancher Hinsicht ein bisher wohl kaum genutztes Objekt zum Studium der Wirksamkeit strukturpolitischer Maßnahmen. – Im ganzen haben die bisherigen Förderungsmaßnahmen die Nachteile, die durch die neue Standortsituation Westberlins entstanden sind, keineswegs ausgeglichen. Der wesentliche Nachteil bleibt das *politische Risiko*, das allen in Westberlin vorgenommenen Investitionen anhaftet und bei den Auftragserteilungen nach Westberlin immer wieder Hemmungen hervorruft. Die seitens der SBZ und der Sowjetunion geführte „Politik der Nadelstiche“ hat dieses Risiko immer wieder bewußt gemacht. Zwar sind Produktionen und Beschäftigung der Industrie auch in den letzten Jahren weiter angestiegen, doch blieb das Wachstum bisher hinter dem Durchschnitt Westdeutschlands zurück. Vor allem aber scheint Berlin wegen des Mangels an direkten Kontakten allmählich seine führende Stellung innerhalb der deutschen Industrie zu verlieren.

Trotzdem konnte sich die Ostberliner Industrie von ihren Kriegsverlusten kaum besser erholen als die Industrie in Westberlin, obwohl sie die günstigeren Startbedingungen nach dem Kriege hatte. Für den Wiederaufbau aber war dieser Vorsprung Ostberlins offenbar nicht entscheidend. Vielmehr

[176] *Baumgart, E. R.*, Investitionen und ERP-Finanzierung. Berlin 1961.

wirkte sich hier eine spürbare Zurückhaltung der Planbehörde bei der Vergabe größerer Investitionen nach Ostberlin aus; jedenfalls gilt das ungefähr für die Jahre bis 1955. Vermutlich ergab sich diese Zurückhaltung auch auf dieser Seite aus der Ungewißheit der politischen Zukunft Berlins; d. h. man war nicht bereit, größere Investitionen in einem Gebiet vorzunehmen, dessen politische Zugehörigkeit noch nicht gesichert erschien[177]. Hüben wie drüben haben also Ungewißheit und Vorsicht die Entscheidungen der Investitionsträger – hier der privaten Wirtschaft und dort der Planbehörde – gleichermaßen gehemmt. Erst in den letzten Jahren ist Ostberlin etwas stärker vorangekommen.

2. *Die Strukturveränderungen der Berliner Industrie*

Die umfangreichen Kapazitätsverluste während des Krieges und in den ersten Nachkriegsjahren und die zahlreichen Schwierigkeiten, die dem Wiederaufbau der Berliner Wirtschaft entgegenstanden, haben dazu geführt, daß der *Industriebestand heute erheblich geringer* ist als vor dem Kriege. Von fast 790 000 Beschäftigten im Mai 1939 hatte die Berliner Industrie Ende 1959 nur noch rund 456 000. Der Rückgang belief sich also auf 334 000 Beschäftigte oder rund 42 % gegenüber dem Vorkriegsstand[178]. Wenn man den Bestand von 1936 zugrunde legt, fällt der Vergleich erheblich günstiger aus, da die Berliner Industrie von 1936 bis 1939 einen starken Beschäftigtenzuwachs hatte[179]. Gegenüber den rund 488 000 Beschäftigten der Berliner Industrie im Jahr 1936 belief sich die Abnahme bis Ende 1959 auf rund 32 000 Beschäftigte oder über 6 %. Die Berliner Industrie hat also bisher selbst den Beschäftigungsstand von 1936 noch nicht wieder erreicht.

Diese Durchschnittswerte für die Entwicklung in Berlin treffen auch annähernd für die Veränderungen der Industriebeschäftigung in den beiden Teilstädten zu. Die *Übereinstimmung in der industriellen Beschäftigungsveränderung* von 1939 bis 1959 ist zwischen West- und Ostberlin sehr groß. In diesem Zeitraum nahm die Beschäftigtenzahl der Industrie in Westberlin um 216 000 oder fast 43 % gegenüber dem Vorkriegsstand von 505 000 Be-

[177] Wohl aus dem gleichen Grund blieb anfangs auch der Wohnungsbau in Ostberlin relativ gering.

[178] Vgl. Tabelle 12 im Anhang.

[179] Dieser Zuwachs hatte verschiedene Gründe: Aufholen nach der Wirtschaftskrise, Ausdehnung im Zuge der Aufrüstung und allgemeiner Ausbau. Im übrigen sind die Statistiken von 1936 und 1939 wegen einiger Abweichungen in der Erfassung nicht vollkommen miteinander vergleichbar.

schäftigten ab[180]; Ostberlin verlor rund 118000 Beschäftigte oder gut 41 % [181] gegenüber dem Vorkriegsstand. Der Beschäftigungsverlust der Berliner Industrie hat sich demnach auf die beiden Teilstädte entsprechend ihrem früheren Beschäftigungsgewicht verteilt. Diese Gleichmäßigkeit der Entwicklung verdeckt allerdings mehrere Vorgänge (Zerstörungen, Verlagerungen, Demontagen und Aufbauschwierigkeiten), die sich in den Teilen der Stadt unterschiedlich ausgewirkt haben. Sie ist aber nicht zuletzt auch das Ergebnis der auf beiden Seiten lange Zeit wirksamen Investitionshemmungen, die wiederum sehr verschieden begründet waren. Jedenfalls ist die strukturmäßige Zusammengehörigkeit beider Teilstädte im Hinblick auf die industrielle Beschäftigung erhalten geblieben.

Erhebliche Entwicklungsunterschiede zwischen den beiden Teilstädten zeigen sich aber bei den einzelnen Industriezweigen. Diese Unterschiede sind vor allem durch die einseitige sowjetzonale Industriepolitik zu erklären, die den *Investitionsgüterindustrien* bei allen Maßnahmen den Vorrang gab. Daher wurden in Ostberlin nach dem Kriege besonders die Elektroindustrie, der Maschinen- und Fahrzeugbau und die Feinmechanik und Optik gefördert, die Ende 1959 ihren Vorkriegsstand mit zusammen 97000 Beschäftigten[182] bereits wieder erreicht hatten[183]. In Westberlin hatten diese drei Zweige dagegen einen kräftigen Beschäftigtenverlust, der mit fast 117000 Personen rund 40 % des Vorkriegsstandes ausmachte. Mehr als die Hälfte des Beschäftigungsrückgangs der gesamten Westberliner Industrie entfiel also auf diese Industriegruppe, die innerhalb des Produktionsprofils der Berliner Industrie besonderes Gewicht hatte.

Im Gegensatz dazu blieb die Entwicklung bei den Zweigen der *Konsumgüterindustrie* in Ostberlin zurück, so daß hier Westberlin einen Vorsprung hat. Typisch für diese Entwicklung sind die Bekleidungsindustrie, die Textilindustrie und die Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Diese drei Zweige zusammen hatten in Westberlin Ende 1959 bereits wieder rund 52000 Beschäftigte und gegenüber dem Stand von 1939 nur einen Verlust von rund 18 %. In Ostberlin lag ihre Beschäftigtenzahl Ende 1959 mit knapp 30000 noch um rund 74 % unter dem Vorkriegsstand; dieser Rückgang um über 80000 Beschäftigte umfaßt etwa 68 % des Gesamtverlustes der Ostberliner

[180] Vgl. Tabelle 13 im Anhang.

[181] Vgl. Tabelle 14 im Anhang.

[182] Ein Vergleich der Produktionszahlen oder der Umsätze ist infolge der fehlenden Einzelangaben für Ostberlin nicht möglich.

[183] Die in der Tabelle 14 ausgewiesene Zunahme für die Feinmechanik und Optik ergibt sich aus der Einrechnung der Büromaschinenindustrie für 1959. Korrigiert man diese Zahl entsprechend, so lag Ende 1959 der Beschäftigtenstand dieses Zweiges bei etwa 85 % von 1939.

Industrie. Die wichtigsten Vorgänge dabei waren das Zurückbleiben der Ostberliner Bekleidungsindustrie infolge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten beim Wiederaufbau und andererseits die kräftige Entwicklung der Genußmittelindustrie (Tabakwaren) in Westberlin.

Die Unterschiede erklären sich aus der gegenläufigen Veränderung von Investitions- und Konsumgüterindustrien, die vor allem eine Folge der einseitigen Investitionspolitik in Ostberlin ist. In diesem Sinne kennzeichnen die dargestellten Abstände nicht nur die ungleichen Standortbedingungen der beiden Teilstädte, sondern auch den grundlegenden Unterschied der sich in Berlin gegenüberstehenden Wirtschaftssysteme. Dieser Unterschied ist eine unmittelbare Auswirkung der gegensätzlichen politischen Einflüsse. Was Ostberlin an Beschäftigten in der Konsumgüterindustrie verlor, büßte Westberlin in der Investionsgüterindustrie ein. Die Veränderung beider Gruppen zusammen brachte für Berlin einen Rückgang um rund 208 000 Beschäftigte und damit etwa zwei Drittel des Gesamtverlustes der Berliner Industrie.

In den übrigen Industriezweigen unterscheiden sich Ostberlin und Westberlin nicht erheblich. Beiderseits nur schwache Entwicklungen zeigen die Zweige Eisen- und Metallwarenherstellung, Papier- und Druckindustrie und Eisen- und Metallerzeugung. In diesen drei Industriezweigen nahm die Beschäftigtenzahl in Westberlin gegenüber dem Vorkriegsstand um 70 % und in Ostberlin um rund 65 % ab. Für ganz Berlin hatten diese Industriezweige zusammen einen Rückgang um rund 112 000 Beschäftigte; das sind weitere 33 % des Beschäftigungsverlustes der gesamten Berliner Industrie.

Von den restlichen Industriezweigen ist die Beschäftigungsentwicklung der Holz- und Spielwarenindustrie und der chemischen Industrie bereits als überdurchschnittlich zu bezeichnen, da der Rückgang in beiden Teilstädten geringer war als im Durchschnitt der gesamten Industrie, nämlich in Westberlin mit rund 46 % und in Ostberlin mit nur 35 % des Vorkriegsstandes. Ein besonders großes Gewicht in dieser Gruppe hatte die chemische Industrie, die 1939 in ganz Berlin rund 37 000 Beschäftigte hatte. Noch niedriger war die Abnahme in der Leder- und Schuhindustrie, die im Rahmen der Berliner Industrie jedoch unbedeutend war; sie verlor in Westberlin 18 % und in Ostberlin 14 % ihrer Beschäftigten. Allein die Industrie der Steine und Erden erreichte gegenüber 1939 Zunahmen. Dies ist der einzige Industriezweig, der in beiden Teilen Berlins heute mehr Beschäftigte als vor dem Kriege hat. Diese Sonderentwicklung findet ihre Erklärung in der starken Zerstörung der Stadt und den dadurch ausgelösten Bedarf an Baustoffen. – Im ganzen zeigt sich also bei den kleineren Industriezweigen der Stadt wieder eine weitgehende Übereinstimmung der Entwicklung seit dem Kriege. Ein wesentlicher Unterschied zwischen West- und Ostberlin besteht also nur in der sich

umgekehrt entsprechenden Veränderung der beiden ersten Hauptgruppen der Berliner Industrie.

Die Konzentration des Wiederaufbaus auf die Produktionsmittelindustrie in Ostberlin und die starke Ausdehnung der Konsumgüterindustrien in Westberlin lassen sich deutlich in den Veränderungsabständen der Strukturquoten[184] zwischen West- und Ostberlin erfassen. Starke positive Abstände für Ostberlin ergeben sich danach für die Zweige Elektroindustrie (10,5 %) und Maschinen- und Fahrzeugbau (8,2 %). Etwas schwächer, aber auch noch positiv für Ostberlin waren die Abstände in den Zweigen Feinmechanik/Optik und Metallwarenherstellung (3,3 %). Für Westberlin hatte die Bekleidungsindustrie einen starken positiven Abstand (18 %), schwächer waren die positiven Abstände für Westberlin in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie (4,5 %) und in der Textilindustrie (4,4 %). Bei den übrigen Industriezweigen war nur noch in der Druckindustrie ein stärkerer Abstand mit 1,7 % für Ostberlin zu beobachten; sonst waren die Abstände unerheblich. Auch dieser Vergleich zeigt sehr deutlich, in welchem Maße in Ostberlin die Zweige der Produktionsmittelindustrie gefördert wurden, während gleichzeitig die Konsumgüterindustrien zurückblieben. Offenbar sind die im Vergleich zum Vorkriegsstand eingetretenen strukturellen Veränderungen in erster Linie ein Erfolg der sowjetzonalen Investitionspolitik und erst in zweiter Linie ein Ergebnis der Veränderung der wirtschaftlichen Standortbedingungen Berlins.

Der Vergleich zwischen den beiden Teilstädten hatte bereits gezeigt, daß das Wachstum der Berliner Industrie sehr ungleichmäßig auf die einzelnen Produktionszweige verteilt war. Faßt man West- und Ostberlin zusammen, so ergibt sich etwa folgendes Bild: Gegenüber dem Stand von 1936 hat sich bis Ende 1959 die Beschäftigtenzahl der Industrie insgesamt um 7 % vermindert. Dabei haben fünf Industriezweige einen Beschäftigungszuwachs erreicht. Da hierzu die für Berlin wichtigen Zweige Elektroindustrie und Maschinen- und Fahrzeugbau gehören, belief sich der Anteil dieser fünf Zweige 1936 auf fast 60 % aller Beschäftigten der Berliner Industrie[185]. Zwei weitere Zweige haben noch knapp durchschnittliche Entwicklungswerte, während die sechs übrigen Zweige – darunter die Bekleidungsindustrie und die Papier- und Druckindustrie – erheblich hinter der durchschnittlichen Entwicklung der gesamten Berliner Industrie zurückblieben.

Eine andere Reihenfolge der Produktionszweige ergibt sich allerdings

[184] Beispiel: Der Beschäftigtenanteil (Strukturquote) der Bekleidungsindustrie *erhöhte* sich in Westberlin um 2,2 % der Gesamtbeschäftigtenzahl und *verminderte* sich in Ostberlin um 15,8 %; der Abstand (Distanz) beträgt 18 %.

[185] Vgl. Tabelle 12 im Anhang.

infolge der unterschiedlichen Entwicklung der Zweige zwischen 1936 und 1939, wenn man sie nach ihrem Entwicklungsstand 1959 im Vergleich zu 1939 ordnet. Nur ein Zweig (Steine und Erden) konnte seine Beschäftigtenzahl von 1939 bis 1959 erhöhen; in allen anderen Produktionszweigen traten Beschäftigungsrückgänge ein. Dementsprechend ergibt sich für die gesamte Berliner Industrie ein Beschäftigungsrückgang, der sich auf rund 42 % gegenüber dem Vorkriegsstand beläuft. Über diesem Durchschnittswert lag die Beschäftigtenabnahme in fünf Industriezweigen (Papier- und Druckindustrie, Textil- und Bekleidungsindustrie, Eisen- und Metallerzeugung und Herstellung von Eisen- und Metallwaren). Auf diese Gruppe mit starken Verlusten entfiel 1939 ein Anteil an der Gesamtbeschäftigtenzahl der Berliner Industrie von 36 %, der sich infolge der Verluste bis 1959 auf 20 % verringerte. Als zweite Gruppe folgen drei Industriezweige (Feinmechanik/Optik, Holz- und Spielwarenindustrie, Maschinen- und Fahrzeugbau), deren Entwicklung schwach überdurchschnittlich war, d. h. ihre Beschäftigungsabnahmen lagen gering unter dem Gesamtdurchschnitt. Daher konnte diese Gruppe ihren Beschäftigtenanteil von 22,6 % (1939) auf 26,3 % (1959) erhöhen. In einer dritten Gruppe lassen sich dann alle übrigen Industriezweige zusammenfassen; ihre Entwicklung war stark überdurchschnittlich. Der Beschäftigtenanteil dieser Zweige, zu denen u. a. die Elektroindustrie und die Nahrungs- und Genußmittelindustrie zählen, stieg infolgedessen von 41,7 % auf 53,5 % an.

Die Entwicklung der Industrie sollte allerdings im Zusammenhang mit den Veränderungen im Handwerk gesehen werden, da die Betriebe bei den verglichenen Statistiken unterschiedlich der Industrie oder dem Handwerk zugeordnet wurden. Vergleicht man die Beschäftigungsentwicklung der Industrie mit der Entwicklung der produzierenden Gewerbe (Industrie und Handwerk[186]), so zeigen sich beachtliche Differenzen bei der Gruppe Papierverarbeitung, Druckereien, Holzverarbeitung und Spielwarenherstellung, bei der die Beschäftigtenzahl der Industrie einen Rückgang um 54 % – im gesamten Gewerbe dagegen nur einen Rückgang von 40 % – aufweist. Noch stärker ist der Unterschied im Lebensmittelgewerbe; hier nahm die Beschäftigtenzahl der Industrie um 26 %, die des gesamten Gewerbes jedoch nur um 12 % ab. In beiden Gewerbegruppen haben offenbar Umstellungen von der Industrie auf das Handwerk stattgefunden, was auf eine durchschnittliche Verkleinerung der Betriebe schließen läßt.

Geringe derartige Abweichungen zeigen sich bei der Chemie und auch bei der Gruppe Leder-, Schuh-, Textil- und Bekleidungsgewerbe. Die Beschäf-

[186] Tabelle 15 im Anhang.

tigungsrückgänge sind hier für das gesamte Gewerbe allerdings nur um 3 % niedriger als für die Industrie. Keine Unterschiede ergeben sich bei der Metallerzeugung und bei den Gruppen der Metallverarbeitung; hier verändert also die Zurechnung des Handwerks die Entwicklungswerte nicht. Das ist besonders wichtig, weil gerade in der Metallverarbeitung die für Berlin bedeutenden Gewerbezweige zusammengefaßt sind. Wesentliche Veränderungen treten bei der Zurechnung des Handwerks also nur für das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe und für die Gewerbegruppe Papier-, Druck-, Holz- und Spielwaren auf. Bei ihnen ergibt sich durch die Zurechnung des Handwerks ein günstigerer Stand, als er für die Industrie ermittelt wurde.

Die unterschiedliche Entwicklung der einzelnen Industriezweige nach dem Kriege hat deren Gewichtung innerhalb der Beschäftigungsstruktur der Berliner Industrie in einigen Punkten verändert. Allerdings sind die wichtigsten Merkmale der *Industriestruktur Berlins annähernd erhalten* geblieben. Beherrschender Industriezweig in Berlin ist auch heute noch die Elektroindustrie mit einem Beschäftigtenanteil von 35,7 %[187], gefolgt vom Maschinen- und Fahrzeugbau mit 21 %. Beide konnten ihren Beschäftigtenanteil gegenüber der Vorkriegszeit erheblich erhöhen. Mit großem Abstand folgen dann die Nahrungs- und Genußmittelindustrie mit 8,4 % (1939: 6,5 %) und die Bekleidungsindustrie mit einem Anteil von 7,9 % (12,3 %). Da sich die Anteile dieser beiden Zweige entgegengesetzt verändert haben, liegt heute die Nahrungs- und Genußmittelindustrie mit ihrem Beschäftigtenanteil vor der Bekleidungsindustrie, während vor dem Kriege die Bekleidungsindustrie mit einem deutlichen Abstand führte. Ein ähnlicher Wechsel ist eingetreten zwischen der Papier- und Druckindustrie, die heute nur noch einen Anteil von 5,9 % (8,1 %) hat, und der chemischen Industrie, die mit 6 % (4,7 %) ihren Anteil etwas steigern konnte. Eine wichtige Veränderung ist außerdem mit dem starken Rückgang des Beschäftigtenanteils der Eisen- und Metallwarenherstellung eingetreten. In den übrigen Industriezweigen war die Verschiebung der Beschäftigtenanteile nur unerheblich.

Nach der gegenwärtigen Verteilung der Beschäftigten auf die Industriezweige Berlins führen also die *Elektroindustrie* und der *Maschinen-* und *Fahrzeugbau* bei einem gemeinsamen Anteil von fast 57 % mit großem Abstand vor den Zweigen Nahrungs- und Genußmittelindustrie, Bekleidungsindustrie, chemische Industrie und Papier- und Druckindustrie, die zusammen einen Anteil von 28,2 % haben. Rund 85 % aller Beschäftigten der Berliner Industrie waren demnach Ende 1959 in diesen sechs Industriezweigen

[187] Tabelle 12 im Anhang.

eingesetzt. Vor dem Kriege war der Anteil dieser Zweige mit nur 78 % etwas schwächer. Die wichtigen Industriezweige Berlins haben somit ihren Anteil an der Gesamtbeschäftigtenzahl etwas erhöhen können, was vor allem die Folge der kräftigen Erhöhung des Beschäftigtenanteils der Elektroindustrie ist. Das Ergebnis der Entwicklung ist also eine *geringere Ausgewogenheit der Berliner Industriestruktur* im Vergleich zur Vorkriegszeit. Strukturpolitische Bemühungen werden sich daher vor allem auf die schwächer entwickelten Branchen richten müssen, damit das Gegengewicht zur metallverarbeitenden Industrie in Berlin vergrößert wird und sich der Beschäftigtenanteil dieser Industriegruppe von rund 62 % wenigstens wieder auf den Vorkriegsstand (58 %) vermindert. Eine Unterstützung der bisherigen Tendenzen würde die Einseitigkeit der Berliner Industrie verstärken.

Abschließend und überleitend ist noch auf eine wesentliche Struktureigenschaft der Berliner Industrie hinzuweisen, die für ihre Nachkriegsentwicklung von großer, vielleicht ausschlaggebender Bedeutung gewesen ist. Die Berliner Industrie war schon vor dem Kriege nicht nur durch Großbetriebe und durch die Werke großer Konzerne bestimmt, sondern daneben hatte sich auch eine Vielzahl hochspezialisierter und – wie sich gezeigt hat – anpassungsfähiger Klein- und Mittelbetriebe angesiedelt, die für den Wiederaufbau große Bedeutung hatten. Zwar sind zahlreiche Betriebe dieser Art durch den Krieg vernichtet worden, doch die meisten wurden wieder aufgebaut. Offenbar war darin auch die Chance zur Modernisierung der Betriebe gegeben, die vielleicht für manchen nur teilzerstörten Großbetrieb nicht bestanden haben mag. Jedenfalls hat die Gruppe der Betriebe mit 200 bis 999 Beschäftigten offenbar die höchste, die Gruppe mit 10 bis 49 Beschäftigten immerhin noch eine überdurchschnittliche, aber die Gruppe der Betriebe mit 1000 und mehr Beschäftigten nur eine unterdurchschnittliche Arbeitsproduktivität innerhalb der Westberliner Industrie[188]. Die erste Gruppe erzielte 1960 mit nur 22 % der Beschäftigten über 31 % des Umsatzes der Westberliner Industrie. Die Anpassungsfähigkeit dieser Betriebe ist bisher also besonders stark gewesen, während die Großbetriebe in Berlin keine so hervorragenden Erfolge aufzuweisen haben, obwohl sie in Westdeutschland eine überdurchschnittliche Umsatzbeteiligung erreichten. Vermutlich ist die Investitionstätigkeit bei den Großbetrieben in Westberlin zu gering gewesen, um auch dort ein ähnliches Ergebnis zu sichern. Die Risikobereitschaft der Großbetriebe blieb also wahrscheinlich hinter den Anstrengungen der kleineren und mittleren Betriebe erheblich zurück. Das „politische Risiko“ dürfte hierbei sicherlich eine besondere Bedeutung gehabt haben.

[188] *Pritzkoleit, K.*, Berlin — ein Kampf ums Leben, a.a.O., S. 118 ff.

3. Die veränderte Standortstruktur der Industrie Berlins

Eine Regionalanalyse der industriellen Entwicklung Berlins und seiner Umgebung begegnet verschiedenen statistischen Schwierigkeiten. Zwar sind mit den Ergebnissen der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstättenzählung von 1939 die Beschäftigtenzahlen der gewerblichen Wirtschaft für die Verwaltungsbezirke der Stadt Berlin und für die angrenzenden Landkreise gegeben, doch ist darin auch das Handwerk enthalten. Erst eine Umrechnung kann die reine Industriebeschäftigtenzahl für diese Gebiete ermitteln[189]. Andererseits wird die Analyse des gegenwärtigen Standes dadurch erschwert, daß Beschäftigtenzahlen für Ostberlin nur geschlossen, d. h. ohne nähere Aufgliederung auf die östlichen Stadtbezirke bekannt sind[190]. Für die angrenzenden Kreise sind die erforderlichen Zahlen bisher nur zum 31. 12. 1956[191] ausgewiesen worden; diese Zahlen beziehen sich jedoch auf die heutige Kreisgliederung und sind wiederum nicht mit den Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung vergleichbar.

Trotzdem können die wichtigsten regionalen Beschäftigungsveränderungen durch gebietsmäßige Zusammenfassungen und verschiedene Umrechnungen ermittelt werden. Hinsichtlich der heutigen Stärke der einzelnen Standorte und der Bezirke bzw. Ortsteile Ostberlins ist die Analyse auf eigene Zusammenstellungen angewiesen, deren Einzelwerte aus laufenden Berichterstattungen entnommen sind; hinzu kommen Ergänzungen durch einige Hinweise in der Literatur[192]. Damit konnte die Gesamtbeschäftigtenzahl der Industrie in Ostberlin zu etwa 95 % auf die Ortsteile und Verwaltungsbezirke aufgeteilt werden. Der geringe Rest wurde als Anteil der Kleinbetriebe den Summen der Ortsteile und Bezirke anteilmäßig zugeschlagen[193].

Ähnlich wurde mit den wichtigsten Standorten der Industrie in der Umgebung Berlins verfahren. So konnte die Beschäftigtenzahl der gesamten Industrie Berlins für Ende 1958 auf die einzelnen Ortsteile und Bezirke aufgeteilt werden[194]. Weiterhin war es auf Grund dieser Berechnungen möglich,

[189] Die Umrechnung erfolgte durch Abzug einer Handwerksgröße, die mittels einer Beschäftigtenquote (Beschäftigte im Handwerk je 1.000 Einwohner) für Berlin bzw. die Provinz Mark Brandenburg errechnet wurde.

[190] Statistisches Jahrbuch der DDR 1955—1960/61.

[191] Statistischer Jahresbericht der Bezirke Potsdam und Frankfurt/Oder 1956.

[192] Z. B. Wirtschaftsterritorium DDR/ökonomisch-geographische Einführung und Übersicht (hrsg. von *G. Schmidt-Renner*), 2. Aufl., Berlin 1960, S. 430 ff.

[193] Diese Berechnungen wurden dadurch gestützt, daß die sowjetzonale Statistik die Aufteilung der Industrie Ostberlins auf die einzelnen Produktionszweige bekanntgegeben hat. Da die Produkion der meisten größeren Werke ebenfalls bekannt ist, konnte dadurch an Hand der Summen für die einzelnen Produktionszweige eine Kontrolle erfolgen.

[194] Karte 6 im Anhang.

das Standortbild der Industrie im Raum Berlin unter Berücksichtigung der wichtigsten Standorte darzustellen[195].

Gegenüber der Vorkriegszeit hat der gesamte Raum Berlin durch starke Beschäftigungsverluste einen erheblichen Teil seiner industriellen Bedeutung eingebüßt. Ähnlich wie in den sächsischen Industriebezirken lag der *Beschäftigungsrückgang im Umkreis Berlins* zwischen 10 % und 30 % des Vorkriegsstandes. Die Beschäftigungsabnahme der Industrie in Berlin selbst war dagegen noch erheblich höher. Die Beschäftigungsverluste der Industrie im Umkreis Berlins betreffen vor allem die größeren Standorte in der Nähe Berlins (z. B. Hennigsdorf, Oranienburg, Potsdam); aber auch die wichtigsten Industriestandorte in der weiteren Umgebung (z. B. Brandenburg, Rathenow und Eberswalde) hatten starke Beschäftigungsverluste. Dieser Rückgang der industriellen Beschäftigung in den märkischen Industriestandorten ist vor allem eine Folge umfangreicher Kriegszerstörungen und Demontagen, die durch den nachfolgenden Wiederaufbau bei weitem noch nicht wieder ausgeglichen worden sind. So bieten die Industriestandorte im Raum Berlin, etwas abgeschwächt, das gleiche Entwicklungsbild wie Berlin selbst.

Trotzdem ist der Umkreis Berlins innerhalb des sowjetisch besetzten Gebietes auch heute noch wichtiges Industriegebiet. Die Industriequoten sind in den angrenzenden Landkreisen vielfach höher als in den übrigen Kreisen Brandenburgs[196]. In besonderem Maße gilt das aber für Berlin selbst, für den Stadtkreis Potsdam und für die Landkreise Oranienburg und Fürstenwalde. Auch die Landkreise Königswusterhausen und Potsdam haben für dieses Gebiet noch überdurchschnittliche Industriequoten. Trotz der Veränderungen gegenüber der Vorkriegsstruktur wird auch heute das industrielle Gewicht des Umkreises von wenigen, in der Nähe Berlins gelegenen Standorten bestimmt[197]. Darunter sind *Hennigsdorf* und *Potsdam*, deren Beschäftigtenzahl um 1958 zwischen 10 000 und 20 000 lag. Weiterhin haben die Standorte Teltow und Wildau im Randgebiet Berlins und die Kreisstädte Luckenwalde, Fürstenwalde und Eberswalde mit Beschäftigungsgrößen um 5000 noch erhebliche Bedeutung. Mit niedrigeren Beschäftigungszahlen folgt dann eine ganze Reihe von Standorten, die meist in der direkten Umgebung Berlins liegen: Rüdersdorf, Oranienburg, Velten, Falkensee und Ludwigsfelde; in der weiteren Umgebung zählen hierzu noch Finow und Neuruppin. Allerdings verlieren die Industriestandorte des Umkreises im Vergleich zu dem Gewicht Berlins an Bedeutung. Keiner der genannten

[195] Karte 5 im Anhang.

[196] *Storbeck, D.*, Arbeitskraft und Beschäftigung in Mitteldeutschland, a.a.O., S. 54 ff. und Karte 2.

[197] Vgl. hierzu Karte 5 im Anhang.

Standorte erreicht die durchschnittliche Beschäftigtenzahl der Berliner Verwaltungsbezirke; erst in der weiteren Umgebung ist Brandenburg der einzige Industriestandort, der in seiner Beschäftigtenzahl mit den Berliner Bezirken vergleichbar ist. So erreichte der Umkreis, also die acht an Berlin angrenzenden Landkreise, Ende 1956 eine Industriebeschäftigtenzahl von rund 55 000[198], während die Beschäftigtenzahl der Berliner Industrie gleichzeitig bei fast 430 000 lag.

Die Massierung der wichtigsten Industriestandorte des Umkreises in der unmittelbaren Nachbarschaft Berlins läßt auch heute noch die Ausstrahlung des Großstandortes auf seine Umgebung erkennen. Der wirtschaftliche Zusammenhang dieser Industriestandorte mit der Industrie Berlins wird besonders deutlich, wenn man deren Produktionsstruktur berücksichtigt; denn auch die Standorte im Raum Berlin sind in ihrer Produktion von der Bedeutung der metallverarbeitenden Industrie geprägt; die wichtigsten Zweige sind auch hier die Elektroindustrie, der Maschinenbau und der Fahrzeugbau. Das Ergebnis einer Sonderentwicklung ist die Metallindustrie, die an einigen Standorten (Hennigsdorf, Finow und Brandenburg) mit größeren Stahlwerken vertreten ist[199]. Dort zeigt sich auch heute noch deutlich die *ergänzende Funktion* der Industriestandorte im Umkreis, von der ihre Produktionsstruktur weitgehend bestimmt worden ist.

Auch *innerhalb der Stadt* selbst hat sich die regionalwirtschaftliche Struktur unter der Wirkung der verschiedenen Einflüsse verändert. Augenfällig sind die in direkter Auswirkung der Spaltung eingetretenen Veränderungen und Neuorientierungen, wie z. B. die City-Bildung in Westberlin. Für die Industrie hat die Enteignungspolitik in Ostberlin teilweise zu Standortveränderungen geführt[200], da einige Ersatzbetriebe in Westberlin errichtet wurden. Besonders bei kleineren Unternehmen spielte dieser Vorgang eine Rolle. Gleichzeitig arbeiteten aber die enteigneten Betriebe in Ostberlin weiter. Mit einer unbedeutenden Ausnahme (Steine und Erden) sind alle Industriezweige in beiden Teilstädten noch unter ihrer Vorkriegsbeschäftigung, d. h. die Kriegsverluste sind in beiden Teilen der Stadt nicht ausgeglichen worden. Es handelt sich – auf die Standorte gesehen – also in erster Linie um die Unterschiede im Wiederaufbau, durch die sich freilich auch die Standortgewichte verschoben haben[201].

[198] Ohne Beschäftigte in der Energiewirtschaft.

[199] Diese Werke sind vor dem Kriege in direkter Verbindung mit dem Rohstoffbedarf und dem Schrottanfall in der Berliner Wirtschaft entstanden.

[200] *Thalheim, K. C.,* Berlins wirtschaftliche Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg, a.a.O., S. 800 f.

[201] Das gilt entgegen manchen Erwartungen auch für die Bekleidungsindustrie in Westberlin. Vgl. Tabelle 13 im Anhang.

Die seit dem Kriege in der Regionalstruktur der Berliner Industrie eingetretenen Veränderungen haben bei allgemeinem Rückgang zu einem merklichen *Abbau der Industrie in den Kernbezirken* geführt. Damit setzte sich eine Tendenz der regionalen Entwicklung Berlins fort, die schon lange vor dem Kriege als Verlagerung der Industrie aus der Innenstadt in die Randbezirke spürbar geworden war. Diese Verlagerung war allerdings in den früheren Jahren bei weitem nicht so stark wie der durch die Kriegseinwirkungen hervorgerufene Abbau der Industriebeschäftigung in der Innenstadt. Die stärksten Verluste hatten dabei die beiden Kernbezirke Mitte und Kreuzberg. Auch in den übrigen Kernbezirken Berlins war der Beschäftigungsrückgang erheblich, so daß die Zahl der Industriebeschäftigten für alle Kernbezirke zusammen Ende 1958 um etwa 60 % niedriger war als vor dem Kriege. Für die sechs Kernbezirke zusammen nahm die Beschäftigtenzahl von rund 340 000 (1939) um etwa 200 000 ab. Davon entfielen über 140 000 auf die ehemals industriestarken Bezirke Mitte und Kreuzberg. In den Bezirken Prenzlauer Berg und Friedrichshain belief sich der Beschäftigungsrückgang auf etwa 50 % und in Tiergarten und Wedding auf etwa ein Drittel ihres Vorkriegsstandes.

In den übrigen Bezirken war die Entwicklung günstiger, obwohl auch hier Beschäftigungsrückgänge vorherrschen. Die stärksten Verluste hatten von ihnen Spandau mit einer Abnahme um fast 46 000, Reinickendorf mit einer Abnahme um rund 32 000 und Tempelhof mit einer Abnahme um rund 25 000 Beschäftigte. Ihre Verlustrate lag zwischen 45 % und 55 % ihres Vorkriegsstandes. Von den absoluten Beschäftigungsverlusten her gesehen folgen dann erst mit weitem Abstand Charlottenburg (—12 000), Schöneberg (—11 000), Neukölln, Steglitz und Weißensee (—7000 bis 8000) und schließlich Treptow und Pankow (– 4000). In Wilmersdorf, Köpenick und Zehlendorf hat sich die Zahl der Industriebeschäftigten gegenüber der Vorkriegszeit sogar schwach erhöht, während der Beschäftigungsstand in Lichtenberg etwa gleichblieb.

Die stärksten absoluten Rückgänge erfolgten also in Mitte, Kreuzberg, Spandau, Reinickendorf, Tempelhof und Friedrichshain. Zusammengerechnet hat die Industrie dieser Bezirke gegenüber der Vorkriegszeit etwa 260 000 bis 270 000 Beschäftigte verloren; das sind rund 75 % des Beschäftigungsverlustes der gesamten Berliner Industrie. Auf mehr als 50 % beliefen sich die Verluste in Mitte, Kreuzberg, Prenzlauer Berg, Reinickendorf und Friedrichshain. Mit einem Beschäftigungsrückgang um etwa 45 % war die Veränderung in den Bezirken Tempelhof, Spandau, Steglitz und Schöneberg etwa durchschnittlich. Unterdurchschnittliche Beschäftigungsrückgänge hatten die Bezirke Tiergarten, Charlottenburg, Weißensee, Pankow und Wedding mit einer

Abnahme um etwa ein Drittel; weit unter dem Durchschnitt war die Veränderung in den Bezirken Neukölln, Treptow und Lichtenberg. Die größten Beschäftigungsverluste hatten also die besonders stark industrialisierten Bezirke, die früher auch die meisten Industriebeschäftigten hatten. Die Folge dieser einseitigen Konzentration der Verluste war also ein *weitgehender Ausgleich der Verteilung der Industrie* im Stadtgebiet. Wie die kartographische Darstellung[202] zeigt, sind die Unterschiede zwischen den Beschäftigungszahlen der einzelnen Bezirke heute erheblich geringer als vor dem Kriege. Diese Tendenz wurde noch dadurch unterstützt, daß der Aufbau der Industrie in einigen bisher industrieschwachen Bezirken sogar zu Beschäftigungszunahmen geführt hat, die aber insgesamt nicht von Gewicht sind.

Diese Verschiebungen in der Regionalstruktur haben selbstverständlich auch die Anteile der Bezirke an der Gesamtbeschäftigtenzahl der Berliner Industrie verändert. Die wichtigste Veränderung traf die Bezirke Kreuzberg und Mitte, deren Anteil von zusammen 25 % vor dem Kriege auf etwa die Hälfte zurückgegangen ist. Von den industriestarken Bezirken konnte nur Spandau seinen Anteil mit etwa 12 % halten. Dagegen erhöhte er sich vor allem in den Bezirken Köpenick, Treptow, Lichtenberg, Wedding und Neukölln. Auch diese Veränderungen lassen die Ausgleichstendenz der Entwicklung seit 1939 erkennen. Allerdings handelt es sich hierbei nicht um eine Verlagerung der Industrie aus der Innenstadt in die Außenbezirke; denn der einer solchen Verlagerung entsprechende Vorgang der Neuansetzung von Industriebetrieben in den Außenbezirken ist im allgemeinen unterblieben. Der Ausgleich erfolgte vielmehr durch den einseitigen *Abbau der Industrie in den Innenbezirken* infolge der starken Zerstörungen. Trotz dieser Ausgleichsbewegungen sind aber heute immer noch starke Unterschiede in der Verteilung der Industrie über das ganze Stadtgebiet vorhanden[203].

Eine starke Konzentration bildet die Industrie auch heute noch im Zentrum der Stadt. Die sechs Kernbezirke haben zusammen rund 143 000 Beschäftigte; das ist fast ein Drittel aller Beschäftigten der Berliner Industrie. Allein die Bezirke Kreuzberg und Wedding haben darunter je über 30 000 Beschäftigte. Ihnen folgen mit annähernd gleichen Beständen die Bezirke Mitte, Tiergarten und Friedrichshain, während Prenzlauer Berg mit nur knapp 10 000 Beschäftigten weiter zurückliegt. Auch die Ortsteile und Bezirke der übrigen Innenstadt haben im allgemeinen noch recht hohe Beschäftigtenzahlen. Die drei Ortsteile Charlottenburg, Schöneberg und Neukölln hatten Ende 1958 zusammen rund 50 000 Beschäftigte; insgesamt belief sich die Beschäftigtenzahl der Innenstadt 1958 auf fast 220 000 Personen

[202] Vgl. Karte 5 im Anhang.
[203] Vgl. Karte 5 im Anhang.

oder 50 % der Gesamtbeschäftigtenzahl der Berliner Industrie. Davon entfielen auf die Innenstadt Westberlins rund 155 000, auf die Innenstadt Ostberlins rund 65 000 Beschäftigte. Dementsprechend ist der Anteil der östlichen Innenstadt an der Beschäftigtenzahl Ostberlins mit einem Drittel erheblich niedriger als in Westberlin mit rund 56 %. In Westberlin ist die Industrie also stärker auf die Innenstadt konzentriert als in Ostberlin.

Im Ausgleich hierzu sind in Ostberlin die direkt an die Innenstadt angrenzenden Ortsteile (Weißensee, Lichtenberg, Treptow) und auch noch Oberschöneweide und Köpenick besonders stark industrialisiert. Mit rund 84 000 Beschäftigten haben diese fünf Ortsteile zusammen eine weit höhere Beschäftigtenzahl als die Ostberliner Innenstadt. Das ist vor allem auf die starke Konzentration der Industrie am Oberlauf der Spree zurückzuführen. Allein die kleinen Ortsteile Treptow und Oberschöneweide, in denen der größte Teil der Ostberliner Elektroindustrie konzentriert ist[204], haben zusammen fast 38 000 Beschäftigte; die beiden entsprechenden Bezirke haben zusammen rund 60 000 Industriebeschäftigte. Wie die Konzentration im Südosten das Standortgefüge in Ostberlin beeinflußt, so ist das Bild in Westberlin durch den alle anderen Ortsteile überragenden Standort Siemensstadt geprägt. Der relativ kleine Ortsteil Siemensstadt hatte Ende 1958 mit über 39 000 Industriebeschäftigten die höchste Beschäftigtenzahl in Westberlin; auch hier bestimmt die Elektroindustrie die Konzentration. Dagegen erreichte der wesentlich größere Ortsteil Spandau nur etwa ein Drittel dieser Zahl. Diese Schwerpunktbildungen sind *Gegengewichte zur Konzentration* in den Innenbezirken und lockern das Standortgefüge der Berliner Industrie nach Südosten und Westen auf. Beide Schwerpunkte konnten sich bei relativ geringen Kriegsschäden (gegenüber dem Stadtzentrum) und im Rahmen des Aufstiegs der Elektroindustrie nach dem Kriege wieder durchsetzen. Sie sind wesentlich für die Beharrung der Standortstruktur der Berliner Industrie.

Auch die übrigen Ortsteile haben zwar Industrie, doch sind die Beschäftigtenzahlen hier weit geringer als in den bisher besprochenen Bezirken und Ortsteilen. Eine gewisse Ausbreitung zeigt die Industrie mit geringeren Beschäftigtenzahlen nach Süden, d. h. im mittleren Süden der Stadt zwischen Lichterfelde und Marienfelde, und im Norden der Stadt, besonders im Raum Tegel und Wittenau, aber der übrige Südwesten sowie der Ost- und Südostrand Berlins haben kaum Industrie. Hier liegen die bevorzugten, aber auch teuren Wohngebiete der Stadt oder Erholungsgebiete, die an die dichtbesiedelten Stadtbezirke angrenzen. Die Ausdehnung dieser industriefreien oder

[204] Hier liegen die meisten Großbetriebe der Elektroindustrie, die früher größtenteils zur AEG gehörten.

kaum industrialisierten Gebiete ist so groß, daß – grob gesehen – fast die gesamte Berliner Industrie auf nur etwa die Hälfte der Stadtfläche konzentriert ist.

Bei der Beurteilung der Regionalstruktur darf nicht übersehen werden, daß *keine gleichmäßige Verteilung der Industriezweige* innerhalb der Stadt besteht. Einige zeigen eine sehr starke Streuung über das gesamte Stadtgebiet, andere – und gerade die bedeutenderen – lassen wiederum stärkere Konzentrationen erkennen. Das gilt in besonderem Maße für die Berliner *Elektroindustrie.* Ihren Hauptstandort hat die Elektroindustrie in Westberlin im Ortsteil Siemensstadt Hier sind allein fast 40 000 Beschäftigte in der Elektroindustrie tätig. Der zweite Schwerpunkt befindet sich in Ostberlin in den beiden Ortsteilen Oberschöneweide und Treptow, wo über 30 000 Beschäftigte in der Elektroindustrie eingesetzt sind. Danach folgen mit weitem Abstand die beiden Westberliner Bezirke Wedding (16 000) und Tiergarten (rund 10 000). Auf diese wenigen Standorte sind fast zwei Drittel der gesamten Berliner Elektroindustrie konzentriert. Außerdem sind nur noch die Westberliner Bezirke Kreuzberg, Wilmersdorf, Charlottenburg und Schöneberg und in Ostberlin der Bezirk Friedrichshain und der Ortsteil Lichtenberg für die Elektroindustrie wichtig. Die übrigen Bezirke bzw. Ortsteile Berlins haben für die Elektroindustrie keine Standortbedeutung[205].

Eine erheblich stärkere Streuung der Standorte ist bei den Zweigen der übrigen *metallverarbeitenden Industrie* in Berlin festzustellen. Hierfür ist vor allem ausschlaggebend, daß in diesen Produktionen die Großbetriebe weniger im Vordergrund stehen als in der Elektroindustrie; hier beherrschen die Klein- und Mittelbetriebe das Verteilungsbild. Die regionale Streuung der Betriebe ist dabei so stark, daß kein Bezirk oder Ortsteil Berlins eine Beschäftigtenzahl von 8000 überschreitet. Diese Höchstzahl, die vom Bezirk Kreuzberg knapp erreicht wird, ist ein Fünfzehntel der Gesamtbeschäftigtenzahl dieser Zweige in Berlin, die bei rund 120 000 liegt. Innerhalb der starken Streuung bilden in Westberlin neben Kreuzberg die Bezirke Tiergarten und Wedding und die Ortsteile Spandau und Wittenau gewisse Schwerpunkte. In Ostberlin treten mit ähnlicher Gewichtung die Bezirke Mitte, Friedrichshain und der Ortsteil Lichtenberg hervor. Auffallend für die Standortstruktur dieser Produktionszweige ist, daß sie nicht nur in den stark industrialisierten Bezirken der Innenstadt, sondern auch in den Außenbezirken angesiedelt sind. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die

[205] Grundlage für diesen Vergleich waren für Westberlin die Angaben in: Die Standorte der Industrie in Berlin (West) — regionale Auswertung der Industrieberichterstattung September 1958 (Berliner Statistik, Sonderheft 75), Berlin 1960, und für Ostberlin die schon erwähnten Einzelmeldungen.

Betriebe dieser Branchen vielfach größere Grundstücksflächen benötigen, die in der Innenstadt bei ihrer Gründung nicht verfügbar waren [206]. Die dadurch bedingte Außenlage einiger bedeutender Betriebe der Metallverarbeitung ergibt vor allem die *starke Streuung der Standorte.* Ausgenommen oder nur von Kleinbetrieben besetzt bleiben allerdings die südwestlichen Außenbezirke und der Ostrand Berlins. Soweit nicht starke Kriegsverluste dauernde Einbußen nach sich zogen, blieb die frühere Standortstruktur mit dieser Verteilung weitgehend erhalten.

Ein weiterer, bedeutender Industriezweig für Berlin ist die *Bekleidungsindustrie* [207], deren Betriebe in beiden Teilstädten eine sehr *starke Konzentration* zeigen. In Westberlin sind die Hauptkonzentrationspunkte das südliche Charlottenburg und das nördliche Wilmersdorf, ebenso der Bezirk Kreuzberg und der Nordteil des Ortsteils Schöneberg, also die Innenbezirke. In Ostberlin sind vor allem die Kernbezirke Mitte, Friedrichshain und Prenzlauer Berg und der Ortsteil Lichtenberg Hauptstandorte der Bekleidungsindustrie. Die Bekleidungsindustrie ist also heute vorwiegend auf die Innenstadt konzentriert. Sie entspricht mit dieser Tendenz auch der Orientierung vor dem Kriege; allerdings erfolgte hier durch die Verluste in Ostberlin eine starke Gewichtsverlagerung zugunsten Westberlins.

Eine stärkere Streuung weist dagegen wieder die Standortstruktur der *Nahrungs- und Genußmittelindustrie* auf, obwohl auch hier eine gewisse Konzentrationstendenz zur Stadtmitte hin erkennbar ist. Besonders bevorzugt sind in Westberlin die Bezirke Wedding, Tiergarten und Kreuzberg und die Ortsteile Neukölln, Schöneberg sowie der Bezirk Charlottenburg. In Ostberlin haben vor allem wieder die Kernbezirke, darunter besonders der Bezirk Prenzlauer Berg und die Ortsteile Lichtenberg und Weißensee, als Standortgebiete der Nahrungs- und Genußmittelindustrie Bedeutung. Wie schon bei den Zweigen der metallverarbeitenden Industrie zeigt auch die Nahrungs- und Genußmittelindustrie die Tendenz, die sonst wenig industrialisierten Außenbezirke der Stadt vor allem mit kleineren und mittleren Betrieben zu beteiligen. Auch hier fehlen allerdings Betriebe im Südwesten

[206] Einige Betriebe sind wegen des Raummangels aus der Innenstadt in die Außenbezirke verlagert worden.

[207] Die Standortdarstellung der Bekleidungsindustrie konnte besonders für Westberlin nicht vollständig gegeben werden, da die Statistik in der lokalen Aufteilung nur die Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten ausweist.
Vgl. hierzu: Die Standorte der Industrie in Berlin (West) — regionale Auswertung der Industrieberichterstattung September 1958, a.a.O. Insgesamt sind damit nur rund 24.000 Beschäftigte der Bekleidungsindustrie in Westberlin erfaßt. Tatsächlich arbeitet in Berlin ein großer Teil der Bekleidungsindustrie mit den sogenannten Zwischenmeister-Betrieben, die zum Handwerk gezählt und daher nicht mitgerechnet sind.

und am Ostrand der Stadt. Im ganzen blieb damit die frühere Verteilung der Standorte erhalten.

Große Bedeutung innerhalb der Produktionsstruktur der Berliner Industrie hat auch die *Druckindustrie,* deren Standortverteilung wiederum starke Konzentrationen aufweist. Mit wenigen Ausnahmen handelt es sich hierbei vor allem um kleinere Betriebe, so daß die Konzentration besonders auffallend ist. Die stärkste Bedeutung innerhalb der Standortstruktur dieses Zweiges haben die Kernbezirke Kreuzberg in Westberlin und Mitte in Ostberlin. Auf sie entfallen rund zwei Drittel der Gesamtbeschäftigtenzahl der Berliner Druckindustrie. Daneben sind noch nennenswert beteiligt der Ortsteil Tempelhof in Westberlin und in Ostberlin der Bezirk Friedrichshain. Im übrigen ist die Berliner Druckindustrie – bis auf wenige Ausnahmen – auf die Innenstadt konzentriert. In den Außenbezirken finden sich nur einige kleinere Betriebe, so etwa im Westen (Spandau) und im Süden der Stadt. Auch diese Industrie entspricht in ihrer heutigen Standortstruktur im wesentlichen dem früheren Zustand.

Als letzter größerer Industriezweig in Berlin soll noch die *chemische Industrie* in ihrer Standortstruktur kurz skizziert werden. Da die chemische Industrie Berlins vorwiegend kleinbetrieblich organisiert ist, herrscht hier wieder die Streuung stärker vor. Besonderes Gewicht innerhalb der Verteilung der chemischen Industrie in Berlin haben der Westberliner Bezirk Wedding und der Ostberliner Ortsteil Adlershof. Außerdem haben auch die Innenstadt und in Ostberlin noch Weißensee und einige Ortsteile des Bezirks Köpenick Bedeutung. Ähnlich wie bei der metallverarbeitenden Industrie zeigt sich bei der Standortverteilung der chemischen Industrie eine stärkere Beteiligung der Außenbezirke, was wiederum auf die niedrige Betriebsgröße dieses Zweiges und auf die spätere Gründung seiner Betriebe zurückzuführen ist. Besondere Konzentrationen, wie in der Elektroindustrie oder in der Bekleidungsindustrie, weist die chemische Industrie nicht auf. Schon die stärkere Beteiligung der – im allgemeinen weniger zerstörten – Außenbezirke, aber auch der – zunächst primitive – Wiederaufbau an den alten Standorten haben die frühere Verteilungsstruktur wieder durchgesetzt.

Die Zusammenfassung der Standortanalyse für die sechs wichtigsten Berliner Industriezweige ergibt für drei von ihnen *starke Konzentrationstendenzen,* wobei besonders die Konzentration auf die Standorte in der Innenstadt hervorzuheben ist. Diese gewichtigen Konzentrationen, durch Großbetriebe repräsentiert, haben sich trotz der starken Kriegszerstörungen und anderer Außeneinflüsse wiedergebildet bzw. erhalten. Das Standortgefüge der Berliner Industrie wird von diesen Zweigen weitgehend bestimmt. Es sind dies die Elektroindustrie, die Bekleidungsindustrie und die Druck-

industrie, für deren Konzentration allerdings verschiedene Gründe ausschlaggebend sind. Für die Elektroindustrie und die Druckindustrie kommen außerdem noch Sonderstandorte von starkem Gewicht außerhalb der Innenstadt hinzu. Dabei sind die Bekleidungsindustrie und die Druckindustrie vornehmlich kleinbetrieblich strukturiert, so daß ihre Konzentration auf die Innenstadt besonderen Standortmomenten folgen muß, nämlich vor allem den zentralen Funktionen der Kernbezirke und den damit gebotenen Absatz- und Fühlungsvorteilen. Für die Bekleidungsindustrie war die Konzentration zum Teil an anderen Standorten der Innenstadt (Spittelmarkt) schon vor dem Kriege gegeben. Diese Konzentration kommt vor allem den Wünschen des Kunden entgegen, der bei den saisonalen Musterungen möglichst von einer Kollektion zur anderen kommen will, ohne große Entfernungen überbrücken zu müssen. Hinzu kommt außerdem das Bestreben der Konkurrenten, einander nahe zu sein; für diesen Zweig waren also *Fühlungsvorteile* für die Standortwahl ausschlaggebend gewesen.

Anders verhält es sich dagegen bei den Standorten der Elektroindustrie, deren Konzentration auf die Innenstadt vornehmlich historisch zu erklären ist[208]. Die für die heutige Standortstruktur der Berliner Elektroindustrie ausschlaggebenden Betriebe wurden bei ihrer Gründung um die Jahrhundertwende im allgemeinen am Rand der damaligen Kernstadt angesiedelt und lagen so zwischen den Wohnplätzen der Stadt und der benachbarten Städte und Siedlungen. Diese Standorte zählen aber heute zur Innenstadt. Das starke Wachstum der Elektroindustrie hat diese Betriebe an ihren einmal gewählten Standorten schnell groß werden lassen, so daß die Kernbezirke und die Innenstadt als Standortgebiete für diesen Zweig steigende Bedeutung erhielten. Daneben haben gleichzeitig Neugründungen in den äußeren Bezirken stattgefunden, die ebenfalls zu Großbetrieben angewachsen sind. Ein besonders deutliches Beispiel hierfür sind die Siemenswerke, nach denen ein ganzer Ortsteil Berlins (Siemensstadt) benannt worden ist. Für die ursprüngliche Standortwahl der Elektroindustrie war offenbar die *Arbeitsorientierung* ausschlaggebend, für ihren Wiederaufbau aber die trotz Kriegseinwirkung und Demontage noch verwertbaren Anlagen.

Daneben weisen drei wichtige Industriezweige Berlins eine *weitgehende Streuung* ihrer Standorte über das gesamte Stadtgebiet auf; ausgenommen sind hiervon nur die kaum industrialisierten Randbezirke im Südwesten und im Osten der Stadt. Dabei handelt es sich um die übrige Metallverarbeitung, um die Nahrungs- und Genußmittelindustrie und die chemische Industrie,

[208] Vgl. hierzu *Zimm, A.*, Die Entwicklung des Industriestandortes Berlin. Berlin 1959, S. 123 f.

bei denen die relativ starke Beteiligung der äußeren Bezirke besonders hervorzuheben ist. Allerdings verstärken diese Zweige durch die gleichmäßige Verteilung ihrer Standorte auch das Gewicht der Kernbezirke und der Innenstadt; jedoch erhalten die außerhalb der Innenstadt gelegenen Bezirke und Ortsteile weitgehend ihre industrielle Bedeutung von diesen Zweigen, soweit sie nicht durch Sonderstandorte der Elektroindustrie (Siemensstadt, Treptow und Oberschöneweide) und der Druckindustrie (Tempelhof) ohnehin schon ausgezeichnet sind. Für die Nachkriegsentwicklung haben diese Zweige besondere Bedeutung gehabt, weil ihre Anlagen in den äußeren Bezirken im allgemeinen weniger zerstört waren, so daß der Wiederaufbau diese Standorte bevorzugte.

Eine ausgleichende Bedeutung innerhalb der heutigen Regionalstruktur haben einige Standorte der metallverarbeitenden Industrie, die mit größeren Betrieben sonst wenig industrialisierten Bezirken und Ortsteilen standortmäßiges Gewicht verleihen[209]. Mit dieser Streuung der drei zuletzt erörterten Industriezweige wird ein begrenzter Ausgleich innerhalb der Standortstruktur der Berliner Industrie erreicht. Trotzdem bleiben die Kernbezirke und die Innenstadt das beherrschende Standortgebiet der Berliner Industrie. Die Gruppe der konzentrierten Zweige hat nämlich auch heute (1958) noch mit rund 200 000 Beschäftigten das stärkste Gewicht. Andererseits verstärkt die Streuung der anderen Gruppe auch die Konzentration in Kern- und Innenstadt. Mit der Verteilung der Standorte dieser sechs wichtigsten Zweige, die zusammen über fünf Sechstel der gesamten Berliner Industrie ausmachen, ist zugleich auch die Standortstruktur der Berliner Industrie überhaupt beschrieben. Die übrigen Industriezweige haben gar nicht das Gewicht, die von diesen sechs Zweigen geprägte Verteilung merklich aufzulockern. So erklärt sich das oben beschriebene Standortbild der Berliner Industrie aus den verschiedenen Verteilungstendenzen der beiden Industriegruppen, die hier eingehender dargestellt wurden.

Abschließend ist noch darauf hinzuweisen, daß heute wie früher die Schwerpunkte der Berliner Industrie keineswegs immer mit den dichtbesiedelten Gegenden zusammenfallen. So entspricht z. B. das industrielle Gewicht von Siemensstadt und der Ortsteile am oberen Lauf der Spree keineswegs ihren relativ geringen Einwohnerdichten. Umgekehrt haben aber auch nicht alle Ortsteile mit einer hohen Bevölkerungsdichte ein entsprechendes industrielles Gewicht. Das zeigt sich an einigen Ortsteilen, die ihrer Bevölkerungsdichte entsprechend zur Innenstadt gerechnet wurden, aber keine erheblichen Beschäftigtenzahlen aufweisen, so z. B. die beiden Ortsteile Steglitz

[209] Z. B. in Westberlin die Ortsteile Tegel, Wittenau, Marienfelde und Spandau.

und Pankow und teilweise die Ortsteile Wilmersdorf und Schmargendorf[210]. *Wohnkonzentration und Industriekonzentration decken sich nicht immer.* Das weist sehr deutlich auf einen starken Berufsverkehr innerhalb Berlins hin. Die Konzentration eines großen Teils der Berliner Industrie auf die Kernbezirke und auf die Innenstadt wird dadurch verstärkt, daß auch der größte Teil der zentralen Dienste, d. h. der öffentlichen Verwaltungen der zentralen Wirtschafts- und Versorgungsfunktionen in Berlin auf die Kernbezirke konzentriert ist. Das bedeutet aber eine erhöhte *Massierung der Arbeitsplätze in den Kernbezirken* und der Innenstadt. Obwohl diese Teile der Stadt eine sehr hohe Bevölkerungsdichte aufweisen, ist ihr Arbeitskräftepotential zu klein, um die zahlreichen Arbeitsplätze zu besetzen. Auch in dieser Hinsicht zeigt sich Berlin in seiner heutigen Struktur als ein *zusammengehöriges Stadtgefüge,* das deutlich in dichtbewohnte Kern- und Innenstadtbezirke gegliedert ist, von denen aus die Bevölkerungsdichte nach außen hin allmählich abnimmt. Ebenso liegen im Kernraum die Schwerpunkte der Beschäftigung, auf die auch die Bevölkerung in den Außenbezirken eingestellt ist. Berlin ist ein deutlich *vom Zentrum nach außen hin abgestufter Siedlungs- und Wirtschaftsraum.*

Die Regionalstruktur der Industrie in Berlin läßt trotz der unterschiedlichen Einflüsse keinen erheblichen Unterschied zwischen Westberlin und Ostberlin erkennen. Auffällig ist bei der gegenwärtigen Struktur lediglich, daß in einigen Bezirken Westberlins die Beschäftigtenzahlen höher sind als in den wichtigsten Bezirken Ostberlins. Diese Bezirke waren jedoch auch schon vor dem Kriege wichtige Standorte der Berliner Industrie. Besonders groß ist die Übereinstimmung zwischen den beiden Teilstädten hinsichtlich der Entwicklung der Industrie in den einzelnen Bezirken und hinsichtlich der Tendenz der Standortentwicklung. Die Industrie in den Kernbezirken ist in beiden Teilen der Stadt durch die starken Kriegsverluste auf das Ausmaß der übrigen Industriebezirke reduziert worden. Gleichzeitig haben beiderseits die Außenbezirke Zunahmen in der industriellen Beschäftigung oder nur unterdurchschnittliche Abnahmen zu verzeichnen. Insgesamt ist in beiden Teilstädten durch die Ereignisse des Krieges und der Nachkriegszeit ein Abbau der Industrie eingetreten, wobei die Verluste vorwiegend die Kernbezirke und die Bezirke der Innenstadt getroffen haben. Aus sehr verschiedenen Gründen haben sich auch die Industriezweige in den beiden Teilstädten so verändert, daß sich die Produktionsstrukturen eher konvergent als divergent entwickelt haben. Insgesamt zeigen sich hinsichtlich der indu-

[210] Auch die Ortsteile Steglitz, Wilmersdorf und Schmargendorf zählen wegen ihres geringen Industriebesatzes zu den besseren Wohngegenden der Innenstadt.

striellen Entwicklung seit 1939 also mehr *Gemeinsamkeiten* als Unterschiede *zwischen den beiden Teilstädten.*

Die Regionalstruktur der Berliner Industrie zeigt gegenüber der Vorkriegszeit im einzelnen manche Veränderungen, die aber nur dort wirksam wurden, wo direkte Kriegsfolgen direkte Wirkungen hatten. Sonst ist im allgemeinen das *frühere Verteilungsbild wieder gültig,* mindestens aber wieder erkennbar geworden: Die frühere Regionalstruktur hat sich selbst gegenüber starken Kriegsverlusten durchgesetzt. Auch in dieser strukturellen Beharrung stimmen beide Teilstädte überein und zeigen ihre Zusammengehörigkeit und die allgemeine Beharrungskraft der Standorte.

V. REGIONALE BEDEUTUNG UND STRUKTURWANDLUNGEN BERLINS

1. Die veränderten Lagebeziehungen

„Die Lagegunst Berlins ist zweifellos erhalten geblieben. Doch verhindern politische Kräfte, daß dieses ‚Kapital' in der Hand des wirtschaftenden Menschen mit großem Nutzen verwendet werden kann [211]." Die bereits geschilderten politischen Vorgänge haben die Lagebeziehungen Berlins in zweifacher Hinsicht verändert, nämlich durch:

1. Die *Spaltung der Stadt* in zwei heute politisch und wirtschaftlich voneinander getrennte Stadtgebiete (Westberlin und Ostberlin),
2. die *Isolierung Westberlins* von seinem natürlichen Hinterland.

Die politische Spaltung Berlins hat zahlreiche Veränderungen hervorgerufen, die ihren wirtschaftlichen Niederschlag deutlich erkennen lassen. Am augenfälligsten unter diesen Vorgängen ist die Verdoppelung der Stadtverwaltung [212], die durch diese Spaltung hervorgerufen wurde. Die Verdoppelung der Stadtverwaltung betrifft allerdings nur die zentrale Verwaltung, da die Bezirksverwaltungen in beiden Stadtgebieten erhalten geblieben sind.

Schwieriger war es dagegen, auf dem Gebiet des örtlichen *Versorgungs- und Verkehrswesens* Lösungen für die eingetretenen Probleme zu finden. Zunächst verkehrten die öffentlichen Verkehrsmittel, wenigstens teilweise, noch über die Sektorengrenze hinweg. Im Laufe der Jahre wurde der Straßenbahn- und Omnibusverkehr zwischen beiden Stadtgebieten vollkommen eingestellt, während der S-Bahn- und U-Bahnverkehr noch bis zum 13. August 1961 über die Sektorengrenze hinweg aufrechterhalten werden konnte [213]. Eine weitere Folge der Spaltung war das Zurückbleiben der nahe der Sektorengrenze gelegenen Stadtgebiete, die während des Krieges zerstört worden waren. Auf beiden Seiten ist entlang der Sektorengrenze bisher relativ wenig zum Wiederaufbau der zerstörten Einrichtungen unternommen worden; das hat zu einer Entleerung der direkt an der Sektorengrenze gelegenen und infolgedessen verkehrsarmen Gebiete geführt. Selbst die von Kriegszerstörungen verschonten Handels- und Dienstleistungseinrichtungen

[211] *Behrmann, W.*, Die Lage Berlins im Wandel der Zeiten, a.a.O., S. 51.

[212] Die Senatsverwaltung in Westberlin ist in ihrem Aufbau und ihren Aufgaben mit den Verwaltungen der Stadtstaaten im Bundesgebiet zu vergleichen.

[213] Vgl. hierzu die Darstellung bei: *Schindler, H.-G.*, Die Sektorengrenze und ihre Auswirkungen auf das Stadtbild, in: Geographische Rundschau, 7. Jg. (1955), Nr. 8, S. 308 ff., besonders S. 310 f.

in der unmittelbaren Nähe der Sektorengrenze sind dadurch in Schwierigkeiten geraten[214]. Die neuen Verkehrsgegebenheiten waren von Versorgungslücken begleitet, die auf beiden Seiten durch die Abgrenzung entstanden. Die versorgungstechnische Einheit Berlins war durchschnitten worden, so daß trotz zeitweiliger Ausgleichsleistungen Engpässe bemerkbar wurden. Neue Einrichtungen wurden geschaffen[215] und technische Umstellungen durchgeführt; allerdings gab es immer noch technische Verbindungen zwischen Ost- und Westberlin[216].

Tiefergreifend waren dagegen die *wirtschaftlichen Auswirkungen* der Spaltung Berlins. Besonders deutlich kommt das in der nach dem Kriege zu beobachtenden Citybildung in den westlichen Verwaltungsbezirken zum Ausdruck. Mit dem Verlust der alten City Berlins (Bezirk Mitte) waren die Bezirke Westberlins zunächst ohne großstädtisches Zentrum. Allmählich haben sich hier neue Ansätze gebildet, die die Funktionen der alten City teilweise übernommen haben[217] und diese vertreten. Infolge Aufsplitterung auf die in verschiedenen Bezirken bestehenden Zentren ist es nicht zu einer konzentrierten Citybildung in Westberlin gekommen. Wohl sind die schon vor dem Kriege vorhanden gewesenen Einkaufszentren in den einzelnen Bezirken erweitert worden und zum Teil über deren Versorgungsfunktion hinausgewachsen[218]. In besonderem Maße gilt das für die Zoogegend, in der die Citybildung allerdings schon vor dem Kriege einsetzte. Im Zuge dieser Verlagerungen und im Zusammenhang mit den Enteignungsvorgängen in Ostberlin sind schon in den ersten Nachkriegsjahren zahlreiche Unternehmungen, besonders aus dem Handels- und Bankenbereich, nach Westberlin abgewandert.

Solche Möglichkeiten hatten die Industriebetriebe allerdings kaum, obwohl die Spaltung Berlins für die *Industriewirtschaft* mit besonders spürbaren Wirkungen verbunden war. Häufig wurden Zweigbetriebe von ihren Unternehmungen getrennt[219]; fast immer aber wurden die bestehenden

[214] Eine Verstärkung dieser negativen Auswirkungen der Sektorengrenze ist nach dem 13. August 1961 mit der endgültigen Abriegelung der Sektorengrenze eingetreten; während bis dahin in die Grenzgebiete noch Kunden aus beiden Teilen der Stadt kamen, hörte dieser „Grenzverkehr" nun schlagartig auf.

[215] Z. B. das Ernst-Reuter-Kraftwerk in Westberlin.

[216] Z. B. für Kanalisation, Wasserversorgung usw.

[217] Vgl. *Krause, R.*, Die Berliner City: Frühere Entwicklung / Gegenwärtige Situation / Mögliche Perspektiven (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Sonderhefte N. F. Nr. 43). Berlin 1958, S. 62 ff.; und
Bülow, F., Raumpolitischer Strukturwandel der Wirtschaft und Versorgung Berlins, a.a.O., S. 63 ff.

[218] Vgl. *Thalheim, K. C.*, Die Wirtschaft Berlins zwischen Ost und West (Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 4). Berlin 1952, S. 16 ff.

[219] Z. B. bei der AEG.

Lieferbeziehungen zwischen den verschiedenen Stufen der industriellen Fertigung unterbrochen. Die Industrie mußte sich daher in beiden Teilen der Stadt auf neue Liefer- und Absatzbeziehungen einstellen. Die momentanen Wirkungen dieser Unterbrechungen waren zwar nicht so erheblich, da die allgemeinen Versorgungs- und Produktionsschwierigkeiten der Nachkriegszeit im Zusammenhang mit den umfangreichen Zerstörungen und Demontagen der Berliner Wirtschaft zunächst überall Improvisationen, schließlich aber meist einen Neubeginn verlangten. Erst mit der allmählichen Normalisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse zeigten sich aber für die Berliner Industrie sehr oft Schwierigkeiten bei der Bildung neuer Kontakte für Rohstoffbezug und Produktionsabsatz.

Weniger einschneidend waren die ersten Auswirkungen der Spaltung für den Zusammenhang des Berliner Arbeitsmarktes. Zwar brachte die häufige Trennung zwischen Wohnplatz und Arbeitsbezirk auch hier Störungen, doch konnten die Berufstätigen zunächst noch aus beiden Teilen der Stadt über die Sektorengrenze hinweg zu ihren alten Arbeitsplätzen gelangen. Daraus entstand nach der getrennten Währungsreform die Sondersituation der „Grenzgänger“, deren Zahl sich im Laufe der Zeit in beiden Teilen der Stadt allerdings verschieden entwickelt hat. So nahm die Zahl der in Ostberlin wohnenden und in Westberlin arbeitenden Grenzgänger im Laufe der Jahre immer mehr zu, während umgekehrt die Zahl der aus Westberlin kommenden Grenzgänger allmählich abnahm. Zweifellos war das ein sichtbarer Ausdruck der Einschätzung der Wirtschaftserfolge in Westberlin durch die Arbeitnehmer. Die vollkommene Trennung der Teilstädte hat aber auch diese *Restbeziehungen des Berliner Arbeitsmarktes* aufgelöst.

Insgesamt wird man angesichts der ständigen Existenzbedrohung Westberlins die damals aus der Spaltung der Stadt entstandenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht sehr hoch einschätzen. Die Bemühungen, die seinerzeit von Westberlin und den westlichen Besatzungsmächten ausgingen, um die wirtschaftliche Einheit Berlins zu erhalten, zeigen allerdings deutlich, welche große Bedeutung der Spaltung damals schon in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht beigemessen wurde. Ein sichtbarer Beweis für diese Bemühungen war der Versuch der Doppelwährung in Westberlin nach der getrennten Währungsreform im Jahr 1948[220]. Diese Ausgleichsbemühungen scheiterten aber bald, so daß auch die wirtschaftliche Spaltung Berlins immer

[220] In den ersten Monaten nach der Währungsreform war neben der DM-West in Westberlin die DM-Ost Zahlungsmittel für wichtige Ausgaben (z. B. Mieten, Fahrgelder, Versicherungen usw.). Vgl. die Darstellung bei *Meimberg, R.*, Wirtschaft und Währung West-Berlins zwischen Ost und West. (Schriftenreihe, hrsg. von der Berliner Zentralbank, Heft 1). Berlin-München 1950.

vollkommener wurde. Die Bedeutung der damit verbundenen wirtschaftlichen Vorgänge ist allerdings geringer als bei der noch zu behandelnden Isolierung Westberlins, weil sie nur *einmalige Neuorientierungen*, nicht aber dauerhafte Schwierigkeiten mit sich brachten, wie es bei der Isolierung Westberlins von seinem Hinterland der Fall ist.

Die *Isolierung Westberlins* ergibt sich aus den politischen Vorgängen und der Lage der Stadt inmitten der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Isolierung heißt: Westberlin ist heute von einem Gebiet eingeschlossen, dessen politische und wirtschaftliche Entwicklung unter gänzlich anderen Bedingungen verläuft; Westberlin ist somit eine echte *Exklave Westdeutschlands*, deren politische Zugehörigkeit noch nicht einmal als vollauf gesichert erscheint. Für die Wirtschaft Westberlins bedeutet das die völlige Trennung von dem natürlichen Hinterland der Stadt, mit dem sie enge Verflechtungen hatte. Ihr räumlicher Umkreis ist bei der Darstellung der einzelnen Bereiche ungefähr abgesteckt worden. Daher genügt es hier, die Auswirkungen der Isolierung Westberlins unter Hinweis auf die früheren Verflechtungen zusammenzufassen.

Eine einschneidende Wirkung hatte die Isolierung für den *Leistungszusammenhang der Berliner Wirtschaft* mit der Umgebung der Stadt. Durch die Evakuierung der Bevölkerung hatte sich die Zahl der Pendler im Kriege noch erheblich erhöht, obwohl gleichzeitig auch manche Betriebe ausgelagert worden waren. Nach dem Kriege lebte daher ein großer Teil der Arbeitskräfte außerhalb der Stadt, so daß die Isolierung die Zahl der in Berlin verfügbaren Arbeitskräfte erheblich verringerte. Ein Rest der früheren Beziehungen blieb mit den sogenannten „Grenzgängern“ erhalten, von denen noch im Frühjahr 1961 fast 57 000 (aus den Randgebieten und aus Ostberlin) täglich nach Westberlin kamen. Einen deutlicheren Ausdruck konnte die wirtschaftliche Zusammengehörigkeit Westberlins mit seiner Umgebung und mit der östlichen Teilstadt nicht finden. Erst durch die völlige Abriegelung der Grenzübergänge sind diese Beziehungen unterbrochen worden.

Nach dem Kriege haben sich zunächst auch die Einkaufsbeziehungen noch erhalten, soweit Berlin bei der damaligen Versorgungslage als Einkaufszentrum überhaupt interessant war. In völliger Übereinstimmung mit den früheren Versorgungsbeziehungen richteten sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit die Einkaufsbeziehungen aber von der Stadt auf das umgebende Land, da die Berliner Bevölkerung weitgehend auf den Erwerb von Lebensmitteln aus der Landwirtschaft der Umgebung angewiesen war. Der Berliner brachte damals nicht nur seine Ware auf das Land, um sie dort gegen Lebensmittel auszutauschen, sondern auch sein persönliches Hab und Gut, soweit es den Krieg überdauert hatte. Mit dem Wiederaufbau der Berliner Wirtschaft,

der bei der Kleinindustrie und beim Handwerk zuerst einsetzte, wurde Berlin aber schnell wieder zum Zentrum des Einkaufs für die Umgebung. Diese Funktion der Stadt hat sich auch nach ihrer Spaltung und der Isolierung Westberlins erhalten. Die Bevölkerung der SBZ kam auch noch in den letzten Jahren nach Berlin, um dort besondere Einkäufe zu tätigen. In Westberlin wurden vor allem Waren eingekauft, die es in der SBZ entweder gar nicht oder nur in schlechter Qualität gab; nach Ostberlin aber kam der Käuferstrom deshalb, weil Ostberlin aus Gründen der Propaganda besser mit Konsumwaren versorgt wurde als die SBZ[221].

Insgesamt also hatten die Nachkriegsereignisse noch keineswegs zu einem Abbruch der Beziehungen der Bevölkerung in der Umgebung Berlins mit der Stadt geführt. Diese Beziehungen blieben – wenn auch mit veränderter Intensität und Richtung – vorläufig weitgehend erhalten und zeigten eine starke Beharrungskraft. Erst die völlige Abriegelung der Zonen- und Sektorengrenzen Westberlins hat sie endgültig zerschnitten. Bis dahin bestand jedoch noch ein enger Kontakt zwischen der Bevölkerung in den Randgebieten Berlins mit Westberlin und seiner Bevölkerung, erst recht aber zwischen West- und Ostberlin. Sicher kann man damit rechnen, daß diese Beziehungen bei einer Normalisierung der Berliner Wirtschaft schnell wieder aufleben würden, selbst wenn die Dauer der jetzigen Verhältnisse die zum Ersatz gebildeten Beziehungen festigen kann.

Für die Entwicklung der Westberliner Industrie ist die Trennung zwischen Berlin und seiner Umgebung von spezieller Bedeutung gewesen. Wie gezeigt wurde, hatte die Berliner Industrie auch schon vor dem Kriege den größten Teil ihres Absatzes außerhalb der jetzigen SBZ und der deutschen Ostgebiete. Das gleiche gilt für eine ganze Reihe wichtiger Rohstoffbeziehungen. Besonders betroffen wurden von der Trennung vor allem die auf natürliche Rohstoffe aus der Umgebung angewiesenen Industriezweige. Die übrige Industrie war aber auch schon früher auf umfangreiche Rohstofflieferungen aus Westdeutschland eingestellt. Die Rohstoffentfernungen haben sich daher durch die neuartige Lage Berlins für die wichtigsten Berliner Industriezweige kaum verändert. Im einzelnen hatte jedoch auch die Industrie Schwierigkeiten, für die zahlreichen speziellen Verbindungen zwischen Berlin und seinem wirtschaftlichen Hinterland einen Ersatz zu finden. In dieser Lage waren aber nicht nur die Betriebe in Westberlin; ebenso mußte sich die Ost-

[221] Der Einzelhandelsumsatz pro Kopf der Bevölkerung lag in Ostberlin mit DM 3.244,— im Jahr 1959 um etwa ein Drittel höher als der Durchschnitt für das gesamte sowjetisch besetzte Gebiet. Im Jahr 1953 belief sich der Abstand sogar auf zwei Fünftel des SBG-Durchschnitts.
Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1959, S. 544. Dieser Rückgang steht mit der Einschränkung der Einkäufe der Westberliner in Ostberlin im Zusammenhang.

berliner Industrie auf die neuen Rohstoff- und Absatzgebiete in der SBZ und in den Ländern des Ostblocks einstellen. Da die SBZ als Versorgungsland Ostberlins eine Reihe von Rohstoffen nicht hat, waren die Umstellungen hier mitunter noch schwieriger als in Westberlin, das durch die Rohstoffversorgung von Westdeutschland qualitativ und quantitativ gut versorgt werden kann. Allerdings ist diese Versorgung durch die Transportunsicherheit dauernd gefährdet und daher nicht mit normalen Wirtschaftsbeziehungen gleichzusetzen.

Die politischen Einflüsse haben die Lagebeziehungen für beide Teile der Stadt verändert. Neben der Spaltung sind für Westberlin die Isolierung von seiner Umgebung und für Ostberlin die Trennung von Westdeutschland und die verstärkte Integration mit dem Gebiet der SBZ die wichtigsten Ergebnisse dieser Einflüsse. In beiden Teilstädten waren die Auswirkungen im Zusammenhang mit den politischen Unsicherheiten so stark, daß die während des Krieges und durch die Demontagen eingetretenen Kapazitätsverluste bis heute noch nicht wieder ausgeglichen werden konnten. In allen Wirtschaftsbereichen haben die beiden Teilstädte Berlins die frühere Bedeutung der Stadt daher nicht wieder erreichen können. In diesem Sinne ist Berlin heute trotz aller Aufbaumaßnahmen in West und Ost ein Entwicklungsstandort, in dessen Struktur sich jedoch alle Elemente der früheren Funktionen und Beziehungen der Stadt erhalten haben.

2. *Struktur- und Bedeutungswandel*

Vor dem Kriege war die Wirtschafts- und Regionalstruktur Berlins von einer Mischung verschiedener Funktionen geprägt, unter denen die *Hauptstadtfunktion* zentrale Bedeutung hatte. Sie bestimmte nicht nur das Leistungsgefüge durch den hohen Anteil der Beschäftigung im Dienstleistungsbereich, sondern zugleich auch weitgehend die Sozialstruktur der Stadt. Die zahlreichen Reichsbehörden und die ihnen gefolgten zentralen Wirtschaftsfunktionen hatten eine große Zahl von Beamten und Angestellten in die Stadt gebracht, so daß der Bevölkerungsanteil dieser Sozialgruppen trotz der starken Industrialisierung recht hoch war. Andererseits hatte die Industrie mit ihrer großen Arbeiterschaft das Entstehen einer Beamtenstadt Berlin verhindert. Daneben hatte Berlin als Handelsplatz schon große Bedeutung, die mit dem Anwachsen der Hauptstadt noch erheblich zunahm. Schließlich hatte die günstige Verkehrslage der Stadt zu einer starken Ausbildung der Verkehrsfunktionen geführt.

Das Ergebnis dieser günstigen Beeinflussung der einzelnen Wirtschaftsbereiche in Verbindung mit den hauptstädtischen Funktionen war eine weitgehende *Mischung der Beschäftigungsstruktur*, mit der eine entsprechende *Vielseitigkeit der Sozialstruktur* einherging. Die Mischung wurde dadurch gefördert, daß die Entwicklung des einen Bereiches auf die anderen ausstrahlte und so Einseitigkeiten vermieden wurden. Berlin war daher vor dem Kriege nicht nur Hauptstadt oder nur Industriestandort oder nur Verkehrsmittelpunkt. Die vielseitigen Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt hatten in Verbindung mit der Gunst der politischen Vorgänge zu einer allseitigen Ausnutzung der Standortbedingungen geführt. Nur diese Vielseitigkeit der Berliner Wirtschaft hat sie nach dem Kriege vor dem Zusammenbruch bewahrt. Wäre Berlin nur Industriestandort oder nur Hauptstadt gewesen, hätten die Schwierigkeiten sicher ein größeres Ausmaß angenommen und der Abstieg Berlins wäre kaum aufzuhalten gewesen. Die vielseitigen Einsatzmöglichkeiten der verbliebenen Bestände konnten aber jede Entwicklungschance nutzbar machen. Auch in der gegenwärtigen Situation sind die Entwicklungsmöglichkeiten Berlins nicht nur in einer Richtung zu sehen, vielmehr bietet gerade die Ausgewogenheit der Vorkriegsstruktur Ansätze in allen Wirtschaftsbereichen.

Allerdings darf dabei nicht übersehen werden, daß die regionalwirtschaftliche Bedeutung Berlins stark vermindert ist. Raumpolitisch wirkt sich hierbei vor allem aus, daß Westberlin heute nicht nur von seiner direkten Umgebung, sondern lagemäßig auch von dem größten Teil seines früheren Einflußgebietes (Westdeutschland und Ostgebiete) getrennt ist. Besonders die räumliche Trennung Berlins von Westdeutschland, mit dem es heute integriert ist, erklärt das Ausmaß der Verluste in allen Wirtschaftsbereichen. Da Berlin von dem sowjetisch besetzten Teil Deutschlands völlig eingeschlossen ist, unterblieb in Anerkennung des Sonderstatus, den die Alliierten der Stadt gegeben hatten, die Einbeziehung Westberlins in den neuen westdeutschen Bundesstaat. Damit konnte *Westberlin nicht die Hauptstadt* dieses Bundesstaates werden, obwohl die Möglichkeit dafür offengelassen wurde. Die Wahl einer anderen Hauptstadt brachte die Entscheidung für Bonn, das zur „provisorischen Bundeshauptstadt“ erklärt wurde[222]. Gleichzeitig wurde aber Ostberlin nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch mit der sowjetischen Besatzungszone verbunden und schließlich zur Hauptstadt dieses Gebietes erklärt. Damit konnte Ostberlin zu einem Teil die Funktionen wieder erringen, die Berlin vor dem Kriege als deutsche Hauptstadt ausgeübt hatte. Ein entsprechender Vorgang in Westberlin unterblieb, so daß der schon vor dem Kriege bestehende Unterschied in der Beteiligung beider Teilstädte an

[222] Vgl. S. 112 f. dieser Darstellung.

diesen Funktionen ganz erheblich verstärkt wurde. Die inzwischen in Ostberlin gegründeten oder wiedererrichteten Ministerien sind ihrem Umfang und ihrer Ausstrahlung nach sicher nicht mit der früheren Reichsverwaltung, zu der damals noch die preußische Staatsverwaltung hinzukam, vergleichbar; andererseits muß dabei aber die Ausweitung der Verwaltungsfunktionen im zentralistischen System der SBZ berücksichtigt werden. Trotzdem dürfte auch in Ostberlin ein gewisser Rückgang der Hauptstadtfunktionen das Ergebnis der Entwicklung sein.

In Westberlin konnten dagegen einige Bundesbehörden, die inzwischen dorthin verlegt wurden, nur einen schwachen Ausgleich für die verlorenen Hauptstadtfunktionen bilden. Dabei handelt es sich um nachgeordnete Bundesbehörden, nicht um Ministerien; als einziger Bundesminister hat der Minister für gesamtdeutsche Fragen einen Sitz in Westberlin. Das sogenannte „Bundeshaus" in Westberlin stellt lediglich die Zusammenfassung der Westberliner Zweigstellen der Bundesministerien dar, deren Stärke zusammen noch nicht einmal die eines größeren Ministeriums in Bonn erreicht. Daneben haben einige Bundesverwaltungen ihren Sitz in Westberlin, darunter z. B. das Bundesverwaltungsgericht, die Bundeskartellbehörde und die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte; in den letzten Jahren sind noch die Wiedergutmachungsämter zweier Bundesländer hinzugekommen. Selbst wenn diese Bundesbehörden beschäftigungsmäßig das Gewicht der früheren Reichsverwaltung und ihrer angeschlossenen Ämter und Behörden erreichten, wäre damit der Verlust der Hauptstadtfunktionen für Berlin noch keineswegs ausgeglichen. Diesen Behörden fehlt in jedem Fall die Ausstrahlung auf andere zentrale Einrichtungen und Organisationen, die Berlin früher zu einer Agglomeration zentraler Funktionen gemacht hatte.

Eine Vorstellung von diesem Vorgang gibt die Entwicklung im Raum Bonn, die jedoch ausschließlich auf das politische Zentrum und das Hinzutreten politischer Organisationen und Einrichtungen begrenzt ist. Berlin war dagegen vor dem Kriege als Hauptstadt gleichzeitig auch die *wirtschaftliche Metropole* des deutschen Reiches. Die Massierung staatlicher Verwaltungen hatte zu einer gleichzeitigen Ausdehnung der Beschäftigung in den Wirtschaftsorganisationen, im Nachrichten- und Verkehrswesen und schließlich in speziellen Handelsbereichen geführt. Die beiden Teilstädte waren trotz ihres unterschiedlichen Bevölkerungsgewichtes an dieser Massierung zu etwa gleichen Teilen beteiligt, Westberlin also nur unterdurchschnittlich. – Insgesamt führte die Ausdehnung dieser zentralen Funktionen über die große Zahl von Beamten und Angestellten in mittleren und gehobenen Positionen wiederum zu einer überdurchschnittlichen Nachfrage nach Dienstleistungen und Handelstätigkeiten.

Da die Dienststellen und zentralen Einrichtungen überwiegend auf die Stadtmitte konzentriert waren, mußte auch der Anteil Ostberlins an diesen Funktionen über seinem Bevölkerungsanteil liegen. Diese Feststellung besagt jedoch nicht, daß Westberlin von dem Verlust und den Einschränkungen der Hauptstadtfunktionen nicht betroffen worden sei. Vielmehr muß bei diesem Ungleichgewicht und bei dem starken Berufspendlerverkehr innerhalb des Stadtgebietes damit gerechnet werden, daß der weitaus größere Teil der in diesen Bereichen beschäftigten Personen in Westberlin wohnte. Das gilt um so mehr, wenn man berücksichtigt, daß die von dieser Personengruppe im allgemeinen bevorzugten Wohnbezirke[223] größtenteils in Westberlin liegen. Mit dem *Verlust der Hauptstadtfunktionen* haben daher zahlreiche Beamte und Angestellte, die in Westberlin wohnten, nach dem Kriege ihren Arbeitsplatz verloren. Diese Auswirkung des Funktionsverlustes in Westberlin zeigt sich noch heute am Arbeitsmarkt der Stadt, der ein Überangebot an älteren Verwaltungskräften aufweist. Dagegen ist die Lage in Ostberlin günstiger, da mit der allmählichen Entwicklung der neuen Hauptstadtfunktionen diese Kräfte wieder in das Erwerbsleben eingegliedert wurden. Einen nachhaltigen Einfluß auf die Wirtschaftsstruktur hatte dieser Funktionsverlust also vor allem in Westberlin.

Da ein Teil der früher in diesen Bereichen eingesetzten Personen nach dem Kriege in neue Tätigkeiten nach Westdeutschland oder in das Ausland abgewandert ist, verblieb Westberlin als Rest vor allem der ältere Teil der früher in diesen Funktionen Beschäftigten. Das bietet eine Erklärung für die Überalterung der Bevölkerung in Westberlin wie auch für den hohen Anteil, den die Rentner und Pensionäre in der Sozialstruktur der Stadt einnehmen. Wie schon dargelegt wurde, hat die Einwohnerzahl Berlins ihren Vorkriegsstand bei weitem nicht wieder erreicht, und die Abgänge aus Berlin sind vor allem auf die Kriegsverluste und Abwanderungen zurückzuführen, an denen in erster Linie die mittleren Jahrgänge, nicht aber die älteren, beteiligt waren. Diese altersmäßig einseitige Verringerung der Bevölkerung hat in ganz Berlin zu einer Überalterung der Bevölkerung geführt. Ein großer Teil dieser älteren Einwohner Berlins lebte früher von Funktionen, die heute – jedenfalls in Westberlin – nicht mehr in ausreichendem Umfang vertreten sind.

In engem Zusammenhang mit dem Verlust der Hauptstadtfunktion und ebenfalls als Folge der räumlichen Isolierung Westberlins von seinem übrigen Wirtschaftsgebiet ist der fühlbare *Abbau der Verkehrsfunktionen* zu sehen. Dieser Abbau betrifft in sehr starkem Maße auch Ostberlin, da nach der wirtschaftlichen und verkehrsmäßigen Trennung von Westdeutschland die

[223] Etwa die Bezirke Zehlendorf, Wilmersdorf und Steglitz, aber auch einige Ortsteile im Osten der Stadt.

starken Verkehrsströme ausfielen, die früher über Berlin führten. Diese Verluste sind erheblich, denn die politische und wirtschaftliche Entwicklung hatte Berlin zur Hauptstadt und zum größten Industriezentrum Deutschlands gemacht, so daß alle Verkehrswege eingesetzt wurden, um den Warenaustausch und Personenverkehr dieser Stadt zu bewältigen.

So stand Berlin vor dem Kriege im Mittelpunkt des deutschen Eisenbahnverkehrsnetzes[224] und zugleich im Mittelpunkt des deutschen Straßen- und Luftverkehrsnetzes. Gleichzeitig waren die Wasserwege Berlins durch Kanalverbindungen mit Oder und Elbe dahin ausgebaut worden, daß Berlin einer der größten deutschen Binnenhäfen war[225]. Die Lage Berlins, die diese Verkehrsentwicklung gefördert hat, ist zwar durch die Entwicklung nicht verändert worden, wohl aber stören die politischen Zustände gegenwärtig den Verkehr, der sich aus dieser Lage ergibt. Eine Gegenüberstellung der von Berlin aus verkehrenden D-Züge für 1939 und 1950 ergibt ein erschreckendes Resultat[226]: 1939 verkehrten täglich 164 D-Züge, 1950 dagegen nur noch 29 D-Züge ab Berlin. Immerhin hat sich die zentrale Bedeutung Berlins für den sowjetzonalen Verkehr noch erhalten, so daß das ursprüngliche Bild des Berliner D-Zugverkehrs noch annähernd zu erkennen ist[227].

Auch im Flugverkehr, besonders bei den internationalen Verbindungen, ist die Stellung Berlins abgeschwächt worden[228]. Hier hat Berlin heute im wesentlichen nur noch die Verbindungen durch je eine amerikanische, englische und französische Fluggesellschaft mit den westdeutschen Großstädten und das nicht sehr dichte Flugnetz der sowjetzonalen „Lufthansa". — Noch stärker ist die Bedeutung Berlins für die Binnenschiffahrt zurückgegangen. Während die Häfen Berlins 1939 noch einen Warenumschlag von 8,8 Mio. to hatten, belief sich der Umschlag im Jahr 1960 nur noch auf 5,5 Mio. to[229]. In diesem erstaunlichen Rückgang wirken sich der Verlust der Oder als Schiffahrtsweg und der Verbindung mit dem großen Ostseehafen Stettin durch die Abtrennung der Ostgebiete aus, und zum anderen die Tatsache, daß Westberlin heute nicht mehr Umschlagplatz, sondern Endpunkt des Verkehrs ist.

Die eigenartige politische Situation Berlins hat die Verkehrsfunktionen

[224] Vgl. *Hoffmann, R.*, Lage und Funktionen der Hauptstadt Berlin, in: Die unzerstörbare Stadt (Institut für Raumforschung). Köln-Berlin 1953, S. 59.

[225] Vgl. Tabelle 16 im Anhang.

[226] Nach *Behrmann, W.*, Die Lage Berlins im Wandel der Zeiten, a.a.O., S. 48 ff.

[227] Inzwischen haben sich durch den Bau des Außenringes um Berlin allerdings erhebliche Verschiebungen ergeben.

[228] *Schroeder, K.*, Berliner Luftverkehr der Vorkriegszeit und Gegenwart, in: Die Erde, 1955, Heft 1, S. 112 ff.

[229] Vgl. Tabelle 16 im Anhang.

stark eingeschränkt. Die Entwicklung war in Ostberlin zweifellos günstiger als in Westberlin, da die Verbindung Ostberlins mit der mitteldeutschen Wirtschaft die früheren Verkehrsfunktionen wenigstens zum Teil erhalten konnte. Die Beschäftigtenzahl im Wirtschaftsbereich Verkehrs- und Postwesen ist daher in Ostberlin nur um rund 10 % von 1939 bis 1959 zurückgegangen, in Westberlin aber um fast 50 %. Entscheidend für diese Entwicklung ist also offenbar in dem einen Fall der *Zusammenhang Ostberlins mit seinem wirtschaftlichen Hinterland* (SBZ) und im anderen Fall die *Trennung Westberlins von seinem Wirtschaftsgebiet* (Westdeutschland) gewesen. Gerade im Bereich des Verkehrs zeigen sich also die Folgen der Trennung Westberlins von seinem Wirtschaftsgebiet sehr deutlich und setzen einen grundlegenden Unterschied zu Ostberlin.

Insgesamt sind mithin drei wesentliche Veränderungen der Lage Berlins bzw. der wirtschaftlichen Ausnutzung der Lage Berlins eingetreten:

1. Die Stadt ist heute in zwei politisch *voneinander getrennte Stadtgebiete* geteilt. Diese Teilung hat bis zur vollkommenen Trennung offenbar nicht zu übermäßigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und vor allem nicht zu strukturellen Störungen geführt. Die dadurch entstandenen Versorgungs- und Beschäftigungslücken konnten im Laufe der Zeit für beide Teile einigermaßen ausgeglichen werden.
2. Größere Bedeutung hatte die *Isolierung Westberlins* von seinem natürlichen Hinterland. Sie führte teilweise zu einer Verlagerung der Lieferbeziehungen Westberlins in westdeutsche Gebiete. Besonders stark ist diese Verlagerung auf dem Gebiet der Versorgung mit Nahrungsmitteln gewesen. Für den Absatz der Berliner Industrie ist die Isolierung Westberlins von seinem Hinterland nicht allein entscheidend gewesen. Schon vor dem Kriege hatte Westberlin seine wichtigsten Absatzgebiete in Westdeutschland bzw. im Ausland.
   Angesichts der Unsicherheit der Transportwege ist aber die Verlagerung der Beziehungen von der Umgebung auf weiter entfernte Gebiete ein ausschlaggebender Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung geworden.
3. Entscheidend für die Entwicklung der Berliner Wirtschaft ist allerdings der *Unterschied in der wirtschaftlichen* (und politischen) *Zugehörigkeit* der beiden Teilstädte. Einerseits ergibt sich daraus für Westberlin die *Trennung von seinem heutigen Wirtschaftsgebiet,* andererseits – und mit vollkommen anderen Konsequenzen – für *Ostberlin die Neuorientierung* auf die SBZ und den Ostblock, die in ihrer Ausschließlichkeit zu bemerkenswerten Umstellungen geführt hat. Bedeutender waren die Wirkungen der veränderten Zugehörigkeit aber in Westberlin, das dadurch die Hauptstadtfunktionen verlor und in seinen Absatzmöglichkeiten durch

die Gefährdung der Verkehrswege stark eingeschränkt worden ist. Die Bedeutung dieser Gefährdung zeigte die Blockade, die nur für die notwendigste Versorgung durch Lufttransporte überbrückt werden konnte.

Insgesamt hat die Berliner Wirtschaft mehr an Bedeutung verloren, als sich aus der Abnahme der Einwohnerzahl erkennen läßt. Da die Beschäftigungsquote heute in beiden Teilstädten niedriger als vor dem Kriege ist, muß sich die Beschäftigtenzahl Berlins stärker verringert haben als die Einwohnerzahl. Schwerer als diese quantitativen Verluste wiegen jedoch die qualitativen, vor allem der *Verlust der Hauptstadtfunktionen.* Erstaunlich ist aber bei der Verschiedenartigkeit der einzelnen Vorgänge die weitgehende Übereinstimmung der Entwicklung in den beiden Teilstädten. Obwohl völlig verschiedene Einflüsse auf die Entwicklung der beiden Teilstädte eingewirkt haben, sind die Beschäftigtenanteile der einzelnen Wirtschaftsbcreiche in Westberlin und in Ostberlin keineswegs so unterschiedlich, wie nach der Situation zu vermuten wäre.

Überhaupt zeigen Westberlin und Ostberlin in verschiedener Hinsicht *weitgehende Übereinstimmungen ihrer Strukturen und Entwicklungen.* Das gilt für die Bevölkerungs- und Sozialstruktur ebenso wie für die Entwicklung der Industrie- und Wirtschaftszweige. Sogar die Tendenzen der regionalen Entwicklung innerhalb Berlins zeigen mehr Übereinstimmung zwischen den Teilstädten als Unterschiede. Die Vorkriegsstruktur der Berliner Wirtschaft war demnach so weit gefestigt, daß ihre Beharrungskraft sich gegenüber den verschiedenartigen Entwicklungsbedingungen in den beiden Teilstädten großenteils durchsetzen konnte. Obwohl diese unterschiedlichen, ja z. T. entgegengesetzten Einflüsse nun schon über 15 Jahre auf die Entwicklung Berlins eingewirkt haben, blieb im Grunde genommen *das Gefüge der Großstadt unverändert.* Die zur Anpassung an die neuen Bedingungen erfolgten Umstellungen fügten sich weitgehend in die vorhandenen Strukturen ein, so daß – abgesehen von der Verschiebung einzelner Daten – *keine grundlegenden Strukturunterschiede zwischen West- und Ostberlin* entstanden sind. Diese Feststellung ist besonders wichtig für die Beurteilung der Chancen, die Berlin in einem wiedervereinigten Gesamtdeutschland hat. Nach den Ergebnissen dieser Untersuchung wird man sagen können, daß eine Vereinigung der beiden Teilstädte zu einer Hauptstadt Gesamtdeutschlands nicht auf strukturelle Schwierigkeiten stoßen wird.

Bei dieser Beurteilung ist außerdem wichtig, daß keine andere deutsche Stadt bisher die Rolle Berlins übernommen hat. Innerhalb des sowjetisch besetzten Gebietes ist Ostberlin die einzige zentrale Hauptstadt, in der alle hauptstädtischen Funktionen konzentriert sind. Innerhalb Westdeutschlands verteilen sich diese Funktionen aber auf mehrere Städte. Während die poli-

tischen Funktionen weitgehend in Bonn konzentriert sind, haben sich die zentralen Wirtschaftsfunktionen auf mehrere Städte aufgeteilt, unter denen Frankfurt/Main führend ist. Eine noch weitere Aufteilung erfolgte bei den zentralen Funktionen des Handels und des kulturellen Bereichs.

Auch heute noch ist Berlin im Vergleich zu den inzwischen angewachsenen zentralen Städten Westdeutschlands führend, doch hat sich der Abstand bereits merklich verringert. Immerhin ist aber bisher in Deutschland *keine andere Stadt zur überragenden Metropole aufgestiegen.* In diesem Zusammenhang war die Wahl der Stadt Bonn zur Bundeshauptstadt eine positive Entscheidung für die Entwicklungsmöglichkeiten Berlins. Bonn war von seiner Lage, Struktur und Größe her nicht in der Lage, alle zentralen Funktionen aufzunehmen, die Berlin durch die politischen Veränderungen verloren hatte. Daher erfolgte in Westdeutschland eine weitgehende Aufgliederung dieser Funktionen. Die Wahl einer der großen westdeutschen Zentralstädte, etwa München, Frankfurt/Main oder Hamburg, hätte dort sicherlich einen Konzentrationsvorgang hervorgerufen, wie er in Berlin vor Jahrzehnten stattgefunden hat. – In diesem Sinne war die *Wahl der Bundeshauptstadt wohl die wichtigste regionalpolitische Entscheidung von gesamtdeutscher Bedeutung.*

3. Die Beharrungskraft der Großstadt

Die Entwicklung Berlins unter den Bedingungen der politischen Spaltung und Isolierung überrascht in dem Ergebnis der weitgehenden Bestandserhaltung und der strukturellen Beharrung der Stadt und der heutigen Teilstädte. Mit dem regionalwirtschaftlichen Ansatz kann die Analyse diese Tendenzen, aber auch die Veränderungen der Wirtschaftsbedingungen besonders deutlich herausarbeiten. Ihr Resultat veranlaßt zu einer Reflexion über die generelle Bedeutung der im „Sonderfall" Berlin gefundenen Zusammenhänge und Tendenzen. Wenn trotz der bedrohlichen und zur Auflösung drängenden politischen Bedingungen und der durch sie veränderten Lagebeziehungen diese Stadt — bei allen bemerkenswerten Verlusten und Verschiebungen gegenüber ihren ungestörten Vorkriegsbeständen – eine erstaunliche Beharrungskraft und Festigkeit bewiesen hat, so kann daraus wohl ohne Einschränkung eine *allgemeine Beharrungstendenz der Standorte* (und Wohnorte) abgeleitet werden. Die für Berlin eingeleiteten Stützungsmaßnahmen schränken die allgemeine Bedeutung dieser Tendenz nicht ein, da sie für das Ergebnis der Entwicklung zwar wichtig, aber nicht wesentlich waren; jedenfalls waren die Schwierigkeiten der Berliner Wirtschaft größer als die Hilfe

durch derartige Maßnahmen. Demnach sind aber erheblich stärkere Beharrungstendenzen zu erwarten, wenn sie sich nicht gegen politische Extreme, sondern allein gegen wirtschaftliche Veränderungen, wie sie eine wachsende Wirtschaft stets für einzelne Standorte hervorruft, durchzusetzen haben.

Die Beharrungskraft der Standorte wird von den Entscheidungen der betroffenen Menschen und von den Bemühungen lokaler Organisationen und kommunaler Institutionen, die diese Entscheidungen weitgehend beeinflussen können, getragen. Die Grundlage dieser Entscheidungen ist aber der im Standort gegebene Bestand an wirtschaftlichen Möglichkeiten und sozialen Kräften. Hierzu zählen vor allem die Bevölkerung, mit der zugleich die Sozialstruktur substantiiert ist, und das wirtschaftliche Potential in der bestehenden räumlichen Anordnung. In diesen Bestand eingeschlossen sind die von der Geschichte geprägten Momente des Erscheinungsbildes, in dem jeder Standort seine Herkunft und Entwicklung weiterträgt[230]. Seine bauliche Anordnung und räumliche Gliederung tragen, erfüllt von Traditionen, die Zeichen vergangener Zusammenhänge und Funktionen; Straßennamen und Ortsbezeichnungen zeigen die Stärke dieser Persistenz des Vergangenen, das mindestens im baulichen Gefüge, oft aber auch im Bewußtsein erhalten und darum für die gegenwärtigen Regionalentscheidungen (mehr oder weniger) wirksam bleibt. Die alltägliche Bedeutung der Beharrungskraft beweist z. B. der Fortbestand historischer Grenzen in der heutigen Territorialgliederung, die nur gegen starke Widerstände seitens der Bevölkerung und der politischen Institutionen geändert werden könnte[231].

Makroökonomische Analysen und soziologische Globalmodelle haben die Dynamik und das Wachstum von Gesellschaft und Wirtschaft in den Vordergrund gestellt und den Eindruck der allgemeinen Fortschrittlichkeit und Anpassungsmobilität verbreitet, deren Nachweis in den „durchschnittlichen Entwicklungsraten“ gelingt. Diese für die Gesamtorientierung und -beurteilung notwendige Sicht darf jedoch nicht zu einer voreiligen Übertragung ihrer Ergebnisse auf die Einzelmitglieder der untersuchten Gesamtheit führen. Eine solche Durchschnittsbetrachtung ist tatsächlich nur vordergründig, denn sie verdeckt die in der regionalen Partialanalyse stets bemerkbare Verwurzelung der lokalen Bestände und der durch sie gegebenen Möglichkeiten im Vergangenen. Die individuellen Regionalstrukturen sind nur im Rückgriff auf die vorangegangene Entwicklung zu erklären. Keineswegs sind sie ausschließlich ein aktuelles Funktionssystem, das in der gegen-

[230] Nur aus den verschiedenen Entstehungsgründen läßt sich die Vielfältigkeit der deutschen Städte erklären. Vgl. *Metz, F.*, Die deutschen Städte — Grundlinien ihrer Entstehung und Entwicklung, in: Geographische Rundschau, 11. Jg. (1959), S. 111 ff.

[231] Die Bundesländer. Beiträge zur Neugliederung der Bundesrepublik (hrsg. vom Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten e. V.). Frankfurt a. M. 1950.

wärtigen Situation rational begründet wäre. Dem Historiker selbstverständlich, wirken die einst am Ort agierenden Kräfte im gegenwärtigen Erscheinungsbild des Standortes weiter. Soweit sich frühere Aktivitäten durchsetzen und festigen konnten, bilden sie in den verschiedenen Formen (Investitionen, Institutionen, Traditionen, Ideologien usw.) den Rahmen für die die aktuelle Entwicklung bestimmenden Entscheidungen und Handlungen.

Bereits an anderer Stelle[232] ist die Beharrung der Standorte gegenüber der Dynamik der Standortbedingungen[233] hervorgehoben worden. Sie begründet die Schwerfälligkeit räumlicher Gefüge bei Anpassungsvorgängen, die in der modernen Wirtschaft ständig erforderlich sind und von der diese Wirtschaft interpretierenden Theorie als vollziehbar vorausgesetzt werden. Die gewünschte (vollkommene) Anpassung wird aber erst möglich, wenn die *regionale Wirtschaftspolitik* die beharrenden Kräfte im Sinne der Anpassung mobilisiert. Der Wiederaufbau und die wirtschaftliche Erhaltung Berlins wären ohne derartige Maßnahmen in dem erreichten Umfang niemals möglich gewesen; das gleiche gilt sinngemäß für den Wiederaufbau anderer Städte. Ohne die Beharrungskraft wären diese Maßnahmen aber ohne Zweifel wirkungslos geblieben. Die Beharrung ist demnach keineswegs nur als negative Kraft, als Anpassungshemmung, zu werten; solche unerwünschten Wirkungen werden ausgeschaltet, wenn die beharrenden Kräfte von der regionalen Wirtschaftspolitik angesprochen und für deren Maßnahmen nutzbar gemacht werden.

Der Standort, gleichgültig ob Arbeits- oder Wohnort, ist die Verobjektivierung der Seßhaftigkeit, die in Gruppierungen und Investitionen sichtbar wird. Mit steigendem Umfang der Investitionen wächst auch die damit eingegangene lokale Bindung, die erst gelöst wird, wenn die weitere Nutzung unvorteilhaft erscheint. Eine einmal errichtete Anlage wird im allgemeinen erst nach sehr langer Zeit vollkommen aufgegeben (technische Abnutzung) und bei ihrer Erneuerung werden zumeist Reste[234] übernommen, durch die Grundzüge der alten Struktur übertragen werden. Selbst die Anlagereste bieten offenbar noch einen starken Anreiz, sie beim Neubau zu berücksichtigen. Deshalb haben die großen Kriegsverluste der deutschen Wirtschaft

[232] *Storbeck, D.,* Die wirtschaftliche Problematik der Raumordnung — Eine Untersuchung über Notwendigkeit, Ziele und Mittel der Raumordnung im System der Marktwirtschaft. Berlin 1959, S. 49 f.

[233] *Ritschl, H.,* Reine und historische Dynamik des Standortes der Erzeugungszweige, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, Bd. 51 (1927), S. 813—870.
Ritschl zeigt in seiner Darstellung der Standortgefüge der Wirtschaftsstufen zwar im einzelnen Beharrungsmomente auf, doch werden sie von der Dynamik der Stufen-Entwicklung verdeckt und bleiben daher bei ihm ohne grundlegende Bedeutung.

[234] Z. B. Verkehrs- und Versorgungsanlagen, Bauten und Grundstücksrechte.

innerhalb der privaten Entscheidungen keineswegs Anlaß zu einer regionalen Neuorientierung gegeben; allenfalls wurde eine Neuordnung dort erreicht, wo die zum Wiederaufbau drängenden Beharrungskräfte diesem Ziel untergeordnet werden konnten. Im allgemeinen hat der verbliebene Bestand zu einer *Übernahme vorhandener Strukturen* geführt; denn der Aufbau am alten Standort unter Einsatz der verbliebenen Reste versprach grundsätzlich einen schnelleren Erfolg als ein – anfangs auch kaum möglicher – Neubau. So folgte der Wiederaufbau fast überall den früheren Beständen und Verteilungen. Nicht selten wurden im baulichen Teil sogar die alten Stilelemente übertragen und restauriert.

Die übernommenen Bestände sind jedoch vor Jahrzehnten und unter Ordnungsvorstellungen errichtet worden, die wiederum von den damaligen Beständen mitbestimmt waren. In den Jahrzehnten des Bestandsalters sind also die vorhergehenden Zeiten als strukturelle Ausrichtung aufgehoben. Die Gegenwart verkörpert in dem Übernommenen noch Strukturelemente früheren Phasen, die nicht mehr unmittelbar im realen Bestand repräsentiert sind. Daraus ergibt sich eine wichtige Konsequenz der Beharrung des Bestandes, die Tendenz der *strukturellen Beharrung*, die ebenfalls aus dem Beispiel Berlins verallgemeinernd abgeleitet werden kann. Nicht nur als Masse ist der Bestand beharrend wirksam, sondern auch als Gefüge und Gliederung. Indem der Bestand als Masse seine Beharrungskraft gegenüber veränderten Bedingungen entfaltet, ist die Beharrung der Bestands-Teile darin eingeschlossen, obwohl diese einzeln meist nicht genügend Widerstandskraft haben. Damit wird die Persistenz der Masse zwangsläufig auch für die von ihren Teilen getragene Struktur wirksam.

Für die räumliche Anordnung ist dieser Zusammenhang eben schon angesprochen worden. Die Intensität der Beharrung räumlicher Strukturen ist in dem hohen Anteil älterer Bestands-Teile, z. B. bei Wohnbauten[235], abzulesen. Als Bestände in dem hier behandelten Zusammenhang müssen auch Eigentumsrechte (Grundstücke) gelten, die sich erfahrungsgemäß besonders hartnäckig halten; die lokale Beharrung der Bevölkerung gründet sich aber vielfach auf den Grundbesitz und die davon erwarteten Vorteile. Die strukturelle Beharrungstendenz ist ebenso im Sozialen wirksam, mindestens über eine Ausalterungsperiode der Bevölkerung[236] hin. Erwerbsformen, Beruf und Bildung, soziale Haltungen, Kontakte, Gruppierungen und Formen werden selbst in der industriellen Gesellschaft nicht ohne weiterhin wirkende

[235] Trotz der Kriegsverluste stammte noch 1956 fast die Hälfte des Wohnungsbestandes im Bundesgebiet aus der Zeit vor 1918. Vgl. Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland 1959, S. 229.

[236] Die Bevölkerungspyramide Deutschlands läßt heute noch deutlich die Auswirkung des Ersten Weltkrieges erkennen.

Residuen aufgelöst. Auch in der Wirtschaft finden sich diese Beharrungsmomente, hier aber verstärkt durch die Eigentums- und Bestandsübernahme und die damit verbundenen Erwartungen sowie durch die von allen langfristigen Investitionen ausgehende Immobilität.

Die Wirkung der allgemeinen und strukturellen Beharrung ist nun keineswegs die, daß alles unverändert bliebe. Tatsächlich finden Verschiebungen und Wandlungen im einzelnen dauernd statt. Diese Dynamik, die allenthalben zu beobachten ist, entspringt aber nicht nur äußeren (veränderten) Bedingungen, sondern sie ist zugleich an der gegenwärtigen Struktur und der ihr immanenten Beharrungskraft orientiert. Stets bildet die bestehende Struktur die Ausgangsstellung, aus der heraus sich Wandlungen zur Anpassung an neue Bedingungen bilden können. Damit wird diese Struktur aber noch nicht aufgelöst, wenigstens wirkt sie als Rahmen dieser Bewegungen noch weiter. Zu ihrer vollkommenen Wandlung bedarf es vielmehr längerer Zeiträume; doch selbst diese können die Spuren der Vergangenheit nicht völlig auflösen, wie das vielgestaltige Erscheinungsbild der deutschen Städte eindrucksvoll beweist[237]. Die strukturelle Beharrung äußert sich wohl am deutlichsten in der räumlichen Orientierung, wie sie die Entwicklung der Standorte beeinflußt, und ist deshalb ein wichtiger Faktor für die regionale Wirtschaftspolitik, der nicht übersehen werden darf. Sie führt dazu, daß Umstellungen und Neuordnungen, die durch öffentliche Maßnahmen gestützt oder forciert werden, zunächst im Rahmen der hergebrachten Formen und Strukturen verlaufen und schließlich – von äußerem Zwang befreit – Neuerungen nur dort zulassen, wo diese zur Anpassung und zur Erlangung einer neuen Stabilität unvermeidlich sind. Jede Förderungsmaßnahme muß daher diese Beharrung einkalkulieren und sich möglichst ihrer bedienen, d. h. sie entweder ihren Zwecken nutzbar machen oder den zu erwartenden Widerstand gegen die Veränderung auflösen. In keinem Falle ist der Bestand eine wirkungslose Masse, von dem „reine" Reaktionen erwartet werden können. Viel eher kommt es zu Übergangserscheinungen, in denen sich Altes und Neues miteinander mischen.

Um die hiermit skizzierte These von der Beharrung sozialer Formationen und wirtschaftlicher Potenzen[238] zu verdeutlichen, lassen sich einige Resultate

[237] Vgl. *Metz, F.*, Die deutschen Städte — Grundlinien ihrer Entstehung und Entwicklung, a.a.O., S. 116.

[238] Im übertragenen Sinne gilt diese Beharrungsthese auch für andere soziale Gruppierungen, nur ist sie dort nicht so offensichtlich bestätigt. Sie wird im Grunde genommen bei allen dynamischen Theorien der Sozialwissenschaft vorausgesetzt und verschiedentlich auch als zentrale Kraft gewertet, doch allgemein wenig beachtet. Vielmehr werden Dynamik und Mobilität oft als unabhängige Kraft, nicht aber im Gegensatz zur Beharrung gedacht. Besonders in der Wirtschaftspolitik scheint aber die Beachtung der beharrenden Kräfte heute vernachlässigt zu sein.

der Nachkriegsentwicklung Berlins anführen. Ihre Zusammenfassung unter diesem Aspekt soll zugleich Ansatzpunkte für die Beurteilung der gegenwärtigen Situation der Stadt bieten. Dieses Beispiel scheint als Beleg für die Beharrungsthese deshalb besonders geeignet, weil Berlin trotz seines in Deutschland unvergleichlichen politischen Schicksals eine unerwartete und allseits beachtete Beharrungskraft entfaltet hat. Der Sonderfall Berlin ist durch wenige einschneidende politische Vorgänge entstanden: Die Teilung der Stadt, ihre territoriale Sonderstellung, die Isolierung der größeren Teilstadt gegenüber ihrem Hinterland und der Verlust der Hauptstadtfunktionen. Mit den veränderten Lagebeziehungen und dem Abbau der politischen Zentralität sind wesentliche Voraussetzungen für die frühere Größe und Bedeutung der Stadt aufgelöst worden. Trotzdem setzte bei dieser Situation der Wiederaufbau ein, und die Bevölkerung kehrte an ihre Wohnplätze zurück. Erst sehr viel später, nachdem die Stadt ihre jetzige Größe wieder erreicht hatte, verstärkten Stützungsaktionen die beharrenden Kräfte, für die diese Aktionen aber kein begründender, sondern nur ein fördernder Faktor waren[239].

Die wachsenden politischen Hindernisse haben den Fortbestand der Stadt nicht verhindert, obwohl sie die allgemeinen Lebensverhältnisse zunehmend erschwerten und einen spürbaren Rückstand in Einkommen und Versorgung verursachten. Die Einwohnerzahl der Stadt ist seit 1945 wieder beträchtlich angestiegen und das Wirtschaftspotential wieder aktiviert worden. Alle wesentlichen Einbußen sind ausschließlich direkte Folgen der politischen Veränderungen, so z. B. der Verlust der Hauptstadtfunktionen. Gegen alle Widerstände hat Berlin seine Stellung in der Reihe der deutschen Städte behauptet; keine andere Stadt in Deutschland hat sich aus den Verlusten Berlins zur Metropole entwickeln können. Zwar blieb die Größe der alten Hauptstadt bisher noch unerreicht – und wurde unter den gegenwärtigen Verhältnissen auch wohl kaum erstrebt –, aber die Potenz, unter günstigeren Bedingungen wieder zu dieser Größe aufzusteigen, blieb Berlin bisher erhalten[240].

Die erstaunliche Persistenz Berlins ist das Ergebnis der Entscheidungen der Bürger dieser Stadt, das Resultat des „Wiederaufbauwillens“, der im städtischen Bewußtsein und in der lokalen Verbundenheit dieser Menschen begründet war. Anreiz und Ansätze bildeten die Restbestände der Stadt und

[239] Anfangs unterblieb nicht nur jede Stützung, sondern verschiedene Maßnahmen (Demontagen, Zuzugssperre, Zurückhaltung öffentlicher Investitionen usw.) bildeten sogar empfindliche Hindernisse.

[240] Selbst die durch die politischen Vorgänge zerstörten Hauptstadtfunktionen blieben noch verkümmert erhalten.

ihrer Einrichtungen, die selbst als Trümmer noch irgendwie brauchbare Werte boten. Wie andere kriegszerstörte Großstädte war Berlin in der ersten Nachkriegszeit eine Improvisation fast ohne dauerhafte Werte; doch sogar der Notbehelf fügte sich der hergebrachten Ordnung und Struktur ein und bildete selbst noch ein beharrendes Moment. Der Ansatz am Vorhandenen war in diesen Notzeiten und auch beim späteren Wiederaufbau die entscheidende Orientierung, so daß Berlin trotz der beschriebenen Funktionsverluste zugleich auch ein eindrucksvolles Beispiel für die *strukturelle Beharrung* ist; denn das noch Vorhandene waren Teile der früheren Bestände, die nur unter Beibehaltung der früheren Strukturen verwertet werden konnten und diese somit zwangsläufig übertrugen. In dieser Übertragung ist begründet, weshalb sogar starke Zerstörungen und andere einschneidende Vorgänge vorhandene Strukturen nicht beseitigen, es sei denn, der nachfolgende Aufbau wäre von einem durchgreifenden Plan gelenkt und die Beseitigung der früheren Struktur die Absicht dieses Planes.

Hervorragende Beispiele der strukturellen Beharrung sind in Berlin im Leistungsgefüge, in der industriellen Produktionsstruktur und im Regionalgefüge zu finden. Im Vergleich zur Vorkriegszeit ist deren Bestand zwar vermindert worden, ihre Struktur blieb aber weitgehend erhalten. In diesem Sinne ist es auch nicht zu grundlegenden Strukturwandlungen gekommen; allerdings bildet dabei der politisch bedingte Verlust der Hauptstadtfunktionen eine Ausnahme, doch selbst dieser Verlust ist im Leistungsgefüge weitgehend ausgeglichen worden. Freilich haben auch öffentliche Pläne und Aktionen mitunter die Restaurierung der früheren Struktur gefördert, doch wurden damit nur ohnehin schon vorhandene Tendenzen unterstützt[241]. Neben den genannten Beispielen zeigen sich auch im Aufbau der Bevölkerung und in ihrer Sozialstruktur Merkmale einer bemerkenswerten Beharrung.

Ein besonders überzeugender Beleg für die strukturelle Beharrungskraft ist aber die weitgehende Übereinstimmung zwischen den beiden Teilstädten, deren Wirtschafts- und Sozialstrukturen heute kaum mehr voneinander unterschieden sind als vor dem Kriege. Trotz der vollkommen unterschiedlichen politischen Beeinflussung und der völlig verschiedenen Wirtschaftssysteme hat sich in der gespaltenen Stadt die Gemeinsamkeit der früheren Struktur durchgesetzt. Strukturelle Übereinstimmung zeigt sich schon im Bevölkerungsaufbau, der sich zwischen den beiden Teilstädten weniger unterscheidet als gegenüber dem jeweils zugehörigen Gebiet Deutschlands und gegenüber Gesamtdeutschland. Dementsprechend sind auch die Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung innerhalb der Stadt übereinstimmend. Das

[241] Z. B. die Aktion „Industriestadt Berlin“.

Leistungsgefüge der beiden Teilstädte zeigt trotz ihrer verschiedenartigen Entwicklung der Hauptstadtfunktionen keine größeren Unterschiede als früher. Auch die industrielle Produktionsstruktur hat sich bei Nutzung der verbliebenen Anlagen in ihren Schwergewichten nicht verändert, womit auch die wichtigsten Industriestandorte innerhalb der Stadt beibehalten wurden.

Freilich darf man die strukturelle Beharrung und Übereinstimmung nicht in allen Einzelheiten suchen, denn hier haben sich infolge der veränderten Lage- und Standortbedingungen Änderungen ergeben. Selbstverständlich besteht nicht mehr jeder frühere Berliner Betrieb oder hat wieder seine damalige Beschäftigtenzahl und Produktion. Mit dem Wechsel der Betriebe haben sich auch manche Standorte verschoben, aber diese Verschiebungen der Mikrostandorte fallen im Gesamtbild der Stadt nicht ins Gewicht. Unverändert blieben die Konzentration der Industrie in wenigen Bezirken[242], der Wohnortcharakter anderer Bezirke und die wirtschaftliche Ausrichtung der Stadt sowie ihr Leistungsgefüge. Strukturelle Beharrung eines Standorts gründet sich zwar auf der beharrenden Kraft der einzelnen Strukturelemente, kann aber nicht deren vollzählige Erhaltung bedeuten. Die Verschiebung von Einzelheiten hebt die durchschnittliche Strukturerhaltung aber keineswegs auf, sie kann sie höchstens abschwächen. Das Unerwartete und Erstaunliche an der Entwicklung Berlins ist, daß trotz der unterschiedlichen Beeinflussungsabsichten und -möglichkeiten in den beiden Teilstädten die strukturelle Erhaltung und Übereinstimmung gegenüber den Veränderungen und Differenzen weitaus den Vorrang haben.

Diese Gemeinsamkeit zwischen den beiden Teilstädten bestimmt deren künftige Entwicklungsmöglichkeiten und die Chance zu ihrer Wiedervereinigung. Bisher hat die strukturelle Beharrung die Zusammengehörigkeit der Stadtteile und damit zugleich die Voraussetzungen zu ihrem Zusammenschluß in einem Maß bewahrt, das selbst bei den unterschiedlichen äußeren Einflüssen auch künftig noch die Gültigkeit dieser Übereinstimmung erwarten läßt. Eine Unterstützung der darin erkennbaren Beharrungstendenzen durch die staatliche Förderungspolitik wird nicht nur aktuelle Schwierigkeiten überbrücken, sondern auch die chancenreiche Rolle Berlins als Aufforderung zur Wiedervereinigung erheblich stärker machen.

[242] Ein eindrucksvolles Beispiel ist der Wiederaufbau der alten Zentren der Berliner Elektroindustrie (Siemensstadt und Oberschöneweide), die zugleich wichtigste Industriestandorte der Stadt sind. Vgl. S. 93.

VI. DIE KÜNFTIGEN ENTWICKLUNGSMÖGLICHKEITEN

Die künftigen Entwicklungsmöglichkeiten Berlins sind in erster Linie von den politischen Bedingungen abhängig, über deren Realisierbarkeit zu spekulieren, hier nicht der Ort ist. Doch soll die Analyse der Veränderungen und Zustände in einem Ausblick auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten Berlins verwertet werden. Er soll die Chancen und Notwendigkeiten zur Erhaltung Berlins unter der Annahme verschiedener politischer Voraussetzungen behandeln, dabei die denkbaren Voraussetzungen aber eingrenzen auf drei Grundtypen, zwischen denen im Spiel der politischen Kräfte freilich alle erreichbaren Mischungen mit unterschiedlichen Konsequenzen möglich sind. Diese Grundtypen werden nur annähernd und im Kompromiß realisiert werden können und in politischer Hinsicht sehr verschiedene Beurteilungen erhalten:

1. Die Entwicklungsmöglichkeiten unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen für
   a) Westberlin,
   b) Ostberlin,
2. die Chancen des vereinten Berlins im geteilten Deutschland,
3. Berlin als Hauptstadt Deutschlands.

Zu einer fundierten Prognose reicht die vorliegende Untersuchung nicht aus; eine Prognose zu geben, war auch nicht ihr Ziel. Wenigstens sollen hier aber einige Gedanken aufgezeichnet werden, die bei der Bearbeitung der einzelnen Komplexe dieser Untersuchung entstanden sind und auf Grund der Untersuchungsergebnisse zusammengefaßt werden können.

Bei der Beurteilung der *Entwicklungsmöglichkeiten der Westberliner Wirtschaft* wird man von verschiedenen Überlegungen ausgehen müssen, denen im einzelnen unterschiedliches Gewicht zukommt. Die Grundlage dieser Überlegungen ist der jetzige, durch die politischen Bedingungen gesetzte Zustand, d. h. die Verbindung Westberlins mit der Bundesrepublik, die nur in einer die Wiedervereinigung Berlins oder Deutschlands einschließenden Lösung aufgegeben werden kann. Dieser Zustand bedeutet aber die völlige Trennung von Ostberlin und der benachbarten Randzone und die isolierte Lage innerhalb des sowjetzonalen Wirtschaftsgebietes. Diese Lage bringt vor allem Verkehrs- und Absatzschwierigkeiten mit sich, die hemmende Wirkungen auf die Entwicklung der Berliner Wirtschaft ausüben.

Außerdem folgt aus dieser Lage auch weiterhin der Verlust der Hauptstadtfunktion und in Verbindung damit das Fehlen der zentralen Wirtschaftseinrichtungen. Obwohl diese zentralen Funktionen früher in der Stadtmitte, d.h. überwiegend in Ostberlin angesiedelt waren, betrifft ihr Verlust doch auch die Westberliner Wirtschaft sehr erheblich, denn große Teile der in Westberlin lebenden Bevölkerung fanden ihren Arbeitsplatz durch diese Funktionen. Die Konzentration solcher Einrichtungen in Berlin hatte das Wirtschaftsgefüge und damit auch die Sozialstruktur der ganzen Stadt stark beeinflußt. Trotz seiner hohen industriellen Bedeutung innerhalb des deutschen Wirtschaftsgebietes war Berlin nicht nur Industriestadt, sondern gleichzeitig auch Metropole, in der die zentralen Großstadtfunktionen zu nationaler und teilweise sogar internationaler Bedeutung entwickelt waren.

Der weitgehende Verlust bzw. Abbau dieser Funktionen bedeutet für Westberlin eine erhebliche Einbuße nicht nur an Arbeitsplätzen, sondern zugleich auch an Nachfrage, besonders nach höherwertigen Gütern und Dienstleistungen. Die inzwischen nach Berlin verlegten Bundesbehörden und Landesbehörden können diesen Verlust keineswegs ausgleichen. Es geht bei diesem Ausgleich nicht darum, die Beschäftigtenzahl im öffentlichen Dienst dem Vorkriegsstand anzunähern, vielmehr geht es entscheidend um die Zentralität der Stadt, d. h. ihre *nationale und internationale Geltung*. Unter den gegebenen Bedingungen ist mit der Wiedererlangung des Status einer Hauptstadt für Westberlin nicht zu rechnen. Daher stellt sich die Frage, welche anderen Entwicklungsmöglichkeiten Westberlin unter diesen Umständen hat. Vom Westberliner Senat und von anderer Seite ist in den letzten Jahren der industrielle Aufbau immer mehr in den Vordergrund geschoben worden. Unter dem Stichwort „Berlin muß eine Industriestadt werden“ ist mit verschiedenen Maßnahmen und Programmen versucht worden, die Industrialisierung Westberlins zu steigern.

Berlin ist ohne diese neueren Maßnahmen bereits der wichtigste industrielle Großstandort in Deutschland. Das gilt auch für Westberlin, das versorgungs- und rohstoffmäßig in erster Linie auf Zulieferungen aus Westdeutschland, daneben in begrenztem Umfang (Interzonenhandel) aus Mitteldeutschland angewiesen ist. Darin liegt aber die ständige Möglichkeit von Störungen in der Versorgung Westberlins (Blockade). Außerdem erfordert die isolierte Lage Westberlins innerhalb der sowjetischen Besatzungszone die Überbrückung der Entfernung zu den westdeutschen Lieferanten. Das alles steht im Gegensatz zu den früheren Verhältnissen, die wenigstens innerhalb bestimmter Bereiche die Versorgung aus der Umgebung ermöglichten. Die Verkehrsentfernungen für Berlin haben sich für manche Versorgungen also wesentlich erhöht. Das gilt nicht in gleichem Maße für den Absatz der Ber-

liner Industrie, da diese schon vor dem Kriege einen großen Teil ihrer Produktion nach Westdeutschland lieferte. Immerhin kann sich die Industrie heute weniger als früher auf den Absatz am Platze und in der unmittelbaren Umgebung stützen; deshalb stieg der Exportumsatz der Westberliner Industrie seit 1950 auch stärker an als ihr Gesamtumsatz [243]. Allerdings wird der Außenabsatz heute durch das politische Risiko erschwert, weil auswärtige Kunden oft befürchten, daß Liefertermine nicht immer eingehalten werden können [244]. Der Ausgleich der hieraus entstehenden Schwierigkeiten ist also eine vordringliche Angelegenheit der Förderung der Westberliner Wirtschaft. Möglicherweise ist ihr mehr damit geholfen, wenn die aus der eigenartigen Standortsituation erwachsenen Schwierigkeiten ausgeräumt werden, als daß ein Ausgleich durch künstliche Standortvorteile (z. B. Steuerermäßigungen) versucht wird. Gelingt es, die Auswirkungen der politischen Gefährdung Berlins auf die Absatz- und Lieferbeziehungen weitgehend einzuschränken und gleichzeitig die Verkehrsferne in Versorgungs- und Lieferungshinsicht durch Ausnahmetarife auszugleichen, so kann die Westberliner Wirtschaft in den Stand versetzt werden, die bisher versäumte Angleichung an das Entwicklungsniveau der westdeutschen Wirtschaft allmählich nachzuholen.

Ein weiterer Gesichtspunkt für die Beurteilung der gegenwärtigen Standortsituation Westberlins ergibt sich aus der Bevölkerungs- und Sozialstruktur der Teilstadt. Bisher hat Westberlin eine sehr *einseitige Bevölkerungsentwicklung* erlebt. Die mittleren Jahrgänge, d. h. vor allem die für den Arbeitseinsatz und für die künftige Bevölkerungsentwicklung wichtigen Jahrgänge sind durch Kriegsverluste und Abwanderungen in ihrem Bestand erheblich gemindert worden. Eine Überalterung der Westberliner Bevölkerung bei gleichzeitig geringem Kinderanteil ist die Folge dieser langjährigen Entwicklung. Ihr wird dadurch entgegengewirkt, daß durch entsprechende Propaganda und durch die Ankündigung von steuerlichen Vorteilen vorübergehend Kräfte nach Westberlin gebracht werden, die zwar für den momentanen Arbeitseinsatz sehr entscheidend sind, doch kaum einen dauerhaften Auftrieb für die künftige Bevölkerungsentwicklung bedeuten können. Diese Bevölkerungsentwicklung ist aber auf lange Sicht ein sehr wichtiges Moment für die Gesamtentwicklung Westberlins. Entweder es gelingt, die Bevölkerungsstruktur Westberlins im Laufe der folgenden Jahre von der übermäßigen Überalterung dadurch zu befreien, daß in entsprechender Anzahl Personen mittleren Alters und Kinder nach Westberlin gezogen werden, oder

[243] *Thalheim, K. C.*, Berlins wirtschaftliche Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg, a.a.O., S. 114.

[244] Derartige Befürchtungen haben sich zum Teil auch in der für Berlin sehr wichtigen und auf saisonalen Absatz eingestellten Bekleidungsindustrie bemerkbar gemacht.

die Gesamteinwohnerzahl Westberlins wird in den nächsten Jahren stark abnehmen. Dann wird sich die *Bevölkerungszahl Westberlins auf einem niedrigeren Niveau wieder stabilisieren.*

Wichtig sind weiterhin die möglichen Veränderungen der Sozialstruktur der Stadt. Während Berlin vor dem Kriege durch die umfangreichen zentralen Einrichtungen einen sehr großen Anteil an Selbständigen und höheren Beamten und Angestellten aufwies, ist dieser Anteil nach dem Kriege mehr und mehr zurückgegangen, da die Funktionen und zugleich die durch sie Beschäftigten nach Westdeutschland abgewandert sind. Die Beschäftigung in der Industrie hat heute ein größeres Gewicht, und daher dominiert der Industriearbeiter in der heutigen Sozialstruktur weit stärker als früher. Daraus folgt für die gesamte Wirtschaft – auch für die Handelseinrichtungen, kulturellen Institutionen und Dienstleistungen – ein anderer Bedarf und damit eine Einschränkung[245]. Derartige Vorgänge können sich verstärken, wenn nicht die Sozialstruktur von der Beschäftigungsstruktur her entsprechend beeinflußt wird. Sonst werden zwangsläufig einige bisher für Berlin sehr *wichtige Funktionen und Kräfte weiter abgebaut.*

Die Frage ist nun, welche künftigen Entwicklungsmöglichkeiten sich angesichts dieser Situation für Westberlin bieten. Zunächst einmal ist festzustellen, daß die Möglichkeiten zur Verbesserung der Standortsituation Westberlins gegenüber den konkurrierenden Standorten in Westdeutschland bei weitem noch nicht erschöpft sind. Wichtig wäre vor allem ein Ausgleich der Transportentfernung gegenüber diesen Standorten, etwa in der Form einer Frachtbasis, die auf einen mittleren Absatzort im Bundesgebiet bezogen wäre. Weiterhin wäre eine möglichst weitgehende Einschränkung der Auswirkungen des sogenannten „Berlin-Risikos" wichtig, weil dadurch die Vergabe von Aufträgen nach Berlin erleichtert werden kann. Das wäre immerhin durch den Einsatz von *Ausfallbürgschaften* im Falle der Nichteinhaltung von Lieferterminen möglich, wobei diese Ausfallbürgschaften gleichzeitig den aus Terminverfehlungen entstehenden Schaden mitdecken müßten. In diesem Zusammenhang wäre zu überlegen, inwieweit derartige Terminverfehlungen durch *verstärkten Einsatz von Lufttransporten* ausgeschlossen werden können. Eine weitere Frage ist, inwieweit die Kosten für Lufttransporte in den Rahmen der schon erwähnten Transportverbesserung einbezogen werden können. Lufttransporte könnten möglicherweise gerade bei solchen Industrie- und Gewerbezweigen eingesetzt werden, deren Absatz

[245] Als Vergleich hierfür mag etwa die Reihe der Großstädte im Ruhrgebiet dienen, deren Sozialstruktur vornehmlich von einem hohen Anteil der unselbständig Beschäftigten, vor allem der Industriearbeiter, geprägt ist. Diese Städte weisen im allgemeinen nur einen geringen Besatz mit Beschäftigten im Dienstleistungsgewerbe, im Handwerk und im Handel auf.

saison- oder termingebunden ist (z. B. Textilindustrie, Druckindustrie usw.). Da die politischen Möglichkeiten in diesem Punkt von besonderem Gewicht sind, ist zu prüfen, inwieweit eine Garantie nicht nur für die Möglichkeit, sondern auch für die Pünktlichkeit des Verkehrs zwischen Berlin und Westdeutschland gegenüber der SBZ auszuhandeln wäre bzw. welche Sicherungen in dieser Hinsicht zu erreichen sind[246].

Einer weiteren Industrialisierung stehen aber ebensosehr Hemmnisse entgegen wie anderen Entwicklungsmöglichkeiten, die der Stadt mehr als nur wirtschaftliche Bedeutung bringen könnten. Ohne Verzicht auf den Industrieausbau sollten daher die Ansätze zur *Entwicklung anderer Funktionen in Berlin* ausgenutzt und die zentrale Stellung, die es im Bereich von Politik und Verwaltung eingebüßt hat, auf anderem Gebiet wenigstens zum Teil wieder aufgebaut werden.

Die gegenwärtige Verkehrslage macht es unmöglich, Westberlin unter den augenblicklichen Bedingungen zu einem internationalen Verkehrsplatz zu machen. Hierfür wären Veränderungen der politischen Grundlagen der Stadt erforderlich. Der verschiedentlich für Berlin gezogene Vergleich mit anderen Enklaven wie etwa Hongkong, Triest oder Danzig ist gerade in dieser Hinsicht falsch. Diese Städte haben oder hatten zwar ebenfalls keine Verbindung zu ihrem natürlichen Hinterland, aber sie hatten einen freien Zugang zum Meer, d. h. mindestens *einen* freien und unbehinderten Verkehrsweg. Den hat Berlin zur Zeit nicht. Die Verkehrswege Westberlins führen sämtlich durch das sowjetzonale Gebiet, so daß Möglichkeit und Sicherheit des Berlinverkehrs von den Maßnahmen der sowjetzonalen Regierung und der hinter ihr stehenden politischen Mächte abhängig sind; das gilt selbst für den Luftverkehr nach Berlin.

Berlin kann nur dann zu einem internationalen Handelsplatz ausgebaut werden, wenn entsprechende Garantien und Möglichkeiten für den ungehinderten Verkehr geschaffen werden können. Abgesehen von den politischen Garantien für den Berlinverkehr sollte daher kein Weg unversucht bleiben, auch wirtschaftliche Garantien hierfür einzuführen, weil sich das sogenannte „Berlin-Risiko" im allgemeinen als ein Verkehrsrisiko gezeigt hat. Berlin – und damit auch Westberlin – bietet aber von seiner Struktur her noch andere Entwicklungsmöglichkeiten, die gleichzeitig gewisse Anregungen für die industrielle und die gewerbliche Wirtschaftsentwicklung versprechen. Berlin hat sich in den letzten hundert Jahren nicht nur zur Reichshauptstadt, sondern zugleich auch zum wichtigsten kulturellen Zentrum Deutschlands entwickelt. Der Vergleich der zentralen Funktionen Berlins vor dem Kriege mit

[246] Zweifellos ziehen die politischen Gegebenheiten solchen Verhandlungen sehr enge Grenzen, doch sollte nichts in dieser Hinsicht unversucht bleiben.

denen der anderen deutschen Großstädte hat das Übergewicht Berlins auch in diesem Bereich eindeutig erkennen lassen. Dabei waren die kulturellen Funktionen Berlins in sich sehr ausgewogen, so daß eigentlich alle denkbaren Einrichtungen und Bemühungen vertreten waren. Schon vor dem Kriege besaß Berlin neben anderen Hoch- und Fachschulen eine bedeutende Universität und eine große Technische Hochschule, außerdem große Bibliotheken sowie zahlreiche Museen, Gemäldesammlungen und Archive; die Kunststätten Berlins genossen Weltruf, z. B. die Berliner Philharmonie, das Deutsche Theater und die Staatsoper. Nicht unwesentlich für diesen Bestand war die *Aufgeschlossenheit der Berliner Bevölkerung* gegenüber kulturellen Vorgängen und Kunstdarbietungen. Nicht umsonst ist die Berliner Kritik, d. h. heute die Kritik in Westberlin, noch immer bei Theater und Film gefürchtet, so daß man oft eine Premiere in der „Provinz" dem Start in Berlin vorzieht. Die Aufgeschlossenheit der Berliner Bevölkerung und ihr kritisches Urteilsvermögen sind nicht zuletzt ein Erfolg der Ausgewogenheit der Sozialschichtung, die Berlin vor dem Kriege hatte, und zugleich auch ein Ergebnis der historischen Entwicklung, in deren Verlauf Berlin verschiedentlich ausländischen Einflüssen durch Zuwanderung und Besetzung ausgesetzt war. Diese Einflüsse haben in Berlin niemals zu einer Entfremdung, sondern stets zu einer Erweiterung der geistigen und kulturellen Haltung der Bevölkerung in allen Schichten geführt[247].

Damit bietet Westberlin nicht nur in den institutionellen Möglichkeiten, sondern zugleich mit den potentiellen Fähigkeiten seiner Bevölkerung beste Ansatzpunkte zur Entwicklung *als internationale Kulturstadt*. Ein solcher Vorschlag mag auf den ersten Blick für eine Stadt überraschen, deren Bedeutung nicht zuletzt auch auf ihrer hochentwickelten Industrie beruht, doch diese abschließenden Ausführungen sollen ja gerade aus der Kenntnis der strukturellen Eigenheiten der Stadt Vorschläge für praktikable Lösungsmöglichkeiten der Lebensprobleme Westberlins entwickeln oder untermauern. Allein die beiden Westberliner Universitäten haben heute weit über 20 000 Studenten; außerdem haben die verschiedenen Hoch- und Fachschulen fast die gleiche Anzahl Studierender. Zusammen mit dem Lehrpersonal ergibt sich allein schon aus dem Hochschulbetrieb eine bedeutende Zahl kulturell interessierter und tätiger Menschen. Die zahlreichen höheren Schulen, die Verwaltungsspitzen, die stark besetzten Berufe der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure und Kaufleute, besonders aber die in den verschiedensten Einrichtungen wirkenden Künstler verstärken dieses Interesse, so daß Westberlin über eine breite kulturtragende Schicht verfügt, wie sie vermutlich in

[247] Vgl. *Schadewaldt, W.*, Lob Berlins, in: Berlin in Vergangenheit und Gegenwart. Tübingen 1959, S. 83 ff., bes. S. 86.

keiner anderen deutschen Großstadt anzutreffen ist. Daneben ist noch die allgemeine Aufgeschlossenheit der Gesamtbevölkerung Berlins zu berücksichtigen, die einen guten Nährboden für zusätzliche kulturelle Einrichtungen abgibt. Die hier grob beschriebenen Bestände könnten dadurch sicherlich nicht nur gesteigert, sondern auch wirtschaftlich wirksam entwickelt und für die Leistungsbilanz Westberlins erheblich mehr als bisher eingesetzt werden.

Eine Tendenz in dieser Richtung ist besonders hervorzuheben: der wachsende Zuzug von Studenten nach Berlin, der sich in einem zunehmenden Andrang an den Hochschulen bemerkbar macht. Neben dem politischen Interesse muß – bei der im allgemeinen auf einen schnellen Abschluß drängenden Einstellung – zweifellos auch die Erwartung mitspielen, den durch den Hochschulwechsel eingetretenen Zeitverlust durch einen allgemeinen Bildungsgewinn ausgleichen zu können. In solchen Vorgängen liegt eine große und bisher nicht voll genutzte Chance für die kulturelle Entwicklung Westberlins, die auch *ohne besondere politische Zugeständnisse* ausgebaut und verwertet werden kann. In diesem Sinne bietet Westberlin z. B. sehr gute Voraussetzungen für die Errichtung einer internationalen Akademie mit allen Folgeeinrichtungen.

Zu Beginn der Berlinkrise wurde verschiedentlich der Vorschlag gemacht, den Sitz der UNO nach Berlin zu verlegen, ein Vorschlag also, dem sicher Hemmungen bei den bestimmenden politischen Mächten entgegenstehen. Hier aber bietet sich die Möglichkeit, parallel zur politischen Organisation der UNO, der zahlreiche soziale Organisationen angeschlossen sind, weltweite kulturelle Einrichtungen zu schaffen, die mit der UNO-Organisation durchaus nicht in direktem Zusammenhang stehen müßten. Ausschlaggebend für die Bewertung derartiger Ansätze sind nicht die tragenden Organisationen, sondern die Wirkungen der tatsächlichen Leistungen. Eine *Konzentration kultureller Leistungen,* denen weltweite Bedeutung zukommt, ist aber in Westberlin durchaus denkbar. Nur zur Abrundung dieses Gedankens soll noch darauf hingewiesen werden, daß in Westberlin, als dem Ort der Internationalen Filmfestspiele, der Berliner Festwochen und als allgemeinem Kongreß- und Ausstellungsort, schon verschiedene Ansätze in dieser Richtung bestehen; allerdings ist die Absicht, ja überhaupt der Gedanke, die Stadt damit zu einem internationalen Kulturzentrum zu entwickeln, erst in jüngerer Zeit aufgetreten.

Nicht unerheblich ist an dieser Stelle der Hinweis, daß auch die Westberliner Wirtschaftsstruktur gute Möglichkeiten zur Durchsetzung einer derartigen kulturellen Funktion der Stadt bietet. Diese Möglichkeiten gehen sogar so weit, daß *Industrie und Gewerbe* nach ihrer gegenwärtigen Struktur *starke Impulse* von einem kulturellen Aufschwung Westberlins empfangen

könnten. Sie würden besonders solche Industriezweige betreffen, die wegen ihrer hohen Arbeitsintensität für Westberlin besonders wichtig sind, nämlich die Druckindustrie und die Bekleidungsindustrie. Beide Industriezweige brauchen zur qualitativen Entwicklung ihrer Produktionen vielfältige gesellschaftliche und kulturelle Kontakte, die mit der beschriebenen Entwicklung wachsen würden. Daneben finden sich aber noch andere Industrie- und Wirtschaftszweige, die auf der Basis der kulturellen Bedeutung der Stadt zur Entfaltung kommen können. Dabei ist in erster Linie das Verlagsgewerbe zu nennen. Berlin ist schon vor dem Kriege keine eigentliche Verlagsstadt gewesen. Die hochentwickelte Druckereiindustrie Berlins war mehr auf die Presse und die Vermittlung aktueller Informationen eingestellt. Die Abwanderung zahlreicher Verlage aus Mitteldeutschland (Leipzig!) hat nicht zu einer wesentlichen Stärkung Berlins auf diesem Gebiet beigetragen. Ein *Ausbau des Verlagsgewerbes* in Westberlin durch eine Förderung der ansässigen Verlage und die Ansiedlung neuer Verlage würde nicht nur der gegenwärtigen kulturellen Leistung der Stadt entsprechen, sondern zugleich auch der ansässigen Druckindustrie starke Impulse geben können.

Darüber hinaus sind als wichtige Wirtschaftszweige in diesem Zusammenhang die Filmwirtschaft und das Kunstgewerbe zu nennen. Die Filmwirtschaft hat im Raum Berlin mit verschiedenen Gesellschaften schon seit langem ihren angestammten Platz. Durch private Initiative und im Zusammenhang mit den ansässigen Theatern, Fernseh- und Rundfunkanstalten hat die Westberliner Filmindustrie nach dem Kriege schnell wieder an Bedeutung gewonnen. Auch auf diesem Sektor ist ein Ausbau von der Kapazität und den qualifizierten Arbeitskräften her durchaus möglich. – Ein besonderes Wort gilt dem Kunstgewerbe, dessen kräftige Entwicklung in der Nachkriegszeit sicher vorüber ist. Das aus den deutschen Siedlungsgebieten östlich der „Oder-Neiße-Linie“ abgewanderte Kunstgewerbe hat sich kaum in Berlin niedergelassen; die Neuansiedlung erfolgte im Bundesgebiet. Trotzdem wäre gerade die Entwicklung dieses Gewerbezweiges für die Berliner Wirtschaft wichtig, da hier eine hohe Arbeitsintensität herrscht und auch die Transportmöglichkeit über weite Entfernungen gegeben ist. Dasselbe gilt für ähnliche, aber oft ebenso landschaftlich und räumlich gebundene Gewerbezweige wie z. B. für die Spielzeugindustrie, Glasbläserei, Schnitzerei, Gürtlerei usw. Allerdings wird es kaum möglich sein, Betriebe solcher Produktionszweige, die ihre traditionellen Standorte in West- oder Mitteldeutschland haben, in Berlin anzusetzen. Hier erschwert zweifellos die Tradition der alten Standorte eventuelle Neugründungen außerhalb ihrer Gebiete. Immerhin käme für den Standort Berlin die Gründung von Zweigbetrieben solcher Produktionen in Frage.

Das Ziel aller Maßnahmen in dieser Richtung muß es sein, in Westberlin gerade die Industriezweige zu fördern und neu anzusiedeln, die eine hohe Arbeitsintensität haben und deren Produkte die Transporte über weite Entfernungen vertragen, ohne umfangreiche Rohstofftransporte nach Berlin zu erfordern. In erster Linie kommen also Zweige der Veredelungsindustrie – und hierunter Produktionen, die dem gehobenen Verbrauch dienen – für die Ansiedlung im Standort Berlin in Frage. Andere Industriezweige, z. B. die Elektroindustrie oder der Maschinenbau, sind im allgemeinen ausreichend vertreten; ihre Entwicklung sollte vor allem der Ergänzung der örtlichen Produktion und der allgemeinen Rationalisierung dienen. Die Berliner Industrie muß mehr als bisher darauf ausgerichtet werden, den arbeitsintensiven und gleichzeitig rohstoffarmen Produktionen den Vorrang zu geben, mit denen auch der Außenabsatz, d. h. der Absatz nach Westdeutschland und in das Ausland, gesteigert werden kann.

Eine wichtige Voraussetzung für die künftige Erweiterung der Industrie und der übrigen Wirtschaft ist die Bereitstellung von *Flächen für die Ansiedlung.* Schwierigkeiten in dieser Hinsicht bestehen am ehesten für Großbetriebe, die ebenfalls große Flächen für ihre industriellen Anlagen benötigen. Große und zusammenhängende Flächen, die für eine Industrialisierung in Frage kommen, sind in Westberlin nach dem gegenwärtigen Flächennutzungsplan nur noch in beschränktem Umfang vorhanden. Ausreichende Möglichkeiten bieten sich aber auch für industrielle Großanlagen, wenn einige Formen der gegenwärtigen Nutzung abgelöst werden[248]. Geht man aber von den hier dargelegten Vorschlägen zur Erweiterung und strukturellen Ergänzung der Westberliner Industrie aus, so ist im allgemeinen kein hoher Bedarf an Großflächen zu erwarten. Die genannten Industrie- und Wirtschaftszweige sind überwiegend in Klein- und Mittelbetrieben organisiert, die nur bei räumlicher Konzentration größere Flächen für ihre Ansiedlung benötigen, wie das etwa nach dem Kriege mit der Bekleidungsindustrie in dem neuen Zentrum in der Zoogegend geschehen ist. Bei der Verschiedenartigkeit der genannten Branchen ist eine derartige Konzentration sachlich nicht erforderlich. Ein Mangel an Industrieflächen in Westberlin muß also kein Hindernis für die Ansiedlung dieser Branchen sein.

Für kleinere und mittlere Betriebe stehen in Westberlin noch Bodenflächen, die von der Stadtplanung hierfür vorgesehen sind, zur Verfügung. Da die genannten Branchen kaum auf eingeschossige Anlagen angewiesen sind, ist gerade bei ihnen eine intensive Bodennutzung möglich. Außerdem ist in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen, daß wahrscheinlich ein großer Teil

[248] Vielfach handelt es sich hierbei um die Nutzung durch Kleingärtner, deren Ablösung bisher im allgemeinen keine besonderen Schwierigkeiten bereitet hat.

der gegenwärtig in Westberlin bestehenden Industrieanlagen noch über eigene Bodenreserven verfügt. Jedenfalls ist in Westberlin nach dem Kriege keine der Beschäftigungsentwicklung entsprechende Ausweitung der Industrieflächen vorgenommen worden. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Westberliner Industriebetriebe nach dem Kriege zunächst ihre alten Anlagen wieder errichteten, soweit sie im Kriege zerstört worden waren. Daraus folgte zwar eine Ausdehnung der Beschäftigung, jedoch keine Beanspruchung neuer Flächen. Sicher hatte außerdem ein Teil der Westberliner Industriebetriebe die Möglichkeit, betriebliche Erweiterungen flächenmäßig aus einer eigenen Vorratswirtschaft zu decken; jedenfalls sind gerade die in Großstädten angesiedelten Industriebetriebe besonders auf derartige Maßnahmen angewiesen, die einen künftigen Ausbau der Betriebe ermöglichen. Vermutlich sind diese *Reserven* gegenwärtig noch keineswegs erschöpft.

Ein sehr wichtiger Punkt ist außerdem die Frage der *Arbeitskräfteversorgung neuer Industriebetriebe* in Westberlin. Grundsätzlich deutet die sehr niedrige Erwerbsquote Westberlins auf gute Möglichkeiten für weitere Beschäftigungszugänge hin; allerdings wirkt sich bei dieser Erwerbsquote die Überalterung der Bevölkerung täuschend aus. Je höher der Anteil der Personen im nichtarbeitsfähigen Alter ist, desto niedriger wird auch die Erwerbsquote eines Wirtschaftsraumes sein. Die niedrige Erwerbsquote Westberlins ist aber nicht nur eine Folge der Überalterung der Bevölkerung, sondern zugleich auch eine Folge des Fehlens entsprechender Arbeitsplätze. Wie allgemein bekannt ist, hinkt Westberlin hinsichtlich des Abbaus der Arbeitslosigkeit hinter der Entwicklung in Westdeutschland her. Jedoch ist die Arbeitskräftereserve, die darin zu erkennen ist, vorsichtig zu beurteilen. Ein großer Teil der Arbeitslosen und der gegenwärtig nicht Erwerbstätigen in Westberlin sind ältere Personen (meist über 50 Jahre), die vor dem Kriege in den zahlreichen öffentlichen und privaten Verwaltungen Berlins tätig waren. Sie haben nach dem Kriege vielfach keine ihrer Ausbildung und ihren Fähigkeiten entsprechenden Arbeitsplätze in Westberlin gefunden. Von dieser Personengruppe ist im Laufe der Jahre ein Teil abgewandert, und man wird annehmen müssen, daß es sich hierbei um den beweglicheren Teil handelt. Es ist also durchaus fraglich, inwieweit das Arbeitskräftepotential Westberlins für weitere Industrieansiedlungen ausreichende Arbeitskräftereserven bereithält. Auch in Berlin besteht gegenwärtig ein großer Mangel an Fachkräften, jedenfalls in bestimmten Berufen[249].

[249] Mit der endgültigen Schließung der Sektorengrenze am 13. August 1961 wurde es den Grenzgängern unmöglich gemacht, weiterhin von Ostberlin oder aus den Randgebieten Berlins nach Westberlin zu kommen. Dadurch entstanden bei einigen Westberliner Betrieben, vor allem bei kleineren Gewerbebetrieben, fühlbare Lücken in der Arbeitskräfteversorgung, die zeitweise zu Produktionsstockungen oder Umsatzausfällen führten.

Ein weiterer Weg wäre die *Umsiedlung von Facharbeitskräften* nach Westberlin. Abgesehen von der Frage, inwieweit dieser Weg bei der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage in Westdeutschland überhaupt in genügendem Umfang beschritten werden kann, ist es außerdem fraglich, ob genügend Arbeitskräfte bereit sind, an einen neuen Arbeitsplatz in Westberlin zu kommen. Wie die jüngste Entwicklung gezeigt hat, können Wanderungsprämien einen Zuzug veranlassen. Außerdem bietet Westberlin für zuziehende Arbeitskräfte einen sehr wesentlichen Anreiz, der in der relativ günstigen Wohnversorgung der Stadt liegt. Die Wohndichte Westberlins ist weitaus niedriger als im Bundesgebiet, was zum Teil ein Erfolg der Wiederaufbaumaßnahmen nach dem Kriege ist. Außerdem sind aber in den letzten Jahren auf Grund der veränderten politischen Situation mehr Abwanderungen als Zuwanderungen erfolgt, wodurch die Beschaffung von Wohnraum ebenfalls erleichtert worden ist. Sieht man von den politischen Schwierigkeiten Westberlins ab, so bietet Westberlin als *Wohnplatz* sogar *wesentliche Vorzüge* gegenüber den meisten westdeutschen Industriestandorten. Hierbei spielt einmal das ausgebaute System der öffentlichen und privaten Versorgung mit Dienstleistungen eine erhebliche Rolle, daneben aber auch die natürlichen Lebensbedingungen, die Berlin als Wohnplatz bietet. Die hiermit angedeuteten Möglichkeiten werden aber durch die in der Unsicherheit der politischen Zukunft der Stadt begründeten Hemmnisse stark eingeschränkt. Die Bereitwilligkeit der Westdeutschen, nach Berlin zu ziehen, wird letzten Endes von dem jeweiligen politischen Klima und den darin begründeten Sicherheitserwartungen abhängig sein.

Langfristig müssen aber auch Möglichkeiten zu einer Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung in Westberlin gefunden werden. Ein wichtiges Mittel hierfür ist zweifellos bereits die Steuerpräferenz für die in Westberlin erworbenen Einkommen. Der Erfolg dieser Maßnahme ist allerdings durch die später eingetretenen politischen Bedrängnisse teilweise wieder aufgehoben worden. Es stellt sich also die Frage, mit welchen Mitteln die Westberliner Bevölkerung in einer annähernd ihrem früheren Aufbau entsprechenden Struktur erhalten und ihr Fortbestand auf dem Niveau der heutigen Größe gesichert werden kann. Ein wichtiger Umstand hierfür sind zweifellos die allgemeinen Lebensbedingungen Westberlins, die so gesichert bleiben müssen, daß sie mindestens einen starken Anreiz zum langfristigen Verbleib in Westberlin bieten. Daneben können aber auch wirtschaftliche Mittel zur Erleichterung eingesetzt werden, etwa langfristige gebundene Darlehen, Sicherung privater Investitionen für den Fall des politisch bedingten Verlustes (durch ein etwa dem Lastenausgleich entsprechendes Verfahren) und schließlich, wohl als wichtigste Bedingung, die Sicherung des Lebens in West-

berlin durch den Einsatz politischer Garantien und militärischer Kräfte. Wie in allen anderen Erscheinungen des Soziallebens der Gegenwart spielt auch in Westberlin die persönliche Sicherheit, und hier entscheidend die Sicherheit der Person und der persönlichen Lage, eine wichtige Rolle. Die *Sicherheit der persönlichen Lage* kann weitgehend durch den Einsatz wirtschaftlicher Mittel erreicht werden, die *Sicherheit der Person* dagegen in erster Linie nur durch den Einsatz politischer Möglichkeiten, die es allerdings voll auszunutzen gilt.

Wenn die Bundesregierung bereit ist, mit solchen Mitteln den nach Westberlin Zuziehenden Garantien für ihr Eigentum zu geben und weiterhin die eben grob skizzierten Vorteile hinsichtlich der Lebenshaltung zu gewähren, so könnten die Hemmungen, die gegenwärtig einem Zuzug nach Westberlin entgegenstehen, beseitigt und die Lage erheblich verbessert werden. Mit derartigen Maßnahmen könnte man über kurzfristige Aktionen hinaus eine dauernde fühlbare Verbesserung der Arbeitskräfteversorgung in Westberlin erreichen[250]. Berücksichtigt man bei diesen Überlegungen die angespannte Arbeitsmarktlage in Westdeutschland, so wird man allerdings ohne Einschränkungen sagen können, daß die Möglichkeiten zur Ansiedlung von gewerblichen Betrieben in Westberlin im Hinblick auf die Arbeitskräfteversorgung keineswegs schlechter sind als an irgendeinem Standort Westdeutschlands[251]. Die relativ geringe Ausnutzung der Westberliner Reserven zeigt, daß selbst bei der angespannten Lage des westdeutschen Arbeitsmarktes und den bestehenden Anreizen dem Zug der Industrie äußerst starke Hindernisse entgegenstehen.

Insgesamt kann man die Entwicklungsmöglichkeiten der Westberliner Wirtschaft also durchaus positiv einschätzen, wenn man die Standortfaktoren berücksichtigt, die normalerweise die betrieblichen Entscheidungen beeinflussen. Schwer zu beurteilen ist allerdings die Wirkung der politischen Standortbedingungen Berlins, d. h. besonders die Trennung Westberlins vom Bundesgebiet. Diese Trennung wirft für die Wirtschaft ebenso Probleme auf wie für die Bevölkerung. Der neu hinzukommende Betrieb wird das politische Risiko seiner Investitionen einkalkulieren müssen und dabei die Bedingungen prüfen, unter denen ihm der Staat gewisse Sicherheiten und Vergünstigungen bietet; die einzelnen Familien und Arbeitskräfte, die sich an Arbeitsplätze in Westberlin binden, werden in ähnlicher Weise kalkulieren und darüber hinaus berücksichtigen, daß das Wohnen in Westberlin

[250] Möglicherweise könnte ein Ausgleich außerdem dadurch erzielt werden, daß versucht wird, die noch beschäftigungslosen älteren Personen dem wesentlich kräftigeren und aufnahmefähigeren westdeutschen Arbeitsmarkt zuzuführen.

[251] Wenn man von momentanen Sonderfällen, die durch Stillegungen von Betrieben entstanden sind, absieht (z. B. Zechen im Ruhrgebiet oder die Autoindustrie in Bremen).

mit den Nachteilen der Inselstadt verbunden ist, die die regionale Mobilität der Bevölkerung erheblich einschränkt. Wer Westberlin zur Erholung oder zu Besuchen bei Verwandten und Freunden verlassen will, muß zunächst die Sowjetzone durchfahren oder überfliegen und damit zusätzliche Kosten und Unannehmlichkeiten (wie z. B. Wartezeiten an den Grenzabfertigungsstellen usw.) in Kauf nehmen. Hier liegen die besonderen Schwierigkeiten der künftigen Entwicklung Berlins, die sich nicht nur auf den Zuzug neuer Bevölkerungsteile, sondern auch auf das Verbleiben der bereits in Berlin wohnenden Bevölkerung auswirken. In dieser Hinsicht Erleichterungen, Verbesserungen (z. B. durch Verbilligung der Flugpreise und eine Verstärkung des Flugverkehrs) und Garantien zu schaffen, sollte die vornehmliche Aufgabe aller Förderungsmaßnahmen für Westberlin sein. Solange die Förderungsmaßnahmen dem einzelnen Bürger Berlins nur indirekt zugute kommen, kann man auf die Dauer nicht mit einem Verbleiben der aktiven Teile der Bevölkerung in Westberlin rechnen.

Wesentlich anders sind dagegen die künftigen Entwicklungsbedingungen Ostberlins unter den bestehenden Verhältnissen, obwohl auch dort die Lage nicht frei von Schwierigkeiten ist. Allerdings sind diese Schwierigkeiten nicht so gravierend wie bei Westberlin und leichter zu bewältigen. Jedenfalls besteht für Ostberlin nicht das Problem, vom wirtschaftlichen Hinterland abgeschnitten zu sein und inmitten eines Landes zu liegen, das jeden normalen Wirtschafts- und Handelsverkehr unterbindet, ja sogar die so notwendigen Fernverbindungen dauernd bedroht; im Gegenteil, Ostberlin ist diesem Land wirtschaftlich und politisch eingegliedert worden. Nach der Abriegelung der Grenze gegenüber Westberlin hat sich diese Integration nur noch verstärkt, denn die Sonderstellung Ostberlins innerhalb des sowjetisch besetzten Gebietes hat seitdem praktisch keine Bedeutung mehr. Diese Sonderstellung war bis dahin aus der Tatsache entstanden, daß die östliche Teilstadt durch den — zwar kontrollierten, aber prinzipiell möglichen — Austausch und Verkehr mit Westberlin zugleich Schaufenster des Ostens und Absprungbasis nach dem Westen war. Die Kontrollen zwischen der SBZ und Ostberlin hatten zeitweise daher größere Bedeutung als die Kontrollen an den Sektorengrenzen.

Nachdem diese Kontrollen durch die sehr wirksame Schließung der Sektorengrenzen hinfällig geworden sind, können die Reisemöglichkeiten zwischen Ostberlin und der SBZ zweifellos verbessert werden. Allerdings bleibt es fraglich, inwieweit nach diesen veränderten Bedingungen die Reise nach Ostberlin für die Einwohner der SBZ überhaupt noch interessant ist. Immerhin kann man eindeutig feststellen, daß der *Pendlerverkehr zwischen den Randgebieten Berlins und Ostberlins* grundsätzlich weiterhin möglich ist

und auch in großem Umfang stattfindet. Schwierigkeiten in dieser Hinsicht ergeben sich allerdings daraus, daß ein großer Teil der Bahnverbindungen, die früher durch die Westsektoren Berlins führten, heute über den sogenannten Außenring umgeleitet werden, wodurch erheblich längere Fahrstrecken entstehen können; das gilt vor allem für die aus den westlichen Randbezirken Berlins nach Ostberlin einpendelnden Arbeitskräfte, die Westberlin südlich oder nördlich umfahren müssen. Trotz dieser Hindernisse zeigt die Beschäftigungslage in den angrenzenden Stadt- und Landkreisen, daß offenbar ein starker Austausch von Arbeitskräften zwischen Berlin und seiner Umgebung auch noch in den letzten Jahren stattfand.

Ostberlin kann diesen Arbeitskräften heute relativ günstige Möglichkeiten zur Ansiedlung bieten, wenn auch nicht in dem Umfang wie er für Westberlin beschrieben wurde. Auch in Ostberlin ist die errechnete Wohndichte verhältnismäßig gering, jedenfalls verglichen mit anderen Städten in der SBZ am niedrigsten. Wohl ist nach dem Kriege eine große Zahl von Wohnräumen dadurch entfremdet worden, daß öffentliche Verwaltungen sowie Organisationen und Angehörige der Besatzungsmacht in beschlagnahmte Wohnungen eingewiesen wurden, so daß die tatsächliche Wohnungsversorgung in Ostberlin etwas schlechter sein wird, als sie statistisch zu ermitteln ist; trotzdem sollte man angesichts der allgemeinen Wohnverhältnisse in der SBZ[252] annehmen, daß ein Zuzug von Arbeitskräften nach Ostberlin keine größeren Schwierigkeiten hat als der Zuzug in irgendeine andere Industriestadt in der SBZ. Freilich dämmen die politischen Maßnahmen (Räumung der Häuser an den Grenzen) diese Möglichkeiten stark ein.

Die Hemmungen zu einer spürbaren Aufstockung der Bevölkerung Ostberlins haben daher auch andere Ursachen, von denen die wichtigste der allgemeine Menschenmangel in der SBZ ist. Die sowjetzonale Bevölkerung hält trotz der starken Zuwanderungen bei Kriegsende heute nur noch knapp ihren Vorkriegsstand und ist erheblich stärker überaltert als die westdeutsche Bevölkerung. Der Zuzug nach Berlin muß daher gebremst werden, weil er nur durch Abzug wichtiger Bestands-Teile aus anderen Gebieten möglich ist. Kein sowjetzonaler Standort kann aber gegenwärtig bewegliche Arbeitskräfte entbehren. Daher ist das Bevölkerungsproblem in Ostberlin einfach von der verfügbaren Reserve her schwieriger zu lösen als in Westberlin. Bei dieser Lage mag auch die Befürchtung ausschlaggebend sein, die nach Ostberlin zuziehende Bevölkerung könne gegebenenfalls doch wieder zu der Möglichkeit gelangen, nach Westberlin abzuwandern. Die bisher und auch noch nach der Schließung der Sektorengrenzen zu beobachtende Zurückhal-

[252] Im Durchschnitt ist die Wohndichte in der SBZ geringer als in Westdeutschland.

tung im Wiederaufbau und in der Aufstockung Ostberlins ist nicht nur durch den Mangel an einsetzbaren Kräften zu erklären, sondern auch durch die immer noch nicht aufgegebene Befürchtung, Ostberlin könne – gemäß dem gültigen Viermächtestatus – doch irgendwann wieder aus der SBZ ausgegliedert werden. Nur diese Unsicherheit gibt eine Erklärung für den allgemeinen Investitionsrückstand Ostberlins, dessen „Schaufenster"-Funktion offensichtlich war.

Auch die industrielle Entwicklung Ostberlins läßt diese Tendenz der Zurückhaltung erkennen. Nachdem die ersten Jahre des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, die in Ostberlin einen starken industriellen Aufschwung herbeiführten, vorüber sind, zeigt sich immer mehr, daß die SBZ-Regierung *nur verhalten neue Investitionen* in Ostberlin vornimmt oder begünstigt. Aus den letzten Volkswirtschaftsplänen, besonders aus dem „Siebenjahrplan", läßt sich erkennen, daß Ostberlin nicht als Schwerpunkt im Vordergrund der industriellen Entwicklung steht. Vielmehr werden für industrielle Neugründungen vorwiegend Standorte im Osten der SBZ und in den bisher weniger stark industrialisierten Gebieten (z. B. im Nordteil der SBZ) bevorzugt. Sicher ist diese Tendenz weniger ein Ergebnis durchdachter Raumplanung, sondern in erster Linie wohl der sichtbare Niederschlag politischer Entscheidungen. Vermutlich spielt auch hierbei die Ungewißheit über die künftige politische Entwicklung Ostberlins eine entscheidende Rolle. De jure gehört Ostberlin jedenfalls zur Viersektorenstadt Berlin und ist damit nicht Teil der sowjetischen Besatzungszone. Dieser Tatbestand und die Ungewißheit bzw. Unbeständigkeit der sowjetischen Politik lassen die sowjetzonale Planung Ostberlin offenbar nicht als den zu bevorzugenden Schwerpunkt der industriellen Entwicklung bewerten. So kommt es, daß auch Ostberlin aus der gegenwärtigen politischen Lage Berlins gewisse wirtschaftliche Schwierigkeiten und Hemmnisse hinnehmen muß, die allerdings nicht überschätzt werden dürfen. Diese Schwierigkeiten sind aber keineswegs mit den wirtschaftlichen Problemen Westberlins zu vergleichen, weil sie im planwirtschaftlichen System keine Existenzbedrohung auslösen müssen und zentral ausgeglichen werden können.

Trotzdem aber bestehen für die Ostberliner Wirtschaft durch die Teilung Deutschlands und durch die Spaltung der Stadt auch Entwicklungsschwierigkeiten, die man nicht übersehen sollte. Hinsichtlich der Spaltung sind die für Westberlin entwickelten Konsequenzen für Ostberlin ebenso gültig. Die zerschnittenen Wirtschaftsbeziehungen mußten auch auf der anderen Seite der Sektorengrenze umgebildet und neu orientiert werden. Dazu kam die grundlegende Umstellung des Wirtschaftssystems, mit der die Enteignung des Privateigentums und die Auflösung der privaten Wirtschaftsinitiative ver-

bunden war. Ohne Zweifel hat die Verdrängung privater Antriebe aus der Wirtschaft den Wiederaufbau und die Umstellung der Ostberliner Wirtschaft erheblich erschwert und verzögert, denn gerade sie wären zur Bildung neuer Kontakte und Beziehungen notwendig gewesen. Sie blieben aber – wie auch in der SBZ – nur in den kleineren Betrieben und nur vorläufig erhalten; ein großer Teil des Wiederaufbaus der Ostberliner Wirtschaft ist diesen Betrieben zuzuschreiben.

Die Großbetriebe – meist kriegszerstört oder demontiert – waren von Anfang an Objekte der zentralen Planung, die den Wiederaufbau so zurückhaltend betrieb, daß praktisch erst zwei Drittel des früheren Bestandes der Industrie (nach Beschäftigten) wieder produzieren. Dabei spielt freilich auch eine Rolle, daß die Trennung von Westdeutschland als dem früheren Bezugs- und Absatzgebiet und die Umorientierung auf die Länder des Ostblocks manchen Industriezweig in Entwicklungsschwierigkeiten brachten. Auch für die Ostberliner Industrie sind mit diesen Fakten und mit dem Ausfall mancher Bezugspunkte in Mitteldeutschland neue Daten geschaffen worden, die ein Zurückbleiben des Großstandorts Ostberlin hinter den meisten sowjetzonalen Standorten bedingten. Immerhin hätte die Planwirtschaft diese Schwierigkeiten ausgleichen können, wenn nicht die Unsicherheit der politischen Lage Ostberlins zur Zurückhaltung veranlaßt hätte.

Diese Zurückhaltung kann durch die Benennung und Funktionalisierung Ostberlins als „Hauptstadt der DDR“ nicht überdeckt werden, zumal entscheidende Regierungsstellen ihren Sitz außerhalb (Strausberg) oder am Rande Ostberlins haben. Da in dem zu Ostberlin zählenden Bezirk Mitte trotz der Zerstörungen noch zahlreiche öffentliche Gebäude zur Verfügung standen, war die Etablierung der hauptstädtischen Funktionen in Ostberlin immer noch billiger als an jedem anderen Ort in der SBZ. Im übrigen unterblieb eine Konzentration aller wichtigen Funktionen auf die „Hauptstadt“, so daß aus diesem Vorgang nicht die Sogkraft der alten Hauptstadt entstehen konnte. Das verhinderte auch die Einschränkung des Verkehrs der geteilten Stadt, die schließlich einen großen Teil des Durchgangsverkehrs auf Umgehungslinien abfing. So ist auch Ostberlin heute mehr Endpunkt als Umschlagplatz des Verkehrs.

Die Entwicklungsmöglichkeiten Ostberlins sind bei der gegenwärtigen Lage kaum abzustecken, da der zentralen Wirtschaftsplanung alle Mittel zur künstlichen Bildung von Entwicklungsvorgängen zur Verfügung stehen. Da aber auch dieses System auf Produktivitätssteigerung ausgerichtet sein muß, bleibt die Willkür, wirtschaftliche Entwicklungen zu befehlen, schließlich auf realistische Vorgänge und Zweckerfüllungen beschränkt. Offen bleibt dann die Frage der Zweckbestimmung, die im vorliegenden Fall bisher offensicht-

lich an politischen Zielen ausgerichtet war. Bei den genannten Entwicklungsmöglichkeiten Ostberlins ist ein schneller Aufstieg in den nächsten Jahren kaum zu erwarten, da der Bevölkerungsabzug aus anderen Räumen schwerlich vertreten werden kann; eine Verjüngung Ostberlins ist vorläufig nur unter schwerwiegenden Einbußen anderenorts denkbar. Nach der bisherigen Entwicklung zu urteilen, trifft ein derartiger Aufschwung Ostberlins auch gar nicht die Absichten der politisch gesteuerten Wirtschaftsplanung. Die schon gekennzeichnete Zurückhaltung hat auch in letzter Zeit angehalten, so daß vorläufig nicht mehr als eine annähernde Erhaltung der Bestände zu erwarten ist.

Die bei der Entwicklung Ostberlins mehrfach festgestellte Unsicherheit der politischen Zukunft Berlins läßt auf einige Chancen für eine *Vereinigung der beiden Teilstädte* schließen, die im übrigen dem Viermächtestatus voll entsprechen würde. Die gegen Westberlin vorgetragenen Vorstöße der Sowjetunion und der SBZ mit den Vorschlägen über die „Freie Stadt Berlin" gewinnen unter diesem Aspekt ein gewisses Gewicht, denn womöglich bietet sich darin die Chance, als „neutrales Berlin" tatsächlich die ganze Stadt zu begreifen. Eine Stadt freilich, die unter internationaler Kontrolle als Enklave eines politisch einheitlichen Gebietes fast immer auf das beiderseitige Engagement der sich gegenüberstehenden Teilgebiete Deutschlands angewiesen wäre. Auf Weltsysteme (UNO) abgestellte Garantien und die latente Verteidigungsbereitschaft der zur Garantie verpflichteten Mächte könnten dem vereinten Berlin die notwendige politische Sicherheit verleihen, als internationales Hoheitsgebiet, das die Zufahrtswege nach allen Richtungen einschlösse, allseitig respektiert zu werden.

Bei aller politischen Fragwürdigkeit solcher Konstruktion, die z. Zt. wohl kaum dem Konzept der beteiligten politischen Gewalten entspricht, könnte Berlin unter den genannten Bedingungen durchaus zu einer wirtschaftlichen Selbständigkeit hingeführt werden, die vor allem in der Chance der internationalen Kommunikation begründet wäre. Die zahllosen und über viele Standorte verstreuten Weltorganisationen könnten hier ein Zentrum finden, das aufnahmebereit ist und – zwischen den Machtblöcken der Welt gelegen – für eine wirkliche Kommunikation organisiert werden kann. Bereits die für Westberlin aufgezeigten Möglichkeiten zur Verstärkung der kulturellen Bedeutung bezogen sich auf Entwicklungen, die für das vereinte Berlin ebenso möglich sind und forciert werden können.

Eine entscheidende Bedeutung würden aber hierbei die internationalen Handelsfunktionen haben, die dann in Berlin entstehen könnten. Die Vergleiche mit anderen internationalen Enklaven lassen diese Funktionen besonders wichtig erscheinen. Berlin kann aber nur dann zum internationalen

Handelsplatz ausgebaut werden, wenn entsprechende Garantien die Möglichkeit des ungehinderten Verkehrs schaffen. Abgesehen von den politischen Garantien für den Berlinverkehr sollte daher kein Weg unversucht bleiben, auch wirtschaftlich wirksame Garantien hierfür einzuführen, weil sich in der gegenwärtigen Situation das sogenannte „Berlin-Risiko" bisher in erster Linie als ein Verkehrsrisiko gezeigt hat. Neben der Sicherheit des Verkehrs müßten aber gleichzeitig auch die Möglichkeiten einer Entwicklung zum internationalen Handelsplatz durch politische Verhandlungen geschaffen werden [253]. Allerdings müßte Berlin für diese Aufgaben vermutlich zu einem neutralen Punkt erklärt werden [254], an dem sich die Handelsmakler zwischen Ost und West ansiedeln könnten.

Berlin könnte so nicht nur Zentrum und Umschlagplatz des Interzonenverkehrs, sondern zugleich auch *Handelsplatz* für den Verkehr *zwischen den großen Wirtschaftsblöcken* in Europa, d. h. der EWG, der Freihandelszone und dem COMECON werden. Das hätte aber eine allseitige Bereitschaft zu einem internationalen Warenaustausch zur Voraussetzung. Die Grundbedingungen hierfür erfüllt Berlin zweifellos, denn es liegt für eine derartige internationale Handelsfunktion günstig in der Mitte zwischen den Blöcken und verfügt gleichzeitig über weiträumige Verkehrsverbindungen und über die nötigen Anlagen in der Stadt zur Bewältigung eines entsprechenden Güterumschlages [255]. Auch dürften angesichts des vor dem Kriege in Berlin sehr stark entwickelten Groß- und Außenhandels zunächst noch geeignete Arbeitskräfte für die dadurch geschaffenen Arbeitsplätze zur Verfügung stehen.

Einer Änderung bedarf dann sicherlich der politische Status Berlins, der schon in den heute noch gültigen rechtlichen Grundlagen grundsätzlich ein internationaler ist (Viermächtestatus). De facto wird Westberlin aber heute als ein Teil der Bundesrepublik angesehen und damit als eine nationale Exklave eines Staates, der dem westlichen Block angehört; Ostberlin gilt jedoch als integrierte Hauptstadt der SBZ. Wahrscheinlich ist die politische Neutralisierung der *ganzen* Stadt die wichtigste Voraussetzung zur Entwicklung derartiger Handelsfunktionen in Berlin, wenn nicht sogar die politische

[253] Vgl. *Pohmer, S.*, Wirtschaftliche Probleme Berlins, in: Berlin in Vergangenheit und Gegenwart. Tübingen 1959, S. 93 ff.

[254] Diese Frage kann hier weder diskutiert noch als politisch mögliche Lösung vorgetragen werden; vielmehr sollen die daraus folgenden Entwicklungsmöglichkeiten Berlins hypothetisch dargelegt werden.

[255] So sind in Berlin Güterbahnhöfe, Binnenhäfen, Speditionsplätze, Flugplätze und dergleichen mit relativ großen, z. Zt. nicht ausgelasteten Kapazitäten vorhanden. Sicher könnten durch Rationalisierungen und durch von den räumlichen Gegebenheiten her mögliche Erweiterungen die Kapazitäten noch erheblich vergrößert werden.

Unabhängigkeit im Sinne einer doppelseitigen Sicherheitsgarantie[256]. Eine derartige *politische Unabhängigkeit für das gesamte Stadtgebiet* könnte immerhin aus dem internationalen *Viermächtestatus Berlins* entwickelt werden. Eine grundlegende Voraussetzung für die Verwirklichung solcher Vorstellungen bilden aber die politischen Möglichkeiten, die sich auf das Interesse der Machtblöcke an dem Zustandekommen eines solchen Platzes der wirtschaftlichen Kommunikation gründen. Verschiedene Wirtschaftsvorgänge haben in letzter Zeit gezeigt, daß ein wirtschaftlicher Austausch zwischen den großen Wirtschaftsblöcken in Europa ebensowenig zu umgehen ist, wie er zwischen den beiden großen politischen Blöcken in der Welt vermieden werden konnte. Eine gegenseitige oder einseitige Embargopolitik unter den Blöcken konnte bisher nie eindeutig durchgehalten werden und brachte gleichzeitig den zwischen den Blöcken stehenden Staaten unkontrollierte Maklerfunktionen und -provisionen ein. Derartige Provisionen könnten immerhin das Defizit in der Leistungsbilanz Berlins erheblich mindern, ein Defizit, das bei allen Entscheidungen über Berlin gedeckt werden muß, ohne die Entwicklungspläne der Stadt einzuschränken. Mag man die hierfür notwendigen Garantien und Zahlungen als „Neutralitätsbeitrag“ oder als „Entwicklungshilfe“ kennzeichnen, die Bereitschaft zu ihrer Leistung bleibt erforderliche Voraussetzung.

Die hier dargelegte Vorstellung von den Potenzen eines vereinigten Berlins im geteilten Deutschland zielt auf die – heute noch fehlende – Wiederaufnahme der Rolle Berlins als Handelsstadt ab. Sie wird zu ergänzen sein durch die schon für Westberlin ausgeführten Entwicklungsmöglichkeiten in den anderen Leistungsbereichen der Stadt. Schließlich ist unter den beschriebenen Voraussetzungen auch der Aufbau zentraler politischer Funktionen in Berlin denkbar, d. h. die Ansiedlung bzw. Verlegung von Institutionen, die gegenwärtig auf mehrere Konzentrationspunkte und Standorte in der Welt verstreut sind. Derartige Bewegungen könnten aber nur in einer die Mächte der Welt umfassenden Aktion entstehen, und dem stehen starke Hemmungen infolge der betroffenen Einzelinteressen entgegen. Unterhalb dieser Möglichkeiten, die hier nur ihrer Konsequenzen wegen angedeutet wurden, liegt die Entwicklung Berlins zum internationalen Handelsplatz, die in erster Linie von den beteiligten Wirtschafts- und Machtblöcken abhängig ist. Die Erwartung positiver Entscheidungen hierzu ist gegenwärtig – von beiden Seiten her gesehen – leider wohl weniger utopisch als die Rechnung auf

[256] Freilich bedürfen derartige Konstruktionen der genauen Überprüfung der staatsrechtlichen Ausgangslage und der politischen Konsequenzen; immerhin liegen sie nach dem Bau der „Mauer“ eher im Bereich des Möglichen als die Vereinigung Berlins zugunsten einer der beiden Seiten.

Berlin als Hauptstadt in einem wiedervereinigten Deutschland. Sowohl die Bestrebungen und Kräfteverhältnisse innerhalb Gesamtdeutschlands als auch die unterschiedlichen Absichten und Systeme der sich in dieser Frage begegnenden Blöcke scheinen gegenwärtig die Bildung Gesamtdeutschlands weitaus stärker zu behindern als die Vereinigung Berlins unter den genannten Bedingungen. Andererseits sollte eine derartige Lösung aber auch nur im Hinblick auf die geschilderte internationale Zentralfunktion diskutiert werden. Allein die internationalen Handelsfunktionen würden Berlin zum internationalen Treffpunkt und damit zum Ort der geistigen und politischen Auseinandersetzung machen. In dieser Rolle, deren Bewältigung man nach den Erfahrungen der letzten Jahre den Berlinern zutrauen kann, würde Berlin am ehesten Ansatzpunkt und aktiver Anlaß zur Wiedervereinigung Deutschlands sein, dessen Hauptstadtfunktionen es zweifellos wieder übernehmen kann.

Nach den Ergebnissen dieser Untersuchung bietet schon das geteilte Berlin in der Struktur seiner Bestände alle Voraussetzungen *zur gesamtdeutschen Hauptstadt* und läßt bei dieser Funktion einen raschen Aufstieg erwarten. Da in beiden Gebieten Deutschlands inzwischen kein konkurrierendes Zentrum gebildet wurde, ist mit einer dem Vorkriegsstand entsprechenden Konzentration der Zentralfunktionen auf Berlin zu rechnen. Die Stadt zwischen Ost und West hat seit dem Kriege unvergleichliche Verluste hinnehmen und vielerlei Wandlungen erleben müssen; sie hat aber trotzdem eine *unerwartete Beharrungskraft* gezeigt. Trotz der politischen Spaltung haben die heutigen Teilstädte Berlins immer noch *mehr Gemeinsames als Trennendes* in ihren Bestands-Strukturen! In Berlin berühren sich heute, in bezug auf die Stadt in ungleichen Positionen, zwei Weltblöcke, die mit unterschiedlichen Mitteln und Absichten antreten: die eine, den Weltsieg zu erringen, die andere, gegen diesen Anspruch den Frieden zu erhalten. So treffen in Berlin zugleich auch zwei – das heutige Deutschland charakterisierende – politische Sprachen aufeinander, die von der Bevölkerung bisher zur gegenseitigen Verständigung eingeschmolzen wurden. In dieser Stadt blieb das Gefühl und nicht nur die Parole der Zusammengehörigkeit wach. Die Bevölkerung Berlins hat damit ihre Fähigkeit zur Wiedervereinigung über die politischen Widersprüche hinweg bewiesen. In dieser Fähigkeit liegt die Chance, die Berlin selbst in seiner Bedrängnis den Deutschen bietet und die es zu aktivieren gilt. Noch bleibt die Wahl:

BERLIN – VERLUST ODER CHANCE?

ANHANG

1. LITERATURVERZEICHNIS

Baumgart, E. R., Investitionen und ERP-Finanzierung. Berlin 1961

Behrmann, W., Die Bevölkerungsverschiebung innerhalb Berlins, in: Geographisches Taschenbuch 1954/55, S. 340 ff.

Behrmann, W., Die Lage Berlins im Wandel der Zeiten, in: Die unzerstörbare Stadt (Institut für Raumforschung). Köln-Berlin 1953

Bollert, Die Bevölkerung in den Randzonen von Großberlin 1939—1955, in: Berliner Statistik, 11. Jg. (1957), Heft 12, S. 426 ff.

Brunn, W., Die rechtliche, politische und wirtschaftliche Lage des Berliner Sowjetsektors. Berlin o. J.

Bülow, F., Zum Wiederaufbau Berlins — Gedanken zur Gestaltung einer Weltstadt, in: Raumforschung und Raumordnung, 16. Jg. (1958), Heft 4, S. 193 ff.

Bülow, F., Raumpolitischer Strukturwandel der Wirtschaft und Versorgung Berlins, in: Die unzerstörbare Stadt (Institut für Raumforschung). Köln-Berlin 1953

Dehmel, A. R., Die territorialen Veränderungen im politisch-geographischen Gesicht der Erde seit 1945, in: Geographische Rundschau, 11. Jg. (1959), Heft 1, S. 21 ff.

Evers, Die Wohnstruktur Westberlins, in: Berliner Statistik, 6. Jg. (1952), Heft 3, S. 127 ff.

Federau, F., Das Berliner Bankwesen 1945—1950 (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Sonderhefte N. F., Nr. 11). Berlin o. J.

Friedensburg, F., Berlin. Schicksal und Aufgabe. Berlin 1953

Gerlach, E., Berlin im deutschen und europäischen Verkehr, in: Die unzerstörbare Stadt (Institut für Raumforschung). Köln-Berlin 1953

Gerth, Entwicklung der Flächennutzung im Berliner Stadtgebiet, in: Berliner Statistik, 11. Jg. (1957), Heft 3, S. 99 ff.

Götz, J., Jagd auf Grenzgänger, in: SBZ-Archiv, 12. Jg. (1961), Heft 15, S. 234 ff.

Grünig, F., Die gegenwärtige Wirtschaftslage Westberlins vom Blickpunkt der Forschung aus betrachtet. (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Sonderhefte N. F., Heft 6). Berlin 1949

Grünig, F. und *Krengel, R.*, Berliner Leistungsbilanz, in: Die unzerstörbare Stadt (Institut für Raumforschung). Köln-Berlin 1953

Grünig, F. und *Krengel, R.*, Die Westberliner Wirtschaft 1949—1951 (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Sonderhefte N. F., Nr. 15). Berlin o. J.

Herzfeld, H., Berlin als deutsche Hauptstadt im Wandel der Geschichte, in: Schicksalsfragen der Gegenwart IV. Tübingen 1959

Hilgruber, A., Berlin — Dokumente 1944—1961. Darmstadt 1961

Hoffmann, R., Lage und Funktionen der Hauptstadt Berlin, in: Die unzerstörbare Stadt (Institut für Raumforschung). Köln-Berlin 1953

Ipsen, G., Großkreise, in: Ballungsräume und Großkreise. Tübingen 1959

Isenberg, G., Die Ballungsgebiete in der Bundesrepublik (Institut für Raumforschung, Vorträge Nr. 6). Bad Godesberg 1957

Katsch, K. H., Berlin zu Beginn des Jahres 1959, in: Geographische Rundschau, 11. Jg. (1959), Heft 3, S. 125 ff.

Klitzsch, F., Industrielle Standortplanung. Berlin 1953

Korgitzsch, Die Frauenarbeit in der Industrie von Berlin (West), in: Berliner Statistik, 12. Jg. (1958), Heft 12, S. 287 f.

Korgitzsch, Der Wiederaufbau der Industrie von Berlin (West) nach dem Zusammenbruch, in: Berliner Statistik, 11. Jg. (1957), Heft 1, S. 24 ff.

Krause, R., Die Berliner City: Frühere Entwicklung/Gegenwärtige Situation/Mögliche Perspektiven (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Sonderheft N. F., Nr. 43). Berlin o. J.

Krengel, R., Volkswirtschaftliche Input-Output-Rechnung/Sozialprodukt, Beschäftigung und Produktivität (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Sonderhefte N. F., Nr. 24). Berlin o. J.

Leyden, S., Großberlin, Geographie der Weltstadt. Breslau 1933

Meimberg, R., Wirtschaft und Währung Westberlins zwischen Ost und West (Schriftenreihe, herausgegeben von der Berliner Zentralbank, Heft 1). Berlin-München 1950

Metz, F., Die deutschen Städte — Grundlinien ihrer Entstehung und Entwicklung, in: Geographische Rundschau, 11. Jg. (1959), S. 111 ff.

Müller, H.-J., Die Strukturwandlungen der Berliner Wirtschaft in der Zeit von 1935 bis zur Gegenwart. Diss. Bonn (Manuskript) 1955

Pfannschmidt, M., Probleme der Weltstadt Berlin, in: Zum Problem der Weltstadt. Berlin 1959, S. 2 ff.

Pfannschmidt, M., Die Industrieansiedlung in Berlin und in der Mark Brandenburg. Ihre Entwicklung vom Absolutismus bis zur Gegenwart und ihre zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten. Stuttgart-Berlin 1937

Pohmer, S., Wirtschaftliche Probleme Berlins, in: Berlin in Vergangenheit und Gegenwart. Tübingen 1959, S. 93 ff.

Pries, K., Entwicklung und Organisation der Landesplanung im Raum Berlin, in: Die unzerstörbare Stadt (Institut für Raumforschung). Köln-Berlin 1953

Pritzkoleit, K., Berlin — ein Kampf ums Leben. Düsseldorf 1962

Ritschl, H., Reine und historische Dynamik des Standortes der Erzeugungszweige, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, Bd. 51 (1927)

Rothfels, H., Von der brandenburgischen über die preußische zur deutschen Hauptstadt, in: Berlin in Vergangenheit und Gegenwart. Tübingen 1959

Schadewaldt, W., Lob Berlins, in: Berlin in Vergangenheit und Gegenwart. Tübingen 1959

Schindler, H.-E., Die Sektorengrenze und ihre Auswirkungen auf das Stadtbild, in: Geographische Rundschau, 7. Jg. (1955), Nr. 8, S. 308 ff.

Schlier, O., Der Standortsaufbau der Industrie in Berlin (West), in: Berliner Statistik, 14. Jg. (1960), Heft 2, S. 28 ff.

Schlier, O., Die Industrie in den Verwaltungsbezirken Westberlins, in: Berliner Statistik, 4. Jg. (1950), Heft 2, S. 37 ff.

Schlier, O., Berlins Verflechtungen mit der Umwelt früher und heute, in: Geographische Rundschau, 11. Jg. (1959), Nr. 3, S. 134 ff.

Schlier, O., Das gesamtdeutsche Standortsbild einiger für Berlin wichtiger Industriezweige, in: Berliner Statistik, 10. Jg. (1956), Heft 9, S. 279 ff., Heft 10, S. 315 ff.,

Heft 11, S. 351 ff., und 11. Jg. (1957), Heft 2, S. 68 ff., Heft 3, S. 105 ff., Heft 5, S. 181 ff. und Heft 9, S. 329 ff.

Schlier, O., Die Stellung Berlins unter den Zentren Deutschlands, in: Berliner Statistik, 9. Jg. (1955), Heft 12, S. 359 ff.

Schlier, O., Die wirtschaftlich-soziale Struktur Berlins, in: Geographische Rundschau, 7. Jg. (1955), Nr. 8, S. 287 ff.

Schlier, O., Zastrow, E., Stand der wirtschaftlich-sozialen Struktur in der Bundesrepublik und Westberlin 1955, in: Geographische Rundschau, 7. Jg. (1955), Nr. 12, S. 478 ff.

Schmidt-Renner, G., (Herausgeber), Wirtschaftsterritorium DDR/ökonomisch-geographische Einführung und Übersicht. 2. Auflage, Berlin 1960

Schröder, K., Berliner Luftverkehr der Vorkriegszeit und Gegenwart, in: Die Erde, 1955, Heft 1, S. 112 ff.

Steinberg, H.-G., Die regionale Bevölkerungsentwicklung im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands vor und nach Sperrmaßnahmen am 13. August 1961, in: Informationen des Instituts für Raumforschung, 14. Jg. (1964), Nr. 6, S. 180 ff.

Storbeck, D., Arbeitskraft und Beschäftigung in Mitteldeutschland (Dortmunder Schriften zur Sozialforschung, Bd. 18), Köln-Opladen 1961

Storbeck, D., Die wirtschaftliche Problematik der Raumordnung — Eine Untersuchung über Notwendigkeiten, Ziele und Mittel der Raumordnung im System der Marktwirtschaft. Berlin 1959

Storbeck, D., Entwicklung und Struktur der Berliner Wirtschaft, in: Moderne Welt (Zeitschrift für vergleichende geistesgeschichtliche und sozialwissenschaftliche Forschung) 1960/61, Heft 4, S. 387 ff.

Storbeck, D., Die regionalen Tendenzen der industriellen Entwicklung in der SBZ im Siebenjahrplan 1959—1965, in: Raumforschung und Raumordnung, 17. Jg. (1959), Heft 4, S. 205 ff.

Storbeck, D., Wanderungen der Bevölkerung Mitteldeutschlands von 1953—1956, in: Informationen des Instituts für Raumforschung, 8. Jg. (1958), Nr. 14, S. 365 ff.

Storbeck, D., Die Entwicklung der Industrie Westberlins nach dem Kriege, in: Raumforschung und Raumordnung, 16. Jg. (1958), Heft 4, S. 202 ff.

Storbeck, D., Die Bevölkerungsentwicklung der großen Städte in der SBZ, in: Informationen des Instituts für Raumforschung, 7. Jg. (1957), Nr. 11, S. 267 ff.

Storbeck, D., Regionale Bevölkerungsentwicklung im sowjetisch besetzten Gebiet Deutschlands von 1950 bis 1956, in: Informationen des Instituts für Raumforschung, 7. Jg. (1957), Nr. 17, S. 429 ff.

Thalheim, K. C., Berlin — Herausforderung und Antwort einer Hauptstadt, in: Die unzerstörbare Stadt (Institut für Raumforschung). Köln-Berlin 1953

Thalheim, K. C., Die Wirtschaft Berlins zwischen Ost und West (Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F., Bd. 4). Berlin 1952

Thalheim, K. C., Die Rezeption des Sowjetmodells in Mitteldeutschland, in: Die Wirtschaftssysteme der Staaten Osteuropas und der Volksrepublik China (Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F., Bd. 23/I)

Thalheim, K. C., Berlins wirtschaftliche Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg, in: Heimatchronik Berlin (Bd. 25 der „Heimatchroniken der Städte und Kreise des Bundesgebietes"). Köln 1962

Thilenius, R., Die Teilung Deutschlands (r d e Bd. 55). Hamburg 1959.

Wiebel, E., Die Städte am Rande Berlins (Forschungen zur deutschen Landeskunde, Bd. 65). Remagen 1954

Wolf, E., 10 Jahre wirtschaftlicher Aufstieg, in: Stadt und Gemeinde, 2. Jg. (1958), Heft 11/12, S. 18 ff.

Ziemer, W., Statistische Ermittlung der Kaufkraft der Bevölkerung, in: Statistische Praxis, 13. Jg. (1958), Heft 3, S. 54 ff.

Zimm, A., Westberlin — politisch- und ökonomisch-geographisch. Berlin 1961

Zimm, A., Leitlinien einer ökonomisch-geographischen Charakteristik der Standorte der Großindustrie in Berlin, in: Zeitschrift für den Erdkundeunterricht, 8. Jg. (1956), Heft 7, S. 193 ff.

Zimm, A., Die Entwicklung des Industriestandortes Berlin. Berlin 1959

Ohne Verfasser

Berlin, Planungsgrundlagen für den städtebaulichen Ideenwettbewerb „Hauptstadt Berlin“ (hrsg. vom Bundesminister für Wohnungsbau und vom Senator für Bau- und Wohnungswesen). Berlin 1957.

Die Wirtschaft Westberlins 1945—1955 (Zehnjahresbericht der IHK Berlin). Berlin 1955.

Neue Produktionen in Westberlin (hrsg. von der Berliner Zentralbank), 1. und 2. Folge 1952, 3. Folge 1953, 4. Folge 1954, 5. Folge 1955.

Bedingungen und Möglichkeiten für den Ausbau der Wirtschaft Westberlins in den kommenden Jahren. Berlin 1951.

Am Abend der Demontage (Harmssen-Bericht). Bremen 1951.

Westberliner in Berufsausbildung (Kennzeichnung der Berufsausbildungssituation Westberlins), hrsg. vom Senat von Berlin. Berlin 1951.

Die Wirtschaft Westberlins (Schriftenreihe, hrsg. von der Berliner Zentralbank, Heft 2). Berlin 1950.

Die wirtschaftliche und soziale Lage Westberlins im Herbst 1949 (hrsg. vom Magistrat von Großberlin, Hauptamt für Gesamtplanung). Oktober 1949.

Berlins Wirtschaft in der Blockade (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Sonderhefte N. F., Heft 3). Berlin 1949.

Die Bundesrepublik 1962/63, 68. Jg. Köln — Berlin — Bonn — München, Teilausgabe Bund.

Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1961. Berlin 1961.

Die Bundesländer. Beiträge zur Neugliederung der Bundesrepublik (hrsg. vom Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten e. V.). Frankfurt a. M. 1950.

Die Standorte der Industrie in Berlin (West), regionale Auswertung der Industrieberichterstattung, September 1958 (Berliner Statistik, Sonderheft 75). Berlin 1960.

Statistische Jahresberichte der Bezirke Potsdam und Frankfurt (Oder) 1956.

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1939—40.

Statistisches Jahrbuch der DDR 1955—1960/61.

Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland 1951—1961.

Statistisches Jahrbuch Berlin 1951—1961.

Berlin in Zahlen 1947—1950 (Berliner Statistik).

Statistisches Handbuch von Deutschland. München 1949.

Zahlen zeigen Zeitgeschehen — Berlin 1945—1947 (Berliner Statistik, 3. Sonderheft, 1. Jg., 1947).

Volks- und Berufszählung vom 17. Mai 1939 (Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 557).

Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstättenzählung vom 17. Mai 1939 (Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 568).

Die Deutsche Industrie. Gesamtergebnisse der Amtlichen Produktionsstatistik. Schriftenreihe des Reichsamts für Wehrwirtschaftliche Planung, Heft 1. Berlin 1939.

2. VERZEICHNIS DER TABELLEN

Tabelle

Tabelle 1

Bevölkerung Berlins 1939—1959

0	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Jahr	Wohnbevölkerung in Tausend			Bevölkerungsveränderung gegenüber dem vorhergehenden Zeitpunkt					
				in Tausend			in v. H. 1939		
	Westberlin a)	Ostberlin b)	Berlin	Westberlin	Ostberlin	Berlin	Westberlin	Ostberlin	Berlin
1939[1]	2 750,5	1 588,3	4 338,8	•	•	•	•	•	•
1946[2]	2 012,5	1 174,6	3 187,1	— 738,0	— 413,7	—1 151,7	— 26,8	— 26,0	— 26,5
1950[3]	2 147,0	1 189,1	3 336,1	+ 134,5	+ 14,5	+ 149,0	+ 4,9	+ 0,9	+ 3,4
1955[4]	2 203,3	1 139,9	3 343,2	+ 56,3	— 49,2	+ 7,1	+ 2,0	— 3,1	+ 0,2
1956[4]	2 223,7	1 121,9	3 345,6	+ 20,4	— 18,0	+ 2,4	+ 0,7	— 1,1	+ 0,1
1957[4]	2 228,5	1 110,0	3 338,5	+ 4,8	— 11,9	— 7,1	+ 0,2	— 0,7	— 0,2
1958[4]	2 226,0	1 090,4	3 316,4	— 2,5	— 19,6	— 22,1	— 0,1	— 1,2	— 0,5
1959[4]	2 208,0	1 082,3	3 290,3	— 18,0	— 8,1	— 26,1	— 0,7	— 0,5	— 0,6
1939 bis 1959	—	—	—	— 542,5	— 506,0	—1048,5	— 19,8	— 31,7	— 24,1

Quellen: a) Statistisches Jahrbuch Berlin 1956—1960.
b) Statistisches Jahrbuch der DDR 1956—1959.

[1] Volkszählung vom 17. Mai 1939.
[2] Volkszählung vom 29. Oktober 1946.
[3] Volkszählung 1950; Westberlin 13. September, Ostberlin 31. August.
[4] Fortschreibungsergebnisse zum Jahresende.

Tabelle 2

Bevölkerungsvorgänge in Berlin 1954—1960[1]

0	1	2	3	4	5	6	7	8
	Bevölkerungsziffern je 1000 der Bevölkerung[2]							
	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1954 bis 1960[3]
Lebendgeborene								
Westberlin . .	8,0	7,8	7,9	8,0	8,4	9,5	9,8	8,6
Ostberlin . . .	11,3	11,5	11,6	11,8	12,2	14,0	14,5	11,9
Berlin	9,2	9,1	9,1	9,3	9,7	10,9	11,3	9,7
Gestorbene								
Westberlin . .	13,9	13,9	14,5	15,2	15,0	15,6	16,4	15,1
Ostberlin . . .	15,0	14,6	14,9	16,0	15,8	16,5	17,3	15,1
Berlin	14,3	14,1	14,6	15,5	15,3	15,9	16,7	15,1
Sterbefallüberschuß (—)								
Westberlin . .	— 5,9	— 6,1	— 6,6	— 7,2	— 6,6	— 6,1	— 6,6	— 6,5
Ostberlin . . .	— 3,6	— 3,1	— 3,3	— 4,2	— 3,6	— 2,7	— 2,8	— 3,2
Berlin	— 5,1	— 5,1	— 5,5	— 6,2	— 5,6	— 5,0	— 5,4	— 5,4
Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (—)								
Westberlin . .	+ 3,3	+ 11,1	+ 15,8	+ 9,3	+ 5,4	— 2,0	+ 4,0	+ 6,8
Ostberlin . . .	— 5,6	— 13,3	— 12,7	— 6,4	— 14,3	— 4,8	.	.
Berlin	+ 0,2	+ 2,7	+ 6,2	+ 4,1	— 1,1	— 2,9	.	.

[1] *Quellen:* Statistisches Jahrbuch Berlin 1961, S. 41 ff., Statistisches Jahrbuch der DDR 1955—1962.
[2] Bezogen auf die mittlere Bevölkerung des Jahres.
[3] Durchschnitt pro Jahr, bezogen auf die mittlere Bevölkerung von 1954.

Tabelle 3

Regionale Bevölkerungsentwicklung in Berlin 1939, 1950 und 1960 (nach Bezirken)

0	1	2	3	4	5	6
Bezirk	Einwohner (in Tausend)			Veränderung in v. H. 1939		
	1939[1]	1950[2]	1960[3]	1939/50	1950/60	1939/60[4]
Tiergarten	213,6	116,7	112,0	— 45,4	— 2,2	— 47,6
Wedding	325,1	243,3	223,2	— 25,2	— 6,2	— 31,3
Kreuzberg	332,6	211,2	192,4	— 36,5	— 5,7	— 42,2
Charlottenburg	300,0	220,3	227,6	— 26,6	+ 2,4	— 24,1
Spandau	170,4	166,2	172,9	— 2,5	+ 3,9	+ 1,5
Wilmersdorf	206,8	141,7	162,0	— 31,5	+ 9,8	— 21,7
Zehlendorf	81,1	90,9	95,6	+ 12,1	+ 5,8	+ 17,9
Schöneberg	277,9	189,3	194,5	— 31,9	+ 1,9	— 30,0
Steglitz	213,9	154,0	185,0	— 28,0	+ 14,5	— 13,5
Tempelhof	125,4	121,0	144,8	— 3,5	+ 19,0	+ 15,5
Neukölln	303,2	286,6	277,8	— 5,5	— 2,9	— 8,4
Reinickendorf	200,5	205,9	214,6	+ 2,7	+ 4,3	+ 7,0
Westberlin	2 750,5	2 147,0	2 202,2	— 21,9	+ 2,0	— 19,9
Mitte	263,6	124,3	94,9	— 52,8	— 11,2	— 64,0
Prenzlauer Berg	298,0	249,3	213,4	— 16,3	— 12,0	— 28,4
Friedrichshain	346,3	185,9	159,5	— 46,3	— 7,6	— 53,9
Treptow	118,2	112,7	113,3	— 4,7	+ 0,5	— 4,1
Köpenick	120,4	119,1	116,3	— 1,1	— 2,3	— 3,4
Lichtenberg	196,8	163,6	161,7	— 16,9	— 1,0	— 17,8
Weißensee	90,3	84,9	75,9	— 6,0	— 10,0	— 15,9
Pankow	154,7	149,8	136,7	— 3,2	— 8,5	— 11,6
Ostberlin	1 588,3	1 189,5	1 071,8	— 25,1	— 7,4	— 32,5
Berlin	4 338,8	3 336,5	3 274,0	— 23,1	— 1,4	— 24,5

[1] *Quelle:* Westberlin: Statistisches Jahrbuch Berlin 1952, S. 25. Ostberlin: Statistisches Jahrbuch der DDR 1957, S. 15. (Volkszählung vom 17. Mai 1939.)
[2] *Quelle:* Westberlin: Statistisches Jahrbuch Berlin 1952, S. 25. Ostberlin: Statistisches Jahrbuch der DDR 1955, S. 14. (Volkszählung von 1950: Westberlin 23. September, Ostberlin 31. August.)
[3] *Quelle:* Statistisches Jahrbuch der DDR 1960/61, S. 24, und Statistisches Jahrbuch Berlin 1961, S. 26. (Fortschreibungsergebnisse zum 31. Dezember 1960.)
[4] Summenabweichungen durch Runden der Zahlen.

Tabelle 4

Bevölkerungsverteilung 1959 und Bevölkerungsentwicklung 1950/59 in den Ortsteilen Berlins[1]

a) Kernbezirke

0	1	2	3	4	5
Bezirk bzw. Ortsteil	Fläche in qkm	Bevölkerung 31. 12. 1959		Zu- (+) oder Abnahme (—) 1959 gegenüber 1950	
		absolut	je qkm	absolut	in v. H.
Mitte	10,7	98 031	9 162	— 25 986	— 21,0
Prenzlauer Berg	10,9	218 939	20 086	— 30 635	— 12,3
Friedrichshain	9,7	164 124	16 920	— 21 807	— 11,7
Kernbezirke Ost insges.	31,3	481 094	15 370	— 78 428	— 14,0
Tiergarten	13,3	111 962	8 418	— 4 734	— 4,1
Wedding	15,4	226 480	14 706	— 16 791	— 6,9
Kreuzberg	10,4	194 146	18 668	— 17 008	— 8,1
Kernbezirke West insges.	39,1	532 588	13 621	— 38 533	— 6,7
Kernbezirke Berlin insges.	70,4	1 013 682	14 399	—116 961	— 10,3
b) Innenstadt					
Kernbezirke Ost	31,3	481 094	15 370	— 78 428	— 14,0
Pankow, Ortst.[2]	5,6	66 638	11 900	— 1 495	— 2,2
Innenstadt Ost insges.	36,9	547 732	14 844	— 79 923	— 12,7
Kernbezirke West	39,1	532 588	13 621	— 38 533	— 6,7
Charlottenburg	30,3	228 576	7 544	+ 8 250	+ 3,7
Wilmersdorf, Ortst.[2]	8,2	125 727	15 333	+ 11 953	+ 10,5
Schmargendorf, Ortst.[2]	3,6	23 367	6 491	+ 5 324	+ 29,5
Schöneberg	12,3	195 676	15 909	+ 6 416	+ 3,4
Steglitz, Ortst.[2]	6,8	85 902	12 633	+ 10 691	+ 14,2
Neukölln, Ortst.[2]	11,5	202 445	17 604	— 20 088	— 9,0
Innenstadt West, insges.	111,8	1 394 281	12 471	— 15 987	— 1,1
Innenstadt Berlin, insges.	148,7	1 942 013	13 060	— 95 910	— 4,7

[1] *Quelle:* Statistisches Jahrbuch Berlin 1961, S. 34 f., Aufteilung auf Kernbezirke, Innenstadt und Außenbezirke vom Verfasser, S. 44 f.
[2] Ortsteil.

zu Tabelle 4

c) Außenbezirke

0	1	2	3	4	5
Ortsteil	Fläche in qkm	Bevölkerung 31. 12. 1959		Zu- (+) oder Abnahme (—) 1959 gegenüber 1950	
		absolut	je qkm	absolut	in v. H.
Treptow	3,9	21 018	5 389	+ 2 327	+ 12,4
Baumschulenweg	3,5	19 755	5 644	+ 702	+ 3,7
Niederschöneweide	3,5	10 573	3 021	— 980	— 8,5
Johannisthal	11,6	20 024	1 726	+ 666	+ 3,4
Adlershof	3,7	20 674	5 588	— 474	— 2,2
Altglienicke	8,6	10 857	1 262	— 1 679	— 13,4
Bohnsdorf	5,8	8 955	1 544	— 1 408	— 13,6
Köpenick	35,0	47 248	1 350	— 4 523	— 8,7
Oberschöneweide	8,2	26 338	3 212	— 135	— 0,5
Friedrichshagen	14,0	18 375	1 313	+ 613	+ 3,5
Rahnsdorf	21,5	9 031	420	— 828	— 8,4
Müggelheim	22,3	3 697	166	— 437	— 10,6
Schmöckwitz	17,2	3 723	216	— 805	— 17,8
Grünau	9,1	5 215	573	+ 659	+ 14,5
Lichtenberg	13,1	64 472	4 922	— 4 091	— 6,0
Biesdorf	11,3	19 101	1 690	+ 3 452	+ 22,1
Marzahn	13,1	3 097	236	— 466	— 13,1
Friedrichsfelde	11,5	19 986	1 738	— 1 773	— 8,1
Karlshorst	5,8	24 047	4 146	+ 6 636	+ 38,0
Kaulsdorf	10,7	12 549	1 173	— 1 809	— 12,6
Mahlsdorf	13,1	19 192	1 465	— 2 870	— 13,0
Weißensee	8,4	49 623	5 908	— 5 337	— 9,7
Hohenschönhausen	9,3	21 129	2 272	— 1 800	— 7,9
Malchow	10,5	2 935	280	— 1 078	— 26,9
Wartenberg	8,2	1 721	210	— 127	— 6,9
Falkenberg	10,2	1 115	109	+ 135	+ 13,8
Niederschönhausen	6,6	24 984	3 785	— 3 418	— 12,0
Blankenfelde	10,7	2 436	228	— 979	— 28,7
Buchholz	11,7	9 637	824	— 2 467	— 20,4
Buch	19,0	7 008	369	— 1 162	— 14,2
Karow	5,3	5 669	1 070	— 1 011	— 15,1
Blankenburg	6,7	6 273	936	— 84	— 1,3
Heinersdorf	3,9	5 337	1 368	— 862	— 13,9
Rosenthal	8,7	8 823	1 014	— 1 379	— 13,5
Außenbezirke Ostberlin	365,9	534 617	1 461	— 26 802	— 4,8

zu Tabelle 4

0	1	2	3	4	5
Ortsteil	Fläche in qkm	Bevölkerung 31. 12. 1959		Zu- (+) oder Abnahme (—) 1959 gegenüber 1950	
		absolut	je qkm	absolut	in v. H.
Spandau	44,2	127 537	2 885	+ 5 990	+ 4,9
Haselhorst	4,7	14 569	3 100	+ 2 867	+ 24,5
Siemensstadt	5,6	13 310	2 377	+ 491	+ 3,8
Staaken	5,6	9 777	1 746	+ 1 246	+ 14,6
Gatow	12,2	2 471	203	— 148	— 5,7
Kladow	15,0	6 429	429	+ 1 271	+ 24,6
Grunewald	22,7	11 232	495	+ 1 384	+ 14,1
Zehlendorf	18,9	63 042	3 336	+ 4 494	+ 7,7
Dahlem	8,5	12 153	1 430	+ 795	+ 7,0
Nikolassee	19,6	12 602	643	— 466	— 3,6
Wannsee	23,6	8 008	339	+ 75	+ 0,9
Lichterfelde	18,3	62 280	3 403	+ 1 939	+ 3,2
Lankwitz	6,9	35 614	5 161	+ 17 147	+ 92,9
Tempelhof	12,2	71 133	5 831	+ 7 576	+ 11,9
Mariendorf	9,3	39 529	4 250	+ 8 926	+ 29,2
Marienfelde	9,1	12 150	1 335	+ 3 297	+ 37,2
Lichtenrade	10,0	21 205	2 121	+ 3 236	+ 18,0
Britz	12,2	46 697	3 828	+ 9 589	+ 25,8
Buckow 1	5,2	8 208	1 578	+ 2 644	+ 47,5
Buckow 2	3,4	3 400	1 000	+ 54	+ 1,6
Rudow	12,6	18 478	1 467	+ 448	+ 2,5
Reinickendorf	15,5	73 514	4 743	+ 5 303	+ 7,8
Tegel	28,7	41 559	1 448	+ 4 761	+ 12,9
Konradshöhe	2,2	5 051	2 296	+ 44	+ 0,9
Heiligensee	10,7	14 860	1 389	— 377	— 2,5
Frohnau	7,8	13 115	1 681	+ 30	+ 0,2
Hermsdorf	6,0	15 853	2 642	— 1 907	— 10,7
Waidmannslust	2,3	5 915	2 572	+ 238	+ 4,2
Lübars	5,1	6 450	1 265	+ 47	+ 0,7
Wittenau	11,0	37 562	3 415	— 190	— 0,5
Außenbezirke Westberlin	369,2	813 703	2 204	+ 80 804	+ 11,0
Außenbezirke Berlin, insges.	735,1	1 348 320	1 526	+ 54 002	+ 4,2

zu Tabelle 4

d) Zusammenfassung

0	1	2	3	4	5
Siedlungsbezirk	Fläche in qkm	Bevölkerung 31. 12. 1959		Zu- (+) oder Abnahme (—) 1959 gegenüber 1950	
		absolut	je qkm	absolut	in v. H.
Kernbezirke Ost	31,3	481 094	15 370	— 78 428	— 14,0
Restl. Innenstadt	5,6	66 638	11 900	— 1 495	— 2,2
Innenstadt Ost	36,9	547 732	14 844	— 79 923	— 12,7
Außenbezirke Ost	365,9	534 617	1 416	— 26 802	— 4,8
Ostberlin insges.	402,8	1 082 349	2 687	— 106 725	— 8,8
Kernbezirke West	39,1	532 588	13 621	— 38 533	— 6,7
Restl. Innenstadt	72,7	861 693	11 853	+ 22 546	+ 2,7
Innenstadt West	111,8	1 394 281	12 471	— 15 987	— 1,1
Außenbezirke West	369,2	813 703	2 204	+ 80 804	+ 11,0
Westberlin insges.	481,0	2 207 984	4 590	+ 64 817	+ 3,0
Kernbezirke Berlin	70,4	1 013 682	14 399	— 116 961	— 10,3
Restl. Innenstadt	78,3	928 331	11 856	+ 21 051	+ 2,3
Innenstadt Berlin	148,7	1 942 013	13 060	— 95 910	— 4,7
Außenbezirke Berlin	735,1	1 348 320	1 526	+ 54 002	+ 4,2
Berlin insges.	883,8	3 290 333	3 723	— 41 908	— 1,3

Tabelle 5

Bevölkerungsentwicklung im Einflußgebiet Berlin 1939 — 1960[1]
(in Meßziffern: 1939 = 1000)

0	1	2	3	4
Gebiet	1946	1950	1956	1960
1. Westberlin	732	780	808	801
Ostberlin	740	749	706	675
Stadtgebiet Berlin	735	769	771	755
2. Potsdam Stadtkreis	907	930	922	906
Potsdam Landkreis	953	953	1 087	1 053
Nauen	1 171	1 190	1 175	1 123
Oranienburg	959	1 007	1 057	1 044
Bernau	1 027	1 070	1 095	1 084
Strausberg	979	1 042	1 104	1 093
Fürstenwalde	915	963	1 021	1 015
Königswusterhausen	1 053	1 086	1 127	1 109
Zossen	966	983	1 048	1 032
Umkreis Berlin	983	1 016	1 061	1 042
Berlin	735	769	771	755
Stadtbereich Berlin	775	809	819	802
3. Brandenburg Stadtkreis	911	886	926	935
Brandenburg Landkreis	1 177	1 135	1 101	1 051
Rathenow	1 092	1 061	986	992
Neuruppin	1 264	1 206	1 051	1 003
Gransee	1 281	1 266	1 146	1 088
Templin	1 292	1 298	1 221	1 166
Eberswalde	915	934	926	906
Bad Freienwalde	972	1 051	1 005	965
Belzig	1 511	1 436	1 276	1 211
Umkreis Berlin	983	1 016	1 061	1 042
Einflußzone Berlin	1 029	1 044	1 050	1 028
Stadtgebiet Berlin	735	769	771	755
Einflußgebiet Berlin	805	835	838	820

[1] *Quelle:* Statistisches Jahrbuch der DDR 1956, S. 11 ff., und 1960/61, S. 20 ff.

Tabelle 6

Altersaufbau der Bevölkerung Berlins 1959[1]

0	1	2	3	4	5	6
Alter in Jahren	Anteil in v. H. der Gesamtbevölkerung			Anteil der weiblichen Bevölkerung je Altersgruppe (in v. H.)		
	Westberlin	Ostberlin	Berlin	Westberlin	Ostberlin	Berlin
unter 1	0,9	1,3	1,1	48,5	48,3	48,4
1— 3	1,6	2,3	1,8	48,4	48,6	48,5
3— 6	2,2	3,4	2,6	48,0	49,2	48,5
6—10	3,4	4,2	3,7	48,7	48,8	48,7
10—14	3,5	3,4	3,4	48,7	49,7	49,0
14—15	0,9	0,8	0,9	49,5	51,1	50,0
15—18	4,3	3,8	4,1	49,2	50,0	49,4
18—21	5,1	4,9	5,0	49,6	51,8	50,3
21—25	5,8	6,3	6,0	49,7	51,3	50,3
25—30	4,9	6,2	5,4	51,1	49,9	50,7
30—35	5,2	5,4	5,3	55,9	54,6	55,4
35—40	5,6	4,8	5,3	63,0	62,9	63,0
40—45	4,6	3,8	4,3	62,7	63,4	62,9
45—50	8,2	7,3	7,9	61,5	62,9	61,9
50—55	9,5	9,1	9,4	59,4	59,6	59,4
55—60	9,0	8,7	8,9	58,1	57,4	57,9
60—65	7,9	7,5	7,7	62,8	63,3	62,9
65—70	6,7	6,3	6,5	65,2	65,3	65,2
70—75	5,2	5,1	5,2	64,8	64,2	64,6
75 u. mehr	5,5	5,4	5,5	65,5	64,1	65,0
insgesamt	100,0	100,0	100,0	57,6	57,3	57,5

[1] *Quelle:* Statistisches Jahrbuch Berlin 1961, S. 27 (Fortschreibung für Ende 1959).

Tabelle 7

Erwerbsstruktur Berlins 1939 (nach Wirtschaftsbereichen)

0	1	2	3	4	5	6	7
Wirtschaftsbereiche	Erwerbspersonen 1939 (in Tausend)[1]			Erwerbspersonen je 1000 der Bevölkerung 1939[2]			
	Westberlin	Ostberlin	Berlin	Westberlin	Ostberlin	Berlin	Deutsches Reich[3]
Landwirtschaft	9,5	9,0	18,5	3	6	4	131
Industrie und Handwerk	660,4	454,2	1 114,6	242	286	258	214
Handel und Verkehr	431,1	247,6	678,7	158	156	157	89
Öffentl. Dienst und private Dienstleistungen	357,7	133,2	490,9	131	84	114	73
Erwerbspersonen insges.	1 458,7	844,0	2 302,7	534	531	533	507
Selbst. Berufslose	326,4	189,8	516,3	119	120	119	94
insgesamt	1 785,1	1 033,8	2 819,0	653	651	652	601

[1] *Quelle:* Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 557.
[2] Bezogen auf ständige Bevölkerung.
In den Grenzen von 1937.

Tabelle 8

Beschäftigungsstruktur Berlins 1939 (nach Bezirken)[1]

0	1	2	3	4
Bezirke	Beschäftigte je 1000 der Wohnbevölkerung			
	Industrie und Handwerk	Handel und Verkehr	Dienste	Zusammen (Sp. 1—3)
Tiergarten	296	214	150	660
Wedding	208	75	36	319
Kreuzberg	410	276	98	784
Charlottenburg	221	170	113	504
Spandau	725	74	31	830
Wilmersdorf	156	162	90	408
Zehlendorf	64	89	89	242
Schöneberg	190	175	78	443
Steglitz	192	73	44	309
Tempelhof	511	141	51	703
Neukölln	156	65	34	256
Reinickendorf	349	58	26	433
Westberlin insgesamt	280	138	71	489
Mitte	515	710	291	1 516
Prenzlauer Berg	146	75	28	249
Friedrichshain	180	98	27	305
Treptow	348	97	40	485
Köpenick	353	69	34	456
Lichtenberg	166	81	40	287
Weißensee	296	88	28	412
Pankow	143	61	41	245
Ostberlin insgesamt	256	187	75	518
Berlin insgesamt	271	156	73	500

[1] *Quelle:* Statistik des Deutschen Reichs, Band 568 (Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstättenzählung vom 17. Mai 1939).

Tabelle 9

Beschäftigungsstruktur Berlins 1939 und 1959 (nach Wirtschaftsbereichen)

0	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Wirtschaftsbereiche	Beschäftigte (in Tausend)						Beschäftigtenanteile 1959		
	17. Mai 1939[1]			Ende 1959[2]					
	Westberlin	Ostberlin	Berlin	Westberlin	Ostberlin	Berlin	Westberlin	Ostberlin	Berlin
Landwirtschaft[3]	9,5	9,0	18,5	5,5	8,6	14,1	0,6	1,4	1,0
Industrie und Handwerk[4]	760,1	399,0	1 159,1	438,9	266,9	705,8	50,4	44,7	48,1
Handel[5]	269,4	221,7	491,1	163,7	88,1	251,8	19,0	14,8	17,2
Verkehr und Post	102,4	70,6	173,0	53,2	64,1	117,3	6,0	10,7	8,0
Öffentlicher Dienst und private Dienstleistung[6]	212,4	132,3	344,7	208,4	169,2	377,6	24,0	28,4	25,7
Beschäftigte insgesamt	1 353,8	832,6	2 186,4	869,7	596,9	**1 466,6**	100,0	100,0	100,0

[1] *Quelle:* Statistik des Deutschen Reichs, Band 568 (Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstättenzählung vom 17. Mai 1939). Abweichungen zu Tab. 8 erklären sich aus einer anderen Berechnung, die für den Zeitvergleich erforderlich war.
[2] *Quelle:* Statistisches Jahrbuch Berlin 1960 und Statistisches Jahrbuch der DDR 1959.
[3] Für 1939 Erwerbspersonen.
[4] *Einschl.* Energie- und Bauwirtschaft, *ohne* photograph. Gewerbe, Wäschereien und Reinigungen.
[5] *Einschl.* Gaststättengewerbe, Banken und Versicherungen (ohne Sozialversicherungen), Werbe- und Vermittlungsgewerbe.
[6] *Ohne* häusliche Dienste, Gaststättengewerbe, Werbe- und Vermittlungsgewerbe; *einschl.* photograph. Gewerbe, Wäschereien und Reinigung und Sozialversicherung.

Tabelle 10

Beschäftigungsveränderung 1939 — 1959 in Berlin (nach Wirtschaftsbereichen)

0	1	2	3	4		6
Wirtschaftsbereiche	Zu- (+) und Abnahme (—) der Beschäftigtenzahl 1939—1959					
	in Tausend			in v. H. 1939		
	Westberlin	Ostberlin	Berlin	Westberlin	Ostberlin	Berlin
Landwirtschaft	— 4,0	— 0,4	— 4,4	— 42,1	— 4,4	— 23,8
Industrie u. Handw.	— 321,2	— 132,1	— 453,3	— 42,3	— 33,1	— 39,1
Handel	— 105,7	— 133,6	— 239,3	— 39,2	— 60,3	— 48,7
Verkehr und Post . .	— 49,2	— 6,5	— 55,7	— 48,0	— 9,2	— 32,2
Öffentl. Dienste u. priv. Dienstleistungen	— 4,0	+ 36,9	+ 32,9	— 1,9	+ 27,9	+ 9,5
insgesamt	— 484,1	— 235,7	— 719,8	— 35,8	— 28,3	— 32,9

Tabelle 11

Leistungsgefüge 1939 und 1959 in Berlin (nach Wirtschaftsbereichen)

0	1	2	3	4	5	6
Wirtschaftsbereiche	Beschäftigte je Tausend der Bevölkerung					
	1939			1959		
	Westberlin	Ostberlin	Berlin	Westberlin	Ostberlin	Berlin
Landwirtschaft	3	6	4	2	8	4
Industrie u. Handw.	276	251	267	199	247	215
Handel	98	140	113	74	81	77
Verkehr und Post . .	37	44	40	24	59	36
Öffentl. Dienste u. priv. Dienstleistungen	77	83	79	94	156	115
Beschäftigte insgesamt	492	524	504	394	552	446

Tabelle 12

Entwicklung der Industriebeschäftigten in Berlin 1936, 1939 und 1959, geordnet nach Wachstumsraten 1936 — 1959 (nach Produktionszweigen)

Produktionszweige	Ind.-Beschäftigte			Strukturquoten Besch.-Anteile in v. H.			Entwicklungsindex Besch.-Stand 1959	
	1936	Mai 1939	Dez. 1959	1936	1939	1959	1936=100	1939=100
Steine und Erden	6 000	8 781	10 941	1,2	1,1	2,4	182,4	124,6
Maschinen- und Fahrzeugbau[1]	80 521	140 491	95 589	16,5	17,8	21,0	118,7	68,0
Chemische Industrie	23 142	37 077	27 266	4,7	4,7	6,0	117,8	73,5
Elektroindustrie	146 649	226 601	163 076	30,0	28,7	35,7	111,2	72,0
Nahrungs- und Genußmittel	34 938	51 648	38 435	7,2	6,5	8,4	110,0	74,4
Eisen- und Metallerzeugung[2]	12 953	25 725	12 737	2,7	3,3	2,8	98,3	49,5
Feinmechanik, Optik	13 832	21 241	13 129	2,8	2,7	2,9	94,9	61,8
Bekleidungsindustrie	53 283	96 838	36 228	10,9	12,3	7,9	68,0	37,4
Textilindustrie	9 823	24 161	6 110	2,0	3,1	1,3	62,2	25,3
Holz- und Spielwaren	17 683	16 871	10 940	3,6	2,1	2,4	61,9	64,8
Leder- und Schuhindustrie	7 759	5 338	4 503	1,6	0,7	1,0	58,0	84,4
Papier- und Druckindustrie	46 931	64 347	26 734	9,6	8,1	5,9	57,0	41,5
Eisen- und Metallwaren	34 930	70 663	10 453	7,2	8,9	2,3	29,9	14,8
insgesamt	488 444	789 782	456 141	100,0	100,0	100,0	93,4	57,8

Anmerkungen:

[1] Einschl. Stahl- und Schiffbau.

[2] Einschl. Gießereien, Halbzeugwerke, Schmiederei, Schlosserei, 1939 Schmiederei und Schlosserei in Eisen- und Metallwaren.

Quellen:

1936: Die Deutsche Industrie. Gesamtergebnisse der Amtlichen Produktionsstatistik (Ind.-Zenzus). Schriftenreihe des Reichsamts für Wehrwirtschaftliche Planung, Heft 1. Berlin 1939.

1939: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 568, Heft 3, S. 22 (Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstättenzählung vom 17. Mai 1939).

1959: Statistisches Jahrbuch Berlin 1960, S. 163. Statistisches Jahrbuch der DDR 1959, S. 300.

Tabelle 13

Entwicklung der Industriebeschäftigten in *Westberlin* 1936, 1939 und 1959, geordnet nach Wachstumsraten für Berlin 1936—1959 (nach Produktionszweigen)

Produktionszweige	Ind.-Beschäftigte			Strukturquoten Besch.-Anteile in v. H.			Entwicklungsindex Besch.-Stand 1959	
	1936	Mai 1939[1]	Dez. 1959	1936	1939	1959	1936=100	1939=100
Steine und Erden	4 110	6 242	7 649	1,3	1,2	2,6	186,1	122,5
Maschinen- und Fahrzeugbau[2]	62 830	105 402	61 023	19,4	20,9	21,1	97,1	57,9
Chemische Industrie	14 750	22 558	15 932	4,5	4,5	5,5	108,0	70,6
Elektroindustrie	112 770	168 406	106 350	34,7	33,3	36,8	94,3	63,2
Nahrungs- und Genußmittel	19 040	23 887	23 471	5,8	4,7	8,1	123,3	98,3
Eisen- und Metallerzeugung[3]	10 290	16 743	8 318	3,2	3,3	2,9	80,8	49,7
Feinmechanik, Optik	12 180	17 087	6 732	3,7	3,4	2,3	55,3	39,4
Bekleidungsindustrie	21 740	29 398	22 945	6,7	5,8	8,0	105,5	78,0
Textilindustrie	2 850	10 126	5 506	0,9	2,0	1,9	193,2	54,4
Holz- und Spielwaren	7 200	6 540	4 866	2,2	1,3	1,7	67,6	74,4
Leder- und Schuhindustrie	3 240	2 483	2 040	1,0	0,5	0,7	63,0	82,2
Papier- und Druckindustrie	34 120	45 967	17 941	10,5	9,1	6,2	52,6	39,0
Eisen- und Metallwaren	19 830	50 302	6 268	6,1	10,0	2,2	31,6	12,5
insgesamt	324 950	505 141	289 041	100,0	100,0	100,0	88,9	57,2

Anmerkungen:

[1] Zahl der Handwerksbeschäftigten von der Gesamtbeschäftigtenzahl abgezogen gemäß der Handwerksquote für Berlin.
[2] Einschl. Stahl- und Schiffbau.
[3] Einschl. Gießereien, Halbzeugwerke, Schmiederei, Schlosserei, 1939 Schmiederei und Schlosserei in Eisen- und Metallwaren.

Quellen:

1936: Die Deutsche Industrie. Gesamtergebnisse der Amtlichen Produktionsstatistik (Ind.-Zensus). Schriftenreihe des Reichsamts für Wehrwirtschaftliche Planung, Heft 1. Berlin 1939.
1939: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 568, S. 32 (Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstättenzählung vom 17. Mai 1939).
1959: Statistisches Jahrbuch Berlin 1960, S. 163.

Tabelle 14

Entwicklung der Industriebeschäftigten in *Ostberlin* 1936, 1939 und 1959, geordnet nach Wachstumsraten für Berlin 1936—1959 (nach Produktionszweigen)

Produktionszweige	Ind.-Beschäftigte			Strukturquoten Besch.-Anteile in v. H.			Entwicklungsindex Besch.-Stand 1959	
	1936	Mai 1939[1]	Dez. 1959	1936	1939	1959	1936=100	1939=100
Steine und Erden	1 890	2 539	3 292	1,2	0,9	2,0	174,2	129,7
Maschinen- und Fahrzeugbau[2]	17 691	35 089	34 566	10,8	12,3	20,7	195,4	98,5
Chemische Industrie	8 392	14 519	11 334	5,1	5,1	6,8	135,1	78,1
Elektroindustrie	33 879	58 195	56 726	20,7	20,4	33,9	167,4	97,5
Nahrungs- und Genußmittel	15 898	27 761	14 964	9,7	9,8	8,9	94,1	53,9
Eisen- und Metallerzeugung[3]	2 663	8 982	4 419	1,6	3,2	2,7	165,9	49,2
Feinmechanik, Optik	1 652	4 154	6 397[4]	1,0	1,5	3,8	387,2	154,0
Bekleidungsindustrie	31 543	67 440	13 283	19,3	23,7	7,9	42,1	19,7
Textilindustrie	6 973	14 035	604	4,3	4,9	0,4	8,7	4,3
Holz- und Spielwaren	10 483	10 331	6 074	6,4	3,6	3,6	57,9	58,8
Leder- und Schuhindustrie	4 519	2 855	2 463	2,8	1,0	1,5	54,5	86,3
Papier- und Druckindustrie	12 811	18 380	8 793	7,9	6,5	5,3	68,6	47,8
Eisen- und Metallwaren	15 100	20 361	4 185	9,2	7,1	2,5	27,7	20,6
insgesamt	163 494	284 641	167 100	100,0	100,0	100,0	102,2	58,7

Anmerkungen:

[1] Zahl der Handwerksbeschäftigten von der Gesamtbeschäftigtenzahl abgezogen gemäß der Handwerksquote für Berlin.
[2] Einschl. Stahl- und Schiffbau.
[3] Einschl. Gießereien, Halbzeugwerke, Schmiederei, Schlosserei, 1939 Schmiederei und Schlosserei in Eisen- und Metallwaren.
[4] Einschl. Büromaschinenherstellung (ca. 2000—3000 Beschäftigte).

Quellen:

1936: Die Deutsche Industrie. Gesamtergebnisse der Amtlichen Produktionsstatistik (Ind.-Zensus). Schriftenreihe des Reichsamts für Wehrwirtschaftliche Planung, Heft 1. Berlin 1939.
1939: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 568, Heft 3, S. 32 (Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstättenzählung vom 17. Mai 1939).
1959: Statistisches Jahrbuch der DDR 1959, S. 300.

Tabelle 15

Beschäftigungsentwicklung in Industrie und Handwerk Berlins 1939 — 1959[1] (nach Produktionsgruppen)

0	1	2	3	4	5	6	7	8
Produktionsgruppen	Beschäftigte in der Industrie				Beschäftigte im produzierenden Gewerbe[2]			
	1939	1959[3]	Veränderung		1939	1959[3]	Veränderung	
			absolut	in v. H. 1939			absolut	in v. H. 1939
Eisen- und Stahlindustrie, Metallerzeugung[4]	25 730	19 370	— 6 360	— 24,7	25 980	12 907	— 13 073	— 50,3
Metallverarbeitung, Maschinen- und Fahrzeugbau	211 150	106 040	— 105 110	— 49,8	251 686	126 886	— 124 800	— 49,6
Elektroindustrie, Feinmechanik und Optik	247 840	176 200	— 71 640	— 28,9	262 472	186 420	— 76 052	— 29,0
Chemie, Kautschuk, Asbest	37 080	27 260	— 9 820	— 26,5	37 673	29 025	— 8 648	— 23,0
Steine und Erden	8 780	10 950	+ 2 170	+ 24,7	11 233	10 708	— 525	— 4,7
Textil, Bekleidung, Leder	126 340	46 840	— 79 500	— 62,9	191 932	76 104	— 115 828	— 60,3
Holz, Papier, Druck, Spielwaren	81 220	37 670	— 43 550	— 53,6	106 699	64 304	— 42 395	— 39,7
Lebensmittelindustrie	51 650	37 950	— 13 700	— 26,5	93 260	81 955	— 11 305	— 12,1
insgesamt	789 790	462 280	— 327 510	— 41,5	980 935	588 309	— 392 626	— 40,0

[1] *Quellen:* 1939: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 568 (Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstättenzählung vom 17. Mai 1939). 1959: Statistisches Jahrbuch Berlin 1960, S. 124 und S. 163. Statistisches Jahrbuch der DDR 1959, S. 300.

[2] Industrie und Handwerk.

[3] Westberlin: Septemberzahlen; Ostberlin: Dezemberzahlen; Handwerk für Ostberlin errechnet nach: Statistisches Jahrbuch der DDR 1959, S. 407 f. u. 411 f.

[4] 1959 einschließlich Gießereien und Schmieden, die 1939 unter Metallverarbeitung gefaßt sind.

Tabelle 16

Güterumschlag der Binnenhäfen Berlin, Duisburg, Hamburg, Bremen und Ludwigshafen 1939 und 1959[1]

0	1	2	3
Binnenhäfen	Güterumschlag insgesamt (in 1000 t)		Veränderungen 1939—1959 in v. H. 1939
	1939	1959	
Westberlin	.	3 531,4	.
Ostberlin	.	2 020,1	.
Berlin	8 841	5 551,5	— 37,2
Duisburg[2]	25 525	27 371,8	+ 7,2
Hamburg[3]	9 161	5 844,0	— 36,2
Bremen[3]	3 148	4 455,2	+ 41,5
Ludwigshafen	5 943	6 357,6	+ 6,1

[1] *Quellen:* Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1939—40, S. 226. Statistisches Jahrbuch BRD 1960, S. 344. Statistisches Jahrbuch Berlin 1960, S. 204 f. Statistisches Jahrbuch der DDR 1960/61, S. 520.
[2] 1959 einschließlich des Zechenhafens Neumühl.
[3] Nur Binnenschiffahrtsverkehr.

Tabelle 17

Wichtige Bundesbehörden[1] in Westberlin

Der Bevollmächtigte der Bundesrepublik Deutschland in Berlin
Bundesverwaltungsgericht
Der Oberbundesanwalt beim Bundesverwaltungsgericht
Bundesdisziplinarhof
Der Bundesdisziplinaranwalt
Deutsches Archäologisches Institut
Stiftung „Preußischer Kulturbesitz"
5. Strafsenat des Bundesgerichtshofes
Der Generalbundesanwalt bei dem Bundesgerichtshof, Bundesstrafregister
Der Bundesbeauftragte für die Behandlung von Zahlungen an die Konversionskasse
Bundesausgleichsamt; der Vertreter der Interessen des Ausgleichsfonds beim Bundesverwaltungsgericht
Physikalisch-Technische Bundesanstalt, Inst. Berlin
Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen
Bundesanstalt für Materialprüfung
Bundeskartellamt
Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen
Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft (mit 7 Instituten)
Bundesforschungsanstalt für Getreideverarbeitung
Bundesversicherungsamt
Bundesversicherungsanstalt für Angestellte
Bundesbaudirektion
Bundesnotaufnahmeverfahren Berlin

[1] Ohne Bundesbehörden, die lediglich Dienst- bzw. Außenstellen in Berlin unterhalten.

Quelle: Die Bundesrepublik 1962/63, 68. Jg., Köln — Berlin — Bonn — München, Teilausgabe Bund, S. 271 f.

Tabelle 18

Zentrale Verwaltungsstellen des sowjetisch besetzten Gebietes in Ostberlin

---

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik
Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik
Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik
Der Vorsitzende des Ministerrats (8 Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats)
Der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission
Der Vorsitzende des Volkswirtschaftsrates
Der Minister für Nationale Verteidigung
Der Minister für Auswärtige Angelegenheiten
Der Minister des Innern
Der Minister der Finanzen
Der Minister für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft
Der Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel
Der Minister für Handel und Versorgung
Der Minister für Gesundheitswesen
Der Minister für Verkehrswesen
Der Minister für Post- und Fernmeldewesen
Der Minister für Bauwesen
Der Minister für Kultur
Der Minister für Volksbildung
Der Minister für Staatssicherheit
Der Minister der Justiz
Der Staatssekretär für das Hoch- und Fachschulwesen
Der Staatssekretär für Forschung und Technik
Der Vorsitzende der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle
Sekretariat des Ministerrats
Büro des Präsidiums des Ministerrats
Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrats
Förderungsausschuß für die deutsche Intelligenz beim Vorsitzenden des Ministerrats
Amt für Erfindungs- und Patentwesen
Amt für Kernforschung und Kerntechnik
Amt für Standardisierung
Amt für Wasserwirtschaft
Amt für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs
Ausschuß für Deutsche Einheit
Deutsche Notenbank
Deutsches Amt für Meßwesen der Deutschen Demokratischen Republik
Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik
Forschungsrat der Deutschen Demokratischen Republik
Komitee für Arbeit und Löhne
Oberste Staatsanwaltschaft der Deutschen Demokratischen Republik
Staatliche Geologische Kommission der Deutschen Demokratischen Republik
(Zentrales Geologisches Institut)

Tabelle 18 (Fortsetzung)

Zentrale Verwaltungsstellen des sowjetisch besetzten Gebietes in Ostberlin

---

Staatliche Zentralverwaltung für Statistik
Staatliches Komitee für Körperkultur und Sport
Staatliches Rundfunkkomitee
Der Staatssekretär für Kirchenfragen
Wissenschaftlicher Rat für die friedliche Anwendung der Atomenergie beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik
Zentrales Amt für Forschung und Technik beim Forschungsrat der Deutschen Demokratischen Republik
Zentrales Staatliches Vertragsgericht
Staatliche Plankommission
Volkswirtschaftsrat

Quelle: Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1961, Berlin 1961, S. 417 ff.

3. VERZEICHNIS DER KARTEN

Karte 1 Verwaltungsgliederung Berlins

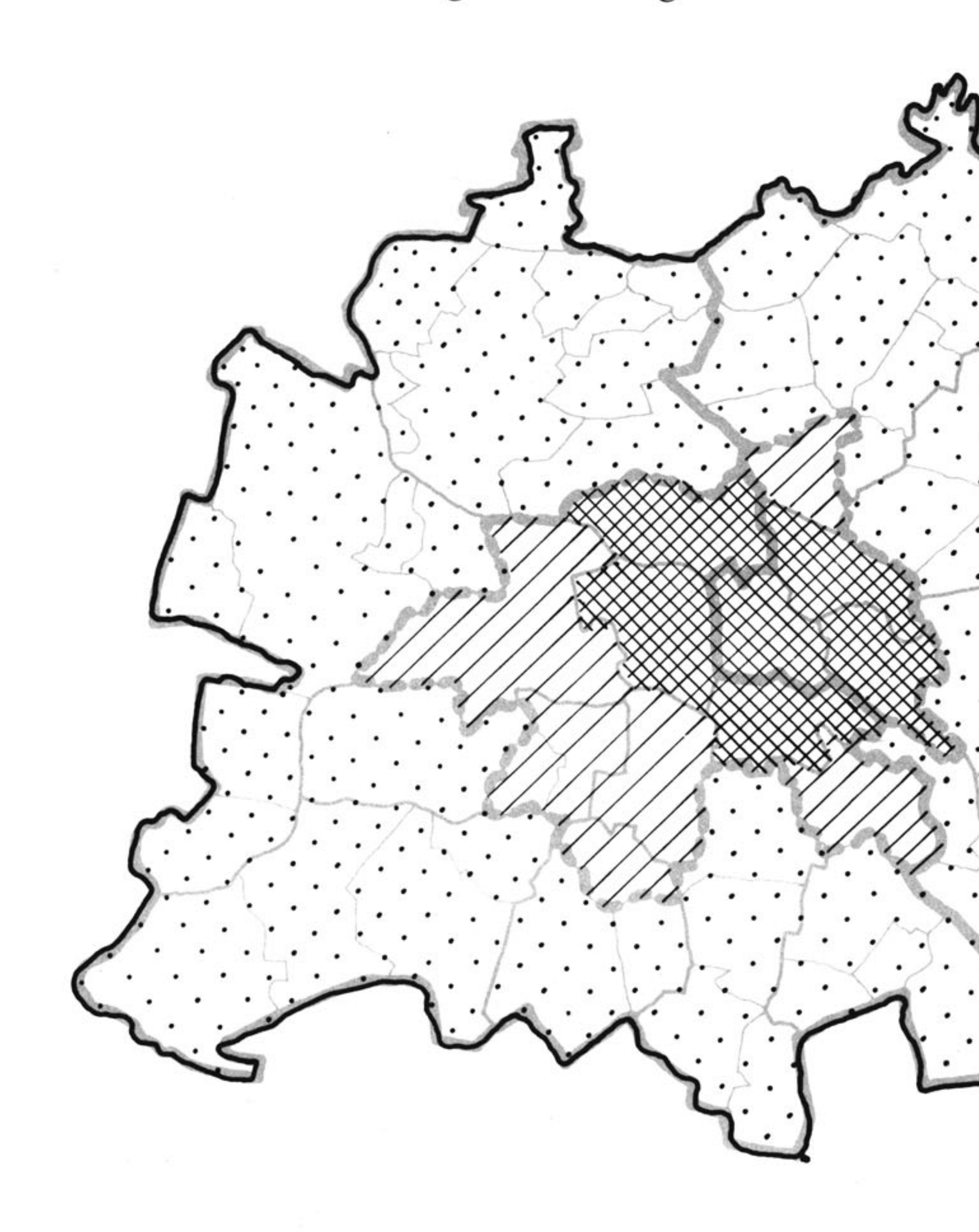


Grenzverlauf entnommen: Deutscher Planungsatlas – Atlas von Berlin



Namen der Verwaltungsbezirke
Reinickendf.
Pankow
Spandau
Wedd.
Weißens.
Pr.B.
Tierg.
Mitte
Charl.
Fr.
Lichtenberg
Kr.
Wilmersdf.
Sch.
Treptow
Zehlendorf
Steglitz
Tempelhof
Neuk.
Köpenick
Bies-
dorf
Kauls-
dorf
Mahls-
dorf
Friedrichshg.
Rahnsdorf
Köpenick
Müggelheim
Grünau
Bohnsdorf
Schmöckwitz
Stadtgrenze bzw.
Sektorengrenze zwischen
Westberlin und Ostberlin
Grenze der Verwaltungsbezirke
Grenze der Ortsteile

Karte 2 Gliederung des Stadtgebietes

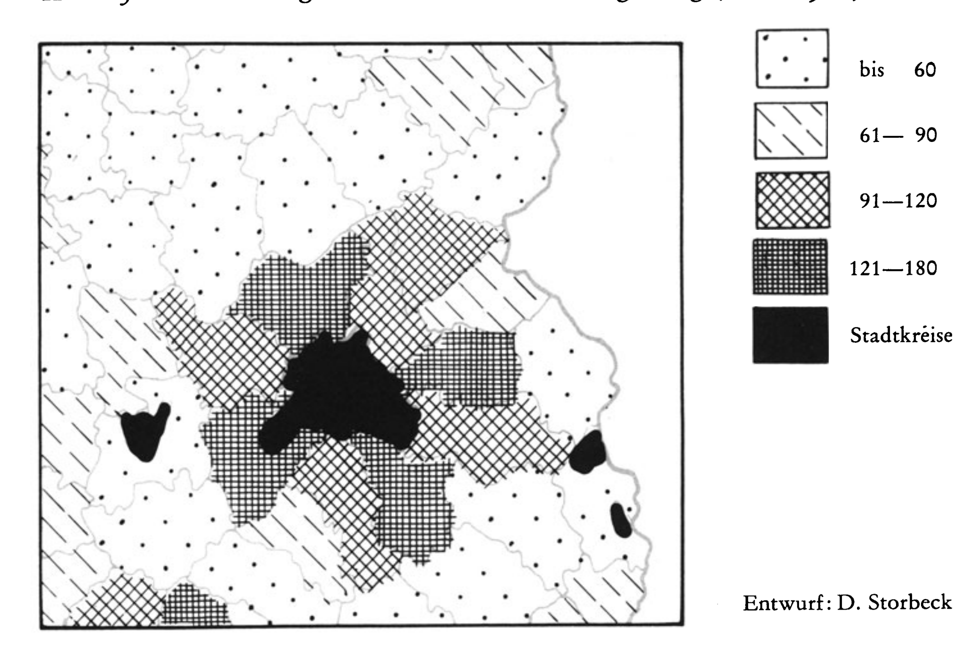


Grenzverlauf entnommen: Deutscher Planungsatlas – Atlas von Ber



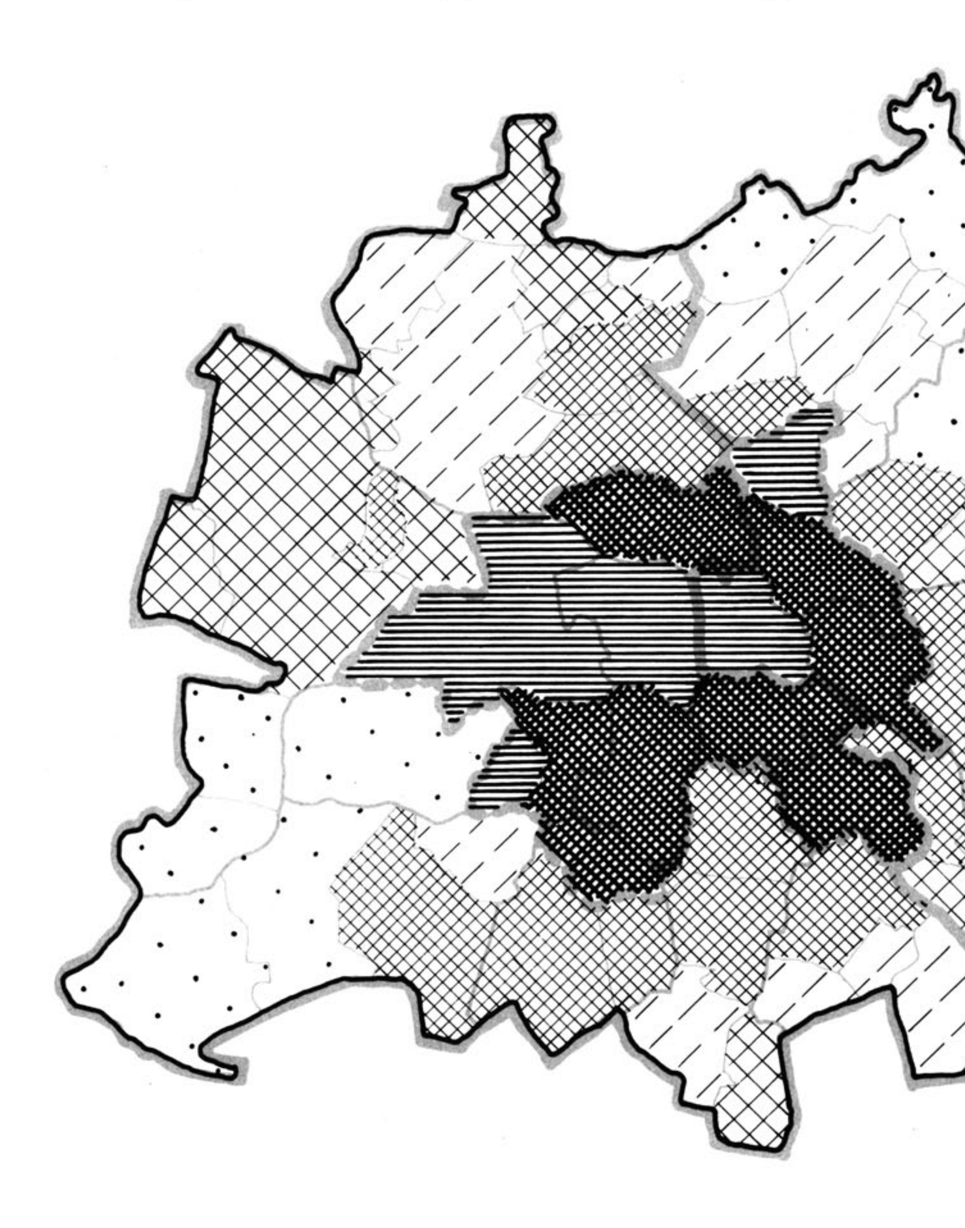
Entwurf: D. Storbeck

Karte 3 Bevölkerungsdichte in Berlin und Umgebung (Ende 1960)

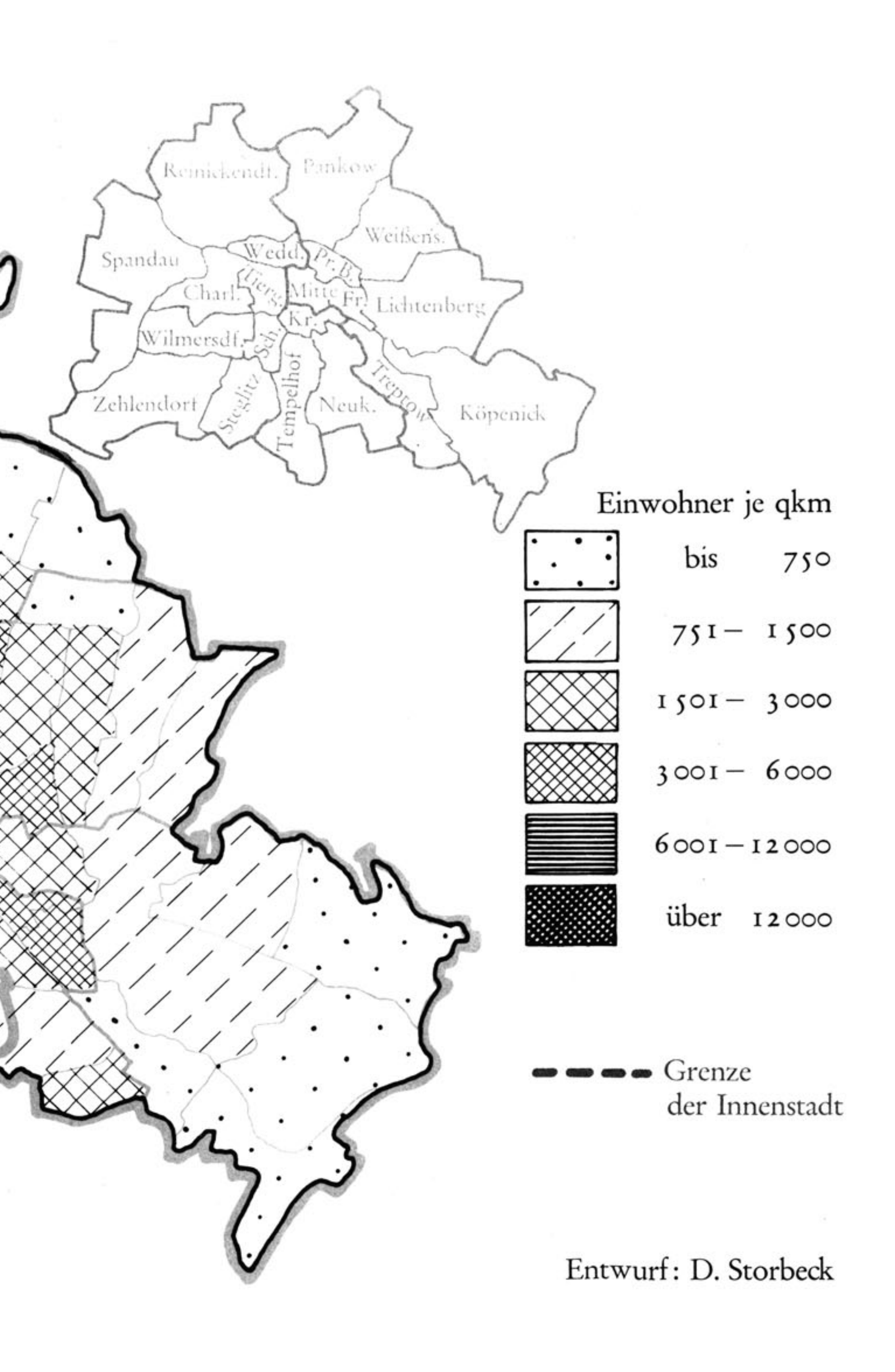


Entwurf: D. Storbeck

Karte 4 Bevölkerungsdichte Ende 1958

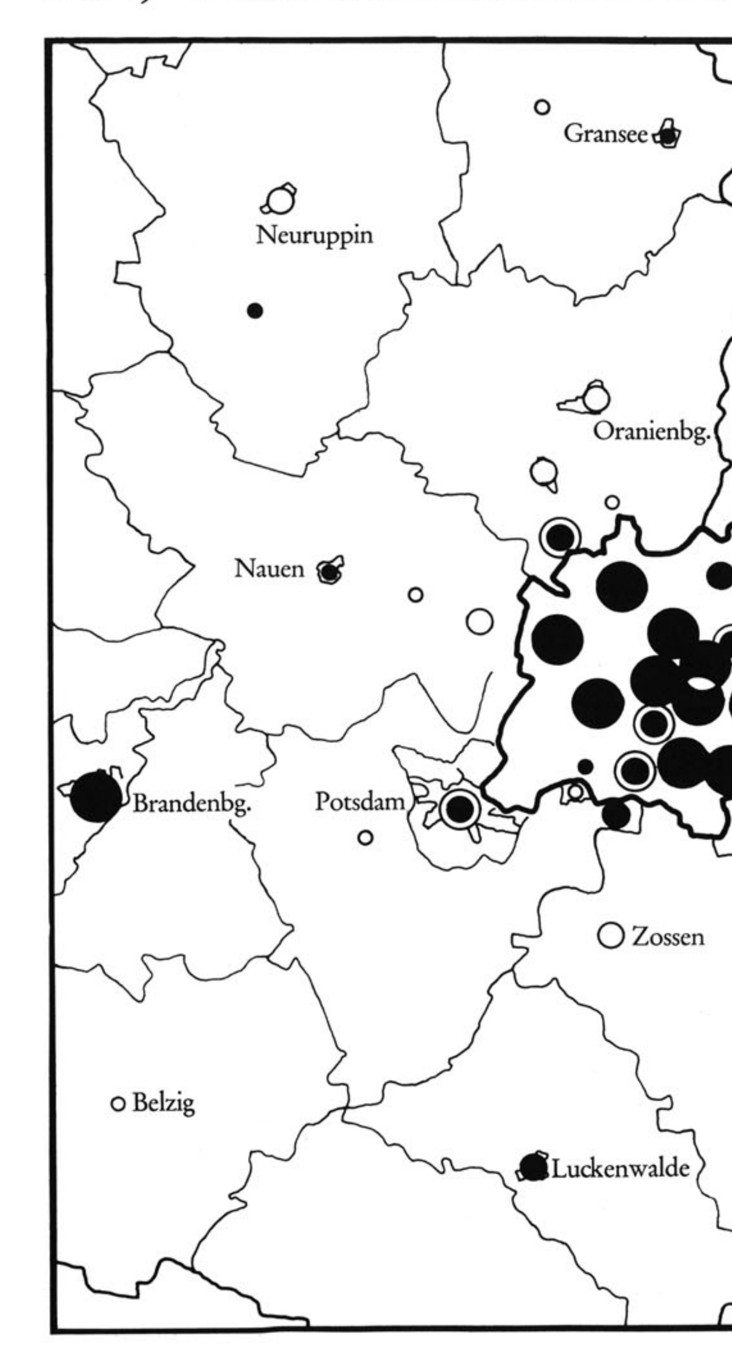


Grenzverlauf entnommen: Deutscher Planungsatlas – Atlas von Ber

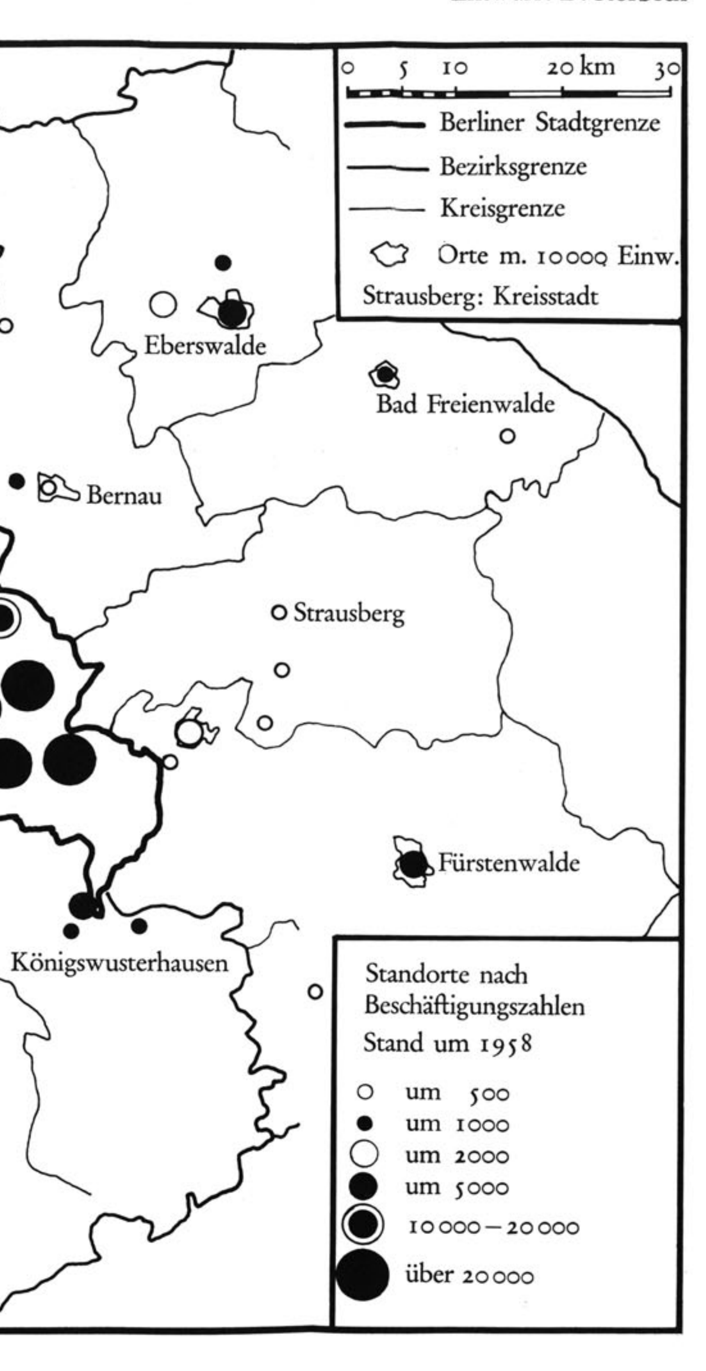


Reinickendf.
Pankow
Weißens.
Spandau
Wedd.
Pr. B.
Charl.
Tierg.
Mitte
Fr.
Lichtenberg
Kr.
Wilmersdf.
Sch.
Zehlendorf
Steglitz
Tempelhof
Neuk.
Treptow
Köpenick
Einwohner je qkm
bis 750
751 – 1500
1501 – 3000
3001 – 6000
6001 – 12000
über 12000
Grenze der Innenstadt
Entwurf: D. Storbeck

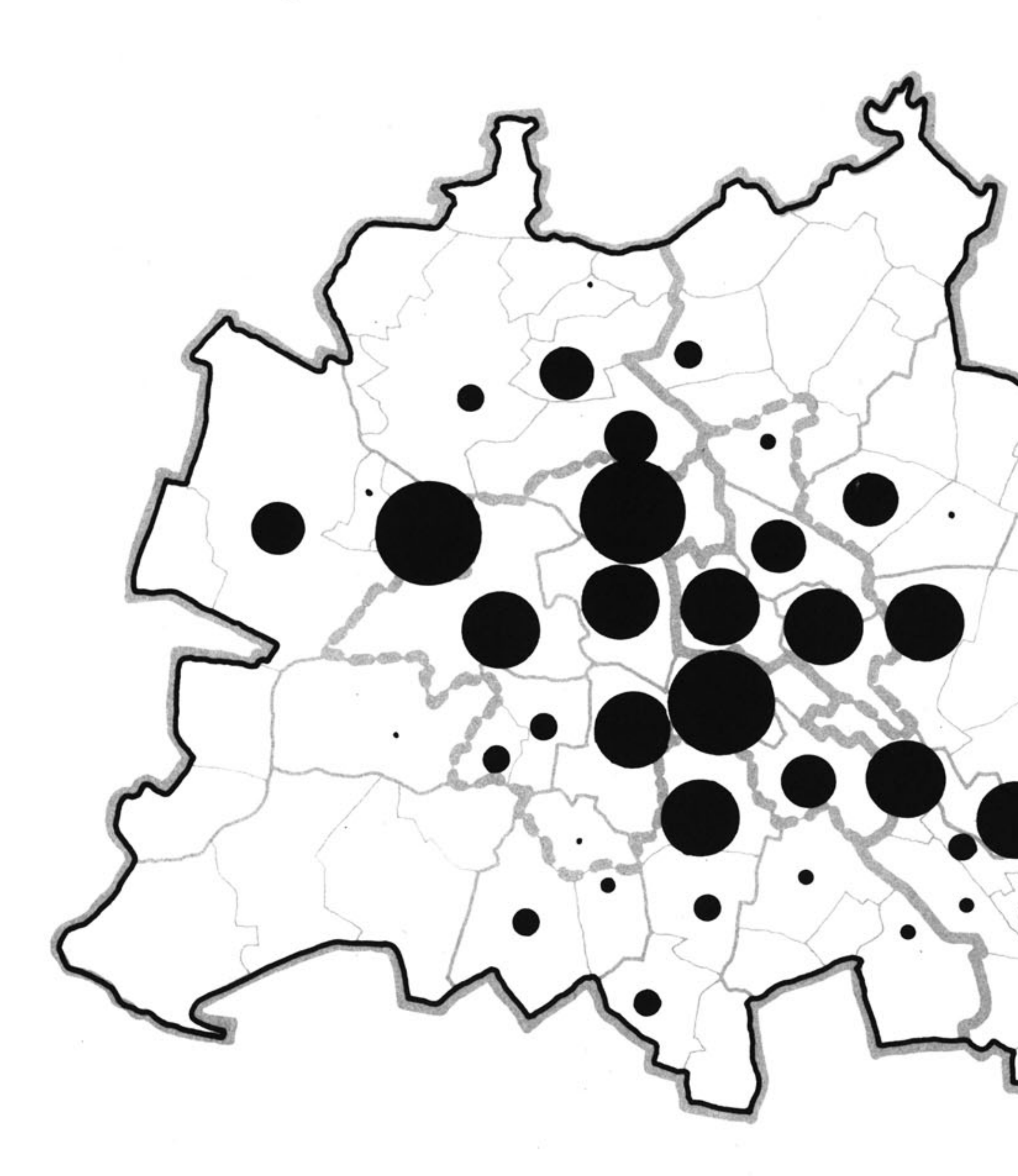
Karte 5 Industriestandorte im Raum Berlin



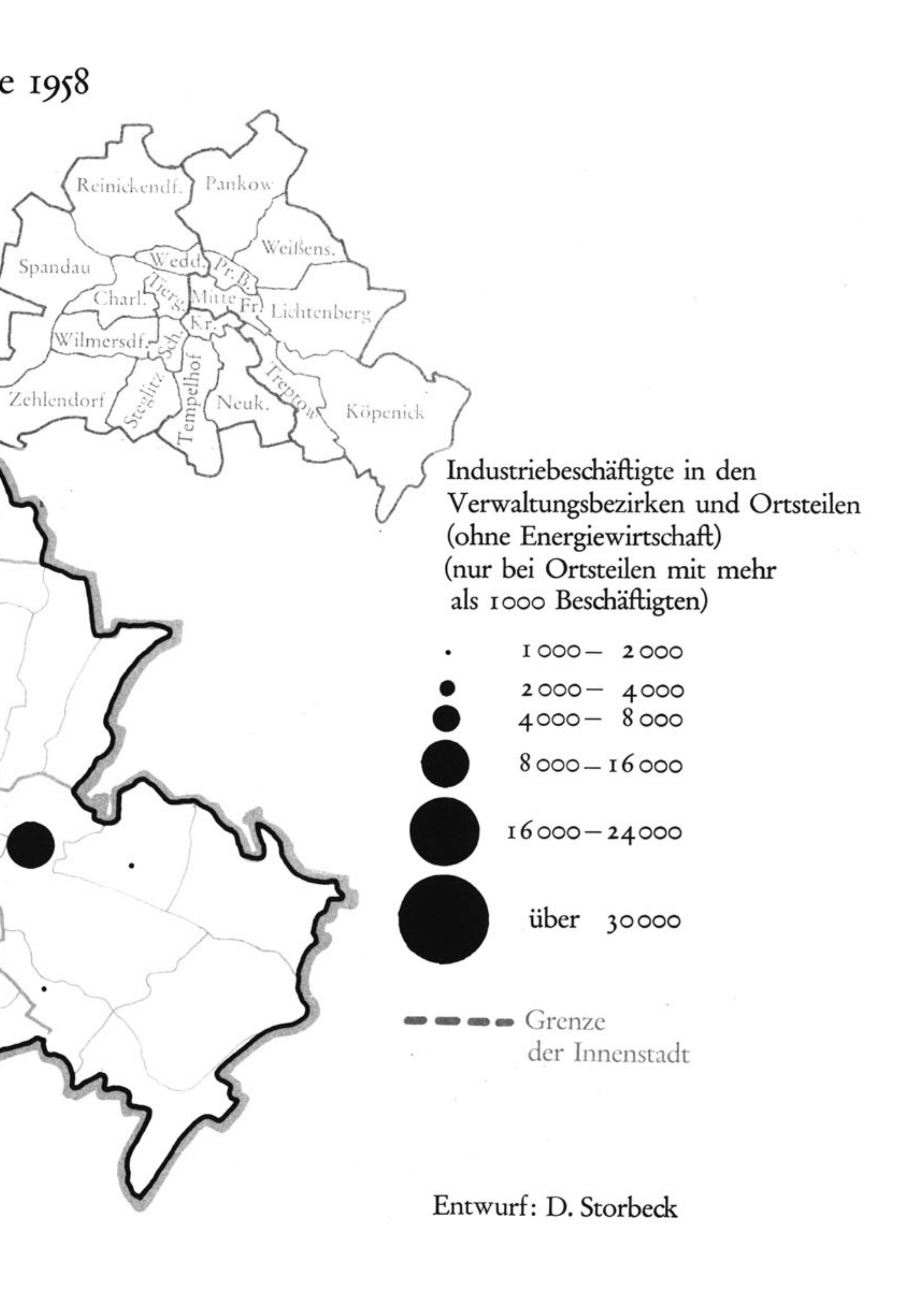
Entwurf: D. Storbeck



Karte 6 Regionalstruktur der Berliner Industrie, E



Grenzverlauf entnommen: Deutscher Planungsatlas – Atlas von Berlin


e 1958
Reinickendf.
Pankow
Weißens.
Spandau
Wedd.
Pr. B.
Charl.
Tierg.
Mitte
Fr.
Lichtenberg
Kr.
Wilmersdf.
Sch.
Zehlendorf
Steglitz
Tempelhof
Neuk.
Treptow
Köpenick
Industriebeschäftigte in den Verwaltungsbezirken und Ortsteilen (ohne Energiewirtschaft) (nur bei Ortsteilen mit mehr als 1000 Beschäftigten)
1000 – 2000
2000 – 4000
4000 – 8000
8000 – 16000
16000 – 24000
über 30000
Grenze der Innenstadt
Entwurf: D. Storbeck

Karte 7 Beschäftigungsgrad des Arbeitskräftepotentials (Ende 1956)

